
Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung

Band 76

Westdeutscher Verlag

Oscar W. Gabriel

Politische Kultur, Postmaterialismus
und Materialismus
in der Bundesrepublik Deutschland

Westdeutscher Verlag

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Gabriel, Oscar W.:

Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus
in der Bundesrepublik Deutschland / Oscar W. Gabriel. –

Opladen: Westdeutscher Verlag, 1987.

(Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung;

Bd. 76)

ISBN 3-531-11778-5

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1986 Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Hanswerner Klein, Opladen

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Lengericher Handelsdruckerei, Lengerich

Printed in Germany

ISSN 0175-615-X

ISBN 3-531-11778-5

VORWORT

Eine erste Fassung dieser Arbeit wurde im Frühjahr 1983 vom Gemeinsamen Ausschuß der Fachbereiche 11-16 der Johannes Gutenberg-Universität Mainz als Habilitationsschrift angenommen. Der Zugang zu neuem Datenmaterial und die im Gefolge des Regierungswechsels eingetretenen Veränderungen ließen eine grundlegende Überarbeitung der Habilitationsschrift ratsam erscheinen.

Mein Dank gilt allen, die durch Kritik, Anregungen, moralischen Beistand und Hilfestellungen jedweder Art zur Fertigstellung dieser Untersuchung beigetragen haben. Vor allem danke ich meiner Frau, die in besonderem Maße unter den bei einem Unternehmen dieser Art anfallenden externen Effekten zu leiden hatte. Ihr möchte ich diese Untersuchung widmen.

Mainz, im Juli 1985

Die in dieser Arbeit benutzten Daten wurden vom ZENTRALARCHIV FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG der Universität zu Köln zugänglich gemacht.

Die Daten wurden von verschiedenen Forschergruppen erhoben (vgl. Anhang 1).

Sie wurden vom ZENTRALARCHIV FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG (ZA) für die Analyse aufbereitet und dokumentiert. Weder die Primärforscher noch das Zentralarchiv tragen irgendeine Verantwortung für die Analyse und Interpretation der Daten in diesem Beitrag.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	V
Verzeichnis der Tabellen	XI
Verzeichnis der Abbildungen	XIII
Einleitung: Politische Kultur, Materialismus und Postmaterialismus in der Bundesrepublik Deutschland	1
1. Problembeschreibung	1
2. Fragestellungen und Aufbau dieser Arbeit	8
1. Teil: Politische Kultur als wissenschaft- licher Analyseansatz	23
1. Einige Bemerkungen zu den Entstehungs- bedingungen und den Erkenntnisinteressen der politischen Kulturforschung	23
2. Zur Definition politischer Kultur	28
2.1. Zum Begriff der Kultur im allgemeinen	28
2.2. Politische Kultur als Bestandteil der allgemeinen Sozialkultur	31
2.3. Politische Kultur als System inter- subjektiv geltender Orientierungen	34
2.4. Politische Kultur als Verteilung individueller Orientierungen im Kollektiv	35
3. Arten kultureller Orientierungen: Kenntnisse, Gefühle und Wert- orientierungen	38
4. Objekte politischer Orientierung	47
4.1. Das politische System und seine Teil- systeme als Orientierungsobjekte	48
4.2. Selbst-Orientierung und Umwelt- orientierung	59
5. Ein System theoretischer Begriffe zur Beschreibung der politischen Kultur	62

6. Die Staatsbürgerkultur als politische Kultur der Demokratie	67
2. Teil: Ingleharts Theorie der Stillen Revolution - Darstellung ihrer Grundannahmen	82
1. Beschreibung des Übergangs von materialistischen zu postmaterialistischen Orientierungen	83
2. Bedingungen des Auftretens materialistischer und postmaterialistischer Orientierungen	90
2.1. Die Mangelhypothese	90
2.2. Die Sozialisationshypothese und ihre Verknüpfung mit der Mangelhypothese	97
2.3. Ein erweiterter Ansatz zur Erklärung des Wertewandels in westlichen Demokratien	105
3. Politische Folgen des Auftretens materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten	107
3.1. Wertorientierungen und politische Mobilisierung	109
3.2. Postmaterialismus, Materialismus und die Einstellungen zur Output-Komponente des politischen Systems	111
3.3. Die Systembewertung der Materialisten und der Postmaterialisten	116
3.4. Zusammenfassende Typologisierung der politischen Einstellungen der Materialisten und der Postmaterialisten	118
3. Teil: Verlauf und Bedingungen der Stillen Revolution in der Bundesrepublik - Ergebnisse der empirischen Analyse	125
1. Zur Operationalisierung der Begriffe "Materialismus" und "Postmaterialismus"	125
2. Zum Verlauf des Wertwandels in der Bundesrepublik	129
3. Bedingungen des Auftretens materialistischer, gemischter und postmaterialistischer Prioritäten	140

3.1. Generationszugehörigkeit und politische Prioritäten	144
3.2. Wertorientierungen und Bildungsniveau	153
3.3. Wertorientierungen und die Stellung im Beschäftigungssystem	158
3.4. Multivariate Analysen der Bestimmungsfaktoren materialistischer und postmaterialistischer Politikziele	163
4. Teil: Die Auswirkungen der Stillen Revolution auf die Einstellungen der Bundesbürger zum politischen System	175
1. Wertorientierungen und politische Mobilisierung	178
1.1. Zum Konzept der politischen Involvierung	178
1.1.1. Das theoretische Konzept und seine Operationalisierung	178
1.1.2. Zur Entwicklung des politischen Interesses in der Bundesrepublik	182
1.1.3. Wertorientierungen und politisches Interesse	186
1.2. Subjektive politische Kompetenz und politische Effektivität	195
1.2.1. Die theoretischen Konzepte und ihre Operationalisierung	195
1.2.2. Politische Effektivität und politische Kompetenz in der Bundesrepublik	201
1.2.3. Wertorientierungen und politische Effektivität	211
1.3. Wertorientierungen, politische Involvierung, politische Effektivität und Staatsbürgerkultur	218
2. Wertorientierungen und politische Unterstützung	232
2.1. Zur Bedeutung des Konzepts "politische Unterstützung" und zur Abgrenzung zwischen diffuser und spezifischer politischer Unterstützung	234

2.2. Die Bewertung der Regierungsarbeit	242
2.2.1. Policy-Zufriedenheit als Teilkomponente spezifischer Unterstützung	242
2.2.1.1. Policy-Zufriedenheit als theoretisches Konstrukt	242
2.2.1.2. Die Entwicklung der Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung	244
2.2.1.3. Wertorientierungen und Leistungsbewertung	252
2.2.2. Das Regierungsvertrauen als Form spezifischer politischer Unterstützung	258
2.2.2.1. Zum Konzept des politischen Vertrauens	258
2.2.2.2. Politisches Vertrauen in der Bundesrepublik	262
2.2.2.3. Wertorientierungen und politisches Vertrauen	269
2.3. Diffuse Unterstützung für das politische System	275
2.3.1. Das theoretische Konzept	275
2.3.2. Die Entwicklung der Systemakzeptanz in der Bundesrepublik	279
2.3.3. Wertorientierungen und Systemakzeptanz	290
2.4. Politische Legitimitätsüberzeugungen	294
2.4.1. Das theoretische Konzept	294
2.4.2. Politische Legitimitätsüberzeugungen und politische Prioritäten	302
2.5. Wertorientierungen, politische Unterstützung und Staatsbürgerkultur	307
Schlußteil: Eine zusammenfassende Betrachtung der Entwicklung der politischen Kultur der Bundesrepublik in den siebziger Jahren	321

1. Entwicklungstendenzen der politischen Kultur in der Bundesrepublik und ihre Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Demokratie	321
2. Wertorientierungen und Einstellungen zur Politik	326
3. Demokratisch-partizipative politische Präferenzen und die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik	331
Anhang 1: Übersicht über die benutzten Primärdaten	335
Anhang 2: Hinweise auf die Formulierung der in dieser Arbeit ausgewerteten Indikatoren	345
Literaturverzeichnis	349

VERZEICHNIS DER TABELLEN

Tab. 3-1: Politische Prioritäten in der Bundesrepublik Deutschland, 1970 - 1984	131
Tab. 3-2: Veränderung gesellschaftlicher Wertorientierungen, 1982 und 1983	136
Tab. 3-3: Wertorientierungen und Generationszugehörigkeit - Analyse der Stärke des Beziehungsmusters, 1976 - 1984	148
Tab. 3-4: Alter und Wertorientierungen in der Bundesrepublik, 1974, 1980 und 1982	151
Tab. 3-5: Bildung und Wertorientierungen, 1974, 1980 und 1982	155
Tab. 3-6: Berufstätigkeit und Wertorientierungen, 1974, 1980 und 1982	160
Tab. 3-7: Bestimmungsfaktoren materialistischer Prioritäten, 1974, 1980 und 1982 - Multiple Klassifikationsanalyse	167

Tab. 3-8:	Bestimmungsfaktoren postmaterialistischer Prioritäten, 1974, 1980 und 1982 - Multiple Klassifikationsanalyse	169
Tab. 4-1:	Politisches Interesse in der Bundesrepublik, 1952 - 1983	184
Tab. 4-2:	Wertorientierungen und politisches Interesse, 1974	187
Tab. 4-3:	Wertorientierungen und politisches Interesse, 1980 und 1982	189
Tab. 4-4:	Subjektive politische Kompetenz in der Bundesrepublik Deutschland, 1959 und 1974	205
Tab. 4-5:	Politische Effektivität in der Bundesrepublik Deutschland, 1959 - 1980	209
Tab. 4-6:	Wertorientierungen und Effektivität - 1974 und 1980, Einzelindikatoren	213
Tab. 4-7:	Wertorientierungen und politische Effektivität, Indexwerte 1974 und 1980	215
Tab. 4-8:	Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung, 1969 - 1982	249
Tab. 4-9:	Entwicklung der Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen, August 1982 - Februar 1983	251
Tab. 4-10:	Wertorientierungen und Zufriedenheit mit den Leistungen der Regierung, 1980 und 1982	254
Tab. 4-11:	Einstellung zur Fairness von Behörden in der Bundesrepublik, 1959, 1977 und 1980	265
Tab. 4-12:	Einstellung zur Reaktion der Behörden auf Bürgerwünsche in der Bundesrepublik, 1959, 1977 und 1980	266
Tab. 4-13:	Zufriedenheit mit dem Führungspersonal in der Bundesrepublik, 1969 - 1983	268

Tab. 4-14: Wertorientierungen und Einstellungen zur Elite, 1980 und 1982	270
Tab. 4-15: Wertorientierungen und Regierungsvertrauen, 1974	272
Tab. 4-16: Wertorientierungen und Regierungsvertrauen, 1982	274
Tab. 4-17: Demokratiezufriedenheit in der Bundesrepublik, 1972 und 1976	282
Tab. 4-18: Demokratiezufriedenheit in der Bundesrepublik, 1973 - 1984	284
Tab. 4-19: Die Akzeptanz demokratischer Prinzipien in der Bundesrepublik, 1968, 1979 und 1982	286
Tab. 4-20: Systemveränderungsbereitschaft in der Bundesrepublik, 1976 - 1984	291
Tab. 4-21: Wertorientierungen und diffuse Systemunterstützung, 1973 - 1984	293
Tab. 4-22: Legitimitätsüberzeugungen in der Bundesrepublik Deutschland, 1980 - 1983	305

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

Abb. 1-1: Das Konzept des politischen Systems und seiner Umwelten bei Werner MÜNCH	51
Abb. 1-2: Matrix zur Beschreibung individueller politischer Orientierungen	63
Abb. 1-3: ALMONDs und VERBAS Typologie politischer Kultur	64
Abb. 1-4: Kongruenz/Inkongruenz von politischer Kultur und Struktur	66
Abb. 2-1: Zusammenfassende Gegenüberstellung der politischen Orientierungsmuster von Materialisten und Postmaterialisten mit dem Leitbild der Staatsbürgerkultur	120

Abb. 3-1:	Materialismus und Postmaterialismus in der Bundesrepublik Deutschland, 1976 - 1984	133
Abb. 3-2:	Wirtschaftslage und Wertorientie- rungen in der Bundesrepublik Deutsch- land, 1976 - 1984	138
Abb. 3-3:	Generationszugehörigkeit und Wert- orientierungen in der Bundesrepublik Deutschland, 1976 - 1984	147
Abb. 3-4:	Bildungsniveau und Wertorientie- rungen in der Bundesrepublik Deutschland, 1976 - 1984	157
Abb. 3-5:	Berufstätigkeit und Wertorientie- rungen in der Bundesrepublik Deutschland, 1976 - 1984	162
Abb. 3-6:	Bildung, Generationszugehörigkeit und Wertorientierungen	171
Abb. 4-1:	Wertorientierungen und politisches Interesse, 1974, 1980, 1982 (Multiple Klassifikationsanalyse)	192
Abb. 4-2:	Wertorientierungen und politische Effektivität, 1974 und 1980 (Multiple Klassifikationsanalyse)	217
Abb. 4-3:	Schema zur Analyse politischer Unterstützung	241
Abb. 4-4:	Wertorientierungen und Zufrieden- heit mit den Regierungsleistungen, 1980 und 1982 (Multiple Klassifi- kationsanalyse)	257
Abb. 4-5:	Wertorientierungen und Mißtrauen gegenüber der Regierung, 1982 (Multiple Klassifikationsanalyse)	276

EINLEITUNG: Politische Kultur, Materialismus und Post-materialismus in der Bundesrepublik Deutschland

1. Problembeschreibung

Die politische Entwicklung Deutschlands gab der empirischen Demokratieforschung, wie David P. CONRADT (1974:223) in einer Studie zur politischen Kultur zeigt, lange Zeit Rätsel auf. Anders als in den "klassischen" anglo-amerikanischen Demokratien habe der sozio-ökonomische Modernisierungsprozeß in Deutschland zunächst nicht das Entstehen einer funktionsfähigen Demokratie begünstigt (vgl. auch: ALMOND 1971:213ff; CROZIER, HUNTINGTON, WATANUKI 1975:5). Der Kontrast zwischen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Modernität einerseits und einer "katastrophalen politischen Entwicklung" auf der anderen Seite habe in der wissenschaftlichen Forschung das Interesse für die kulturellen Voraussetzungen demokratischer Regierungsweise geweckt. In der Behauptung, Deutschland sei ein Sonderfall unter den modernen westlichen Nationen, was die Beziehungen seiner Bürger zur Politik angehe, stimmten Wissenschaftler mit den unterschiedlichsten theoretischen Vorstellungen weitgehend überein. Ralf DAHRENDORF (1971:22) formulierte die "eigentliche deutsche Frage" folgendermaßen: "Warum hat das Prinzip der liberalen Demokratie so wenig Freunde gefunden?" ALMOND und VERBA (1965:312ff) beschrieben in ihrer mittlerweile zum Klassiker avancierten Studie "The Civic Culture" die politische Kultur der Bundesrepublik als eine *Untertanenkultur* (subject culture). Die typischen Merkmale dieses Orientierungsmusters sahen sie in einem weit verbreiteten Vertrauen in die Obrigkeit und einem nur schwach entwickelten Bewußtsein um die bürgerlichen Teilhaberechte. Wie viele andere Autoren betrachteten sie die obrigkeitsstaatliche Tradition Deutschlands als eine wichtige Ursache für das Auseinanderklaffen von demokratietheoretischer Norm und politischer Wirklichkeit (vgl. auch: EDINGER 1977:75ff;

GREIFFENHAGEN 1984:bes. 53ff; kritische Anmerkungen hierzu bei CONRADT 1980:225ff).

Der zunächst vorherrschende Konsens in der Einschätzung der politischen Kultur der Bundesrepublik löste sich zwischenzeitlich auf. Vor allem anglo-amerikanische Studien bestätigten den Bundesbürgern beträchtliche Fortschritte auf dem Wege zur Demokratie (vgl. vor allem: CONRADT 1974; 1980; 1981a; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981). In der deutschen Literatur dagegen überwiegen ambivalente, wenn nicht gar negative Einschätzungen, selbst der neueren Entwicklung (vgl. RAUSCH 1980; STAMMEN 1980; REICHEL 1980; 1981a; GREIFFENHAGEN, GREIFFENHAGEN 1981; KLAGES, HERBERT 1983; GREIFFENHAGEN 1984; KLAGES 1984; differenzierter: PROSS 1982:bes. 133ff). In der politischen Publizistik, in den Erklärungen politischer Parteien usw. ist ebenfalls häufig von einer "Politik-", "Parteien-" oder "Staatsverdrossenheit" der Bürger die Rede (vgl. dazu die kritische Analyse KÜCHLERS 1982).

Anders als in älteren Arbeiten macht man aber nicht mehr ausschließlich die deutsche Sonderentwicklung für die vermeintlichen demokratischen Defizite in der Bundesrepublik verantwortlich. Bei der angeblichen Staats-, Politik- oder Parteienverdrossenheit scheint es sich einigen neueren Studien zufolge eher um ein universelles, in allen westlichen Demokratien auftretendes Phänomen zu handeln (vgl. vor allem: CROZIER, HUNTINGTON, WATANUKI 1975:76ff; ABRAMOWITZ 1980; ABRAMSON 1983; LIPSET, SCHNEIDER 1983 für die USA; MARSH 1977:114ff; KAVANAGH 1980; ROHE 1984 für Großbritannien; vgl. zur Entwicklung in den EG-Staaten die von REICHEL 1984 herausgegebene Aufsatzsammlung).

Der offenkundige Rückgang der politischen Zufriedenheit in der westlichen Welt stellte die empirische Politikwissenschaft vor neue Probleme, weil diese Veränderung mit den konventionellen Erklärungsansätzen nicht zu greifen war. Nach LIPSET 1981:bes. 59ff) fördern ein offenes Klassensystem, wirtschaftlicher Wohlstand, ein egalitäres Wertesystem, eine

kapitalistische Wirtschaftsordnung, die Lese- und Schreibfähigkeit der Bevölkerung (respektive ihr Bildungsniveau) und die Betätigung der Bürger in Freiwilligenorganisationen die Entwicklung einer stabilen Demokratie.

Solche sozio-ökonomischen Erklärungsgrößen spielten in Studien aus dem Bereich der empirischen Demokratieforschung lange Zeit die dominierende Rolle. Auf *makroanalytischer* Ebene galten wirtschaftlicher Wohlstand und gesellschaftliche Modernität als notwendige, wenn auch nicht unbedingt hinreichende, Bedingungen für das Entstehen und für die Festigung einer funktionsfähigen Demokratie (vgl. einige Beiträge zu CNUDE, NEUBAUER 1969; DAHL 1971:62ff; 1973:91ff; 1982:55ff, 108ff; DAHRENDORF 1971:bes. 71 ff).

Auf der *Mikro-Ebene* sah man in den sozio-demographischen Eigenschaften einer Person Determinanten ihrer Einstellungen zur Politik, die ihrerseits wiederum, vermittelt über das politische Verhalten, für die Stabilität und Funktionsfähigkeit eines demokratischen politischen Systems bedeutsam waren (vgl. aus den zahlreichen, in dieser Weise angelegten Arbeiten: NIE, POWELL, PREWITT 1969:808ff; VERBA, NIE 1972:18ff, 125ff). Stark vereinfacht dargestellt, nahm man die folgenden Beziehungen zwischen sozio-ökonomischen und politischen Variablen an: Personen, denen die Gesellschaft einen hohen sozialen Status (hohes Einkommen, hohes Bildungsniveau, gesicherte berufliche Position usw.) zuweist, haben ein stärkeres Interesse an der Aufrechterhaltung des bestehenden politischen Systems als solche Bürger, die sich - gemessen an ihrem Ansehen in der Gesellschaft, ihren materiellen Ressourcen und ihrer Einbindung in soziale Interaktionssysteme - in einer vergleichsweise ungünstigeren sozialen Position befinden. Auf Grund ihrer materiellen und immateriellen Interessen und ihres Sozialisationsverlaufes finden wir in den höheren Statusgruppen relativ zahlreiche Träger demokratischer politischer Einstellungen und Verhaltensmuster. In den unteren Sozialschichten treten mit höherer Wahrscheinlichkeit politische Unzufriedenheit, politische Entfremdung und politischer Pro-

test auf.

Mit der Expansion der staatlichen Tätigkeiten bieten sich für die politische Führung vermehrte Möglichkeiten, aktiv in den Austausch zwischen sozialen Gratifikationen und politischer Unterstützung einzugreifen. In zunehmendem Maße macht nämlich die Bevölkerung den Staat für ihr wirtschaftliches und soziales Wohlergehen verantwortlich (vgl. KLAGES 1984:103; STEINMANN, BÜSCHER, PFISTER 1979:99ff, bes. 105f). Damit verfügt die politische Führung über eine Steuerungsressource, die sie zur Einflußnahme auf die politischen Einstellungen der Bürger einsetzen kann: Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik fördert kurzfristig die Wiederwählchancen der Regierung, langfristig schafft oder erhält sie Zufriedenheit mit dem politischen System. Fehlleistungen auf diesen Gebieten führen dagegen auf lange Sicht zu einem Vertrauensverlust des politischen Systems.

Auf den Zusammenhang zwischen Effektivität, Legitimität und demokratischer Stabilität machte LIPSET (1981:64ff) aufmerksam: "Societies ... which are ... high on the scales of both legitimacy and effectiveness, have stable political systems. ... Ineffective and illegitimate regimes ... are by definition unstable and break down, unless they are dictatorships maintaining themselves by force. ... From a short-range point of view, a highly effective but illegitimate system, such as a well governed colony, is more unstable than regimes which are relatively low in effectiveness and high in legitimacy. ... On the other hand, prolonged effectiveness over a number of generations may give legitimacy to a political system. In the modern world, such effectiveness means primarily constant economic development. Those nations which have adapted more successfully to the requirements of an industrial system have the fewest internal political strains and have either preserved their traditional legitimacy or developed strong new symbols" (LIPSET 1981:69f).

In der Literatur zieht man gelegentlich die Nachkriegsentwick-

lung in der Bundesrepublik und in Großbritannien heran, um den Zusammenhang zwischen der ökonomischen Leistungsfähigkeit eines Gemeinwesens und der Zufriedenheit der Bürger mit dem politischen System zu illustrieren (vgl. z.B.: CONRADT 1980: 262f; KAVANAGH 1980:139f; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981: 73ff).

Die von Beobachtern westlicher Demokratien konstatierte Vertrauenskrise wäre im Bezugsrahmen dieses sozio-ökonomischen Erklärungsansatzes als eine Folge abnehmender Zufriedenheit mit den wirtschaftlichen und sozialen Leistungen des Staates zu interpretieren. Eine derartige Annahme erscheint auf den ersten Blick durchaus plausibel. In der Bundesrepublik fielen Symptome einer politischen Destabilisierung zumindest zeitlich mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage zusammen. Dies gilt für die Phase der Studentenunruhen und der NPD-Wahlerfolge wie auch für die zweite Hälfte der siebziger und den Beginn der achtziger Jahre, die durch Massendemonstrationen, den Aufstieg der GRÜNEN und eine bis dahin unbekannt hohe Arbeitslosenquote gekennzeichnet waren.

Allerdings garantiert wirtschaftliche Prosperität keine stabilen politischen Verhältnisse: "Unruheentwicklungen, welche sich mit gesellschaftlichen Entstabilisierungen verbinden, sind in Zeiten des ökonomischen Wachstums und der Prosperität keineswegs außergewöhnlich. Sie mögen in solchen Zeiten vielleicht etwas weniger wahrscheinlich sein als in Zeiten der ökonomischen Stagnation und des wirtschaftlichen Niedergangs. Es spricht jedoch vieles dafür, daß Wachstum und Prosperität selbst Unruhe erzeugen, weil sie die Entstehung von Ungleichgewichten zwischen den menschlichen Aspirationen und den verfügbaren (oder vielmehr: den wahrgenommenen und erwarteten) Erfüllungen begünstigen" (KLAGES 1975:41).

Untersuchungen zum Protestverhalten in westlichen Demokratien lieferten den Kritikern der sozio-ökonomischen Modernisierungshypothese empirisches Belegmaterial. Diese Studien führten einhellig zu dem Ergebnis, daß eine überdurchschnittliche

politische Unzufriedenheit gerade nicht bei den Bevölkerungsgruppen anzutreffen war, die der soziologischen Demokratietheorie zufolge die soziale Basis für Protestbewegungen bilden müßten. Das Unruhepotential rekrutiert sich statt dessen vornehmlich aus den Schichten, bei denen das stärkste materielle Interesse an der Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Status Quo und das höchste Niveau an Zustimmung zur demokratischen Ordnung zu vermuten wären: "Die Neigung zu Formen der direkten (unkonventionellen, OWG) Beteiligung ist also nicht etwa eine Reaktion der ökonomisch deprivierten, sondern ein Protest der (potentiell) Besitzenden, eine Art 'bürgerlicher Revolution'" (ALLERBECK, KAASE, KLINGEMANN 1979/80: 372; vgl. schon früher: CROZIER, HUNTINGTON, WATANUKI 1975:7).

Sozio-ökonomische Variablen spielen in den neueren Untersuchungen politischer Unzufriedenheit und politischen Protests weiterhin eine Rolle. Sie reichen aber als Erklärungsgrößen der Einstellungen zum politischen System offenkundig nicht mehr aus. Analysen der Beziehungen zwischen dem Bürger und dem Staat mußten demzufolge auf zusätzliche Erklärungsvariablen zurückgreifen.

Einen der interessantesten und in der empirischen Demokratieforschung einflußreichsten Beiträge zu den Bedingungen politischer Unzufriedenheit in den fortgeschrittenen westlichen Industriegesellschaften verdanken wir dem amerikanischen Sozialwissenschaftler Ronald INGLEHART. In seinen erstmals 1971 einem breiteren wissenschaftlichen Publikum vorgelegten Arbeiten zur "Stillen Revolution" (vgl. INGLEHART 1971a; 1971b) vertritt er die These, eine *Veränderung der politischen Wertorientierungen* der Bürger westlicher Demokratien (genauer: eines Teils von ihnen) sei eine der wichtigsten *Ursachen* für die *Zunahme der politischen Unzufriedenheit*. Bereits in den Studentenunruhen der ausgehenden sechziger Jahre habe sich dieser Zusammenhang von Wertorientierungen, Unzufriedenheit und Protestbereitschaft gezeigt: "... we believe that one widely relevant factor has been a shift from a predominantly economic to noneconomic basis of political discontent. We

would locate the transition point somewhere in the mid-1960s. Prior to that time, political dissatisfaction and protest in industrial societies *was* linked with economic conditions; in subsequent years political protest has tended to spring from noneconomic motives. This change, we believe, reflects the emergence among western publics of a sizeable minority with post-materialist value priorities" (INGLEHART 1977b:456; Hervorh. im Original).

Der für die Ausbreitung des Unruhepotentials maßgebliche Übergang von materialistischen zu nachmaterialistischen Prioritäten wurde dadurch möglich, daß in den westlichen Demokratien die Sicherheits- und Erhaltungsbedürfnisse der Bürger weitgehend befriedigt sind. Diesen Umstand führt INGLEHART auf die beispiellose Periode wirtschaftlichen Wachstums in der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg zurück. Nach der Befriedigung ihrer materiellen Grundbedürfnisse konnten sich die Menschen der Verwirklichung nicht-materieller Ziele zuwenden. Mit dem Begriff "postmaterialistisch" umschreibt er den Wunsch nach mehr Mitsprache, nach sozialer Gleichheit, humanen Lebensbedingungen usw. (vgl. INGLEHART 1979b:284ff; 1979c:311ff). Der Übergang von materialistischen zu postmaterialistischen Prioritäten besitzt allerdings "keine *inhärente* Qualität, die notwendigerweise politische Unzufriedenheit hervorruft: dies hängt von dem Verhältnis der Werte eines Menschen zu seiner Umwelt ab" (INGLEHART 1979b:284; Hervorh. im Original). In einer an materialistischen Zielen orientierten Gesellschaft werden sich die Postmaterialisten häufig in einer Minderheitsposition befinden und aus diesem Grunde der politischen Führung und dem politischen System kritisch gegenüberstehen. Ihre Unzufriedenheit mit der Politik äußert sich in ihren politischen Einstellungen und Verhaltensweisen.

Der in der Theorie der Stillen Revolution behauptete Zusammenhang zwischen einer Ausbreitung postmaterialistischer Orientierungen und einer zunehmenden politischen Unzufriedenheit ergibt sich aus der gesellschaftlichen Bedeutung von Werten und Wertorientierungen. In Anlehnung an Talcott

PARSONS (1980:185) versteht man unter Werten die den Mitgliedern eines bestimmten Kollektivs gemeinsamen, von ihnen als Grundlage des sozialen Handelns und Entscheidens akzeptierten "Konzeptionen eines wünschenswerten Gesellschaftstyps". Veränderungen dieser grundlegenden Wertvorstellungen führen, insbesondere bei einer verzögerten Anpassung des politischen Systems an die neuen Erwartungshaltungen, zu Akzeptanzkrisen. Nicht allein materielle Deprivationen, auch ungelöste Widersprüche zwischen ideellen Zielen und den Maßnahmen der politischen Führung stellen eine Quelle politischer Unzufriedenheit dar (vgl. BARNES, FARAH, HEUNKS 1979; FARAH, BARNES, HEUNKS 1979; KLAGES, HERBERT 1983; DITTRICH 1984).

Der Vertrauensverlust, dem sich nach der Meinung vieler Beobachter die Politik in den westlichen Demokratien ausgesetzt sieht, beruht dieser Interpretation zufolge auf der Unfähigkeit der politischen Führung, sich auf die veränderten Wertorientierungen eines mehr oder weniger großen Teiles der Bevölkerung einzustellen. Bei Personen mit postmaterialistischen Prioritäten müßte demnach der Vertrauensschwund, sofern er sich empirisch nachweisen läßt, besonders stark ausgeprägt sein.

2. Fragestellungen und Aufbau dieser Arbeit

Die These, die unzulängliche Anpassung des politischen Systems westlicher Demokratien an die veränderten Bedürfnisse der Bevölkerung habe zu einem Vertrauensverlust geführt, fand in der wissenschaftlichen und in der außerwissenschaftlichen Diskussion breite Zustimmung. Es sei in diesem Zusammenhang beispielsweise die Auseinandersetzung mit den Entstehungsbedingungen der Alternativbewegung erwähnt (vgl. GUGGENBERGER 1980; GUGGENBERGER, KEMPF 1984). Ein systematischer empirischer Test der einschlägigen Annahmen liegt für die Bundesrepublik jedoch bislang nicht vor. INGLEHART selbst befaßt sich in seinen Arbeiten eher beiläufig mit dem Zusammenhang zwischen dem Wertewandel und den Einstellungen der Bevölkerung

zum politischen System. Abgesehen von einer kleineren Untersuchung des Einflusses materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten auf die Demokratiezufriedenheit und auf die Bereitschaft zur Veränderung des politischen Systems (vgl. INGLEHART 1977b:465ff; 1979b:304ff) fehlen in seinen Arbeiten empirische Daten über die Rolle der betreffenden Wertorientierungen in der politischen Kultur westlicher Demokratien. Selbst seine Untersuchung der Bestimmungsgründe unkonventionellen politischen Verhaltens (vgl. INGLEHART 1979d:bes. 369ff) klammert die Einstellungen der Bürger zum politischen System und seinen wichtigsten Teilsystemen weitgehend aus, obgleich er mehrfach die Unzufriedenheit mit dem politischen System als Bestimmungsgröße unkonventioneller politischer Aktivitäten bezeichnet (vgl. u.a. INGLEHART 1979b:283ff; 1979d; 1983:435ff).

Auch die kritische Auseinandersetzung mit der Theorie der Stillen Revolution griff in erster Linie andere Probleme auf. Insbesondere gab es einige interessante Beiträge zur Brauchbarkeit des von INGLEHART entwickelten Meßinstruments (vgl. vor allem: LAFFERTY 1976; MARSH 1977:165ff; HERZ 1979; FLANAGAN 1982; BÖLTKEN, GEHRING 1984; HAGSTOTZ 1985) und zu seiner Annahme, in den westlichen Demokratien habe sich ein *Übergang* von materialistischen zu postmaterialistischen Wertorientierungen vollzogen (vgl. IKE 1973; MARSH 1975; 1977:167ff; LAFFERTY 1976; DALTON 1977; FLANAGAN 1982; BÖLTKEN, JAGODZINSKI 1983; 1985; KLAGES 1984:47ff). Auf diese in der Literatur bereits mehrfach abgehandelten Probleme gehe ich in dieser Arbeit nur so weit ein, wie es für meine spezifischen Fragestellungen erforderlich ist.

Es fehlt nach wie vor an systematischen Untersuchungen der Rolle materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten in der politischen Kultur westlicher Demokratien. Nicht allein dieser Forschungsstand rechtfertigt den Versuch, für einen begrenzten Raum-Zeit-Zusammenhang, die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren seit 1970, INGLEHARTs Annahmen über die Auswirkungen des Postmaterialismus und des Materialismus

auf die Einstellungen der Bürger zum politischen System einer empirischen und theoretischen Prüfung zu unterziehen. Auch die politische Bedeutung der von INGLEHART behaupteten Veränderungen der politischen Kultur westlicher Demokratien sprechen dafür, dem Problemfeld "Wertorientierungen im Rahmen der politischen Kultur" mehr Aufmerksamkeit zu widmen, als dies bislang geschah. Wenn die Einschätzung des Materialismus und des Postmaterialismus als fundamentale politische Wertorientierungen zutrifft, und wenn INGLEHART die Wertberücksichtigungsfähigkeit der westlichen Demokratien richtig beurteilt, dann sagt er zu Recht eine Veränderung der Infrastruktur des politischen Lebens als Folge des Wertwandels voraus (vgl. INGLEHART 1979b:279). Doch hat die Ausbreitung postmaterialistischer Präferenzen, für sich betrachtet, keine genau angebbaren Folgen für den Wandel bzw. den Bestand eines politischen Systems. Diese ergeben sich erst aus ihrer Beziehung zu anderen Elementen der politischen Kultur eines Gemeinwesens. INGLEHART beschreibt die Postmaterialisten als eine politisch informierte, hochpolitisierte, handlungsbereite, selbstbewußte, aber mit der politischen Führung und dem politischen System unzufriedene Minderheit. Im Zusammenspiel dieser Merkmale sieht PAIGE (1971:811) ein Stabilitätsrisiko für jedes demokratisch verfaßte politische System: "A knowledgeable citizenry with an unresponsive regime is likely to turn to radical or violent tactics, while the same level of knowledge in a responsive system would lead to loyalty and conventional political action". (Vgl. auch: GAMSON 1968:53ff; ORUM 1974:195ff; CITRIN 1977:406ff; KAASE, MARSH 1979a:38ff). Die politische Bedeutung des Wertwandels läßt sich nur auf der Grundlage der politischen Bedeutung von Wertorientierungen und ihrer Beziehung zu den anderen Elementen des Kultursystems richtig einschätzen.

Damit ist der Gegenstandsbereich dieser Arbeit inhaltlich eingegrenzt und der theoretische Bezugsrahmen für die empirische Untersuchung angedeutet. INGLEHART führt die in westlichen Demokratien zunehmend beobachtbare Staats- und Politikverdrossenheit vornehmlich auf einen Wandel politischer Wertori-

entierungen und auf eine unzulängliche Fähigkeit des politischen Systems zurück, sich den veränderten Vorstellungen bestimmter Bevölkerungsgruppen anzupassen. Seine Prognose über die Folgen des Wertwandels für die Einstellungen der Bevölkerung zum politischen System eignen sich dazu, wesentliche Elemente der Theorie der Stillen Revolution empirisch zu testen.

Mit der "spezifischen Verteilung der Muster von Orientierungen auf politische Objekte" (ALMOND, VERBA 1965:13, Übers. OWG) beschäftigt sich die politische Kulturforschung. Sie entstand im Rahmen der verhaltenstheoretischen "Revolution" in der US-amerikanischen Politikwissenschaft und erfreut sich auch in der Bundesrepublik einer wachsenden Popularität. Im ersten Teil dieser Arbeit erfolgt eine Präsentation und Reformulierung des von ALMOND und VERBA (1965; 1980) entwickelten Konzeptes "politische Kultur". Auf diese Weise soll eine systematische Grundlage für die empirische Auseinandersetzung mit den politischen Konsequenzen des Überganges von materialistischen zu postmaterialistischen Prioritäten geschaffen werden.

Der Rückgriff auf den political-culture-Ansatz liegt aus mehreren Gründen nahe. ALMOND und VERBA (1965:14) bezeichnen Kenntnisse, Gefühle und *Wertvorstellungen* als die drei Modi individueller und kollektiver Orientierungen auf politische Objekte. Aus dem Verständnis von Wertpräferenzen als zentralen, stabilen, einstellungssteuernden Elementen des individuellen Orientierungssystems läßt sich die Hypothese ableiten, daß sich mit einem Wandel der fundamentalen politischen Wertvorstellungen auch die labileren, objekt- und situations-spezifischen Einstellungen verändern. Art und Ausmaß dieser Änderungen sind dabei fallweise zu bestimmen.

Mit ihrer Typologie politischer Kulturen liefern ALMOND und VERBA ein Raster zur Beschreibung der politischen Einstellungen von Materialisten, Mischtypen und Postmaterialisten. Ihr Begriffsapparat basiert auf dem Systemmodell David EASTONS

(1965). Danach ist es bei der Analyse der politischen Kultur eines Landes wichtig, zwischen den System-, den Input-, den Output- und den auf die eigene politische Rolle bezogenen Orientierungen der Bürger zu unterscheiden. Moderne politische Kulturen zeichnen sich durch eine Präsenz aller dieser Elemente im Einstellungssystem der Bevölkerung aus. Art und Intensität der Bewertung des Gesamtsystems und seiner Subsysteme entscheiden darüber, mit welchem Typ politischer Kultur wir es zu tun haben.

Die Verteilung der politischen Einstellungsmuster in der Bevölkerung besitzt nach ALMOND und VERBA eine für die Stabilität und Funktionsfähigkeit des politischen Systems ausschlaggebende Bedeutung. Zu jedem Typus politischer Strukturen gibt es eine "passende" Ausprägung der politischen Kultur. Als den Modelltyp einer demokratischen politischen Kultur betrachten sie die Civic Culture.

Obgleich die Beschreibung der Staatsbürgerkultur ziemlich vage bleibt und obwohl ALMOND und VERBA keine systematische Theorie einer demokratischen politischen Kultur liefern, ist ihr Konzept für die empirische Auseinandersetzung mit INGLES-HARTS Wertwandels-Hypothese fruchtbar. Vor allem in Verbindung mit empirischen Arbeiten zu einzelnen Aspekten der politischen Kultur eröffnet es die Möglichkeit, die wichtigsten Elemente der Theorie der Stillen Revolution empirisch zu operationalisieren, prüfbare Hypothesen über die Folgen des Wertewandels zu formulieren und sie zu testen. Die Leistungsfähigkeit des INGLES-HARTSchen Ansatzes läßt sich auf dieser Basis mit der anderer Beiträge zur politischen Kulturforschung vergleichen, und schließlich eröffnet sich die Möglichkeit, die demokratiethoretischen Konsequenzen der Stillen Revolution zu beurteilen. Inwieweit diese Ziele praktisch realisierbar sind, hängt allerdings nicht allein vom Erfolg bei der empirischen Interpretation der betreffenden theoretischen Konzepte, sondern noch mehr von der Datenlage ab.

Der zweite Teil der Arbeit stellt INGLES-HARTS Aussagen über

den Ablauf, die Bedingungen und die Folgen des Wertewandels in westlichen Demokratien dar und enthält damit die theoretischen Annahmen, die es im Rahmen des empirischen Teiles zu prüfen gilt. In Folge der lange andauernden Periode innerer und äußerer Sicherheit und wirtschaftlichen Wohlergehens haben seiner Ansicht nach materialistische Sicherheits- und Erhaltungsziele für die Bevölkerung der westlich-demokratischen Industriestaaten an Dringlichkeit verloren. Sie werden in zunehmendem Maße durch postmaterialistische Prioritäten, den Wunsch nach sozialer Anerkennung und Zugehörigkeit, intellektueller und ästhetischer Befriedigung zurückgedrängt.

Daß es sich bei diesem Wertewandel nicht um eine kurzlebige Modeerscheinung handelt, ergibt sich aus INGLEHARTs Hypothesen über die Bedingungen der "Stillen Revolution". Politische Prioritäten bilden sich, wie aus der von ihm vorgenommenen Verbindung einer Sozialisations- mit einer Mangelhypothese hervorgeht, als Reaktion auf die Lebensumstände einer Person in ihrer formativen Phase. Sie bleiben dann im Erwachsenenalter verhältnismäßig stabil.

Auf diesem Hintergrund interpretiert INGLEHART den Wertewandel als Folge unterschiedlicher formativer Lebensbedingungen der Vor- und der Nachkriegsgeneration. Die Ausbreitung postmaterialistischer Prioritäten erfolgt in dem Maße, in dem die materialistischen Zielen verpflichtete Vorkriegsgeneration durch die in Frieden und Wohlstand aufgewachsene, postmaterialistisch eingestellte Nachkriegsgeneration ersetzt wird. Deutschland erscheint ihm auf Grund seiner besonderen geschichtlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert als ein besonders geeigneter Testfall für die Theorie der Stillen Revolution.

Keinem anderen Teil seiner Wertewandelshypothese widmete INGLEHART in seinen empirischen Untersuchungen eine ähnlich große Aufmerksamkeit wie der Darstellung der Ursachen der Stillen Revolution. In diesem Komplex von Aussagen haben wir entsprechend das am besten ausgearbeitete Teilstück seiner

Theorie vor uns. Dennoch liegt eine plausible Operationalisierung der Kernaussagen über die Determinanten des Wertewandels bislang nicht vor, und sie scheint mir für die wichtigste Variable, den formativen Überfluß bzw. Mangel, nur mit Hilfe veränderter Erhebungsinstrumente erreichbar.

Die Folgen der Ausbreitung postmaterialistischer Orientierungen für die Einstellungen zum politischen System lassen sich mit den beiden Sammelbegriffen "kognitive Mobilisierung" und "Akzeptanzkrise" überschreiben. Beide Konzepte stimmen nicht vollständig mit dem in Anlehnung an ALMOND und VERBA konzipierten Beschreibungsraster politischer Orientierungen überein, es bereitet aber keine großen Schwierigkeiten, die betreffenden Konstrukte aufeinander abzustimmen.

Mit dem Begriff der kognitiven Mobilisierung beschreibt INGLEHART die zunehmende *Politisierung* der Bevölkerung in den westlichen Demokratien, d.h. die Zunahme des politischen Interesses, der politischen Informiertheit, der perzipierten eigenen Einflußmöglichkeit auf die Politik u.a.m. Aus seinen Arbeiten geht zwar nicht eindeutig hervor, ob er diese Veränderungen der politischen Kultur für eine Folge des Wertewandels hält oder ob er keine eindeutige Ursache-Wirkungs-Beziehung zwischen den betreffenden Teilaspekten des sozio-kulturellen Wandels annimmt. Aus seiner Konzeptualisierung des Materialismus und des Postmaterialismus als Wertorientierungen läßt sich aber eine klare Variablenanordnung ableiten. Demnach intervenieren die Wertorientierungen zwischen sozialstrukturellen Veränderungen und Einstellungen zum politischen System (vgl. auch: PAPPI, LAUMANN 1974:158).

Obgleich explizite Hypothesen über den Einfluß der Wertorientierungen auf das Ausmaß der kognitiven Mobilisierung der Bevölkerung in den einschlägigen Veröffentlichungen nicht vorliegen, lassen sie sich relativ leicht aus ihnen herausfiltern (vgl. bes. INGLEHART 1977a:293ff). INGLEHART unterstellt offenkundig eine positive Beziehung zwischen postmaterialistischen Prioritäten und sämtlichen Indikatoren kognitiver

Mobilisierung. Bei den Materialisten hingegen sind diese Einstellungen nur schwach entwickelt. In dieser Hinsicht genügen beide Untersuchungsgruppen den Anforderungen einer Staatsbürgerkultur in unterschiedlichem Maße: Die politischen Einstellungen der Postmaterialisten nähern sich diesem Typus an, die der Materialisten hingegen sind eher als parochial zu bezeichnen.

Eine gänzlich andere Konstellation liegt bezüglich der *Akzeptanz* des politischen Systems und seiner Teilsysteme durch beide Gruppen vor. INGLEHARTs Rede von der abnehmenden Loyalität der Postmaterialisten gegenüber dem politischen System macht klar, daß sich diese Gruppe in mehr oder minder starker Distanz zum politischen Regime, zur politischen Gemeinschaft, zur politischen Führung, zum Ergebnis und zu den Verfahren des politischen Entscheidungsprozesses befindet. ALMOND und VERBA bezeichneten ein derartiges Einstellungsmuster als Entfremdung. Die Systemakzeptanz durch die Postmaterialisten wird durch die Diskrepanz zwischen der gewünschten eigenen Rolle in der Politik und den wahrgenommenen Umweltkonstellationen weiter abgeschwächt. Eine starke Politisierung und ein hohes Erwartungsniveau treten zusammen mit einer kritischen Bewertung der Inhalte und Verfahren politischer Willensbildung und Entscheidung auf. Von der für eine Staatsbürgerkultur charakteristischen "Ergebenheit" kann also nicht die Rede sein.

Da die Verpflichtung des politischen Systems gegenüber materialistischen Zielen sich in erster Linie an den Entscheidungsinhalten und am Handeln der amtierenden politischen Führung ablesen läßt, ist eine besonders deutliche negative Beziehung zwischen postmaterialistischen Präferenzen und den Output-Orientierungen zu erwarten. Nach INGLEHART hat jedoch die politische Unzufriedenheit der Postmaterialisten bereits auf die Input-Strukturen und auf das politische System als allgemeines Objekt übergegriffen.

Die Bedingungen, die Personen mit ausgeprägten Selbstaktuali-

rungsbedürfnissen in die Opposition zum politischen System drängen, begünstigen auf der anderen Seite die überdurchschnittliche Systemakzeptanz durch die Materialisten. Da der vorherrschende Politiktypus materialistischen Sicherheits- und Erhaltungszielen einen hohen Rang einräumt, fühlen sich Personen mit entsprechenden Präferenzen politisch gut vertreten. Sie neigen zu einer positiven Bewertung der Output- und der Systemkomponente der politischen Kultur. Das geringe Ausmaß an kognitiver Mobilisierung spricht allerdings gegen die Annahme, daß die Einstellungen zu den politischen Input-Strukturen vergleichbar positiv ausfallen.

Nach den bisher vorgetragenen Annahmen entsprechen weder die politischen Einstellungen der Materialisten noch die der Postmaterialisten dem Leitbild der Staatsbürgerkultur. Die Materialisten weisen eine zu schwach entwickelte kognitive Mobilisierung, aber eine hohe Systemakzeptanz auf, bei den Postmaterialisten liegt die entgegengesetzte Konstellation vor. Hieraus ergeben sich zwei wichtige Folgerungen für den Zustand der politischen Kultur in der Bundesrepublik:

- (1) Der Wertewandel hat nach INGLEHART in der Bundesrepublik wie in anderen westlichen Demokratien zu einer Fragmentierung der politischen Kultur geführt. Die Einstellungen der Bevölkerung zum politischen System und zur eigenen Rolle in der Politik scheiden sich nicht allein an sozio-ökonomischen Konfliktlinien, sie sind zusätzlich in konkurrierenden Konzeptionen vom wünschenswerten Typ der politischen Ordnung verankert. Die politischen Einstellungen der postmaterialistischen Angehörigen der Nachkriegsgeneration können, in Anlehnung an GAMSON (1971:53), als "abweichend" klassifiziert werden. Dagegen nähern sich die politischen Vorstellungen der materialistischen Mitglieder der Vorkriegsgeneration einem aus parochialen und untertanenspezifischen Elementen gemischten Typ an. Mit der Trennung in generationenspezifische Kulturmuster fallen weitere sozio-demographische Unterschiede (Bildung, Einkommen, Beschäftigungsverhältnis) zusammen. Wir können

deshalb zu Recht von der Existenz mindestens zweier konkurrierender Subkulturen in der Bundesrepublik sprechen. Nach der Hypothese vom Generationenwandel dominiert gegenwärtig noch der materialistische Typus.

- (2) Die relativ jungen, einkommensstarken, gut gebildeten und überwiegend in Dienstleistungsberufen beschäftigten Postmaterialisten befürworten mehr oder weniger weitreichende politische Veränderungen, da bei ihnen gleichzeitig ein hoher Politisierungsgrad gemeinsam mit einer schwach entwickelten Systemakzeptanz auftritt. Nur mit Hilfe weiterer Einstellungsanalysen läßt sich feststellen, welche Konsequenzen sich aus diesem Umstand für die Entwicklungschancen der Demokratie in der Bundesrepublik ergeben. Eine besondere Bedeutung dürfte dabei der Frage nach der Verankerung demokratischer Wertvorstellungen in unseren Untersuchungsgruppen und nach der Präferenz für eine reformistische oder revolutionäre Konzeption des politischen Wandels zukommen. INGLEHART tendiert zu einer optimistischen Bewertung der demokratiethoretischen Folgen des Wertewandels. Wie andere Vertreter der Konzeption der postindustriellen Gesellschaft erwartet er eine Verstärkung der partizipativen Strukturen und der egalitären Werte im politischen System.

Der dritte Teil der Arbeit gilt der empirischen Prüfung der INGLEHARTschen Annahmen über Verlauf, Bedingungen und Folgen der Stillen Revolution in der Bundesrepublik. Dabei wird der Versuch unternommen, die bedeutsamen theoretischen Konzepte nach Maßgabe der Datenlage empirisch zu operationalisieren und sie in eine handhabbare Versuchsanordnung umzusetzen. Der Test der Hypothesen erfolgt mittels bivariater und multivariater Verfahren (Kontingenztabellenanalyse, multiple Klassifikationsanalyse).

In der Zeit seit 1970 nahm der Anteil der Nachkriegsgeneration an der Bevölkerung der Bundesrepublik beträchtlich zu. In Folge dessen ist nach der Theorie der Stillen Revolution

mit einer Zunahme postmaterialistischer und einem Rückgang materialistischer Präferenzen zu rechnen. Die für eine zuverlässige Prüfung dieser Annahme benötigten Panel-Daten über einen relativ langen Erhebungszeitraum liegen nicht vor bzw. sind für Sekundäranalysen noch nicht zugänglich. Ersatzweise mußten die Langzeitanalysen auf der Basis von Trenddaten aus verschiedenen Stichproben durchgeführt werden. Aussagen über die *Entwicklung* der politischen Präferenzen in *ein- und derselben Befragtengruppe* sind lediglich für das Jahr 1983 möglich, für das eine Panel-Befragung verfügbar war.

INGLEHARTs Wertwandelstheorie läßt sich für die Bundesrepublik nicht empirisch belegen. Der Postmaterialistenanteil unter den Befragten war am Ende der Erhebungsperiode zwar größer als an ihrem Beginn, die Phase zwischen den beiden Punkten zeichnet sich aber durch eine außerordentliche Diskontinuität aus. Dies scheint auf den Einfluß *kurzfristiger* innen- und wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen zurückzugehen. Das Verständnis des Materialismus und des Postmaterialismus als situationsunabhängige, stabile Wertorientierungen wird weder durch die Ergebnisse der Trendanalyse noch durch die der Panel-Analyse gestützt. Ein Rückgriff auf Daten aus anderen westlichen Demokratien zeigt, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik nicht atypisch ist, sondern sich im Prinzip mit Befunden aus Nachbarländern deckt.

Bei der Auseinandersetzung mit den von INGLEHART postulierten Bedingungen der Stillen Revolution sind zunächst durch das Datenmaterial bedingte Schwierigkeiten in Rechnung zu stellen. Sie betreffen die Möglichkeiten einer theoriebezogenen Operationalisierung der wichtigsten Konstrukte, insbesondere des formativen Überflusses. Der von INGLEHART benutzte Indikator "Lebensalter" erweist sich als eine wichtige Vorhersagegröße des Materialismus und des Postmaterialismus. Seine Gültigkeit als empirisches Äquivalent des formativen Überflusses erscheint allerdings mehr als fragwürdig, zumal die in seinen Arbeiten vorgenommene Abgrenzung der einzelnen Altersgruppen keinerlei Bezug zum theoretischen Konzept der Generationsein-

heit aufweist. So betrachtet, ist die negative Beziehung zwischen Lebensalter und postmaterialistischen Präferenzen zwar ein interessantes Ergebnis, es sagt aber über die Gültigkeit der Theorie der Stillen Revolution nichts aus.

Wie die jüngeren Altersgruppen, so weisen auch Personen mit einem hohen formalen Bildungsniveau in überdurchschnittlichem Maße postmaterialistische Präferenzen auf. Zwischen der Berufstätigkeit und den Wertorientierungen hingegen besteht keine eindeutig interpretierbare Beziehung. Wenn man bedenkt, welche Bedeutung die Theorien der postindustriellen Gesellschaft der Entstehung einer Dienstleistungsökonomie zuschreiben, dann sind die nur schwach ausgeprägten und inkonsistenten Unterschiede zwischen den in Dienstleistungsberufen tätigen Angestellten und Beamten und der übrigen Bevölkerung einigermassen erstaunlich.

Die multivariaten Analysen bestätigen die hier knapp zusammengefaßten Ergebnisse. Der Einfluß des Bildungsniveaus auf die Wertorientierungen bleibt bei einer Kontrolle des Alters durchweg erhalten, die ohnehin nur vereinzelt auftretenden und schwachen Zusammenhänge zwischen Berufstätigkeit und politischen Präferenzen werden in den multiplen Klassifikationsanalysen fast ausnahmslos insignifikant.

Man kann aus den Datenanalysen weder eine eindeutige Bestätigung noch eine klare Widerlegung der Wertwandelshypothesen ablesen. Für INGLEHARTS Konzeption sprechen die festgestellten Zusammenhänge zwischen Alter, Bildungsniveau und Wertorientierungen. Doch handelt es sich dabei keineswegs um Beziehungsmuster, die ausschließlich aus der Theorie der Stillen Revolution ableitbar wären. Sie gehören zum Allgemeingut der politischen Kulturforschung. Gerade die für die Konzeption des formativen Überflusses bzw. des Postindustrialismus typischen Erwartungen bestätigen sich hingegen nicht oder können mit Hilfe der verfügbaren Daten nicht überprüft werden.

Im Mittelpunkt der empirischen Untersuchung steht der Einfluß

materialistischer und postmaterialistischer Präferenzen auf die Einstellungen zum politischen System. Die Auseinandersetzung mit den Bedingungen des Wertewandels stellt eine notwendige Voraussetzung für die Prüfung eines eigenständigen Einflusses von Materialismus und Postmaterialismus auf die System-, Input- und Output-Orientierungen dar, da diese ihrerseits von Alter, Bildungsniveau etc. bestimmt sind. Vor allem im Hinblick auf die politische Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert dürfte das Lebensalter zu den interessantesten Erklärungsvariablen politischer Einstellungen gehören (vgl. BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:13, 45ff).

Das verfügbare Datenmaterial ließ es nur in wenigen Ausnahmefällen zu, die Entwicklung der Beziehung zwischen Wertorientierungen und Einstellungen zur Politik über einen längeren Zeitraum zu verfolgen. Der von INGLEHART entwickelte Materialismus/Postmaterialismus-Index wurde in der Bundesrepublik erstmals 1970 eingesetzt. Damit konnte die Entwicklungsphase der politischen Kultur der Bundesrepublik, in der nach Auffassung der meisten Beobachter besonders einschneidende Änderungen vor sich gingen, in diese Untersuchung nicht im gewünschten Maße einbezogen werden.

Für die Phase nach 1970 besteht, trotz vergleichsweise günstiger Datenlage, nicht die Möglichkeit, für alle Merkmalsdimensionen der Staatsbürgerkultur eine hinreichende Zahl theoretisch angemessener Indikatoren einzusetzen. Diese Unzulänglichkeiten sind weniger prinzipieller als forschungspraktischer Natur. Im Unterschied zu den Vereinigten Staaten scheint in der Bundesrepublik die Notwendigkeit eines kontinuierlichen Einsatzes bestimmter theoretisch relevanter Einstellungsfragen in empirischen Erhebungen noch nicht einmal als Problem erkannt zu sein. Die Lücken im Datenmaterial wirken sich vor allem im wichtigsten Teil der Arbeit außerordentlich nachteilig aus (genauere Hinweise hierzu in den einzelnen Kapiteln des empirischen Teiles). Weitere Schwierigkeiten ergaben sich daraus, daß INGLEHARTs Aussagen über die politischen Folgen des Wertewandels vor der empirischen Analyse erst einmal in

eine prüfbare Form gebracht werden mußten.

Die im dritten Kapitel des Hauptteiles präsentierten Untersuchungen stellen bei der gegebenen Datenlage keine auch nur annähernd vollständige Umsetzung des Civic Culture-Ansatzes dar. Sie basieren vielmehr auf einem Kompromiß zwischen theoretischen Überlegungen und forschungspraktischen Bedingungen.

Allen notwendigen Einschränkungen zum Trotz erlauben die empirischen Untersuchungen eine Aussage über die Auswirkungen des Auftretens postmaterialistischer Präferenzen auf die Einstellungen ihrer Träger zur Politik: Die Annahmen über den positiven Zusammenhang zwischen Postmaterialismus und politischer Mobilisierung finden durchweg Rückhalt. Es ist darüber hinaus ein eigenständiger, bei einer Kontrolle sozio-demographischer Hintergrundfaktoren fortbestehender Einfluß der Wertorientierungen auf das politische Interesse, das Informationsniveau und das politische Kompetenzbewußtsein nachweisbar. Generell gehen postmaterialistische Dispositionen mit einer überdurchschnittlichen Politisierung einher, während materialistische Präferenzen gemeinsam mit einem geringen Interesse, Informationsniveau und Kompetenzbewußtsein auftreten. Es muß dabei zunächst offen bleiben, in welcher Ursache-Wirkungs-Beziehung Wertorientierungen und kognitive Mobilisierung stehen.

Was die Systemakzeptanz durch unsere Untersuchungsgruppen angeht, so ergibt sich ein ziemlich unklares Bild. Im Gegensatz zu den zumindest impliziten Annahmen INGLEHARTs beurteilen die Postmaterialisten die Input-Strukturen des politischen Systems überdurchschnittlich positiv. Die System- und die Regierungszufriedenheit der Materialisten und der Postmaterialisten fiel zu verschiedenen Erhebungszeitpunkten jeweils unterschiedlich aus. Die Verwendung der Indikatoren scheint ebenfalls einen Einfluß auf die Ergebnisse auszuüben. Von einer durchgängigen, stark ausgeprägten politischen Unzufriedenheit der Postmaterialisten mit dem politischen System oder auch nur mit der politischen Führung kann nicht die Rede sein. In den meisten Erhebungen überwog die Zahl der zufriedenen

Postmaterialisten den Anteil der unzufriedenen. In den Daten aus den achtziger Jahren häufen sich allerdings die Belege für Akzeptanzprobleme in der Gruppe der Postmaterialisten, die möglicherweise mit dem Regierungswechsel im Jahre 1982 in Beziehung stehen.

Insgesamt bewähren sich INGLEHARTs Annahmen über die politischen Folgen der Stillen Revolution in unterschiedlichem Masse. Der Wertewandel scheint mit einer zunehmenden Politisierung einherzugehen, während er allenfalls unter bestimmten Zusatzbedingungen mit politischen Akzeptanzproblemen verbunden ist. Das Schlußkapitel enthält den Versuch, die empirische Tragfähigkeit der Theorie der Stillen Revolution abschließend zu würdigen und die Ergebnisse in den Gesamtzusammenhang einer empirischen Theorie der politischen Kultur der Demokratie einzuordnen.

1. TEIL: POLITISCHE KULTUR ALS WISSENSCHAFTLICHER ANALYSEANSATZ

1. Einige Bemerkungen zu den Entstehungsbedingungen und den Erkenntnisinteressen der politischen Kulturforschung

Das Konzept der politischen Kultur wurde erstmals ausführlich in einem im Jahre 1956 von Gabriel A. ALMOND (1956:396ff) publizierten Aufsatz vorgestellt. Es gehört zu den typischen Errungenschaften der "verhaltenstheoretischen Revolution" in der amerikanischen Politikwissenschaft (vgl. KAVANAGH 1983:6, 48ff; vgl. auch den knappen Überblick über die Zielsetzungen des "behavioral approach" bei: EASTON 1967; eine zusammenfassende Darstellung der "Behavioralismus-Kontroverse" findet sich bei: FALTER 1982). Die allgemeinen *methodologischen* Ziele dieser Schule sind für unser Thema weniger von Interesse als ihr Bemühen, den Objektbereich der Politikwissenschaft unter *inhaltlichen* Gesichtspunkten neu zu bestimmen. Diesem Versuch nämlich verdankt unter anderem das Konzept der politischen Kultur sein Entstehen. Weitere wichtige Impulse gingen von der Erfahrung des Zusammenbruchs demokratischer Ordnungen in Mitteleuropa, insbesondere vom Scheitern der Weimarer Republik, aus (vgl. VERBA 1965a:131; ALMOND 1980: 16ff; CONRADT 1980:223).

Zum Programm der verhaltenstheoretischen Politikwissenschaft gehörte der Anspruch, "politische Psychologie" und Strukturanalyse, Mikro- und Makro-Theorie miteinander zu verknüpfen und nach dem Einfluß *individueller politischer Orientierungen und Verhaltensweisen* auf die *Leistungsfähigkeit und Stabilität des politischen Systems* zu fragen (vgl. die Hinweise bei: ALMOND 1956:393f; ALMOND, VERBA 1965:32; INGLEHART 1980). Die Leitfrage der auf dieser Grundlage betriebenen Demokratieforschung könnte man folgendermaßen formulieren: "Welche politischen Einstellungen weist der Bürger auf, den das demokratische politische System zu seiner Bestandserhaltung benötigt und welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen gegeben sein, damit sich das Ideal des demokratischen Bürgers

in der politischen Wirklichkeit durchsetzen kann?"

Mit derartigen Problemen befaßt sich die politische Wissenschaft bzw. die politische Philosophie natürlich nicht erst seit dreißig Jahren. ALMOND (1980:16ff) selbst macht uns auf die lange intellektuelle Tradition der "Theorie demokratischer Stabilität" aufmerksam, in welcher der demokratische Bürger seit Anfang an eine wichtige Rolle spielte. Die Gegenstände, für die sich die etablierende politische Kulturforschung interessierte, waren insofern nicht gänzlich neu. Die wesentliche Neuerung im Verhältnis zur bis dato vorherrschenden formal-institutionellen und ideengeschichtlich orientierten Politikwissenschaft bestand vielmehr in der Art und Weise, auf welche man sich dem Verhältnis des Bürgers zur politischen Ordnung, zum Staat oder - wie es nun überwiegend hieß - zum politischen System näherte. Der beträchtliche Stellenwert der 'subjektiven Dimension der Politik', das Bemühen um interdisziplinäres Arbeiten und um den systematischen Einsatz empirischer Forschungstechniken gehörten zu den Faktoren, die der politischen Kulturforschung Auftrieb gaben (vgl. den Überblick bei ALMOND, VERBA 1965:9ff; PYE 1968; sowie zuletzt: KAVANAGH 1983:9ff, 48ff).

Die von den frühen Verfechtern der political-culture-Forschung bewirkte Innovation besteht in erster Linie darin, verschiedene theoretische und methodische Entwicklungen aufgegriffen und zu einem einigermaßen kohärenten und fruchtbaren wissenschaftlichen Forschungskonzept integriert zu haben. Neben den bereits erwähnten methodologischen Grundsätzen der verhaltenstheoretischen Politikwissenschaft greift die moderne politische Kulturforschung vor allem Gedanken aus der strukturfunktionalen Theorie Talcott PARSONS' auf (vgl. ausführlich, wenn auch zu sehr auf einzelne Aspekte der PARSONSschen Theorie verengt: PAPPY 1970, m.w.L.). Sie läßt sich von den Überlegungen der empirischen Demokratietheorie inspirieren. Schließlich hätte sich der Anspruch der political-culture-Forschung, einen empirischen Beitrag zur Theorie demokratischer Stabilität zu leisten, ohne die konzeptionellen und methodischen Vorarbeiten

der empirischen Wahlforschung wohl kaum einlösen lassen (vgl. zu diesen Vorarbeiten: ALMOND 1980).

Allerdings verstand sich der political-culture-Ansatz von Anfang an nicht als eine "fertige" Theorie: "Political culture is not a theory; it refers to a set of variables which may be used in the construction of theories. But insofar as it designates a set of variables and encourages their investigation, it imputes some explanatory power to the psychological or subjective dimension of politics, just as it implies that there are contextual and internal variables which may explain it. The explanatory power of political culture is an empirical question, open to hypothesis and testing" (ALMOND 1980:26; vgl. auch: ALMOND, VERBA 1965:10).

Diesem vermeintlichen Defizit, dem Fehlen einer ausformulierten systematischen Theorie der politischen Kultur, lassen sich allerdings auch gewisse Vorzüge abgewinnen. Damit eröffnet sich nämlich die Möglichkeit zu einer außerordentlich flexiblen Anwendung dieses Forschungsansatzes. Sie kommt auch der Auseinandersetzung mit der Theorie der Stillen Revolution zugute. So kann man den Versuch unternehmen, das Auftreten bestimmter Orientierungsmuster auf der Grundlage sozialstruktureller Variablen, sozialisationstheoretisch oder auf andere Weise zu erklären. Andere Versuchsanordnungen führen die politische Kultur als Determinante politischer Verhaltensstrukturen oder als intervenierende Variable zwischen sozialstrukturellen Faktoren und dem politischen Verhalten in bestimmten Kollektiven (vgl. ausführlich hierzu: LIJPHART 1980). ELKINS' und SIMEONS' (1979) Karikatur der politischen Kultur als "A Cause on Search on its Effects" unterschätzt die Anwendungsmöglichkeiten dieses Forschungskonzeptes, aber auch die Kreativität des an seiner Verwendung interessierten Forschers. Treffender erscheint PAPPIS (1970:12f) Urteil über die Leistungen der der politischen Kulturforschung zugrundeliegenden strukturfunktionalen Theorie: Es handele sich bei dieser um ein Kategorienschema, das die Aufmerksamkeit auf bestimmte Aspekte der sozialen Wirklichkeit lenke und zur Formulierung

von Hypothesen anrege. In der hier zugrunde gelegten Version erbringt der political-culture-Ansatz die folgenden Leistungen:

- Er benennt bestimmte Ausschnitte aus der politischen Wirklichkeit, die man bei der Analyse der Stabilitätsbedingungen der Demokratie nicht vernachlässigen sollte,
- er liefert einen Begriffsapparat für die systematische Beschreibung bestimmter Ausprägungen der politischen Kultur,
- er erlaubt es, einzelne Merkmale der politischen Kultur oder bestimmte Typen politischer Kultur als Erklärungsvariable in Hypothesensystemen verschiedener Reichweite zu verwenden.

Der wissenschaftliche Nutzen des Studiums individueller politischer Orientierungen steht heute kaum noch in Frage. Unter jeweils besonderen Gesichtspunkten gehen sozialwissenschaftliche Spezialdisziplinen wie die politische Psychologie, die Ideologie- und Meinungsforschung u.a. die Frage nach dem Zusammenhang zwischen individuellen politischen Einstellungen, Wertorientierungen, Verhaltensformen und anderen Aspekten der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit an. Neben dem gemeinsamen Interesse für die "subjektive Dimension der Politik" sind beispielhaft einige Unterschiede in den Fragestellungen der verschiedenen sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen zu erwähnen. Zum Objektbereich der politischen Kulturforschung gehören neben den *zentralen* Elementen des individuellen Überzeugungssystems, mit denen sich die Ideologieforschung befaßt (vgl. z.B. CONVERSE 1964; LANE 1973; KLINGEMANN 1979a) auch weniger zentrale Meinungen, Gefühle und Kenntnisse. Sie interessiert sich auch nicht in erster Linie für die Mechanismen, die bei der Ausdifferenzierung eines *politischen* Orientierungssystems aus dem Persönlichkeitssystem des Individuums wirksam werden, wie dies die politische Persönlichkeitsforschung bzw. politische Psychologie tut (vgl. SNIDERMAN, CITRIN 1971; KNUTSON 1973b; SNIDERMAN 1975; SCHNEIDER 1979). Vielmehr setzt die politische Kulturforschung das Vorhandensein eines mehr oder weniger differenzierten Systems politischer Kenntnisse, Gefühle und Werthaltungen voraus, die es zu beschreiben und deren Korrelate es zu ermitteln gilt.

Insofern ist sie "oberflächlicher" als die Persönlichkeitsforschung. Sie ist auch enger als die Kulturosoziologie und die Kulturanthropologie, da sie sich auf das Studium *politischer* Sachverhalte beschränkt. Dennoch erlaubt es der Bezug auf einen gemeinsamen Objektbereich, auf Erkenntnisse der genannten Nachbardisziplinen zurückzugreifen (vgl. auch die Hinweise bei: BERG-SCHLOSSER 1972:19ff).

Die folgenden Kapitel enthalten den Versuch, die Bedeutung des Forschungskonzeptes "politische Kultur" möglichst genau zu fassen, um einen systematischen Bezugsrahmen für die empirische Analyse zu erhalten. Diese vergleichsweise mühselige begrifflich-theoretische Arbeit wäre überflüssig, wenn über die angemessene Forschungsstrategie in unserem Objektbereich Einigkeit bestünde. Patrick DIAS (1971) hat in seiner vorzüglichen Synopse gezeigt, daß dies nicht einmal in der amerikanischen Verhaltenswissenschaft der Fall war. Noch geringer wird die Chance für eine konsistente Verwendung des Konzeptes "politische Kultur", wenn man sich seine zunehmende Beliebtheit bei Autoren der verschiedensten wissenschaftlichen Ausrichtung vor Augen führt (vgl. dazu den Überblick bei IWAND 1985).

In Folge dieser Inflationierung muß der Begriff "politische Kultur" heute zur Bezeichnung aller möglichen politischen Phänomene herhalten und wird im Extremfalle mit "Politik" identisch. Zu Recht kritisiert KAASE (1983:150) die Beliebigkeit, die sich bei der Verwendung des Begriffs politische Kultur eingebürgert hat. Er plädiert angesichts dieser Sachlage dafür, entweder ganz auf dies Konzept zu verzichten, oder "den analytischen Kern des Politischen-Kultur-Ansatzes (sic) jenseits seiner normativen Bedingtheiten herauszuarbeiten, ihn theoretisch zu fundieren und damit erneut auf seine Brauchbarkeit als Forschungsparadigma abzuklopfen." Da man Sachverhalte nicht dadurch aus der Welt schafft, daß man sie ignoriert, ist der zweiten Alternative der Vorrang zu geben.

Diese Arbeit knüpft an das von ALMOND und VERBA entwickelte Verständnis politischer Kultur als *System individueller Orien-*

tierungen auf politische Objekte an. DIAS ordnete den Beitrag beider Forscher in den amerikanischen Diskussionsstand ein und entlastet diese Arbeit insoweit. Die geistesgeschichtlichen und theoretischen Wurzeln der politischen Kulturforschung legte noch kürzlich ALMOND (1980) offen (vgl. auch die Hinweise auf S. 25ff dieser Arbeit; KAVANAGH 1983:47ff), so daß es auch in dieser Hinsicht keiner ausführlichen Erörterung bedarf. Seit der Publikation von "The Civic Culture" fehlte es nicht an Arbeiten zur politischen Kultur, deren theoretischer Ertrag allerdings eher bescheiden war (vgl. GABRIEL 1981; KAASE 1983:146f, 149f, 167). Eine grundlegende theoretische Neuformulierung des von ALMOND und VERBA unterbreiteten Vorschlages drängt sich beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht auf.

2. Zur Definition politischer Kultur

2.1. Zum Begriff der Kultur im allgemeinen

Die political culture-Forschung steht erkennbar unter dem Einfluß der soziologischen Theorien Max WEBERS und Talcott PARSONS' (vgl. ALMOND 1956:393, 396ff; 1980:24f; KIM 1964:316f; ALMOND, VERBA 1965:13f; PAPPI 1970:11ff; BEER 1973:24. PARSONS (et al. 1962:7) definiert Kultur als Menge von Symbolen und Artefakten, die dem sozialen Handeln Bedeutung geben. Sie gehört für ihn zu den grundlegenden Bestandteilen jeder Handlungssituation. Dabei schreibt er der "Kultur" zweierlei Bedeutung zu: Sie ist Objekt von Orientierungen (Symbolcharakter), aber zugleich auch ein System von Orientierungen, das den Akteur in bestimmter Weise mit seiner Umwelt verbindet: "On both levels, however, various elements of the situation come to have special 'meanings' for ego as 'signs' and 'symbols' which become relevant to the organization of his expectation system. Especially where there is social interaction, signs and symbols acquire common meanings and serve as media of communication between actors. When symbolic systems which can mediate communication have emerged, we may speak of the beginnings of a 'culture' which becomes part of action systems of the rele-

vant actors" (PARSONS 1951:5).

Nach PARSONS' Vorstellungen ist jedes Individuum durch sein Orientierungssystem mit der aus anderen Individuen, physikalischen und symbolischen Objekten bestehenden Umwelt verbunden. Die von mehreren Akteuren übereinstimmenden, zur Definition der gemeinsamen Handlungssituation benutzten, Orientierungen bilden die *Kultur* des betreffenden Kollektivs. Die strukturfunktionale Handlungstheorie sieht in der Ausbildung intersubjektiv geltender Orientierungen eine notwendige Bedingung gemeinschaftlichen Handelns und menschlichen Zusammenlebens. Ihre Bedeutung für das Individuum und für die Gesellschaft zeigt sich bereits an der Tatsache, daß jedes soziale Handeln notwendig auf das Medium einer für die betreffenden Akteure verständlichen Sprache angewiesen ist. Daneben gibt es eine Reihe weiterer Codes, die das Sozialverhalten der Menschen regulieren, wie z.B. Gesetze, überlieferte Traditionen, Riten oder unausgesprochene Verhaltenserwartungen. Mit Recht bezeichnet PARSONS in seinen späten Arbeiten das Kultursystem als das auf die Strukturhaltung spezialisierte Teilsystem jedes Handlungssystems (vgl. PARSONS 1973; 1976a:128ff; 1976b:171ff, 187ff, 208ff, 1976c:224ff; eine Systematisierung und Weiterentwicklung der PARSONSschen Konzeption findet sich bei MÜNCH 1982:93ff, 170ff). Das Kultursystem repräsentiert den ordnenden, stabilisierenden Faktor im menschlichen Handeln. Gemeinsames Handeln ist ohne den Rückgriff auf einen allgemein akzeptierten Bestand an Symbolen nicht möglich: "A shared symbolic system is a system of '*ways of orienting*' plus those *external symbols* which control these ways of orienting, the system being so geared into the action systems of both ego and alter that the external symbols bring forth the same complementary pattern of orientation in both of them. Such a system, with its mutuality of normative orientation is logically the most elementary form of culture. In this elementary social relationship, as well as in a large scale social system, culture provides the *standards* (value orientations) which are applied in evaluative processes" (PARSONS et al. 1962:16).

PARSONS' Vorstellungen von den Eigenschaften und sozialen Funktionen des Kultursystems lassen sich folgendermaßen zusammenfassen.

- (1) Kultursysteme bestehen aus symbolischen *Objekten* (Symbolen, Artefakten) und aus *Orientierungen mehrerer Individuen* auf soziale, symbolische und physikalische Objekte.
- (2) Die Orientierungen stiften eine *Beziehung* zwischen dem *Individuum* und seiner *Umwelt*: Sie können dem *Erkennen* der Umwelt dienen (Kognitionen), positive oder negative Gefühle gegenüber Objekten hervorrufen (Befriedigung, Frustration, Kathexis) oder die *Auswahl aus verschiedenen Objekten* steuern (Evaluation).
- (3) Die einzelnen zur Kultur gehörigen Elemente weisen ein Mindestmaß an *Interdependenz* auf (Systemcharakter der Kultur).
- (4) Von Kultur kann erst die Rede sein, wenn *mehrere Akteure* bestimmte Orientierungen auf die Umwelt *teilen*.
- (5) Das Individuum erwirbt die in der Gesellschaft institutionalisierte Kultur durch *Lernprozesse*. Durch die Annahme allgemein anerkannter Werte und Normen wird die Person Mitglied eines Sozialsystems.
- (6) Kulturinhalte werden im Persönlichkeitssystem - durch Lernen - und im Sozialsystem - durch Institutionalisierung - verankert. Persönlichkeits-, Sozial- und Kultursystem verhalten sich zueinander mehr oder weniger komplementär.
- (7) Die *Kultur* ermöglicht es dem Individuum, sich in seiner Umwelt zurechtzufinden und übernimmt somit die Funktion eines *Steuerungssystems* für das *Persönlichkeits- und das Sozialsystem*. Die wichtigsten Regelungsmechanismen sind dabei soziale Werte und Normen, deren Befolgung durch positive und negative Sanktionen abgesichert ist.

PARSONS' Vorstellungen vom Kultursystem wurden in der soziologischen Theoriediskussion so ausführlich gewürdigt, daß hier weitere Ausführungen überflüssig sind.

2.2. Politische Kultur als Bestandteil der allgemeinen Sozialkultur

Obgleich die von PARSONS vorgeschlagene Konzeption in den Sozialwissenschaften nicht allgemein akzeptiert wurde (vgl. die Übersichten bei: SINGER 1968; GOETZE 1975), ließen sich zahlreiche Beiträge zur politischen Kulturforschung von seinem Verständnis der Kultur als System lernbarer Orientierungen leiten. Wie die heranwachsende Generation an die allgemeinen Wertvorstellungen und Normen einer Gesellschaft herangeführt wird, so erwirbt sie auch bestimmte *politische* Orientierungen und wird dadurch in die Lage versetzt, ihre soziale Umwelt unter politischen Gesichtspunkten wahrzunehmen und zu bewerten. Im Zuge der gesellschaftlichen Differenzierung bilden sich nämlich für einzelne Sozialbereiche wie die Wirtschaft, die Politik oder die Wissenschaft jeweils typische Symbolsysteme heraus. Die von mehreren Akteuren übereinstimmend vorgenommene Kategorisierung bestimmter Sachverhalte als ökonomisch, politisch, wissenschaftlich usw. bildet die Grundlage für die Entstehung einzelner gesellschaftlicher Subsysteme und ihnen entsprechender "Teilkulturen". Zu diesen gehört die politische Kultur als das für den Handlungsbereich Politik typische System von Symbolen und Orientierungen.

Mit der Ausdifferenzierung der politischen Kultur aus der allgemeinen Sozialkultur ordnen die Mitglieder der Gesellschaft dem politischen System einen bestimmten Aufgabenbereich zu, sie definieren die für diesen Bereich geltenden Werte, Normen und Rollen als typisch politische Sachverhalte (vgl. u.a.: ALMOND, POWELL 1966:57ff; PAPPI 1970:16ff). Dieser Vorgang muß den betreffenden Personen keineswegs bewußt sein. Viele politische Werte und Normen gewinnen ihre Wirksamkeit gerade auf Grund ihres impliziten Charakters (vgl. PYE 1965: 9; ROSENBAUM 1975:8). Als ein typisches Beispiel für die Ausdifferenzierung der politischen Kultur aus der allgemeinen Sozialkultur kann man beispielsweise die sich im 19. und 20. Jahrhundert durchsetzende Anerkennung des Prinzips der allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahl als Verfahren zur

Besetzung politischer Führungspositionen nennen (vgl. die Hinweise bei PARSONS 1966:83ff; PAPPI 1970:passim).

Ausdifferenzierung der politischen Kultur bedeutet zwar relative Eigenständigkeit gegenüber anderen Elementen des Kultursystems, dennoch bestehen mehr oder weniger stark ausgeprägte Beziehungen zu anderen kulturellen Subsystemen, etwa der Wirtschaftskultur, der Wissenschaftskultur und der Religion, fort (vgl. ALMOND 1956:396f; ALMOND, VERBA 1965:224ff; BERG-SCHLOSSER 1972:100ff; EISENSTADT 1974:4ff, 12ff). Die Entwicklung der westeuropäischen Parteiensysteme basiert beispielsweise im wesentlichen auf einem Transfer religiöser und wirtschaftlicher Bindungen in den politischen Bereich (vgl. LIPSET 1981; ROKKAN 1976).

Die These von der Ausdifferenzierung der politischen Kultur aus der allgemeinen Sozialkultur wirft dem ersten Anschein nach gewisse Abgrenzungsprobleme auf. Sie resultieren aus der Notwendigkeit, zwischen spezifisch politischen und sozialen Sachverhalten zu unterscheiden (vgl. CZUDNOWSKI 1968:879f). In unserem speziellen Zusammenhang spielt die Frage nach der Bedeutung des Begriffs "Politik" allerdings als theoretisches Problem nur eine untergeordnete Rolle. Die Werte-, Einstellungs- und Verhaltensforschung interessiert sich in erster Linie dafür, wie *Individuen* ihre Beziehung zur Politik *definieren* und weniger dafür, was Politik "objektiv" oder "ihrem Wesen nach" ist (vgl. VERBA 1965b:516; LIJPHART 1980:46). Diese offene Verwendungsweise des Begriffes politische Kultur deckt sich auch mit dem zuvor unterbreiteten Vorschlag, Kultur als Muster *subjektiver Orientierungen* auf objektive Gegebenheiten zu begreifen.

Wie PYE (1968:221ff) zeigt, bestehen hinsichtlich der in einer Gesellschaft als "politisch" definierten Bereiche - kulturspezifische - Unterschiede: Angelegenheiten, deren Regelung man in einer bestimmten Gesellschaft als Aufgabe des politischen Systems betrachtet, gehören in anderen Gesellschaften zum Privatbereich. Die Frage, welche Orientierungen als

"politisch" und welche als "nicht-politisch" anzusehen sind, ist von der political culture-Forschung nicht definitiv, sondern durch empirische Analyse zu beantworten, auch wenn dabei erhebliche Schwierigkeiten auftreten (vgl. den Hinweis bei ROSENAU 1974:95; sowie zur kulturspezifischen Besonderheit des Politikverständnisses: CZUDNOWSKI 1968:879f; BOWMAN, BOYNTON 1974b:8; ELKINS, SIMEON 1979:132).

Zu den empirischen Teilen dieser Arbeit ist das Problem der Ausdifferenzierung der politischen Kultur aus der allgemeinen Sozialstruktur von nachrangiger Bedeutung. Man könnte folglich den Begriff "Politik" bzw. "politisch" als einen undefinierten Grundbegriff stehen lassen. Es ist aber für die weitere Analyse hilfreich, zumindest eine Arbeitsdefinition vorzulegen, durch welche das politische System von seinen Umwelten unterscheidbar wird. Auf der Grundlage dieser Überlegungen bietet sich der Rückgriff auf das EASTONsche (1965:21) Verständnis des politischen Systems als der Menge von Interaktionen an, durch welche autoritative Wertzuteilungen an die Gesellschaft erfolgen. Noch etwas genauer heißt es bei MÜNCH (1976:98): "Das politische System einer Gesellschaft besteht aus denjenigen Interaktionen, die an dem Ziel der *Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen* orientiert sind. Die Durchsetzung gesamtgesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen gegen Widerstreben wird durch die Verfügung politischer Macht garantiert."

Man kann dies Verständnis von Politik als funktionsorientiert bezeichnen, da es an den Aufgaben anknüpft, die die Politik typischerweise im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung erfüllt. Bei der Beschäftigung mit den Objekten politischer Orientierung wird der Entscheidungsbezug des politischen Handelns noch deutlicher werden (Verweise auf die Bedeutung dieses Konzepts der Politik im Rahmen der political culture-Forschung finden wir u.a. bei: ALMOND 1956:394; CZUDNOWSKI 1968:879; PAPPI 1970:16ff; BERG-SCHLOSSER 1972:79f).

2.3 Politische Kultur als System intersubjektiv geltender Orientierungen

Orientierungen einzelner Akteure auf politische Objekte entstehen mit der Ausdifferenzierung des politischen Systems im Zuge der innergesellschaftlichen Arbeitsteilung quasi automatisch. Damit wir aber von der Existenz einer politischen *Kultur* sprechen können, benötigen wir ein weiteres Merkmal, das der *intersubjektiven* Geltung bestimmter politischer Werte, Normen, Regeln usw. Sie müssen von einer Mehrzahl individueller Akteure als relativ dauerhafte Bestandteile des gemeinsamen Zusammenlebens anerkannt werden. Nur dann erfüllen sie ihre Aufgabe, dem Individuum das Zurechtfinden in der Welt der Politik zu ermöglichen. Indem die politische Kultur für eine *Mehrzahl von Individuen* einen Bestand gemeinsamer politischer Symbole repräsentiert, schafft sie die Bedingungen, unter denen politisches Handeln als seinem Sinn nach auf andere politische Akteure bezogenes Handeln möglich ist. Durch ihre gemeinsamen Orientierungen partizipieren die Mitglieder eines bestimmten Kollektivs an dessen politischer Kultur (vgl. VERBA 1965b:525f, 535ff; PYE 1965:7ff; 1968:218, 221ff; ASHFORD 1972:228ff; DEVINE 1972:2f, 5f; BERG-SCHLOSSER 1972:31f; KAVANAGH 1972:10f, 20; BEER 1973:25f). ELKINS und SIMEON (1979:129) stellen hierzu fest: "Political culture is the property of a collectivity - ... Individuals have beliefs, values, and attitudes but they do not have cultures."

Die Ausdifferenzierung eines politischen Systems und das Entstehen einer bestimmten politischen Kultur stellen sich somit als zwei unterschiedliche Aspekte ein- und desselben Vorganges dar (vgl. SARTORI 1972:62). Ein funktionsfähiges politisches System hat sich erst dann entwickelt, wenn eine Mehrzahl von Personen übereinstimmend bestimmte Handlungen, Rollen, Werte, Normen usw. als politisches kategorisiert. Auf dem Hintergrund des PARSONSschen Kulturkonzeptes ist es deshalb unsinnig, von einem Mangel an politischer Kultur zu sprechen, wie es sich in der politischen Alltagssprache und in einzelnen wissenschaftlichen Publikationen eingebürgert

hat (vgl. z.B. REICHEL 1981:12). Defizite können allenfalls in der Institutionalisierung einer bestimmten *Ausprägung* politischer Kultur bestehen (vgl. dazu auch: KAASE 1983:146).

In der neueren Geschichte war der Nationalstaat die Einheit, in der sich ein gemeinsamer Bestand an Orientierungsmustern entwickelte (vgl. VERBA 1965b:529ff; ALMOND, POWELL 1966: 314ff). Er stand insofern im Mittelpunkt der bisherigen Aktivitäten auf dem Gebiet der political-culture-Forschung, doch eignet sich dieser Ansatz auch für die Untersuchung von Gemeinden, Regionen, Klassen oder transnationalen Einheiten (vgl. auch die Hinweise bei: KAASE 1983:148; sowie die Arbeiten von PAPPI 1970 zur Stadt-Land-Differenzierung; sowie von REICHEL 1984 zur politischen Kultur der EG-Staaten).

2.4 Politische Kultur als Verteilung individueller Orientierungen im Kollektiv

Auf der Basis der bisher angestellten Überlegungen kann man mit ALMOND und VERBA (1965:13) den Begriff "politische Kultur" folgendermaßen definieren: "The political culture of a nation is the particular *distribution of patterns of orientation* toward *political objects* among the members of a nation". Spezifisch politische *Symbole* werden bei ALMOND und VERBA nicht mehr ausdrücklich erwähnt. Sie gehören aber systematisch zur Menge politischer *Objekte*. Ihre Nichtberücksichtigung ist theoretisch gerechtfertigt, weil politische Symbole erst vermittelt über individuelle und kollektive Orientierungen ihre politische Bedeutung erlangen.

In ihrer Definition liefern die Autoren die zur Beschreibung einer politischen Kultur benötigte Forschungsstrategie in groben Zügen mit: "Before we can arrive at such distributions, we need to have some way of systematically tapping *individual orientations* toward political objects. In other words, we need to define and specify *modes of political orientations* and *classes of political objects*" (ALMOND, VERBA 1965:13, Hervorh.

OWG). Diese beiden Variablengruppen, die Orientierungsmodi und die Klassen politischer Objekte bilden die Grundlage für die Beschreibung und Typologisierung politischer Kulturen bei ALMOND und VERBA.

KAVANAGH (1983:50f) bezeichnet die hier präsentierte Konzeption politischer Kultur als "einstellungsorientiert" und grenzt sie, unter Berufung auf PATRICK (1976) von "umfassenden", "objektiven" und "heuristischen" Ansätzen ab. Die Bezeichnung "einstellungsorientiert" weist auf den Gegenstandsbereich dieser Variante der politischen Kulturforschung hin, die individuellen *Einstellungen* zur Politik und ihre Verteilung in einem Kollektiv. Obgleich der Begriff "Einstellung" in der psychologischen Literatur nicht einheitlich benutzt wird, scheint doch ein Mindestmaß an Übereinstimmung darin zu bestehen, daß er mentale Dispositionen gegenüber Objekten oder Situationen bezeichnet. In seiner klassischen Definition beschreibt ALLPORT (zit. nach NIMMO, BONJEAN 1972b:4) den Terminus Einstellung folgendermaßen: "A mental and neural state of readiness organized through experience, exerting a directive or dynamic influence upon the individual's response to all objects and situations with which it is related." Einige Autoren stellen, deutlicher als ALLPORT, die *bewertende* Komponente von Einstellungen in den Vordergrund ihrer Betrachtung: "Die Einstellung einer Person zu einem Objekt ist ihre (subjektive) Bewertung des Objekts" (HERKNER 1975:143).

Definitionsgemäß bleiben bei der einstellungsorientierten Konzeption des political culture-Ansatzes alle nicht als Einstellungen zu qualifizierenden politischen Sachverhalte unberücksichtigt. Sie sind lediglich als Einstellungsobjekte relevant. Insbesondere gilt dies für das politische Verhalten. Eine solche Eingrenzung des Objektbereichs ist vor allem deshalb angebracht, weil für die direkt beobachtbaren, manifesten Reaktionen des Individuums auf politische Objekte bereits der eingeführte Begriff des politischen Verhaltens zur Verfügung steht (zur Unterscheidung zwischen Einstellungen und Verhalten vgl. SCHNEIDER 1979:76ff). Zudem fungieren in einschlägi-

gen Untersuchungen Einstellungen als Vorhersagegrößen des Verhaltens (vgl. z.B. MILBRATH, GOEL 1977:45ff; ASHER, RICHARDSON, WEISBERG 1984:36ff). Faßt man beide Konstrukte zu einer Kategorie zusammen, dann geht man hinter den in der Sozialpsychologie erreichten Diskussionsstand zurück. Es ist natürlich zulässig, vom eingeführten Sprachgebrauch einer wissenschaftlichen Disziplin abzuweichen, sofern es dafür nachvollziehbare Gründe gibt. Doch hat man bei den dem "umfassenden" Ansatz zuzurechnenden Arbeiten deutscher Autoren eher den Eindruck, daß die Vorstellungen von politischer Kultur ziemlich diffus bleiben und daß der betreffende Begriff relativ beliebig benutzt wird (vgl. z.B. SONTHEIMER 1970; GREIFFENHAGEN, GREIFFENHAGEN 1981; RAUSCH 1980; STAMMEN 1980; REICHEL 1981a; 1984).

Auf die weiteren von KAVANAGH (1983) vorgeschlagenen Unterscheidungen muß nicht näher eingegangen werden. Sie betreffen nämlich nicht die Eingrenzung des Objektbereichs der political culture-Forschung, um die es hier geht, sondern den theoretischen Entwicklungsstand dieser Disziplin. Es besteht die Möglichkeit, das einstellungsorientierte wie das umfassende Konzept heuristisch oder auch im Rahmen einer systematischen Theorie zu verwenden.

In dieser Arbeit bezeichne ich als politische Kultur die in einem Kollektiv feststellbare Verteilung individueller Orientierungen auf politische Objekte. Durch ihren Bezug auf politische Sachverhalte unterscheidet sie sich von anderen soziokulturellen Orientierungsmustern. Der Begriff schließt manifeste Formen des Verhaltens nicht ein, er bezieht sich vielmehr auf mentale Dispositionen. Die Rede von einem *Muster* oder *System* kollektiver Orientierungen verweist auf ein Mindestmaß an Kohärenz zwischen den einzelnen Elementen des Orientierungssystems. Zugang zu den Orientierungsmustern gewinnt man durch die Untersuchung individueller Dispositionen, genauer ihrer Verteilung im Aggregat.

3. Arten kultureller Orientierungen: Kenntnisse, Gefühle und Wertorientierungen

Wie bei der *Definition* politischer Kultur, so ist auch bei der Beschreibung der möglichen *Arten* kultureller Orientierungen der Einfluß PARSONS' auf die betreffenden politikwissenschaftlichen Arbeiten unverkennbar. VERBA (1965b:513, 518) zählt zur politischen Kultur *kognitive, affektive* und *evaluative* Orientierungen bzw. *empirische Überzeugungen, subjektive Gefühle oder Emotionen* und schließlich *Wertorientierungen*. Die *empirischen Überzeugungen* beschreiben den *wahrgenommenen Zustand* des politischen Systems (Kenntnisse, Wissen), die *Wertorientierungen* beziehen sich auf die für das politische System verbindlichen *Standards* (Ziele, Werte, moralische Urteile), während die *affektive* Komponente die *emotionalen Bindungen* von Personen an politische Objekte (Indifferenz, Aversion, Zuneigung) umschreibt (vgl. PARSONS, SHILS 1962:163ff; zur Übernahme dieser Vorstellungen in die politische Kulturforschung: vgl.: ALMOND 1956:396; ALMOND, VERBA 1965:14; PYE 1965:9; 1971b:102; KAVANAGH 1972:11; 1983:50; BEER 1973:23ff; ALMOND 1980:28).

Zumindest in den frühen Arbeiten zur politischen Kultur schien die Unterscheidung zwischen Kognitionen, Affekten und Evaluationen relativ unstrittig. Sie ist allerdings unter konzeptuell-theoretischen wie unter forschungspraktischen Gesichtspunkten angreifbar.

In der sozialpsychologischen Literatur findet man neben den von ALMOND und VERBA erwähnten empirischen Überzeugungen/Kenntnissen, Gefühlen und Wertorientierungen weitere Bezeichnungen wie Meinungen, Vorstellungen, emotive Dispositionen, Bedürfnisse, Ideologien, Bewertungen, Werthaltungen, Verhaltensdispositionen usw. Sie werden teils deckungsgleich mit den zuvor genannten Konstrukten benutzt, teils aber auch systematisch von diesen und voneinander unterschieden. Dabei gibt es allerdings keine einheitlichen Abgrenzungskriterien.

Die Auseinandersetzung über das angemessene Einstellungskonzept läßt sich bei genauer Prüfung auf zwei Fragen eingrenzen:

- (1) Ist einem ein- oder einem mehrdimensionalen Einstellungsbegriff der Vorzug zu geben?
- (2) Sollte man Werte/Wertvorstellungen und Einstellungen als zwei systematisch voneinander getrennte Teilklassen des individuellen Orientierungssystems behandeln?

Diese beiden Streitfragen gehören eher zum Forschungsgebiet der Psychologie als zu dem der Politikwissenschaft. Es ist nämlich unergiebig, die Auseinandersetzung mit der Binnenstruktur des individuellen Orientierungssystems als reines Definitionsproblem zu behandeln. Die Frage aber, in welcher Beziehung Werte und Einstellungen sowie die einzelnen Einstellungskomponenten *empirisch* zueinander stehen, stellt sich für die Auseinandersetzung der Individuen mit ihrer gesamten sozialen Umwelt, nicht nur für ihre Beziehungen zur Politik. Die folgenden Ausführungen befassen sich deshalb mit der empirischen Relevanz der Unterscheidung zwischen den einzelnen Orientierungsmodi für die political-culture-Forschung. Sie sollen zeigen, daß in dieser Hinsicht die scheinbar gegensätzlichen Positionen miteinander vereinbar sind.

Verfechter des mehrdimensionalen Einstellungskonzepts unterscheiden zwischen kognitiven, affektiven und konativen (vgl. MEINEFELD 1977:25ff, mit zahlreichen Literaturhinweisen und einer Beschreibung der drei Teilkomponenten) bzw. zwischen kognitiven und emotiven Aspekten einer Einstellung (vgl. SARTORI 1972:66ff; HERKNER 1975:147; SNIDERMAN 1975:131ff). Demgegenüber plädiert die Gegenseite dafür, den Begriff "Einstellungen" auf affektive Orientierungen einzugrenzen (vgl. MEINEFELD 1977:37ff). Damit verschwinden die Kognitionen und die Verhaltensdispositionen keineswegs aus dem Objektbereich der Sozialpsychologie. Man betrachtet es vielmehr als eine wichtige Aufgabe, die Beziehungen zwischen Einstellungen, (kognitiven) Vorstellungen und Verhaltensdispositionen empirisch zu klären. Vor allem interessiert man sich für deren

jeweiligen Einfluß auf das individuelle Verhalten. Zu Recht stellt HERKNER (1975:147) die bisherige Auseinandersetzung über die Ein- oder Mehrdimensionalität des Einstellungskonzepts als ein Definitionsproblem dar.

Der Streit verliert zusätzlich an Schärfe, wenn man sich vor Augen führt, daß diese verschiedenen Orientierungselemente bei der Auseinandersetzung des Individuums mit seiner Umwelt empirisch kaum voneinander zu trennen sind. SNIDERMAN (1975: 134) bemerkt hierzu: "... the distinction between cognitive and emotive components is only analytic; in the real life, the two may well be inseparable" (vgl. auch: HERKNER 1975: 147; ausführlich: SNIDERMAN 1975:134ff).

Weder im ein- noch im mehrdimensionalen Einstellungskonzept tauchen evaluative Orientierungen als eigenständige Komponenten auf. Nach HOFFMANN-LANGE (1977:25f) werden sie als Aspekte von Gefühlen und Verhaltensdispositionen betrachtet. Aus ihrer Vernachlässigung läßt sich auch die vor allem von ROKEACH (1968; 1971) erhobene Forderung nach einer verstärkten Beschäftigung der Sozialwissenschaften mit sozialen Werten erklären. ROKEACH (1968:550f) grenzt dabei die Werte folgendermaßen von Einstellungen ab: "I will define an attitude as an enduring organization of several beliefs (sic!) focused on a specific object (physical or social; concrete or abstract) or situation, predisposing one to respond in some preferential manner. Values, on the other hand, transcend specific objects and specific situations: values have to do with *modes of conduct* and *end-states of existence* (Hervorh. im Original) ... Defined in this way, attitudes and values differ from one another in three important respects. First, a *value transcends specific objects and situations*, while an *attitude focuses directly on specific objects and situations*; second, a *value*, unlike an attitude, is a *standard* or a *yardstick guiding not only attitudes, but also actions, comparisons, evaluations (sic!), and justifications of self and others*; third, a *value*, unlike an attitude, is a *distinct preference for a specified mode of behavior or for a specified end-state*

of existence" (Hervorh. OWG).

Nach ROKEACH beziehen sich Einstellungen auf spezifische Situationen und Objekte, während dies für Werte nicht (in demselben Maße) gilt. Offenkundig beeinflussen seiner Meinung nach Werte das Verhalten und die Einstellungen einer Person, indem sie dieser Kriterien zur Entscheidung zwischen bestimmten Objekten zur Verfügung stellen. Einstellungen betrachtet er als mehr oder weniger beliebige Reaktionen auf Objekte, Werte dagegen haben mit bevorzugten Verhaltensmodi oder "Endzuständen der Existenz" zu tun. Vor allem diesen zuletzt genannten Aspekt gesellschaftlicher Werte hob auch PARSONS (1980:185) in seiner klassischen Definition von Werten als "Konzeptionen der wünschenswerten Gesellschaft für die Mitglieder dieser Gesellschaft" hervor (zum Wertekonzept von PARSONS ausführlich: FRIEDRICHS 1968).

Die von ROKEACH erwähnten Merkmale von Werten finden sich in vergleichbarer Form in den meisten Beiträgen zur sozialwissenschaftlichen Werteforschung (vgl. z.B. KLUCKHOHN et al. 1962:395ff; PARSONS, SHILS 1962:162ff; FRIEDRICHS 1968:79f, 112ff; SCHOLL-SCHAAF 1975:8, 74f; STIKSRUD 1979:447; WIEHN, BIRNER, SCHUHMACHER 1979:378ff; SCHNEIDER 1981:153, m.w.L). KMIECIAK (1976:152f) schlägt z.B. die folgende Unterscheidung zwischen Werten und Einstellungen vor: "Werte betrachten wir innerhalb des Selbst als erheblich fundamentaler und pervasiver. Sie determinieren Einstellungen und Verhalten. Als generelle kognitive Ordnungskonzepte transzendieren sie spezifische Objekte und Situationen, während Einstellungen auf bestimmte Gegenstände und Situationen focussieren, sich auf einen 'focalisierten Referenten' (...) als Einstellungsobjekt beziehen. Wenige Werte organisieren viele Einstellungen zu 'größeren Strukturen' (...), zu einem integrierenden System."

REICHARDT (1979:24f) definiert in Übereinstimmung mit der Mehrzahl der Werteforscher das Konzept "Werte" folgendermaßen: "Unter einem Wert verstehen wir einen in einer bestimmten Population wirksamen Modus der Bevorzugung oder der Zurück-

setzung von Objekten oder von sozialen Zuständen, der in der Motivationsstruktur der Einzelindividuen verankert werden kann, dessen Inhalt einen hohen Grad von Allgemeinheit (Generalisierung) aufweist und mindestens potentiell auch bei einer größeren Population wirksam werden könnte. Werte haben meist kognitive, emotive und volative Aspekte." Anschließend zählt er nochmals die für Werte typischen Merkmale auf, nämlich

- a) ihren Bezug auf bestimmte Bevölkerungsgruppen,
- b) ihre Funktion, Rangfolgen der Bevorzugung zu schaffen, die nach Intensitätsgraden und Richtung unterscheidbar seien,
- c) ihren Bezug auf soziale Zustände, d.h. regelmäßig stattfindende oder unterbleibende Aktivitäten,
- d) ihre Verankerung in der individuellen Motivstruktur,
- e) ihre Allgemeinheit, d.h. ihre Leitfunktion für eine Vielzahl konkreter Einzelhandlungen,
- f) ihre potentielle Akzeptanz bei größeren Populationen,
- g) die wechselseitige Abstützung kognitiver, emotiver und volativer Elemente und
- h) ihren Individual- und Kollektivbezug.

Alle vorgestellten Wertekonzepte klären allerdings die Beziehung zwischen Werten als Bestandteilen des individuellen Orientierungssystems (subjektive Komponente) und Werten als Objekten individueller Orientierungen nur unzulänglich. FRIEDRICH'S' (1968:112) Feststellung: "*Werte sind weder Bedürfnisse noch Objekte, vielmehr Standards, die erst zur Bewertung von Objekten führen. Es sind Bewußtseinsinhalte weitgehend kollektiven Ursprungs und eng mit der Organisation einer Gesellschaft verbunden*" bezieht sich nur auf die subjektive Seite. Nach PARSONS gehören aber zur Kultur sowohl kulturelle Orientierungen als auch kulturelle Objekte (vgl. dazu S. 28ff dieser Arbeit). Die von FRIEDRICH'S angesprochene Internalisierung von Werten und ihre Verwendung als Standards setzt voraus, daß es "außerhalb" des individuellen Orientierungssystems objektive Sachverhalte gibt, die man internalisieren kann. Damit sind m.E. Werte als kulturelle Objekte gemeint (vgl. zu Werten als Objekten; FRIEDRICH'S 1968:11ff; SCHOLL-

SCHAAF 1975:30ff; KMIĘCIAK 1976:33f). BEER (1973:33) bezeichnet sie in Anlehnung an PARSONS und KLUCKHOHN als "konzeptuelle Symbole".

Von Werten als Objekten sind Kenntnisse bzw. empirische Überzeugungen, Gefühle und Verhaltensdispositionen ziemlich problemlos abzugrenzen; denn es handelt sich bei ihnen um Sachverhalte, auf die sich individuelle Einstellungen beziehen. Doch auch zwischen internalisierten Werten (Wertorientierungen) und den anderen Elementen des individuellen Orientierungssystems bestehen keine unüberbrückbaren Gegensätze. Nach KLUCKHOHN (et al. 1962:395) verbinden sich in Werten Kognitionen, Affekte und Verhaltensdispositionen miteinander (vgl. auch REICHARDT 1979:24; sowie in Anlehnung an GUTTMAN 1973: MEYER, RUEGG 1979:52ff; DITTRICH 1984:42ff). Die weiteren Abgrenzungskriterien zwischen Wertorientierungen und Einstellungen legen gleichfalls die Annahme eines Einstellungskontinuums nahe, wie wir es in CONVERSEs (1964:207ff) Konzeption des "Überzeugungssystems" finden. Eine Orientierung läßt sich im Regelfalle nicht eindeutig als speziell oder allgemein, stabil oder labil, zentral oder peripher usw. klassifizieren, sondern sinnvollerweise auf einem Kontinuum der Stabilität, Zentralität und Allgemeinheit einordnen.

Damit kommt eine Lösung des Streites über den Status von Werten und Einstellungen in Sicht, die auch für diese Arbeit fruchtbar erscheint: Zwischen Gegnern und Verfechtern einer Trennung zwischen Wertvorstellungen und Einstellungen bestehen kaum Kontroversen in der Einschätzung, daß bestimmte Orientierungen zentraler, stabiler, allgemeiner usw. sind als andere. Ob man diese nun als Wertvorstellungen bezeichnet oder einen anderen Begriff für sie bevorzugt, halte ich für nebensächlich. Interessanter erscheint die aus dieser Vorstellung ableitbare empirische Annahme, die Kenntnis der zentralen Elemente des individuellen Orientierungssystems erlaube Prognosen über das Auftreten weniger zentraler Elemente oder: bei Änderungen zentraler Elemente änderten sich auch die weniger zentralen Einstellungen (vgl. CONVERSE 1964:207;

ähnlich auch: FRIEDRICHS 1968:79ff, 92ff, 112ff). Diese Konzeption findet sich auch in INGLEHARTs Arbeiten über die Konsequenzen des Auftretens postmaterialistischer Prioritäten (vgl. dazu S. 107ff dieser Arbeit).

Bedenken gegen eine Überstrapazierung der Unterschiede zwischen den behandelten Orientierungsmodi ergeben sich schließlich aus der bisherigen Forschungspraxis. Von einer systematischen empirischen Umsetzung des im ersten Teil von "The Civic Culture" konzipierten Begriffsapparates kann nicht die Rede sein. War das Konzept politische Kultur zuvor ausdrücklich auf politische *Einstellungen* eingegrenzt worden, so verwenden ALMOND und VERBA nunmehr auch Formen politischen und sozialen *Verhaltens* als Indikatoren der "Staatsbürgerkultur". Dies geschieht z.B., wenn sie die Häufigkeit der Mediennutzung (vgl. ALMOND, VERBA 1965:53ff), die Teilnahme an nationalen und lokalen Angelegenheiten (vgl. ALMOND, VERBA 1965:143ff) oder das Freizeitverhalten (vgl. ALMOND, VERBA 1965:209ff) untersuchen. Die benutzten Erhebungsinstrumente sind nicht durchgängig und in systematisch nachvollziehbarer Form den Dimensionen kognitiv, affektiv und evaluativ zugeordnet.

Während man zum Beispiel die Kenntnis des Namens von Politikern plausiblerweise unter der kognitiven Komponente der politischen Kultur abhandeln kann (vgl. ALMOND, VERBA 1965:57ff), leuchtet dies bei der Variablen "Bedeutung der Politik für das eigene Leben" nicht ein; denn die Befragten waren hier zu einer Bewertung aufgefordert. Sie sollten den (positiven) Einfluß der Regierungsaktivitäten auf das eigene Leben beurteilen (vgl. ALMOND, VERBA 1965:47ff). Ähnlich unklar bleibt der theoretische Status der Fragen nach den Eigenschaften von Parteianhängern (vgl. ALMOND, VERBA 1965:86ff) und nach der subjektiven Kompetenz (vgl. ALMOND, VERBA 1965:136ff). Bei allen diesen Erhebungsinstrumenten vermischen sich kognitive und bewertende Elemente. Da auch in anderen Arbeiten aus der empirischen political-culture-Forschung keine wesentlich andere Sachlage gegeben ist, liegt die Frage nach dem praktischen Nutzen der theoretisch plausiblen Unterscheidung zwi-

schen den einzelnen Orientierungsmodi nahe.

Die Zweifel an der forschungspraktischen Brauchbarkeit des ALMOND/VERBASchen Begriffsapparates verstärken sich bei einer Gegenüberstellung der theoretischen Überlegungen zur Abgrenzung zwischen Kognitionen, Affekten und Bewertungen mit der Praxis der Datenerhebung. PARSONS und SHILS (1962:162ff) hatten die drei Orientierungsmodi an Hand der in sie eingehenden Wertstandards voneinander unterschieden. Für die Beziehung zwischen den Kenntnissen und den beiden anderen Konstrukten erscheint ein solcher Weg gangbar: In der empirischen Gültigkeit verfügen wir über ein geeignetes Beurteilungskriterium für Kenntnisse. Weniger klar ist dies schon für die Wahrnehmung und Beschreibung der tatsächlichen Eigenschaften politischer Sachverhalte ("empirische Überzeugungen"). Ob nun aber eine bewertende Stellungnahme zu einem Objekt auf bloß subjektiven, sozial nicht überformten Gratifikationsbestrebungen oder auf moralischen Standards beruht, läßt sich nur mit Hilfe einer sehr differenzierten Analyse von Bewertungsmotiven entscheiden. Diese erfolgt jedoch in den gängigen political-culture-Erhebungen gerade nicht. Es bleibt in der Regel offen, aus welchen Gründen es zu einer positiven oder negativen Bewertung politischer Objekte (Parteien, Regierung, das System) kommt. Den üblichen Testitems kann man nicht ansehen, ob sie zu affektiven oder bewertenden Reaktionen herausfordern.

Erschwerend kommt die bei den meisten Meßinstrumenten vorliegende Vermischung deskriptiver und normativer Elemente hinzu. Eine systematische Abstimmung der Erhebungsinstrumente auf das Kategorienschema von ALMOND und VERBA ist zwar sicher möglich, bislang sind aber derartige Bemühungen nicht zu erkennen. Sie sind wohl auch nicht sonderlich fruchtbar, weil die Unterscheidung zwischen Kognitionen, Affekten und Wertorientierungen für die Typologisierung politischer Kulturen keine Rolle spielt. Sie befinden sich nämlich in jedem Typus in einem "Balance-Verhältnis" (näheres dazu auf S. 62ff dieser Arbeit).

Die in der Werteforschung propagierte Lösung, Wertvorstellungen über Rangordnungen, Einstellungen dagegen über Intensitätsfragen zu messen, überzeugt ebenfalls nicht (vgl. anders auch: KLAGES, HERBERT 1983:127ff; DITTRICH 1984:42ff). Dieser Vorschlag zielt darauf, die Funktion von Werten als Auswahlstandards in eine empirische Meßvorschrift umzusetzen (vgl. ROKEACH 1968; STROBEL 1979). Eine gültige Wertemessung erreicht man mittels des Rangordnungsverfahrens aber nur unter der Voraussetzung, daß die suggerierte Entscheidungssituation für den Befragten tatsächlich nachvollziehbar ist. In dieser Hinsicht sind erhebliche Zweifel angebracht, z.B. wenn es darum geht, eine Prioritätenentscheidung zwischen den Zielen "Meinungsfreiheit" und "Preisniveaustabilität" oder "Frieden" und "Freiheit" zu treffen.

Es läßt sich im Voraus oft nur schwer beurteilen, ob die Entscheidung zwischen bestimmten Alternativen für eine Person relevant oder fiktiv ist. Im Bereich der Politik gibt es zusätzliche Probleme: Als sozialer Lebensbereich rangiert die Politik in der individuellen Prioritätenhierarchie durchweg auf einem unteren Rangplatz (vgl. unter den zahlreichen Hinweisen hierauf: BARGEL 1979:150ff). Je weniger Bedeutung ein Problem oder Ziel für eine Person besitzt, desto unzuverlässiger dürfte eine für diesen Bereich abverlangte Rangordnung ausfallen. Mit der Zahl und Abstraktheit der zu bewertenden Tatbestände und der Mehrdeutigkeit der Bewertungsgrundlagen treten zusätzliche Unsicherheitsfaktoren auf. Es erscheint mir ziemlich fiktiv anzunehmen, man könne die Einstellung zu den Zielen Freiheit, Gleichheit, Mitbestimmung usw. dadurch von der affektiven auf die evaluative Ebene verlagern, daß man sie einem Rangordnungsverfahren unterwirft.

Wenn man angesichts der begrifflichen Konfusion, der Meßprobleme und der zweifelhaften forschungspraktischen Relevanz der Unterscheidung zwischen bestimmten Orientierungsmodi überhaupt an einem Klassifikationsschema festhalten möchte, dann sollte man dies möglichst einfach anlegen. In der Wissenschaftslogik grenzt man zwei große Teilklassen von Aussagen,

deskriptive und normative Sätze, voneinander ab (vgl. ALBERT 1980:198ff). Entsprechend könnte man mit den in der politischen Kulturforschung benutzten Testitems verfahren. Wir haben es dann mit empirisch prüfbar *Beschreibungen* der politischen Wirklichkeit einerseits und mit *bewertenden Stellungnahmen* zu politischen Sachverhalten auf der anderen Seite zu tun. BEER (1973:25ff) führt in ähnlicher Form zwei Teilkomponenten der politischen Kultur, die "cognitive map" und die "normative map" ein. Bei diesem Konzeptualisierungsvorschlag bleibt offen, ob ein politischer Sachverhalt und eine Aussage über diesen für eine Person primär eine kognitive oder eine normative Bedeutung besitzt, aber beide Aspekte können prinzipiell gemessen werden. Als ein empirisches Problem wird es ebenfalls behandelt, wie zentral, stabil, kohärent usw. politische Einstellungen sind und auf Grund welcher Standards eine Person ein Objekt bewertet (zu den in Frage kommenden Kriterien vgl. CITRIN 1977:388).

4. Objekte politischer Orientierung

Politische Orientierungen verbinden den Akteur mit seiner aus sozialen, physischen und symbolischen Objekten bestehenden Umwelt. Eine Beschreibung politischer Kultur muß mindestens zwei Teilkomplexe enthalten. Sie untersucht die Art und das Ausmaß von Kenntnissen und normativen Dispositionen bei den Mitgliedern eines bestimmten Kollektivs, und sie ermittelt die Objekte, auf die sich diese Orientierungen beziehen. Die Mitglieder eines politischen Kollektivs, entwickeln eine *gemeinsame* politische Kultur in ihrer Auseinandersetzung mit der politischen Umwelt, indem sie politische Handlungen, politische Akteure, politische Organisationen, Symbole usw. in einheitlicher Weise wahrnehmen und bewerten.

Da jedes soziale, physische oder symbolische Objekt, welches mehrere Akteure übereinstimmend als politisch kategorisieren, zum politischen Objekt wird, kommt es nachfolgend darauf an, ein Schema zu entwickeln, das eine inhaltlich sinnvolle Be-

schreibung politischer Kultur zuläßt. Die Frage, wie - nach außen hin - der Zuständigkeitsbereich der Politik in der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung definiert und eine Abgrenzung gegenüber der allgemeinen Sozialkultur geleistet wird, wurde bereits behandelt. Hier geht es um die nähere Beschreibung der Orientierungen auf solche Objekte, die bereits als politisch im Sinne der zuvor gegebenen Begriffsbestimmung der Politik klassifiziert sind, also um die Binnendifferenzierung der politischen Kultur. Dabei ist es zweckmäßig, die Vielzahl potentiell politischer Objekte zu Objektklassen zu gruppieren, um auf diese Weise einige *allgemeine* Beschreibungskategorien politischer Kultur zu gewinnen. Diese müssen hinreichend abstrakt sein, um einen Vergleich verschiedener Subkulturen oder nationaler Kulturen zuzulassen. Auf der anderen Seite dürfen sie nicht auf einem solch hohen Abstraktionsniveau liegen, daß sie für die empirische Forschungspraxis unbrauchbar werden. Beide Postulate sind nur unter gewissen Schwierigkeiten miteinander zu vereinbaren.

4.1 Das politische System und seine Teilsysteme als Orientierungsobjekte

Die grundlegenden Bestandteile der von ALMOND und VERBA ausgehenden Versuche einer systematischen Analyse politischer Kultur sind in der Beschreibung politischer Kultur als "attitudes toward the *political system* and its *various parts* and the role of the *self* in the system" (ALMOND, VERBA 1965: 12) enthalten.

Zur Unterscheidung zwischen dem politischen System als allgemeinem Objekt und einzelnen Bestandteilen des Systems liegen in der Literatur verschiedene, theoretisch und empirisch mehr oder weniger brauchbare Ansätze vor: Nach ALMOND und VERBA (1965:14ff; vgl. auch: ALMOND, POWELL 1966:51ff) gibt es in jedem politischen System drei große Klassen politischer Objekte:

(1) politische *Rollen* oder *Strukturen*, wie gesetzgebende Kör-

- perschaften, Regierungen oder Bürokratien,
- (2) die *Inhaber* dieser Rollen, z.B. einen Monarchen, einen Abgeordneten oder einen Verwaltungsangehörigen und
 - (3) besondere *Politikinhalte* (policies), nämlich Entscheidungen und ihre Umsetzung in Maßnahmen.

Es ist nicht ganz klar, welche Bedeutung dieser Abgrenzung eigentlich zukommt, da sie weder in der Typologisierung politischer Kultur noch in den empirischen Teilen von "The Civic Culture" irgendeine erkennbare Rolle spielt. Obgleich eine Auseinandersetzung mit der theoretischen und empirischen Relevanz dieser Unterscheidung nicht unergiebig wäre, kann sie hier aus praktischen Erwägungen unterbleiben. Zudem beschäftigte sich die politische Kulturforschung aus naheliegenden Gründen fast ausschließlich mit Rollen und Strukturen als Objekten politischer Einstellungen.

Wichtiger für unsere Fragestellung ist ein zweiter, von ALMOND und VERBA unterbreiteter Differenzierungsvorschlag, die Unterscheidung zwischen dem System als *allgemeinem Objekt*, dem *Input-* und dem *Output-Subsystem* sowie dem *Bürger als politischem Akteur* (vgl. ALMOND, VERBA 1965:14f).

Diese Abgrenzung knüpft an Überlegungen der politikwissenschaftlichen Systemtheorie an, nach welchen sich im Zuge des politischen Differenzierungsprozesses bestimmte Institutionen und Verfahren zum Austausch zwischen dem politischen System und seinen Umwelten ausbilden (vgl. EASTON 1965:25ff; ALMOND, POWELL 1966:29, 43ff). Jedes entwickelte politische System weist demnach eine mehr oder weniger differenzierte und spezialisierte politische Infrastruktur, ein "Input-Subsystem", ein "Konversions-Subsystem" und ein "Output-Subsystem" auf. Ersteres besorgt den Transfer von Forderungen und Unterstützungen aus der Umwelt in das politische System, letzteres dagegen gibt Leistungen des politischen Systems an dessen Umwelten ab (vgl. die knappe Zusammenfassung bei EASTON 1972): "Von einem Input sprechen wir, wenn und nur wenn ein angebbares Ereignis, das außerhalb eines Systems auftritt, in ein System

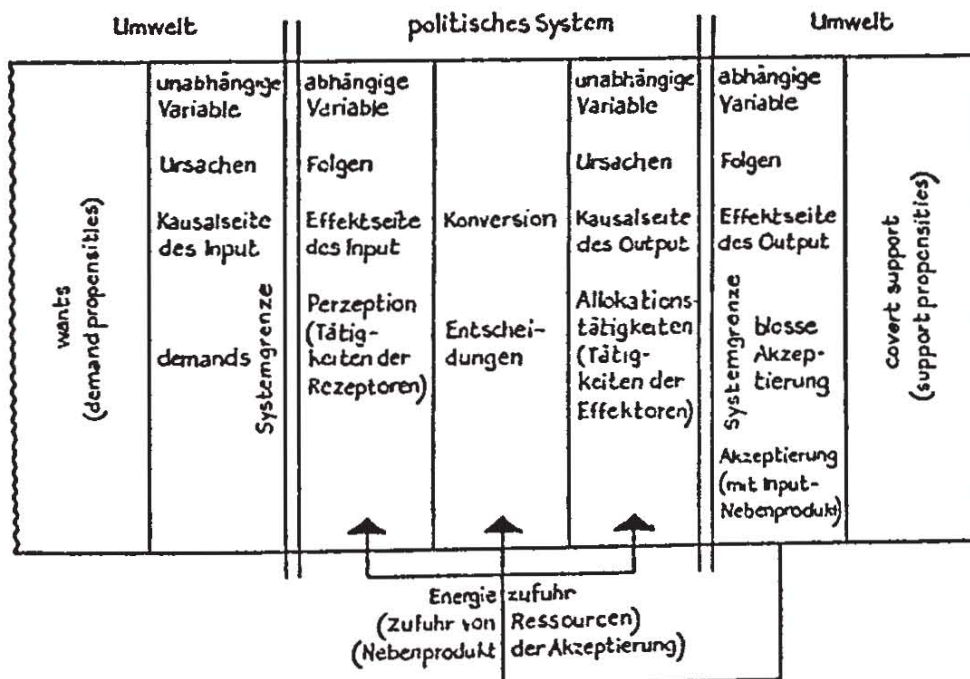
eine Wirkung hervorruft. Von einem Output sprechen wir, wenn und nur wenn ein angebbares Ereignis, das innerhalb eines Systems auftritt, eine Wirkung *außerhalb* des Systems herbeiführt. Ein Input besteht, in anderen Worten, aus einer *extrasystemaren Ursache* und einer *intrasystemaren Wirkung*. Ein Output besteht aus einer *intrasystemaren Ursache* und einer *extrasystemaren Wirkung*" (MÜNCH 1971:232, Hervorh. im Original). Ein weiteres Teilsystem leistet die *Konversion* von Inputs in Outputs.

EASTONS Konzeption des politischen Systems läßt sich wegen etlicher in ihr enthaltener theoretischer Unstimmigkeiten nicht unmittelbar für die political-culture-Forschung nutzbar machen (vgl. die kritischen Bemerkungen bei: FAUPEL 1971; MÜNCH 1971). Die betreffenden theoretischen Begriffe sind nicht eindeutig voneinander abgegrenzt, die Zuordnung von Handlungen, Rollen, Organisationen etc. zu diesen Komplexen bleibt in vielen Fällen ebenfalls unplausibel. MÜNCH (1971:216, 218ff, 225) zeigt dies am Beispiel des wichtigen Konzeptes der politischen Unterstützung. Darüber hinaus wechseln EASTONS Aussagen ständig zwischen einer materialen, einer funktionalen und einer strukturellen Ebene. Auf diese Weise kommt keine klare und konsistente Unterscheidung zwischen den Elementen und den Relationen des politischen Systems und denen seiner Umwelten zustande (vgl. MÜNCH 1971:213ff; vgl. auch: FAUPEL 1971). In der von MÜNCH (1971:241ff) rekonstruierten Form läßt sich das Systemkonzept EASTONS in dieser Arbeit allerdings verwenden (vgl. Abb. 1 - 1).

In der neuformulierten Fassung haben wir einen konsequent funktionsorientierten Ansatz vor uns: *Innerhalb* des politischen Systems sind eindeutig andere Aufgaben zu erfüllen als *außerhalb*, nämlich (1) die *Aufnahme* systemextern produzierter Forderungen, (2) deren *Bearbeitung* im Rahmen von Entscheidungen und (3) die *Abgabe* getroffener Entscheidungen an die Umwelt. Die Kausalseite der Inputs (Forderungen artikulieren) und die Effektseite der Outputs (Wertzuteilungen akzeptieren) sind konsequenterweise der Systemumwelt zugeordnet. Dies gilt

auch für das Gewähren politischer Unterstützung, bei dem es sich wohl um einen Rückkopplungsprozeß zwischen Outputs und Inputs handelt. Auf dieser Grundlage können systeminterne Klassen politischer Objekte (Personen, Organisationen, Verfahren, Symbole) eindeutig von systemexternen Größen unterschieden werden - zumindest theoretisch. Damit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Formulierung von Annahmen über Beziehungen zwischen der politischen Struktur (systeminterne Elemente und Relationen) und der politischen Kultur (Orientierung auf systeminterne Elemente und Relationen) geschaffen. Letztere gehört zur Umwelt des politischen Systems. Sie verbindet dies mit der allgemeinen Sozialkultur.

Abb. 1 - 1: Das Konzept des politischen Systems und seiner Umwelten bei Werner MÜNCH



Das Grundproblem bei der Organisation der Input-Seite des politischen Systems besteht in demokratischen Regimen darin, die Offenheit des politischen Prozesses für Forderungen aus der Umwelt sicherzustellen. Zu diesem Zweck gibt es spezifische Organisationen und Verfahren, wie politische Parteien, Wahlkämpfe, Hearings, das Petitionswesen usw. ALMOND (1980: 28; vgl. auch: ALMOND, POWELL 1982:174ff) bezeichnet die auf die Input-Einrichtungen des politischen Systems bezogenen Ein-

stellungen als "Prozeß- oder Politics-Kultur".

Theoretische wie empirische Arbeiten zur politischen Kultur sprechen den Input-Orientierungen der Bevölkerung eine hervorragende Bedeutung zu. Insbesondere Anhänger der partizipatorischen Demokratietheorie erheben die Einstellungen zur (direkten) politischen Beteiligung zum ausschlaggebenden Kriterium für das Urteil über die demokratische Qualität der politischen Kultur (zur theoretischen Grundlegung dieses Verständnisses in der modernen Sozialwissenschaft: HABERMAS 1961; weitere Literaturhinweise bei SCHARPF 1970:21ff, 54ff).

LEHMAN (1971:363) bezeichnet als partizipative Aspekte der politischen Kultur die für die politischen Interaktionen maßgeblichen "definitions, preferences, rules etc". Erläuternd führt er aus, bestimmte institutionelle Arrangements benötigten zu ihrem Funktionieren einer schwachen, andere dagegen einer umfassenden Mitwirkung der Bevölkerung. Auch VERBA (1965b:542ff) weist auf die Bedeutsamkeit partizipativer Orientierungen als Elemente der Input-Kultur hin. Er erwähnt in diesem Zusammenhang die in der Bevölkerung verbreiteten Vorstellungen von der Legitimität politischer Teilnahme sowie die vorhandene Bereitschaft, politische Einflußressourcen zu mobilisieren.

Ein großer Teil der in "The Civic Culture" entwickelten Meßinstrumente betrifft die Einstellungen der Bürger zu den Einrichtungen politischer Beteiligung und zur Rolle des Bürgers als Teilnehmer am politischen Prozeß. Dies gilt z.B. für die Bewertung der Eigenschaften von Mitgliedern politischer Parteien (vgl. ALMOND, VERBA 1965:85ff), für die Einschätzung von Wahlen und Wahlkämpfen (ALMOND, VERBA 1965:104ff), für die wahrgenommene Verpflichtung zur politischen Beteiligung (ALMOND, VERBA 1965:117ff) und schließlich für die staatsbürgerliche Kompetenz (ALMOND, VERBA 1965:136ff). Diese "Input-Affekte" liegen auch als wichtigstes Kriterium der von ALMOND und VERBA vorgenommenen Unterscheidung zwischen modernen Ausprägungen politischer Kultur zu Grunde. Es kann hier offen bleiben, ob es sinnvoll ist, diese Orientierungen als Affekte

zu bezeichnen; denn eine solche Entscheidung läßt sich nur auf der Basis differenzierter Analysen von Bewertungsmotiven treffen.

ALBINSKI (1968:1, 4ff) handelt wesentliche Teilaspekte der Input-Kultur unter der Bezeichnung "Selbstkonzept als politischer Mensch" ab. Dabei verweist er auf das in der politischen Einstellungsforschung außerordentlich bedeutsame Konzept der politischen Effektivität. Dies wurde in den wahlsoziologischen Arbeiten der Ann-Arbor-Schule entwickelt (vgl. CAMPBELL, GURIN, MILLER zuerst 1960; hier: 1971:187ff). Es soll, ähnlich wie die Staatsbürgerkompetenz, die Wahrnehmung und Bewertung bürgerschaftlicher Einflußchancen auf die Politik messen. In zahlreichen empirischen Studien griff man auf dies Konzept zurück (vgl. auch die Hinweise auf die Bedeutung des Effektivitätsbewußtseins bei BERG-SCHLOSSER 1972:105f; ROSENBAUM 1975:7; ELCOCK 1976:57). Man sollte allerdings das politische Selbstkonzept des Menschen nicht auf die aktive Partizipantenrolle einschränken; denn neben dieser gibt es weitere Rechte und Pflichten der Mitglieder eines politischen Kollektivs.

Zusammenfassend kann man die Input-Komponente der politischen Kultur folgendermaßen charakterisieren; Zu ihr gehören alle Orientierungen auf Handlungen, Akteure, Organisationen und Symbole, die einer gesamtgesellschaftlich verbindlichen Entscheidung vorausgehen.

Das Gegenstück hierzu bilden die Outputs, die Abgabe autoritativer Entscheidungen an die Umwelt. Ihr Inhalt besteht aus materiellen oder symbolischen Leistungen, Zwangshandlungen usw. Dieser Aspekt der Politik, ihr Inhalt, ihre Form, die hierfür geltenden zuständigen Akteure und Symbole sind ebenfalls mögliche Gegenstände politischer Orientierungen. ALMOND (1980:28, vgl. auch: ALMOND, POWELL 1982:174ff) bezeichnet die auf die Outputs gerichteten Dispositionen als *Policy-Kultur*. Dieser Begriff trägt der maßgeblichen Bedeutung der *Entscheidungsinhalte* im Output-Prozeß Rechnung.

LEHMAN (1971:363f) verwendet für diesen Komplex von Orientierungen den Begriff "Macht- und Legitimitätskomponente" der politischen Kultur. Dies ist insofern berechtigt, als sich im Zusammenhang mit der Umsetzung autoritativer Entscheidungen Akzeptanzprobleme stellen (vgl. auch: MÜNCH 1971:227ff, 241ff). Der Begriff Legitimität erfaßt allerdings nur einen Teilaspekt des Akzeptanzproblems; denn die Bereitschaft der Bevölkerung, politische Entscheidungen zu akzeptieren, hängt nicht allein von Legitimitätserwägungen ab, sondern auch von Nützlichkeitsüberlegungen, Traditionen usw.

Auf der anderen Seite stellen sich Akzeptanzprobleme natürlich nicht nur in bezug auf die Ergebnisse von Entscheidungsprozessen. Auch das Zustandekommen einer Entscheidung kann, ebenso wie die gesamte politische Ordnung, Anfechtungen ausgesetzt sein. Die Frage nach der Akzeptanz politischer Sachverhalte weist über die Output-Kultur hinaus, obgleich sie in deren Zusammenhang praktisch wohl die größte Relevanz besitzt. ELCOCK (1976:57) unterscheidet zutreffend zwischen der Bereitschaft der Bevölkerung, Handlungen und Anweisungen der Regierung zu akzeptieren und jener, die bestehende Form der Machtausübung anzuerkennen. Erstere gehört in den Bereich der Output-Kultur, letztere in den Bereich der Systemkultur.

Schon aus der Bezeichnung von Regierung und Verwaltung als Exekutive läßt sich erklären, daß einzelne Handlungen und die allgemeine Amtsführung dieser Organe im Mittelpunkt der Aussagen zur Output-Komponente der politischen Kultur stehen. LANE (1959:169ff) wies auf die Bewertung einzelner politischer Maßnahmen bzw. der Regierungsaktivitäten in einzelnen Politikfeldern als bedeutsame politische Einstellungen der Bevölkerung hin (vgl. auch das Konzept der Policy-Unzufriedenheit bei FARAH, BARNES, HEUNKS 1979:431). Andere Autoren interessieren sich eher für die allgemeinen Leistungserwartungen oder -bewertungen. Nach VERBA (1965b:538ff) ist vor jeder anderen Überlegung zu untersuchen, ob die Bürger überhaupt irgendwelche Leistungen von der Regierung erwarten bzw. ihr bestimmte Leistungen zutrauen. Diese können dann nach unterschiedlichen

Kriterien bewertet werden. Die Leistungserwartungen beziehen sich nicht allein auf die *Verteilung* von Gütern und Dienstleistungen, sondern auch auf deren *Abschöpfung*. VERBA bezeichnet die Bewertung der Effektivität des Regierungshandelns als eine der wichtigsten Bestimmungsgrößen politischer Stabilität (vgl. auch INKELES 1974:225; ROSENBAUM 1975:6).

Auf die allgemeine Amtsführung der Regierung und der ihr nachgeordneten Behörden bezieht sich ebenfalls das in "The Civic Culture" vorgestellte Konzept der "Untertanen-Kompetenz" (vgl. ALMOND, VERBA 1965:168ff). Damit erfaßten die Autoren die in der Bevölkerung verbreitete Überzeugung, man könne sich auf eine faire Behandlung und auf eine Berücksichtigung der eigenen Vorstellungen durch die Behörden verlassen, "not because they (people, OWG) attempt political influence, but because the administrative official is controlled by a set of rules that curbs his arbitrary power" (ALMOND, VERBA 1965:171).

Als weitere Aspekte der Output-Kultur werden in "The Civic Culture" der perzipierte Einfluß der Regierungsaktivitäten auf die eigene Lebenssituation (vgl. ALMOND, VERBA 1965:45ff) sowie die erwartete Behandlung durch die Regierung und die Polizei untersucht (vgl. ALMOND, VERBA 1965:68ff).

In neueren empirischen Erhebungen findet das Konzept des Regierungsvertrauens relativ häufig Verwendung. Es erfaßt die Überzeugung der Bevölkerung, daß die Regierung ihre Amtsgeschäfte kompetent und fair handhabt (vgl. z.B. FUCHS 1981; ABRAMSON 1983:193ff m.w.L.; LIPSET, SCHNEIDER 1983:16f). Hinsichtlich der unterstellten Akzeptanzmotive bleibt es allgemeiner als die Untertanenkompetenz im Sinne von ALMOND und VERBA.

In dem vorgestellten Modell des politischen Systems ist neben dem Input- und dem Output-Subsystem noch das für die Umwandlung von Inputs- in Outputs (Konversion) zuständige Teilsystem der Polity enthalten. ALMOND und VERBA führen dies in ihrem Klassifikationsschema politischer Orientierungen nicht auf.

Folglich entwickeln sie auch keine Instrumente zur Erfassung der auf diesen Objektkomplex gerichteten Einstellungen. In den westlichen Demokratien erfolgt die Umsetzung wahrgenommener Forderungen in politische Entscheidungen hauptsächlich im Parlament. Erstaunlicherweise gibt es allerdings zu diesem Aspekt der politischen Kultur kaum empirische Untersuchungen (für die Bundesrepublik vgl. z.B.: BOYNTON, LÖWENBERG 1973; HERDEGEN 1977; ROTH 1979:90f, 100ff).

Behandelt man die Konversion als eine eigenständige Phase im politischen Entscheidungsprozeß, dann ist auf der Orientierungsebene zu prüfen, in welchem Maße die autoritativen Entscheidungen des politischen Systems den von der Bevölkerung artikulierten Forderungen entsprechen. In der Literatur wird dieser Aspekt gelegentlich mit dem Begriff der Responsivität belegt (vgl. FARAH, BARNES, HEUNKS 1979:429ff; LIPSET, SCHNEIDER 1983:24ff). Die Abgrenzung des Responsivitäts- vom Kompetenzbewußtsein und von der Systemunterstützung gelingt dabei allerdings nicht zufriedenstellend.

Zu klären bleibt die Beziehung zwischen den Begriffen Input, Konversion und Output einerseits sowie dem des Systems als allgemeinem Objekt auf der anderen Seite. Den einschlägigen Passagen in "The Civic Culture" kann man keine brauchbaren theoretischen Abgrenzungskriterien entnehmen. Dort ist von den drei Systemkomponenten Rollen, Rolleninhaber und Inhalte die Rede, die aber ihrerseits wieder den Subsystemen zugeordnet werden können (vgl. ALMOND, VERBA 1965:14).

Erste Ansätze zur Problemlösung ergeben sich aus den gängigen Systembegriffen. Jedes System läßt sich als eine Menge miteinander verbundener Elemente ansehen, das sich durch die Besonderheiten dieser Elemente und der zwischen ihnen bestehenden Beziehungen von seiner Umwelt unterscheidet. In diesem Sinne betrifft die Systemkomponente der politischen Kultur in erster Linie dessen Abgrenzung von anderen Sozialsystemen und von politischen Systemen außerhalb der untersuchten Gesellschaft. Alle mit der Ausdifferenzierung des politischen Systems aus

der Gesellschaft und mit seiner Abgrenzung von anderen politischen Systemen verbundenen Orientierungen sind somit der Systemkultur zuzurechnen. Demgegenüber bilden sich das Input-, das Konversions- und das Output-Subsystem mit zunehmender Binnendifferenzierung des politischen Systems aus. Bei der Subsystembildung werden funktional ähnliche, miteinander eng verbundene Elemente eines Systems zu Einheiten zusammengefaßt. Dabei vollzieht sich auch auf der Einstellungsebene ein solcher Differenzierungsprozeß. Erst mit der Wahrnehmung und Bewertung input-, konversions- und output-spezifischer Verfahren, Handlungen, Organisationen usw. durch die politischen Akteure kann von einer erfolgreichen Binnendifferenzierung des politischen Systems die Rede sein. Umfangslogisch umfaßt das politische System als allgemeines Objekt also alle Elemente und Beziehungen, die sich einem seiner Subsysteme zuordnen lassen. Hinzu kommen die die Grenzen eines Subsystems überschreitenden Beziehungen zwischen deren Elementen und die Beziehungen zwischen den drei erwähnten Subsystemen. Schließlich gehören zum System alle politischen Objekte, die keinen eindeutigen Bezug zu einem der drei Teilsysteme aufweisen.

Zum System als allgemeinem Objekt entickeln sich nach ALMOND und VERBA (1965:14) Gefühle wie Patriotismus oder Entfremdung, es wird von der Bevölkerung als stark oder schwach, demokratisch oder sozialistisch usw. klassifiziert. Diese Beschreibungen bleiben jedoch relativ unsystematisch und gelten zumindest zum Teil auch für die Subsysteme des politischen Systems.

Eine brauchbare Beschreibung wichtiger Elemente der System- oder der Polity-Kultur (vgl. ALMOND 1980:28; ALMOND, POWELL 1982:174ff) ist in EASTONS Konzept der diffusen politischen Unterstützung enthalten (genauer auf S. 234ff dieser Arbeit). Sie richtet sich einerseits auf die politische Gemeinschaft und andererseits auf das politische Regime (vgl. EASTON 1965: 190ff) und ist von der Unterstützung der jeweils amtierenden politischen Führung zu unterscheiden. Andere Autoren geben ähnliche Beschreibungen der Systemkultur. So nennt z.B. PYE

(1968:221ff) die Annahmen über den Zuständigkeitsbereich und die Funktionen der Politik sowie die in einer Gesellschaft verbreiteten Vorstellungen von Macht und Autorität als wesentliche Elemente der politischen Kultur. DEVINE (1972:16) belegt die Verfassung, die weiteren Regimenormen und politischen Spielregeln mit dem Begriff "rule-system" und führt dies als eines von vier Teilsystemen der politischen Kultur auf (zur Bedeutung dieser Orientierungen auch: PYE 1971b:102; BERGSCHLOSSER 1972:108f; KAVANAGH 1972:16f; ELCOCK 1976:57; ELKINS, SIMEON 1979:132; ALMOND 1980:28).

Weitere Beispiele für Regime-Orientierungen finden wir im Stolz auf die politischen Institutionen (vgl. ALMOND, VERBA 1965:64ff; ALBINSKI 1968:1, 4f) und in der Bereitschaft, die in einem System geltenden Werte als Grundlagen des gemeinsamen Zusammenlebens zu akzeptieren (vgl. VERBA 1965b:530ff; INKELES 1974:224; ROSENBAUM 1975:7). DEVINE (1972:16) trennt die Akzeptanz politischer Symbole von der politischer Spielregeln und behandelt sie als ein eigenständiges Subsystem der politischen Kultur, das "symbol system".

Der zweite in der Literatur ausgiebig erörterte Aspekt der "Systemkultur" betrifft die Einstellungen zur politischen Gemeinschaft. Sie wurden bereits in der Bereitschaft, die institutionalisierten Werte zu akzeptieren, angesprochen; denn die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft äußert sich nicht zuletzt im Konsens über bestimmte Grundwerte. Nach VERBA (1965b: 529ff, 535ff) sind darüber hinaus die Einstellungen zur politischen Gemeinschaft am Gefühl nationaler Identität und am Vertrauen zu den Mitmenschen abzulesen (zu ersterem vgl. auch: ALBINSKI 1968:1, 4f; ALMOND 1980:28). VERBA grenzt allerdings das Gefühl nationaler Identität nicht zufriedenstellend von den Regime-Orientierungen ab.

INKELES (1974:224; vgl. auch: ROSENBAUM 1975:7) sieht das Problem der Bildung nationaler Identität nicht allein im Verhältnis zwischen autonomen Staaten. Er verweist zusätzlich auf die Notwendigkeit, eine Bindung zum Nationalstaat in Kon-

kurrenz mit Loyalitäten zu lokalen Gemeinden und zu Primärgruppen auszubilden.

Die Unabhängigkeit der politischen Loyalität von partikularen Gruppenbindungen ist auch beim zweiten Aspekt der Gemeinschaftsbindung, der Beziehung des Bürgers zu seinem Mitbürger, angesprochen. Starke Bindungen an lokale, regionale oder soziale Solidarsysteme erschweren die Integration der betreffenden Gruppen in die nationale Gemeinschaft. Sie können ein hohes sozio-politisches Konfliktniveau produzieren und die Vertrauensbildung zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen beeinträchtigen. Insofern gelten die Existenz zwischenmenschlicher Vertrauensbeziehungen, ein ausgewogenes Verhältnis von Kooperation und Konflikt, Toleranz gegenüber Minderheiten u.a.m. als wichtige Beschreibungskategorien der Systemkultur (vgl. ALMOND, VERBA 1965:225ff; ALBINSKI 1968:1, 6f; BERG-SCHLOSSER 1972:101, 107; KAVANAGH 1972:11). DEVINE (1972:16) bezeichnet diesen Aspekt der politischen Kultur als "identity-system". Wichtig erscheint mir VERBAS (1965b:535; ausführlich: ALMOND, VERBA 1965:208ff) Hinweis auf den Zusammenhang des zwischenmenschlichen Vertrauens in der Politik mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Wertesystem.

Die in der Literatur anzutreffenden Illustrationen belegen die *analytische* Zweckmäßigkeit von ALMOND/VERBAS Unterscheidung zwischen verschiedenen Aspekten der politischen Kultur. Für das Verhältnis der Systemkomponente zu den anderen Teilkomponenten gilt dabei zusätzlich folgendes: Die Systemkultur enthält allgemeine Vorstellungen vom tatsächlichen und erwünschten Funktionieren der politischen Ordnung und von den allgemeinen Prinzipien des politischen Zusammenlebens, die auch ins Input-, ins Konversions- und ins Output-Subsystem übernommen werden müssen.

4.2 Selbst-Orientierung und Umweltorientierung

In den bisherigen Ausführungen bezog sich das Konzept politi-

sche Kultur primär auf die Vorstellungen, die sich der Bürger von seiner politischen *Umwelt* macht. Es klammerte aber sein Selbstverständnis als *politischer Akteur* weitgehend aus. Nach ALMOND und VERBA (1965:14; vgl. auch: VERBA 1965b:527) gehört dieser Aspekt als eine eigenständige Dimension zur Analyse politischer Kultur, wobei sie allerdings nur von der Rolle des Bürgers als eines *aktiven* Partizipanten, nicht aber von anderen möglichen Selbstkategorisierungen, sprechen. Auch BOWMAN und BOYNTON (1974a:9) erwähnen die Bedeutung der Arbeitsteilung zwischen dem Normalbürger und "those who have special political responsibilities in that system" als wichtigen Bestandteil der politischen Kultur (vgl. auch: ALBINSKI 1968:1, 4ff; BERG-SCHLOSSER 1972:105f; KAVANAGH 1972:11; INKELES 1974:224ff; ROSENBAUM 1975:7). GAMSON (1968:21ff) unterscheidet ähnlich zwischen zwei Komplexen politischer Rollen, den "authorities", deren Aufgabe darin bestehe, bindende Entscheidungen zu produzieren und den "partisans", die von diesen Entscheidungen aktuell oder potentiell betroffen seien.

So unstreitig die Wahrnehmung und Bewertung der Bürgerrolle zu den Merkmalen einer politischen Kultur gehört, so wenig überzeugt doch ihre Abtrennung von den übrigen Analyseebenen, der System-, der Input- und der Output-Komponente politischer Kultur (Dieser Mangel ist auch bei KAASE 1983:163ff zu konstatieren). Der Terminus Bürger ist nur relational zu verstehen: Man ist nicht Bürger schlechthin, sondern Bürger als Mitglied einer bestimmten politischen Gemeinschaft (Systemkultur), als Teilnehmer am politischen Prozeß (Prozeßkultur) und als Adressat politischer Leistungen (Policy-Kultur). Die Rolle des Bürgers ist also im Verhältnis zur Umwelt, in der er handelt, definiert.

Anders als ALMOND und VERBA unterscheide ich nicht zwischen der "Selbst-Komponente", der "Systemkomponente", der "Input-Komponente" und der "Output-Komponente" politischer Kultur, sondern betrachte die Einschätzung der Rolle des Bürgers als einen wichtigen Bestandteil der System-, Prozeß-, Konversions-

und Policy-Kultur. Innerhalb jedes dieser Aspekte der politischen Kultur kann man - je nach Forschungsinteresse - zwischen einer *Selbst-* und einer *Umweltkategorisierung* unterscheiden. Selbst- und Systembild stellen dabei keine gänzlich voneinander unabhängigen Bewertungsdimensionen des Bürgers dar. Die Bewertung der Umwelt durch den Bürger wird nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt erfolgen, wie er seine Rollenerwartung im politischen System verwirklicht sieht, ob es ihm unter den bestehenden Bedingungen möglich ist, seine Rolle als Teilnehmer am politischen Prozeß und als Empfänger politischer Leistungen seinen Erwartungen entsprechend zu spielen, ob er sich als ein vollwertiges Mitglied der politischen Gemeinschaft betrachtet usw. Diese Übereinstimmung von Selbst- und System-einschätzungen heben auch ALMOND und VERBA hervor: "The norms to which an individual adheres are largely determined by the role that the system allows him to play (though the fit between norms and structure will rarely be perfect); but these norms have a feedback effect on the structure, reinforcing the structure if the fit between norms and structure is a good one; introducing strain into the system if the norms and the structure fit less well" (ALMOND, VERBA 1965:125).

Es sei ausdrücklich betont, daß die Entwicklung der theoretischen Beschreibungskategorien nicht in der Behauptung münden soll, bei der Mehrzahl der Bürger westlicher Demokratien oder gar bei allen sei ein dermaßen differenziertes politisches Orientierungssystem anzutreffen. Der Grad der Differenzierung der politischen Kultur ist vielmehr durch empirische Analysen festzustellen. Um aber solche Untersuchungen überhaupt durchführen zu können, benötigt man ein System theoretischer Begriffe, das zwar mit dem hier entwickelten nicht identisch sein muß, aber doch immerhin einige Gesichtspunkte angeben sollte, unter denen die Differenzierung politischer Orientierungsmuster erfolgt.

5. Ein System theoretischer Begriffe zur Beschreibung der politischen Kultur

Die bisher eingeführten Beschreibungskategorien blieben vergleichsweise inhaltsleer. Möglichkeiten einer Anwendung in der empirischen Analyse wurden zwar illustriert, aber nicht systematisch erörtert. Diese Allgemeinheit ergibt sich aus dem Anspruch der political-culture-Forschung, Systeme mit den verschiedenartigsten institutionellen Strukturen miteinander zu vergleichen. Man ging dabei von der Annahme aus, daß die genannten Funktionen in jedem politischen System in irgendeiner Form anzutreffen sind, welche institutionelle Beschaffenheit es auch immer aufweisen mag.

Die uns bekannten Merkmalsdimensionen (Orientierungsmodi und -objekte) lassen sich nach ALMOND und VERBA (1965:15ff) durch eine Kreuzklassifikation so aufeinander beziehen, daß eine systematische Grundlage für die Beschreibung politischer Orientierungsmuster, die Formulierung von Forschungsfragen und die Hypothesenbildung entsteht (vgl. auch die Typologien bei LEHMAN 1971:365ff; CITRIN 1977:387, vgl. Abb. 1-2, S. 63).

Das in Abbildung 1 - 2 enthaltene System theoretischer Begriffe ist durch die Angabe von Indikatoren und Meßinstrumente zu operationalisieren und kann dann als Grundlage für eine Beschreibung verschiedenartiger Ausprägungen politischer Kultur dienen. Es stellt eine modifizierte Fassung des Begriffsapparates dar, den ALMOND und VERBA (1965:14ff) zur Erstellung ihrer Typologie politischer Kultur benutzt hatten. Sie unterschieden dabei zwischen drei "reinen Typen", der parochialen, der Untertanen- und der partizipativen politischen Kultur sowie mehreren Mischtypen (vgl. auch: ALMOND, POWELL 1966:53; ALMOND 1980:24). Unter diesen kommt der "Civic Culture" eine besondere Bedeutung zu, repräsentiert sie doch den für eine funktionsfähige Demokratie charakteristischen Typus. Abb. 1-3 gibt die Merkmale der drei reinen Typen in der von ALMOND und VERBA entwickelten Version wieder.

Abb. 1 - 2: Matrix zur Beschreibung individueller politischer Orientierungen

		kognitive Orientierungen	normative Orientierungen
Gesamt system	Umwelt als Objekt		
	Selbst als Objekt		
Input-Subsystem	Umwelt als Objekt		
	Selbst als Objekt		
Konversions-Subsystem	Umwelt als Objekt		
	Selbst als Objekt		
Output-Subsystem	Umwelt als Objekt		
	Selbst als Objekt		

Dies Klassifikationsschema weist einige Mängel auf. So lassen die Autoren z.B. die eingangs vorgenommene Unterscheidung zwischen verschiedenen Orientierungsmodi ohne jede Begründung fallen. Statt dessen ist nur von einer mehr oder weniger grossen Häufigkeit bestimmter Orientierungen auf politische Objekte die Rede. In der parochialen politischen Kultur näherte sich diese Häufigkeit dem Werte Null an, in der Untertanenkultur gebe es "a high frequency toward a differentiated political system and toward the output aspects of the system, but orientations toward specifically input objects and toward the self as an active participant, approach zero" (ALMOND, VERBA 1965: 17; zum Vorhergehenden; ALMOND, VERBA 1965:16f). In der partizipativen politischen Kultur seien explizite Orientierungen auf alle vier Objektkomplexe mit großer Häufigkeit vorhanden vgl. ALMOND, VERBA 1965:18).

Abb. 1 - 3: ALMONDs und VERBAs Typologie politischer Kultur

	System als allg. Objekt	Input Objekte	Output Objekte	Ego als Partizipant
Parochial	0	0	0	0
Untertanen	1	0	1	0
Partizipativ	1	1	1	1

Quelle: ALMOND, VERBA 1965:16

Selbst wenn man über die Ungenauigkeit der Bezeichnung "high frequencies of orientations", die sich mit sehr unterschiedlichen Verteilungsmustern verträgt, hinwegsieht, ist die von ALMOND und VERBA entwickelte Klassifikation für die empirische Analyse kaum verwendbar. Nach ihren Beschreibungen unterscheiden sich die drei Ausprägungen politischer Kultur eindeutig hinsichtlich der bei den Systemmitgliedern vorhandenen Kenntnisse ("knowledge"). In der Reihenfolge parochiale Kultur-Untertanenkultur-partizipative Kultur nimmt deren Ausmaß zu. Was jedoch die Affekte und Bewertungen angeht, so ist keine logisch mögliche Verteilung ausgeschlossen, sofern die betreffenden Orientierungen nur häufig auftreten. So heißt es z.B. zur Untertanenkultur: "The subject is aware of specialized governmental authority; he is affectively oriented to it, perhaps taking pride in it, perhaps disliking it; and he evaluates it either as legitimate or as not" (sic! ALMOND, VERBA 1965:17). Zumindest im Vergleich mit dem alltäglichen Sprachgebrauch erscheint die Vorstellung vom system- und regierungskritischen Untertanen einigermaßen befremdlich: Weit verbreitete positive Einstellungen zum politischen System und zu den Output-Institutionen sind mit diesem Typus ebenso vereinbar wie negative Gefühle und Bewertungen. ALMOND und VERBA schließen aus ihrem Modell der Untertanenkultur lediglich den Fall aus, daß überhaupt keine Vorstellungen über die System- und Output-Eigenschaften vorhanden sind. Eine ähnliche Konstellation beschreiben sie für die partizipative Kultur. In ihr können zusätzlich die Einstellungen zur eigenen Rolle als Partizipant und zu den Input-Einrichtungen der Politik wahl-

weise positiv oder negativ ausfallen. Gerade im Hinblick auf das angestrebte Ziel, die Bedeutung der politischen Kultur im Rahmen einer Theorie stabiler Demokratie zu klären, wäre eine größere Präzision bei der Kategorienbildung wünschenswert.

Ein letzter Einwand richtet sich gegen die verkürzte Darstellung der Selbstkomponente der politischen Kultur. Im Hinblick auf die in Abbildung 1-2 enthaltenen Informationen ist hierzu nur eine knappe Bemerkung erforderlich: Die Möglichkeiten der Bevölkerung, die eigene Rolle in der Politik zu definieren, beschränken sich natürlich nicht auf die aktive Teilnahme am politischen Willensbildungsprozeß. Sie schließen auch die Rechte und Pflichten eines Mitgliedes der politischen Gemeinschaft und die Position des Bürgers als Empfänger staatlicher Leistungen ein.

Um die Brauchbarkeit des Konzepts politische Kultur im Rahmen einer Theorie politischer Stabilität zu erhöhen, führen ALMOND und VERBA das Problem der Kongruenz von politischer Kultur und politischer Struktur ein. Unter der Voraussetzung, daß die Bevölkerung die Politik als einen eigenständigen gesellschaftlichen Lebensbereich wahrnimmt, können sich positive, indifferente oder negative Einstellungen zur Politik ausbilden (vgl. Abb. 1-4). Das Vorhandensein oder Überwiegen positiver Gefühle oder Wertorientierungen - eine eindeutige Festlegung unterbleibt auch hier - bezeichnen sie als "allegiance", neutrale Einstellungen erhalten das Prädikat "apathy", und bei negativen Affekten oder Bewertungen ist von "alienation" die Rede (Abb. 1-4, S. 66).

Nach ALMOND und VERBA sollte man sich den Übergang von einer dieser Varianten politischer Kultur zur nächsten als Kontinuum politischer Kongruenz vorstellen: "The congruence is strong when the frequencies of positive orientations approach unity (+); the congruence is weak when the political structure is cognized but the frequency of positive feeling and evaluation approaches indifference or zero. Incongruence between political culture and structure begins when the indifference point

is passed and negative affect and evaluation grow in frequency (-). We may also think of this scale as one of stability/instability. As we move toward the first column in the figure, we are moving toward an allegiant situation: one in which attitudes and institutions match; as we move toward the third column, we are moving toward alienation: where attitudes tend to reject political institutions or structures. But this scale is only a beginning, since the incongruence may take the form of a simple rejection of a particular set of role incumbents (...); or it may be an aspect of systemic change, that is, a shift from a simpler pattern of political culture to a more complex one" (ALMOND, VERBA 1965:20f).

Abb. 1 - 4: Kongruenz/Inkongruenz von politischer Kultur und Struktur

	Ergebenheit	Apathie	Entfremdung
Kognitionen	+	+	+
Affekte	+	0	-
Bewertungen	+	0	-

Erläuterung: (+) bedeutet starker Ausprägungsgrad von Kenntnissen, positiven Gefühlen oder Wertorientierungen; (-) bedeutet häufiges Auftreten negativer Gefühle/Bewertungen; (0) bedeutet häufiges Auftreten indifferenter Einschätzungen, Übers. OWG.

Quelle: ALMOND, VERBA 1965:21

Mit dem Kongruenzproblem sprechen ALMOND und VERBA die normative "Verankerung" des politischen Systems in den Einstellungen seiner Mitglieder an. Mit zunehmender Kongruenz erhöht sich ihrer Auffassung nach die Stabilität eines politischen Systems. Dies kann seine volle Leistungsfähigkeit nur dann entfalten, wenn die Mitglieder die Systemstrukturen und die Systemnormen kennen und akzeptieren. Von dieser Annahme führt ein direkter Weg zum Konzept stabiler Demokratie. Ein solches politisches System benötigt zu seinem Funktionieren eine ent-

sprechende Ausprägung der politischen Kultur, nämlich die "ergeben-partizipative Kultur", die ALMOND und VERBA später auch als "Staatsbürgerkultur" bezeichnen. Eine ähnliche Korrespondenzbeziehung sehen sie zwischen autoritären politischen Systemen und einer (ergebenen) Untertanenkultur sowie traditionellen politischen Systemen und einer parochialen politischen Kultur (vgl. vor allem: ALMOND, VERBA 1965:30ff, 337ff).

Für unseren Zusammenhang ist lediglich die Frage nach den kulturellen Voraussetzungen demokratischer politischer Strukturen bedeutsam.

6. Die Staatsbürgerkultur als politische Kultur der Demokratie

Nach ALMOND und VERBA sind demokratische politische Regime zwar mit unterschiedlichen Ausprägungen politischer Kultur vereinbar, es gibt aber ihrer Meinung nach einen Typus, der das Entstehen und den Fortbestand einer stabilen, funktionsfähigen Demokratie in besonderer Weise begünstigt, die "Civic Culture": "A democratic form of participatory political system requires as well a political culture consistent with it ... the working principle of the *democratic polity and its civic culture* - the ways in which political elites make decisions, their norms and attitudes, as well as the norms and attitudes of the ordinary citizen, his relation to government and to his fellow citizens - are subtler cultural components. They have the more diffuse properties of belief systems or of codes of personal relations, which the anthropologists tell us spread only with great difficulty, undergoing substantial change in the process" (ALMOND, VERBA 1965:3f; vgl. auch: ALMOND, VERBA 1965:29f, 337f; ALMOND 1980:16ff).

Die Aussagen über die Besonderheiten dieser "Staatsbürgerkultur" (so der Terminus bei DAHRENDORF 1971:17ff, 71ff) sind teils aus den bereits bekannten Typologien abgeleitet, zum größeren Teil aber wurden sie aus einer ex-post-Betrachtung

der politischen Entwicklung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens gewonnen. ALMOND und VERBA begründen ihr Vorgehen mit dem Hinweis auf die lange demokratische Tradition dieser Länder. Vor allem habe sich in ihnen, anders als in den meisten kontinentaleuropäischen Staaten, die demokratische Ordnung auch unter den ökonomischen und innenpolitischen Belastungen der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen als lebensfähig erwiesen. Dies rechtfertige den Versuch, aus einer Analyse der in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten vorherrschenden politischen Orientierungsmuster Aussagen über die Eigenschaften einer demokratischen politischen Kultur abzuleiten (vgl. ALMOND, VERBA 1965:5ff; ALMOND 1980:16ff; vgl. auch: LIPSET 1981:64ff).

Als "gemischter Typus" ist die Staatsbürgerkultur von der partizipativen, der untertanenspezifischen und der parochialen Ausprägung abzugrenzen. Im Hinblick auf die beiden zuletzt genannten Varianten ergeben sich keine Schwierigkeiten. Im Gegensatz zu ihnen weist die staatsbürgerliche Kultur eine voll entwickelte Input- und Selbst-Komponente auf, d.h.: die Bevölkerung besitzt, anders als in den vorhergehenden Entwicklungsphasen, differenzierte Vorstellungen von den Institutionen der politischen Willensbildung und von der Rolle des Bürgers im politischen Prozeß. Etwas schwieriger ist es dagegen, Unterschiede zwischen der Staatsbürgerkultur und dem partizipativen Muster zu ermitteln, zumal ALMOND und VERBA (1965:338ff) noch ein weiteres, als "rational-aktivistisch" klassifiziertes Modell einführen.

Auf der Basis der von ihnen entwickelten Typologie kann man die Staatsbürgerkultur als eine von drei möglichen Ausprägungen des partizipativen Typus betrachten. Sie repräsentiert die Variante der "ergeben-partizipativen Kultur", in der *positive* Einstellungen zum politischen System und seinen Teilsystemen vorherrschen und in der die Beziehungen des Bürgers zur Politik nicht ausschließlich über die Input-Komponente definiert sind: "Thus attitudes favorable to participation within the political system play a major role in the civic culture, but so do nonpolitical attitudes as trust in other people and

social participation (sic!) in general. The maintenance of these more traditional attitudes *and their fusion* with the participant orientations lead to a balanced political culture in which activity, involvement and rationality exist but are balanced by passivity, traditionality and commitment to parochial values" (ALMOND, VERBA 1965:30, Hervorh. im Original).

Nach den Annahmen von ALMOND und VERBA ist die Staatsbürgerkultur das Produkt schrittweiser Innovations- und Anpassungsprozesse. Man versteht ihr Entstehen vermutlich am besten, wenn man zur Erklärung auf das von VERBA (1973:286ff; noch präziser: ROKKAN 1971:233ff) konzipierte Modell politischer Entwicklungskrisen zurückgreift.

Nach VERBA ist jedes politische System im Laufe seiner Entwicklung mit bestimmten Problemen konfrontiert, deren Bewältigung zur Entstehung politischer Strukturen führt. Dieser strukturelle Differenzierungsprozeß hat meiner Ansicht nach Parallelen auf der kulturellen Ebene. Die Art und Weise, in welcher sich politische Institutionen bilden, ist ausschlaggebend dafür, wie die Bevölkerung des betreffenden Landes ihre Beziehungen zur Politik definiert.

Die Nationenbildung stellt üblicherweise den ersten Schritt bei der Ausdifferenzierung des politischen Systems aus seiner Umwelt dar. Dabei treten in einer bestimmten Reihenfolge Identitäts-, Penetrations-, Legitimations- und Distributionsprobleme auf. Ihre erfolgreiche Lösung hat die Entstehung eines von der Bevölkerung anerkannten Nationalstaates mit mehr oder minder effektiven Ordnungs- und Leistungsinstrumenten zur Folge. Der Status des Staatsbürgers mit den dazu gehörigen politischen Symbolen wird geschaffen, und es werden Rechte und Pflichten der Bevölkerung sowie der Inhaber politischer Führungsfunktionen institutionalisiert. Diese Entwicklungsphase ist abgeschlossen, wenn sich die entsprechenden politischen Institutionen (politisches Regime, politische Gemeinschaft, Regierung und Verwaltung) herausgebildet haben *und* wenn ihre Existenz von den Systemmitgliedern wahrgenommen und akzeptiert

wird. Damit ist auf der *strukturellen* Ebene der Übergang vom traditionellen zum autoritären politischen System vollzogen. Auf der *kulturellen* Ebene hat sich aus der parochialen eine Untertanenkultur entwickelt. Von einer *Fusion* parochialer und untertanenspezifischer Orientierungen kann man insofern sprechen, als die neuen politischen Wahrnehmungen und Loyalitäten die vorher bestehenden Bindungen an nichtpolitische Gemeinschaften (Stamm, Familie, Religion) nicht verdrängen, sondern sich mit ihnen verbinden.

Der Übergang vom autoritären zum demokratischen Regime setzt die erfolgreiche Lösung der Partizipationskrise und die Ausdifferenzierung entsprechender Input-Orientierungen voraus. Seinen deutlichsten Ausdruck fand dieser Entwicklungsschritt in der Institutionalisierung und sukzessiven Ausweitung des Wahlrechts. Auch das Distributionsproblem kann sich in dieser Entwicklungsphase erneut stellen. Wie schon beim Wandel der parochialen zur Untertanenkultur, so verschmelzen auch bei der Etablierung partizipativer Orientierungen die überlieferten mit neuen Elementen. Die fortbestehenden Merkmale der Untertanenkultur dämpfen das aktivistische Element und tragen auf diese Weise dazu bei, der politischen Führung den zum effektiven Handeln benötigten Spielraum zu sichern. Auf der anderen Seite garantiert die Ausbreitung partizipativer Vorstellungen die Verantwortlichkeit der Eliten gegenüber der Bevölkerung.

ALMOND und VERBA sehen in der Herstellung eines Gleichgewichts zwischen den beiden einander tendenziell widersprechenden Prinzipien der Macht und der Verantwortlichkeit der politischen Führung eine der wichtigsten Errungenschaften der Demokratie. Ohne eine öffentliche Kontrolle der Führung gebe es keine Demokratie, ohne den notwendigen Handlungsspielraum der Regierung keine effektive politische Entscheidungstätigkeit (vgl. ALMOND, VERBA 1965:341ff).

Diesen strukturell widersprüchlichen Anforderungen der demokratischen Regierungsweise entspricht eine ähnliche Konstel-

lation im Einstellungssystem der Mitglieder eines demokratisch verfaßten Systems. Die Harmonisierung dieses Widerspruchs erfolgt nach Meinung der Autoren in der Staatsbürgerkultur: Der Normalbürger müsse dazu in der Lage sein, seine Wünsche zu artikulieren, damit die politische Führung diese zur Kenntnis nehmen könne. Er müsse ein hinreichendes Maß an politischer Anteilnahme aufweisen, um sich ein Bild von der Verantwortlichkeit der Eliten machen zu können. Schließlich müsse er über Einfluß verfügen, um im Bedarfsfalle Druck auf die politische Führung auszuüben. ALMOND und VERBA bezeichnen diese Elemente des individuellen Orientierungssystems als rational-aktivistisch. Sie seien wesentliche Bestandteile der Staatsbürgerkultur, bedürften aber im Interesse eines effektiven Regierungshandelns einer Abschwächung: "Thus the democratic citizen is called on to pursue contradictory goals; he must be active, yet passive; involved yet not too involved; influential yet deferential" (ALMOND, VERBA 1965:343f, 186ff).

In einer Staatsbürgerkultur wurden die beschriebenen Entwicklungsprobleme sequentiell gelöst. Dies ermöglichte das Entstehen eines "ausbalancierten" Typus der politischen Kultur. Der Begriff der Balance soll dabei ausdrücken, daß die neuen partizipativen Orientierungen die bestehenden Untertanenelemente nicht verdrängen. Sie gehen eine Synthese mit ihnen ein, d.h.: die Bindung der Bevölkerung an das politische Regime und an die politische Gemeinschaft sowie die Output-Institutionen bleibt erhalten, zusätzlich treten aber partizipative Institutionen, Normen und Rollen ins Bewußtsein der Bürger.

ALMOND und VERBA schreiben der Fusion parochialer, untertanenspezifischer und partizipativer Orientierungen zur Staatsbürgerkultur noch eine weitere Bedeutung zu. Die Bezeichnung der politischen Kultur als *Verteilungsmuster* individueller Orientierungen auf politische Objekte hat nur einen Sinn, wenn man *Unterschiede* in den Einstellungen der einzelnen Kollektivmitglieder zur Politik zuläßt. Insofern ist jede politische Kultur als Mischtyp zu betrachten; denn selbst bei einer eindeutigen Dominanz partizipativer Orientierungen impliziert der

Begriff der Verteilung, daß es vom vorherrschenden Muster abweichende Orientierungen gibt.

Auf der Aggregatebene lassen sich die Anforderungen an eine Staatsbürgerkultur besser verdeutlichen als im Rahmen einer Analyse des individuellen Orientierungssystems. Die Beschreibung der politischen Kultur Großbritanniens, die nach ALMOND und VERBA dem Typus der Staatsbürgerkultur am nächsten kommt, zeichnet sich nach Meinung der Autoren durch ein Gleichgewicht von Input- und Output-Orientierungen aus. Man hat diese Aussage wohl so zu interpretieren, daß positive Einstellungen zu den Input- und zu den Output-Institutionen etwa mit gleicher Häufigkeit auftreten (vgl. ALMOND, VERBA 1965:315, 168ff) und daß zusätzlich die einzelnen Einstellungen zur Politik positiv miteinander korrelieren. In "The Civic Culture" wird dies am Beispiel der Beziehungen zwischen Kompetenz und Ergebnisse demonstriert (vgl. ALMOND, VERBA 1965:192, 186ff).

Mit dem Begriff "Kongruenz von Kultur und Struktur" ist, wenn auch etwas mißverständlich, ein weiteres Merkmal der Staatsbürgerkultur beschrieben, eine positive Beziehung zwischen der Wahrnehmung und Bewertung der eigenen Rolle in der Politik einerseits und der Einstellung zur politischen Umwelt auf der anderen Seite (vgl. ALMOND, VERBA 1965:125).

Aus dem Kongruenzpostulat ergeben sich weitere Merkmale der staatsbürgerlichen Kultur, die ALMOND und VERBA (1965:26ff, 356ff) unter den Stichworten "Konsens und Konflikt" und "Subkulturen" abhandeln. Mit dem von ihnen entwickelten Modell einer demokratischen Kultur ist eine starke Fragmentierung der politischen Orientierungsmuster der Bevölkerung, wie sie zum Beispiel in Frankreich vorliege, nicht vereinbar. Dort habe die Revolution von 1789 nicht zu einer homogenen Einstellung der Bevölkerung zur Republik geführt: "... instead it polarized the French population into two subcultures, one of participant aspiration and one dominated by subject and parochial orientations" (ALMOND, VERBA 1965:28). Von einer Annäherung an das Muster der Staatsbürgerkultur kann man wohl

dann sprechen, wenn sich in allen Teilgruppen der Bevölkerung tendenziell ähnliche Muster der Verteilung parochialer, un-tertansspezifischer und partizipativer Elemente finden. Feststellbare Einstellungsunterschiede gehen unter diesen Bedingungen eher auf Zufalls- oder Situationseffekte als auf die Einbindung in bestimmte soziale Netzwerke zurück.

Es war möglich, die von ALMOND und VERBA entwickelte Konzeption politischer Kultur in den Mittelpunkt der theoretisch-konzeptuellen Überlegungen zu stellen, weil seit der Veröffentlichung von "The Civic Culture" allenfalls marginale Fortschritte auf dem Gebiete der theoretischen politischen Kulturforschung zu verzeichnen waren. Dies bedeutet natürlich nicht, daß die Arbeiten von ALMOND und VERBA über jede Kritik erhaben wären. Ebenso wenig kann man behaupten, es hätte an interessanten Weiterentwicklungen ihres Ansatzes völlig gefehlt.

In diesem Zusammenhang verdient z.B. LEHMANS (1971:366ff) Typologie moderner politischer Strukturen Erwähnung. Wie ALMOND und VERBA versuchte er, die kulturellen Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit responsiver politischer Systeme zu ermitteln. In diesen verfügen die Bürger seiner Meinung nach über hinreichende Partizipationsmöglichkeiten, die politische Führung aber besitzt auch den zum effektiven Handeln benötigten Spielraum. Derartige Bedingungen sieht er in einer politischen Kultur verwirklicht, in der rational-legale Legitimationsformen dominieren.

Alex INKELES (1974:214ff) bemühte sich darum, den political-culture-Ansatz von seiner normativen Fixierung auf das anglo-amerikanische Demokratieverständnis zu lösen. Auf diese Weise wollte er das Konzept für das Studium politischer Einstellungen in nichtwestlichen Gesellschaften fruchtbar machen. Sein Leitbild der "Participant Citizenship" stimmt in einigen Merkmalen mit der Staatsbürgerkultur ALMOND/VERBAScher Prägung überein, es beschreibt aber nach INKELES eher den Typus des "modernen Menschen" als den Modellbürger einer liberalen Demokratie.

Große Bedeutung besaßen die in "The Civic Culture" entwickelten Vorstellungen schließlich für zwei wichtige Teilgebiete der modernen empirischen Sozialwissenschaft, die Entfremdungs- und die Partizipationsforschung (vgl. zu letzterer die Hinweise auf S. 185 dieser Arbeit; zur empirischen Entfremdungsforschung vgl. den Überblick bei SEEMAN 1972 sowie die Textsammlung von FINIFTER 1972; weitere wichtige Beiträge liefern GAMSON 1968; 1971; CITRIN 1977; MULLER, JUKAM 1977; MULLER, WILLIAMS 1980). Die Erkenntnisse dieser Forschungszweige lassen sich ihrerseits für die Weiterentwicklung der political culture-Forschung fruchtbar machen. Ebenso wäre es sinnvoll, wenn man in diese die theoretischen und methodischen Anregungen einbezöge, die aus der Beschäftigung mit der "demokratischen Persönlichkeit" zu gewinnen sind (vgl. PROTHRO, GRIGG 1969; MC CLOSKEY 1969; KAASE 1971; SNIDERMAN 1975; zusammenfassend: GREENSTEIN 1975).

Sieht man von einigen undifferenzierten und wenig informierten Frontalangriffen ab (vgl. z.B. HENNIS 1983), dann richtet sich die Kritik am political-culture-Ansatz und an verwandten Unternehmungen in erster Linie auf die Verwendung des Konzepts in einigen Studien. Seine theoretische Brauchbarkeit dagegen ist kaum umstritten. Verschiedene Einwände gegen die Arbeit von ALMOND und VERBA erweisen sich bereits bei einer flüchtigen Lektüre als gegenstandslos und bedürfen insofern keiner weiteren Kommentierung. Dies gilt z.B. für die Behauptung BERG-SCHLOSSERS (1972:52f, 79), ALMOND und VERBA hätten die zwischen der politischen Kultur und der allgemeinen Sozialkultur bestehenden Beziehungen nicht hinlänglich beachtet (zahlreiche Gegenbeispiele bei ALMOND, VERBA 1965:208ff). Ebenso ungerechtfertigt ist PATEMANS (1980:61ff) Kritik an der angeblich ahistorischen Untersuchungsperspektive (vgl. ALMOND, VERBA 1965:5ff, 177ff, 201ff, 308ff) und an der unzulänglichen Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und politischer Kultur. Einen geradezu exemplarischen Beitrag zu diesem Problem enthalten die Abschnitte über den Einfluß der Teilnahme an Entscheidungen in der Familie, der Schule und am Arbeitsplatz auf die politischen Ein-

stellungen der Bevölkerung (vgl. ALMOND, VERBA 1965:274ff).

Größeres Gewicht besitzen die kritischen Hinweise auf das weitgehende Fehlen eindeutig formulierter Hypothesen, auf die unzulängliche Operationalisierung der wichtigsten theoretischen Konstrukte, u.a. des Konzepts der Staatsbürgerkultur, auf die mangelhafte Einbindung des civic-culture-Ansatzes in die empirische Demokratietheorie und auf die aus diesen Mängeln resultierende lockere Verbindung zwischen Dateninterpretation und theoretischem Bezugsrahmen: "It is a weakness in the argument of *The Civic Culture* that the analytical step from the separate components of political culture to the degrees to which the five political cultures approximate the civic culture requires an impressionistic leap" (LIJPHART 1980:41, Hervorh. im Original; vgl. auch: KAVANAGH 1972:63ff). Diese Schwächen resultieren aus den überaus schwammigen Begriffen, Verteilungsannahmen u.ä. Im Rahmen der Weiterentwicklung des political-culture-Konzepts sind in diesen Punkten Präzisierungen zwingend erforderlich.

Unbestreitbar schließlich war das Demokratieverständnis von ALMOND und VERBA an den politischen Gegebenheiten in den anglo-amerikanischen Demokratien der späten fünfziger Jahre orientiert (vgl. die Kritik von BUSSHOFF 1971:79f; SCHISLER 1978:163, 169; PATEMAN 1980:58ff; WIATR 1980:113ff). Für sich genommen, wird man diese Tatsache wohl nicht anstößig finden können. Zudem sollte man bei ihrer Würdigung die zeitgeschichtlichen Bedingungen nicht übersehen, unter denen das Leitbild der Civic Culture entstand. Der Zusammenbruch der nationalsozialistischen, faschistischen und rechtsautoritären Diktaturen in Kontinentaleuropa lag gut zehn Jahre zurück, noch kürzer war der zeitliche Abstand zur Etablierung kommunistischer Parteidiktaturen in den heutigen Staaten Osteuropas. Unter diesen Bedingungen lag es nahe, die wenigen Staaten mit einer ununterbrochenen demokratischen Tradition zu Modellfällen zu deklarieren. Daß man hierzu auch die Schweiz, die skandinavischen Länder u.a. zu rechnen hat, war den Demokratieforschern der fünfziger Jahre ebenso bewußt (vgl. z.B. CUTRIGHT

1969; CNUUDE, MC CRONE 1969; LIPSET 1981:27ff) wie die Tatsache, daß es zwischen den stabilen Demokratien durchaus Unterschiede gibt. ALMOND und VERBA (1965:313ff) verdeutlichen dies am Institutionalierungsgrad partizipativer und autoritativer Vorstellungsmuster in den USA und in Großbritannien. Der Modellcharakter der politischen Kultur dieser beiden Länder ist nach VERBA (1980:399) heute allerdings nicht mehr im gleichen Maße gegeben wie vor dreißig Jahren.

Auf einem ganz anderen Blatt steht die Frage, ob mit dem Nachweis einer anglo-amerikanischen Färbung des Demokratieverständnisses der Vorwurf hinlänglich belegt ist. "The Civic Culture" propagiere eine reduktionistische, partizipationsfeindliche oder gar zynische Vorstellung von Demokratie, wie ADRIAN (1977:175) behauptet (vgl. ähnlich: SCHISSLER 1978:163, 168; PATEMAN 1980:58ff; WIATR 1980:115ff). Aus den Ausführungen von ALMOND und VERBA läßt sich diese Einschätzung jedenfalls nicht ableiten (vgl. z.B. ALMOND, VERBA 1965:117ff, 136ff, 186ff, 266ff, 343ff). Die Kritik ist allenfalls dann berechtigt, wenn man die Dauerpartizipation der Gesamtbevölkerung an sämtlichen politischen Entscheidungen zur Kernforderung der Demokratietheorie erhebt. Der partizipativen Komponente der politischen Kultur ist mehr als ein Drittel der Ausführungen in "The Civic Culture" gewidmet. Die Autoren betrachteten die Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen, insbesondere die Fähigkeit zum gemeinsamen politischen Handeln, als einen unverzichtbaren Bestandteil einer funktionsfähigen Demokratie. Allerdings sahen sie die Notwendigkeit, das Partizipationspostulat mit dem Erfordernis eines effektiven Regierungshandelns in Einklang zu bringen.

Ogleich man dem Konzept politische Kultur den Status einer systematischen politischen Theorie fraglos nicht einräumen kann (vgl. dazu auch die Hinweise auf S. 25 dieser Arbeit), erfüllt es für diese Untersuchung eine Reihe wichtiger Funktionen. Zunächst dient es zur *Ordnung* der zu untersuchenden Einstellungen. Die empirischen Äquivalente der System- und Subsystemorientierungen, wie wir sie in "The Civic Culture"

finden, eignen sich dazu, die Einstellungen der Materialisten und der Postmaterialisten zum politischen System der Bundesrepublik zu *beschreiben*.

Die systematische Beschreibung der politischen Orientierungen unserer Untersuchungsgruppen ist allerdings nur ein erster Schritt bei der empirischen Umsetzung des Civic-Culture-Ansatzes. Das Hauptinteresse dieser Arbeit gilt dem Problem der *subkulturellen Differenzierung*, die nach ALMOND und VERBA unter gewissen Umständen die Funktionsfähigkeit der Demokratie gefährden kann. Auf diesem Hintergrund soll untersucht werden, ob in der Bundesrepublik die traditionellen sozio-ökonomischen Konfliktlinien durch eine neue, sozio-kulturell bestimmte Achse politischer Spaltung ersetzt oder überlagert werden. Träfen INGLEHARTs Vermutungen über die Art und über das Ausmaß des Überganges von materialistischen zu postmaterialistischen Orientierungen zu, dann müßten sich mit den Wertorientierungen bestimmter Bevölkerungsgruppen auch deren Einstellungen zum politischen System, seinen Subsystemen und zur eigenen Rolle in der Politik polarisieren. Die Analyse der politischen Einstellungen der Materialisten und der Postmaterialisten zur Politik eignet sich als *Testfall für die empirische Gültigkeit der Theorie der Stillen Revolution* in besonderem Maße, weil nach vorherrschender Auffassung die zentralen Elemente des individuellen Orientierungssystems die weniger zentralen, situations- und objektbezogenen Einstellungen steuern. Eine solche Konstellation haben wir nach INGLEHART im Verhältnis der Materialisten und der Postmaterialisten zum politischen System der Bundesrepublik vor uns. Ein mehr oder weniger großes Ausmaß an Übereinstimmung in den politischen Einstellungen unserer Untersuchungsgruppen ist mit INGLEHARTs Annahmen über die politischen Konsequenzen der Stillen Revolution nicht zu vereinbaren.

Die empirischen Teile von "The Civic Culture" enthalten schließlich Aussagen über den Einfluß sozio-demographischer Merkmale auf die Einstellungen zum politischen System. Die betreffenden Erklärungsgrößen spielen auch in INGLEHARTs Theorie

der Stillen Revolution eine Rolle und können als Kontrollvariablen in die empirische Untersuchung eingebracht werden. Eine Differenzierung der politischen Einstellungen nach Wertorientierungen *und* nach sozio-demographischen Merkmalen könnte als Hinweis auf eine stabilitätsgefährdende Fragmentierung der politischen Kultur der Bundesrepublik interpretiert werden. Zudem benötigt man Informationen über sozio-demographische Größen, um den eigenständigen Einfluß des Materialismus und des Postmaterialismus auf die Einstellungen zur Politik feststellen zu können. Nur der Nachweis einer von sozialstrukturellen Merkmalen relativ unabhängigen Beziehung zwischen Wertorientierungen und politischen Einstellungen ist als Bestätigung der Konzeption INGLEHARTS zu werten.

Ursprünglich verfolgte die politische Kulturforschung das Ziel, die Bedeutung kultureller Faktoren für die Stabilität und Funktionsfähigkeit demokratischer politischer Systeme zu ermitteln und auf diese Weise einem von der sozio-ökonomischen Modernisierungsforschung weitgehend vernachlässigten Komplex eine gebührende Stellung in der empirischen Demokratietheorie einzuräumen. Sozio-ökonomische Modernität war demzufolge nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung demokratischer Stabilität. Ein mehr oder minder großer Teil der Bevölkerung mußte zudem dem Leitbild der Staatsbürgerkultur verpflichtet sein, wenn der Bestand eines demokratischen Regimes verlässlich garantiert sein sollte.

Eine direkte Analyse des Zusammenhanges zwischen Sozialstruktur, politischen Werthaltungen, Einstellungen zur Politik und der Lebensfähigkeit demokratischer politischer Strukturen liegt außerhalb der Reichweite dieser Arbeit. Dennoch besteht die Möglichkeit, mit Hilfe des Civic-Culture-Ansatzes mittelbare Aufschlüsse über die Stabilität der Demokratie in der Bundesrepublik zu gewinnen. Eine Schlüsselstellung nimmt dabei das Problem der Systemakzeptanz ein.

Der Nutzen des Civic-Culture-Konzeptes besteht deshalb nicht allein in den begrifflich-klassifikatorischen Leistungen. Es

enthält darüber hinaus eine Reihe impliziter empirischer Annahmen über die Eigenschaften einer Staatsbürgerkultur, die sich sinnvoll in die Auseinandersetzung mit den politischen Konsequenzen der Stillen Revolution einbringen lassen. Sie seien nachfolgend thesenartig zusammengestellt.

- (1) Es ist sinnvoll, das Problem der Systembewertung und -wahrnehmung in einzelne Teilkomplexe aufzulösen, weil die Einstellungen der Bevölkerung zum Gesamtsystem einerseits und seinen Subsystemen andererseits (Input, Konversion, Output) keineswegs einheitlich ausfallen müssen. Dies gilt für die Einstellung zur eigenen Rolle in der Politik wie für die Auseinandersetzung mit der politischen Umwelt, für Kenntnisse/Wahrnehmungen wie für Bewertungen, für die Richtung der Einstellungen wie für ihre Intensität.
- (2) Von einer Akzeptanzkrise des politischen Systems kann man sicher sprechen, wenn die negativen Einstellungen zur Politik die positiven überwiegen. Ein solcher Zustand muß aber nicht notwendig zum Systemzusammenbruch führen. Andererseits kann bereits die Distanz starker Minoritäten zum politischen System eine politische Destabilisierung bewirken. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Zusammenhang zwischen Systemzufriedenheit und politischer Involvierung. Zumindest auf kurze Sicht ergeben sich aus Akzeptanzdefiziten bei den interessierten, informierten und politisch kompetenten Bevölkerungsgruppen deutlicher spürbare Stabilitätsrisiken als beim Auftreten gegen das politische System gerichteter Einstellungen in apolitischen Schichten.
- (3) Nicht jedes Akzeptanzproblem ist für das politische System gleichermaßen bedrohlich. Die Unzufriedenheit mit der politischen Führung besitzt keineswegs dieselbe Tragweite wie die Unzufriedenheit mit der Struktur und mit dem Funktionieren der politischen Ordnung. In der Staatsbürgerkultur gibt es eine weit verbreitete Zustimmung zum politischen System als allgemeinem Objekt. Ein vergleich-

bar hohes Einverständnis mit den Institutionen und Verfahren zur Produktion und Durchsetzung politischer Entscheidungen ist nicht erforderlich. Allerdings deutet ein starkes Akzeptanzgefälle zwischen der Input- und der Output-Kultur auf Abweichungen vom Modell der Staatsbürgerkultur hin, da sich diese nach ALMOND und VERBA durch eine "Balance" der verschiedenen Komponenten auszeichnet.

- (4) Die mehrheitlich positiv ausgeprägten Einstellungen zum politischen System und zu seinen Teilsystemen sollten einander abstützen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Verhältnis der Selbstbewertung zur Umweltbewertung und der Beziehung zwischen politischer Involvierung und Zufriedenheit zu.
- (5) Es widerspricht dem Leitbild einer Staatsbürgerkultur, wenn die politisch involvierten und zufriedenen Bevölkerungsgruppen nicht gleichzeitig auch die Prinzipien und Verfahrensweisen demokratischer Herrschaftsausübung befürworten.
- (6) Eine starke Fragmentierung der politischen Kultur auf der Basis parteipolitischer, religiöser, anderer wertbedingter oder sozio-ökonomischer Konfliktlinien ist mit dem Ideal einer Civic Culture nicht vereinbar. Es gibt zwar keine uniformen politischen Vorstellungen, doch sind die Einstellungen zum politischen System in einer Gesellschaft tendenziell in allen Subgruppen ähnlich ausgeprägt. Dies gilt in erster Linie für die Zufriedenheit mit dem politischen System, weniger für die Einschätzung einzelner politischer Probleme und Akteurseinheiten.

Ein großer Teil der beschriebenen Eigenschaften der Staatsbürgerkultur läßt sich auf der Grundlage des für die Bundesrepublik verfügbaren Datenmaterials empirisch messen. In einzelnen Fällen sind darüber hinaus Aussagen über längerfristige Entwicklungen und die ihnen zugrunde liegenden Mechanismen möglich. Auf diese Weise kann man die systempolitischen Konse-

quenzen des Wertewandels zuverlässiger einschätzen, als es in den bisherigen überwiegend spekulativen, Beiträgen zum Thema "Staatsverdrossenheit" der Fall war.

2. TEIL: INGLEHARTS THEORIE DER STILLEN REVOLUTION - DARSTELLUNG IHRER GRUNDANNAHMEN

Nach den Annahmen der sozialwissenschaftlichen Werteforschung gehören Werte und Wertorientierungen zu den wichtigsten gesellschaftlichen Kontroll- und Integrationsmechanismen: Karl Otto HONDRICH (1979:73) stellt ihre integrative Funktion folgendermaßen dar: "Wie bringt es eine Gesellschaft fertig, daß sie unter der Sprengkraft dieser (divergierenden individuellen, OWG.) Bedürfnisse nicht auseinanderbricht? Die Antwort lautet zunächst generell: Indem sie den Bedürfnissen auf den ... vier Kanälen: durch *Werte*, Normen, Belohnungen/Bestrafungen und Veränderungen von Zwangs-/Freiheitsgraden gegensteuert. Bedürfnisse werden buchstäblich kanalisiert. (Hervorh. OWG.)". Auch HABERMAS (1973:70f) verweist auf die Abhängigkeit der gesellschaftlichen Integration von den Leistungen des sozio-kulturellen Systems, zu dessen tragenden Bestandteilen Werte und Wertorientierungen gehören (zur gesellschaftlichen Bedeutung von Werten/Wertorientierungen vgl: KLAGES, HERBERT 1985:28f; KLAGES 1984:9ff).

Die Analyse politischer Wertorientierungen erschließt somit einen wichtigen Aspekt der Funktionsweise politischer Systeme, und es ist plausibel, ihrem Wandel eine große Bedeutung für das Handeln der Menschen, ihr Zusammenleben im Kollektiv sowie schließlich die institutionelle Ordnung des politischen Gemeinwesens zuzuschreiben. Mit dem Ablauf, den Bedingungen und den Folgen des Wertwandels in westlichen Demokratien befaßt sich INGLEHARTS Theorie der Stillen Revolution. Ich werde in diesem Teil der Arbeit nachzeichnen, wie INGLEHART den *Übergang von materialistischen zu postmaterialistischen Orientierungen darstellt*, welche Gesichtspunkte seiner Ansicht nach dafür sprechen, diese *Orientierungen als zentrale Elemente* des individuellen Überzeugungssystems zu behandeln, auf welchen *gesellschaftlichen Bedingungen* der Wertwandel basiert und welche *politischen Folgen* er nach sich zieht.

1. Beschreibung des Übergangs von materialistischen zu postmaterialistischen Orientierungen

Wie INGLEHART in Übereinstimmung mit einer Reihe anderer Forscher feststellt, bildete sich beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft das in Max WEBERS religionssoziologischen Arbeiten (vgl. WEBER 1963) beschriebene, für die Industriegesellschaft typische Wertesystem heraus (vgl. dazu auch: BELL 1976:49ff, 74ff, 115ff). Dem Streben nach wirtschaftlichen Gütern und deren Sicherung gegen innere und äußere Bedrohungen kam im Wertesystem der Leistungs- bzw. Industriegesellschaft eine zentrale Rolle zu. NOELLE-NEUMANN (1978:15) beschreibt die wichtigsten bürgerlichen Wertorientierungen folgendermaßen: "... der hohe Wert von Arbeit, von Leistung; Überzeugung, daß sich Anstrengung lohnt, Glaube an Aufstieg und Gerechtigkeit des Aufstiegs; Bejahung von Unterschieden zwischen den Menschen und ihrer Lage; Bejahung des Wettbewerbs, Sparsamkeit als Fähigkeit, kurzfristige Befriedigung zugunsten langfristiger zurückstellen, Respekt vor Besitz, Streben nach gesellschaftlicher Anerkennung, Prestige, damit verbunden Anerkennung der geltenden Normen von Sitte und Anstand; Konservatismus, um das Erworbene zu behalten; in gemäßigter Weise auch Bildungsstreben." Die wohl wichtigste Funktion dieser bürgerlichen Werte bestand darin, Industrialisierung, wirtschaftliches Wachstum, soziale Mobilität und soziale Ungleichheit zu legitimieren und durch die Institutionalisierung materieller, aber auch auf diesen basierender immaterieller Anreizsysteme individuelle Verhaltensweisen hervorzubringen, die mit den sozio-ökonomischen Erfordernissen des Industrialisierungsprozesses in Einklang standen.

Weitere Eigenschaften des bürgerlichen Wertesystems und seine Bedeutung für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung der westlichen Gesellschaften sind in der Literatur ausführlich beschrieben und müssen hier nicht erneut erörtert werden (vgl. die ausführliche Literaturdokumentation bei KMIECIAK 1976; sowie: JAIDE 1983; KLAGES 1984).

Für unsere Fragestellung ist zunächst entscheidend, daß INGLEHART (1971a:995; weitere Hinweise weiter unten) das in den Industriegesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts vorherrschende Wertesystem als "bourgeois", "acquisitiv" bzw. "materialistisch" klassifiziert. Er verwendet diese Begriffe in seinen Publikationen austauschbar. Die Begründung für diese Begriffswahl dürfte in der hervorragenden Bedeutung materieller Ziele und Werte als Antriebskräfte sozialen Handelns und als Grundlage gesellschaftlicher Statuszuweisung liegen.

Unter der Dominanz eines derartigen Wertesystems bilden sich auch typische *politische* Erwartungsmuster heraus. Dem Staat wurde in den materialistisch ausgerichteten Industriegesellschaften, so INGELHART, die Aufgabe zugeschrieben, die Gesellschaft und ihre Mitglieder gegen innere und äußere Bedrohung zu schützen, das wirtschaftliche Wachstum und das materielle Wohlergehen der Bürger zu fördern (vgl. INGLEHART 1977a:29; 1979b:284ff; 1979c:306ff; näheres hierzu im Zusammenhang mit der Operationalisierung der theoretischen Konzepte).

Diese gesellschaftlich-politischen Wertorientierungen beherrschen nach wie vor die Vorstellungswelt der Bürger westlich-demokratischer Industriegesellschaften, sie sind aber INGLEHART zufolge einer zunehmenden Erosion ausgesetzt, die er als Stille Revolution bezeichnet und folgendermaßen beschreibt: "The values of Western publics have been shifting from an overwhelming emphasis on material well-being and physical security toward greater emphasis on the quality of life ... Economic and physical security continue to be valued positively, but their relative priority is lower than in the past" (INGLEHART 1977a:3; vgl. auch: INGLEHART 1971a:991; 1977b:456; 1979b:279).

Nimmt man diese Aussagen wörtlich, dann stellt sich der Übergang von materialistischen zu postmaterialistischen Orientierungen nicht als ein Austausch eines institutionalisierten Wertesystems gegen ein neues dar. Eine angemessenere Sichtweise dieser Veränderung scheint mir die folgende zu sein: Da in

der Politik nicht alle Ziele gleichzeitig realisiert werden können, sind *Entscheidungen über Prioritäten* erforderlich. Vor die Alternative gestellt, zwischen Wachstums- und Sicherheitszielen einerseits und solchen der Lebensqualität andererseits zu entscheiden, geben die Postmaterialisten letzteren den Vorzug. Dies tun sie aber nicht zuletzt deshalb, weil ihre materiellen und auf persönliche und soziale Sicherheit bezogenen Bedürfnisse weitgehend befriedigt sind und deshalb an Dringlichkeit verloren haben (vgl. INGLEHART 1971a:995; 1977a:12f, 363f; 1979c:307ff; BARNES, INGLEHART 1974:161ff; INGLEHART, KLINGEMANN 1979:210f).

An das politische System richten sich mit der Ausbreitung des Postmaterialismus neue Forderungen. Gegenüber den traditionellen Sicherheits- und Wachstumszielen engagieren sich die Postmaterialisten für neue Anliegen, wie die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, politische Partizipation und wirtschaftliche Mitbestimmung, den Kampf gegen die inhumanen Tendenzen der Industriegesellschaft, den Umweltschutz, die lokale Autonomie, die Gleichberechtigung der Frauen, die Neudefinition der öffentlichen Moral (vgl. INGLEHART 1971a:999; 1971b:226ff; 1977a:13, 179ff; 1979a:505; 1979c:521f; 1981:885), kurz: für Themen, die andere Autoren mit dem Begriff der "Neuen Politik" belegen (vgl. MILLER, LEVITIN 1976; HILDEBRANDT, DALTON 1977; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981).

Der Bezeichnung dieser Veränderung als "*Stille Revolution*" entspricht es, daß sich der Übergang zu postmaterialistischen Orientierungen nicht als ein zeitlich eindeutig lokalisierbarer Zusammenbruch des traditionellen Wertesystems vollzieht. Wir haben es vielmehr mit einem langsamen, schrittweise, aber stetig voranschreitenden Prozeß zu tun (vgl. INGLEHART, KLINGEMANN 1979:210). Aus noch näher zu erörternden Gründen betrachtet INGLEHART den Wertwandel als einen Intergenerationenwandel: Die in der Nachkriegszeit aufgewachsenen Generationseinheiten konnten nicht mehr problemlos in das bürgerliche Wertesystem "hineinsozialisiert" werden und wandten sich infolge dessen neuen gesellschaftlich-politischen Zielen zu

(vgl. BARNES, INGLEHART 1974:163; INGLEHART 1977a:83f, 99, 363f). Mit einer Zunahme des Anteils der Nachkriegsgeneration an der Bevölkerung westlicher Staaten erwartet INGLEHART einen Anstieg der Zahl der Postmaterialisten: "The evidence is still fragmentary, but a detailed examination of available data suggests that some profoundly important changes are occurring" (INGLEHART 1977a:21).

INGLEHART gibt der ziemlich vagen Charakterisierung der "Stillen Revolution" als "some profoundly important changes" im Titel mehrerer Publikationen eine genauere Bedeutung. In seiner wichtigsten Arbeit, dem Buch "The Silent Revolution" (1977a) ist im Untertitel ausdrücklich von einem *Wertewandel* die Rede. Bei seiner Beschreibung des Materialismus und des Postmaterialismus als Wertorientierungen bezieht er sich auf das theoretische Konzept und das methodische Vorgehen von ROKEACH (vgl. INGLEHART 1982:450ff). Seiner Auffassung nach sind materialistische und postmaterialistische Prioritäten "relatively deep rooted and basic aspects of one's outlook" (INGLEHART 1979c:321). An anderer Stelle schreibt er: "The respective *value types* display *distinctive* and *coherent world-views* across such diverse fields as attitudes toward innovation, one's work, one's sense of geographical identity and one's *political preferences*. There is a *basic difference* in the *scope* of the respective *world-views*: the *Materialist* concentrates on the *means* to survival; the *Postmaterialist* is more concerned with ultimate ends" (INGLEHART 1977a:62, Hervorh. OWG.; vgl. auch: INGLEHART 1971a:991).

Vor allem in neueren Veröffentlichungen, in denen sich INGLEHART mit kritischen Einwänden gegen seine Wertwandelsthese auseinandersetzt, weist er die Vorstellung zurück, die materialistischen und die postmaterialistischen Prioritäten könnten als situationsbedingte Issue-Präferenzen interpretiert werden. Vielmehr habe sich seine Wertwandelshypothese auch in empirischen Analysen bewährt: "A decade's time series data indicate that Post-Materialism is a deep-rooted phenomenon with important political consequences. Persisting in an

atmosphere of insecurity, Post-Materialism has come to manifest itself in new ways under new circumstances; what was a student subculture in the 1960s has evolved into the ideology of The New Class. And conflict between those seeking Materialists and Post-Materialist goals has become the basis of a major dimension of political cleavage, supplementing though not supplanting the familiar polarization between labor and management" (INGLEHART 1981:897f; vgl. auch: INGLEHART 1982:445ff; 1983a:440ff; 1984:527ff).

Ob das Datenmaterial diese Schlußfolgerungen trägt, ist später genauer zu prüfen. Zunächst soll nur auf die Klassifikation des Materialismus und des Postmaterialismus als zentrale Elemente des individuellen Orientierungssystems hingewiesen werden. Dabei kann aus den erwähnten Gründen offen bleiben, ob man für diese Orientierungen den Begriff "Wertvorstellungen" wählt oder einer anderen Bezeichnung den Vorzug gibt. In jedem Falle werden sie als Determinanten von Einstellungen zum politischen System betrachtet.

INGLEHART betritt mit seiner Konzeption des Wertewandels in den fortgeschrittenen westlichen Industriegesellschaften kein wissenschaftliches Neuland. Die These von der Modifikation bzw. Ablösung der vorherrschenden sozio-politischen Wertvorstellungen hat in der sozialwissenschaftlichen Literatur eine lange Tradition. Ein solcher Prozeß vollzog sich beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft und wurde mit den Begriffen der Rationalisierung und Säkularisierung belegt (vgl. z.B. ALMOND, POWELL 1966:bes. 57ff; HUNTINGTON 1968:93ff; PARSONS 1972:125ff). Auch auf das Kultursystem des "nachkapitalistischen" Zeitalters wagten bereits vor etlichen Jahrzehnten Autoren wie SOROKIN, SCHUBART oder BERDJAJEV Vorgriffe, die den Analysen INGLEHARTs in manchen Punkten ähneln (vgl. die Ausführungen bei KAHN, WIENER 1967:53ff; sowie: ARMBRUSTER 1967:336ff).

Breites Interesse fand die Transformation des bürgerlich-liberalen Wertsystems seit der Mitte der fünfziger Jahre in der

Technokratie-Debatte (vgl. die Beiträge von FREYER 1960; SCHELKY 1961; 1965; weitere Hinweise unter dem Schlagwort vom "Ende der Ideologie" bei LIPSET 1981:524ff) und in der neomarxistischen Kapitalismus-Kritik (vgl. z.B. MARCUSE 1970; OFFE 1972; HABERMAS 1973:96ff; 1976).

Theorien der postindustriellen Gesellschaft, in deren Zusammenhang auch die Arbeiten INGLEHARTs gehören, befaßten sich zwar in erster Linie mit den sozialstrukturellen Aspekten des Überganges von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft, ließen aber die sozio-kulturelle Dimension dieses Wandels keineswegs unbeachtet (vgl. die Zusammenfassung der Grundgedanken der Theorien der postindustriellen Gesellschaft bei KERN 1976; LINDBERG 1976; GABRIEL 1984). So charakterisiert einer der wichtigsten Verfechter der Konzeption des Postindustrialismus, Daniel BELL (1976), die sozialen Veränderungen in den hochentwickelten Industrienationen als einen mehr oder weniger konfliktreichen Umbruch der "axialen Prinzipien" in den Bereichen der Sozialstruktur, der Kultur und der Politik: "In modern Western society the axial principle of the social structure is *economizing* - a way of allocating resources according to principles of least costs, substitutability, optimization, maximization and the like. The axial principle of the modern polity is *participation*, sometimes mobilized or controlled, sometimes demanded from below. The axial principle of the culture is the desire for the *fulfillment and enhancement of the self*" (BELL 1976:12, Hervorh. im Original).

Wie bei INGLEHART, so stehen auch in anderen Arbeiten partizipative und egalitäre Wertvorstellungen im Mittelpunkt des Kultursystems der postindustriellen Gesellschaft (vgl. KAHN, WIENER 1967:40, 53ff, 178ff, BRZEZINSKI 1971:12f, 111ff, HUNTINGTON 1974:172ff; BELL 1976:bes. 36ff, 114ff, 376ff, 408ff, 475ff).

Bei allen Unterschieden in den theoretischen Annahmen, den Meßverfahren und der Interpretation der vorliegenden Daten

stimmen die meisten Beiträge zur neueren empirischen Werteforschung darin überein, daß gegenwärtig in den westlichen Demokratien partizipativ-egalitäre Zielvorstellungen an Bedeutung gewinnen. Für die Bundesrepublik bestätigen insbesondere die Arbeiten von Helmut KLAGES im Grundsatz die von INGLEHART aufgestellte These, es sei ein wachsender Gegensatz zwischen traditionellen und modernen Wertmustern feststellbar, der darüber hinaus eine Vielzahl von Einstellungen zum politischen System bestimme. In Erweiterung des INGLEHARTschen Ansatzes stellt er zwei miteinander konkurrierende, aber nicht unvereinbare Präferenzmuster vor, die er als KON- bzw. non-KON-Dispositionen bezeichnet. Erstere seien durch die Merkmalskombination "Selbstkontrolle, Pflicht/Anpassung, instrumentelle Daseinssicherung" charakterisiert, letztere belegt er mit den Begriffen "Selbstaktualisierung, partizipatives Engagement, gesellschaftlich-politischer Fortschritt ... Es läßt sich nachweisen, daß der größere Teil der vielfältigen Einzel-'Wertik' (sic) ... um diese Grunddispositionen gruppiert ist und somit auch deren Polarisierung teilt. Dies gilt ebenso für die Selbstzuschreibung von Persönlichkeitsmerkmalen, wie auch für die Entscheidung zwischen wählbaren Zielkategorien der persönlichen Lebensgestaltung und die Alternative der staatsbürgerlichen Wertorientierung. Die Existenz polarisierter Grunddispositionen im Bereich der individuellen Wertorientierungen weist auf fundamentale Spannungsverhältnisse (auf einen 'Riß') im soziokulturellen Gefüge unserer Gesellschaft und unserer politischen 'Kultur' hin" (KLAGES, HERBERT 1983:12; Hervorh. OWG.; vgl. auch: KLAGES, HERBERT 1981:18ff; 1983:28ff, 117ff; KLAGES 1981:bes. 139ff; 1984:14ff, 20ff, 39f, 52ff; DITTRICH 1984:10, 160ff). Weitere Publikationen zum Thema "Wertewandel" und "Neue Politik" bestätigen im Prinzip die Gültigkeit der Thesen INGLEHARTs für die Bundesrepublik (vgl. KMIECIAK 1976: 230ff, bes. 240, 430ff; HILDEBRANDT, DALTON 1977; NOELLE-NEUMANN 1978:bes. 18ff, 44ff; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981: 136ff; PROSS 1982:121ff; eine Sammlung relativ kurzer Einzelbeiträge zum Thema Wertewandel findet sich bei KLAGES, KMIECIAK 1979; Hinweise auf Arbeiten aus anderen westlichen Ländern bei INGLEHART 1983; MÜLLER-ROMMEL 1983).

Die Annahme, die westlichen Industriegesellschaften durchließen gegenwärtig eine Phase tiefgreifender sozio-kultureller Veränderungen, scheint - trotz im Einzelnen vorhandenen Bewertungsunterschieden - in der Literatur weit verbreitet. Sie wird auch durch unsere Alltagserfahrungen gestützt. Die Theorie der Stillen Revolution scheint somit zumindest empirisch plausibel, was aber keineswegs ausreicht, um sie als gesichertes Erkenntnis zu akzeptieren. Eine erste Aufgabe für die empirische Analyse besteht deshalb in der Überprüfung des empirischen Gehalts der Annahme INGLEHARTs, materialistische Orientierungen würden in westlichen Industriegesellschaften in zunehmendem Maße durch postmaterialistische Prioritäten verdrängt. Ich stelle die empirische Prüfung dieser These zunächst zurück, weil sich weitere Gesichtspunkte hierfür aus der Beschreibung der Bestimmungsgründe der "Stillen Revolution" ergeben.

2. Bedingungen des Auftretens materialistischer und postmaterialistischer Orientierungen

Die westlichen Gesellschaften waren nach INGLEHARTs Meinung in den vergangenen hundert Jahren materialistisch orientiert. Das Auftreten postmaterialistischer Prioritäten bedarf deshalb der Erklärung. Zu diesem Zwecke greift INGLEHART auf eine Theorie des formativen Überflusses zurück, in welcher er eine Mangelhypothese und eine Sozialisationshypothese miteinander verknüpft (vgl. dazu z.B.: INGLEHART 1971a:991ff; 1977a:22ff; 1979b:280ff; 1979c:308ff; 1984:525ff; INGLEHART, KLINGEMANN 1979:209f).

2.1. Die Mangelhypothese

INGLEHARTs (1977a:22) Behauptung: "...people tend to place a high priority on whatever needs are in short supply" basiert auf Überlegungen des amerikanischen Psychologen MASLOW (1954: bes. 90ff), die in der Literatur als Bedürfnishierarchie-Hy-

pothese bekannt wurden. Sie ähnelt, wie INGLEHART (1977a:23; 1979b:281) betont, der ökonomischen Grenznutzentheorie. Nach der von ihm zugrundegelegten Interpretation MASLOWS bildet jeder Mensch bestimmte Grundbedürfnisse aus, deren Befriedigung er - nach Maßgabe ihrer Bedeutung für das eigene Überleben - in einer bestimmten Reihenfolge anstrebt: Zunächst kümmert er sich um seine physiologischen Bedürfnisse (Nahrung, Kleidung), dann widmet er sich seiner physischen Sicherheit, schließlich bemüht er sich um soziale Anerkennung und Zugehörigkeit sowie um die Verwirklichung intellektueller und ästhetischer Ziele. Dabei kommen die höherrangigen sozialen, intellektuellen und ästhetischen Belange erst zum Zuge, nachdem die niederrangigen materiellen und Sicherheitsbedürfnisse befriedigt wurden. Die Menschen orientieren demnach ihre Lebensziele oder Bedürfnisse an den jeweils gegebenen Umweltbedingungen: Wenn die zur materiellen und physischen Existenzsicherung benötigten Ressourcen knapp sind, besitzt ihr Erwerb die größte Dringlichkeit. Hat der Mensch sich dagegen die zum Überleben notwendigen Dinge gesichert, dann entfaltet er ein Bedürfnis nach Sozialität und Kultur.

Diese zunächst in ihrer Einfachheit bestechende Darstellung der Genese individueller Bedürfnisse und Ziele (vgl. allerdings die kritischen Hinweise bei HONDRICH 1975:29ff; KMIECIAK 1976:162ff; LEHNER 1979:320f; MEYER, RUEGG 1979:49f; TROMMSDORF 1979:260, 272; FLANAGAN 1982:432ff) erfährt in INGLEHARTS Arbeiten grundlegende und meiner Ansicht nach problematische Veränderungen. Das Konzept der Stillen Revolution geht nämlich nicht mehr von der Vorstellung einer hierarchischen Anordnung der von MASLOW beschriebenen Grundbedürfnisse aus, sondern stellt lediglich zwei relativ umfassende und in sich heterogene Kategorien, die materiellen und nicht-materiellen Präferenzen, einander gegenüber: "Unsere Indizes hinsichtlich der Wertprioritäten basieren auf dem einfacheren Unterschied zwischen den materiellen Zielen, d.h. all jenen Bedürfnissen, die sich direkt auf das physische Überleben beziehen; und andererseits den nichtmateriellen Bedürfnissen z.B. nach Zugehörigkeit, Achtung und Selbstver-

wirklichung. So einfach dieser Unterschied ist, kann doch eine Verlagerung von Prioritäten von der einen Kategorie in die andere weitreichende Folgen für das soziale und politische Leben hochentwickelter Industriegesellschaften haben. Und dieser Unterschied scheint mir weniger problematisch als die komplexere Hierarchie von MASLOW. Es ist nämlich nicht völlig klar, ob z.B. das Bedürfnis nach Anerkennung eher ein Grundbedürfnis darstellt als das Bedürfnis nach intellektueller Befriedigung; aber es scheint klar, daß hungrige Menschen im allgemeinen auf die Befriedigung 'höherrangiger' Bedürfnisse verzichten, wenn sie wählen müssen. 'Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral', wie Brecht sagt" (INGLEHART 1979b:281).

Zu den Aufgaben der Politikwissenschaft gehört es nicht, die psychischen Mechanismen bei der Genese und Änderung individueller Bedürfnisdispositionen zu untersuchen. Unsere Disziplin interessiert sich lediglich für die "Außenseite" dieser Sachverhalte, ihre *politischen Bedingungen und Konsequenzen*. Auch INGLEHARTs Theorie der Stillen Revolution hat diesen Teilaspekt der individuellen Bedürfnisstruktur zum Gegenstand. Sie wandelt die von MASLOW behandelten *individuellen* Bedürfnisse in an das politische System adressierte Forderungen um: "Maslow and Inglehart are not talking about the same phenomenon. Maslow presents us with a theory of *psychological development and motivation*, while Inglehart is concerned with the realm of *public policy and issue orientations*" (FLANAGAN 1982:432; vgl. auch: MEYER, RUEGG 1979:49f, Hervorh. OWG). Materialisten betrachten es als vordringliche Aufgabe der *Politik*, das materielle Wohlergehen, die innere und die äußere Sicherheit der Bürger zu garantieren; Postmaterialisten dagegen geben "Lebensstil-Zielen" (Umweltschutz, Bildung, soziale Gleichheit usw.) den Vorzug, nicht zuletzt deshalb, weil ihnen Sicherheit und Wohlstand garantiert erscheinen. In der Literatur finden wir gelegentlich den kritischen Einwand, INGLEHART differenziere nicht zwischen individuellen Bedürfnisdispositionen und gesellschaftlichen Wertorientierungen, öffentlichen und privaten Zielen (vgl. MARSH 1975:29; 1977:169ff; HERZ 1979:287). Diese Unterscheidung scheint im Zusammenhang mit

der Theorie der Stillen Revolution von untergeordneter Bedeutung zu sein, weil es ihr nicht um private Ziele, sondern um politische Wertvorstellungen geht. Doch gerade aus der Interpretation materialistischer und postmaterialistischer Präferenzen als im Persönlichkeitssystem tief verwurzelten, kohärenten Überzeugungen läßt sich die Folgerung ableiten, daß die für das öffentliche und für das private Leben als gültig akzeptierten Prinzipien nicht in einem diametralen Gegensatz zueinander stehen dürfen. INGLEHART (1977a:62) selbst wies ausdrücklich auf den Einfluß hin, den materialistische und postmaterialistische Prioritäten auf das politische Zusammenleben der Menschen, aber auch auf ihre Einstellung zur Arbeit, zu sozialen Neuerungen usw. ausüben.

Für Großbritannien überprüfte MARSH (1977:174ff) die empirische Relevanz der Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Belangen. Dabei fand er heraus, daß zwischen diesen beiden Bedürfniskomplexen nur verhältnismäßig schwache Beziehungen bestehen. Sollte sich dies Ergebnis auch in anderen Erhebungen bestätigen, dann ergäben sich Probleme hinsichtlich der Übertragbarkeit des individualpsychologischen Konzepts der Bedürfnishierarchie auf die Erklärung der Formation *politischer Wertorientierungen* (vgl. auch die Daten bei DITTRICH 1984:8, 59ff; BERGER 1984; GLATZER 1984).

Ein weiteres von MARSH (1977:174, 180; vgl. auch: MARSH 1975:29; HERZ 1979:298) präsentierte Ergebnis ist mit INGLEHARTS Konzeption nicht ohne weiteres vereinbar: Postmaterialistische politische Präferenzen standen in Großbritannien in einem positiven Zusammenhang mit materialistischen Privatbedürfnissen: "Postmaterialists seemed to be demanding freedom and participation for the nation and cash and security for themselves." Dies deckt sich auch mit der These von KLAGES und HERBERT (1983:35ff, 77ff), daß im Regelfall gemischte Prioritäten auftreten, wenn man zwischen verschiedenen Bedürfniskategorien unterscheidet und keine künstlichen Unvereinbarkeiten zwischen Kon- und Non-Kon-Dispositionen unterstellt. Für INGLEHARTS Verständnis des Postmaterialismus und des Materialismus als

umfassende, tief im Persönlichkeitssystem verankerte "Welt-sichten" wirft die Spannung zwischen privaten und öffentlichen Zielen allerdings gewisse Probleme auf.

Die Problematik von INGLEHARTs Erklärung des Wertewandels mit Hilfe der Bedürfnishierarchie-Hypothese tritt erst vollständig zu Tage, wenn man die empirische Operationalisierung materialistischer und postmaterialistischer Präferenzen kennt (vgl. auch: HERZ 1979:289ff; FLANAGAN 1982:432ff). Deshalb ist ein Vorgriff auf den betreffenden Teil dieser Arbeit erforderlich.

INGLEHART erfaßt materialistische Prioritäten über das Zielbündel "stabile Preise/Sicherheit und Ordnung". Als empirische Äquivalente des Postmaterialismus betrachtet er den Primat der Ziele "Freie Meinungsäußerung/politische Mitwirkung". Eine konsequente Anwendung der Bedürfnishierarchie-Hypothese auf den Bereich der Politik impliziert, daß Meinungsfreiheit und Mitbestimmung gegenwärtig noch den Status knapper Güter besitzen, während stabile Preise und Innere Sicherheit bereits weitgehend garantiert sind. Diese Vorstellung finden wir in INGLEHARTs Analyse der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der westlichen Welt.

Eine theoretisch gültige Umsetzung der Bedürfnishierarchiehypothese in ein empirisches Meßinstrument setzt eine weitgehende Strukturgleichheit öffentlicher und privater Bedürfnisse voraus. Im Laufe des vergangenen Jahrhunderts müßten demnach in den westlichen Ländern die Grundprobleme des kollektiven Zusammenlebens der Menschen in der Reihenfolge materielles Überleben (stabile Preise), physisches Überleben (Sicherheit und Ordnung), Sozialität und Verwirklichung ideeller Ziele (Meinungsfreiheit und Mitbestimmung) gelöst worden sein bzw. zur Lösung anstehen. Schon die Entsprechung der Test-Items mit dem theoretischen Konzept erscheint fragwürdig, zumal zwischen den beiden postmaterialistischen Bedürfniskategorien und dem Erhebungsinstrument keine eindeutige Beziehung herstellbar ist. Noch größere Probleme wirft allerdings die Annahme auf, die politischen Probleme seien in der angegebenen Reihenfolge

aufgetreten und bewältigt worden (vgl. dazu auch die Kritik bei RASCHKE 1980:42). Zumindest in den westlichen Demokratien war das Recht zur freien Meinungsäußerung schon lange vor der Lösung von Sicherheits- und Erhaltungsproblemen garantiert, und man kann sicherlich darüber streiten, ob bislang größere Fortschritte bei der Institutionalisierung sozialer und politischer Teilhaberechte oder bei der Inflations- und Verbrechensbekämpfung erreicht wurden. Die Mangelhypothese läßt sich, zumindest in der von INGLEHART konzipierten Form, nicht ohne weiteres als Instrument zur Erklärung des Prioritätenwandels verwenden.

Kritisch wurde in der Literatur auch die Vereinfachung des individuellen Bedürfnisspektrums auf das Gegensatzpaar bzw. Kontinuum "materialistisch-postmaterialistisch" bewertet (vgl. LAFFERTY 1976:119ff; HERZ 1979:289ff; FLANAGAN 1982:409ff, 416ff, 424ff; KLAGES, HERBERT 1983:32f, 117ff; DITTRICH 1984:253ff; KLAGES 1984:22ff, 47ff). INGLEHART (1982:456ff) wies die betreffenden Einwände zwischenzeitlich als ungerechtfertigt zurück. Er sieht in den von HERZ präsentierten Ergebnissen sogar eine Bestätigung seiner Grundannahmen über die Struktur des individuellen Wertesystems. Die vier Bedürfniskategorien "gesicherter Alltag, nationale Stärke, Mitsprache und humanistisch-ideelle Ziele" entsprächen ziemlich genau dem ursprünglich von MASLOW entwickelten Komplex. Selbst wenn man sich dieser Sichtweise anschließt, bleiben zwei Fragen offen: Der Nachweis, daß es vier unterscheidbare Komplexe politischer Dispositionen gibt, belegt weder die Vorstellung einer hierarchischen Ordnung noch sagt er etwas über die Vollständigkeit der auf diese Weise erfaßten Bedürfnisstruktur aus. Es ist auch nicht ohne weiteres nachvollziehbar, aus welchen Gründen INGLEHART mit der etwas schlichten Gegenüberstellung von materialistischen und postmaterialistischen Dispositionen operiert, wenn man empirisch eine wesentlich komplexere Struktur des individuellen Wertesystems nachweisen kann, und wenn sich dieses Ergebnis zudem mit der theoretischen Ausgangsposition zumindest teilweise deckt.

Über den Nutzen eines lediglich aus zwei Bedürfniskomplexen bestehenden Hierarchiemodells kann man wohl gleichfalls streiten, zumal keine Aussagen über die innere Struktur des materialistischen und des postmaterialistischen Präferenzsystems vorliegen. Die Bezeichnung des Postmaterialismus als das vergleichsweise höherwertige Prioritätenbündel ergibt sich wohl eher aus den persönlichen Vorlieben INGLEHARTs als aus nachvollziehbaren theoretischen Überlegungen oder empirischen Resultaten.

Ein Kernstück der theoretischen Konzeption INGLEHARTs weist einige Unstimmigkeiten auf, die vor dem Versuch einer empirischen Operationalisierung auszuräumen wären. Allerdings gehe ich diesen Problemen in den empirischen Teilen dieser Arbeit nicht nach, weil die Auseinandersetzung mit den politischen Folgen der Stillen Revolution im wesentlichen theorieimmanent erfolgt.

Die bisher vorgetragenen Hypothesen INGLEHARTs zum Zusammenhang zwischen den Lebensbedingungen einer Person und ihren politischen Präferenzen legen die Vermutung nahe, die als vorrangig betrachteten politischen Ziele seien in einem hohen Maße situationsabhängig und veränderten sich mit den Umweltkonstellationen: Personen, deren Lebenssituation von Erfahrungen materieller und physischer Bedrohung gekennzeichnet sei, bildeten demzufolge materialistische Prioritäten aus, während wirtschaftliches Wohlergehen und physische Sicherheit das Entstehen postmaterialistischer Präferenzen begünstige.

Nach INGLEHART haben wir es aber bei dem Postmaterialismus und dem Materialismus gerade nicht mit situationsabhängigen politischen Präferenzen zu tun, sondern mit grundlegenden Wertorientierungen. Diesen Status des Materialismus und des Postmaterialismus leitet INGLEHART aus einer Verknüpfung der Mangelhypothese mit der Sozialisationshypothese ab.

2.2. Die Sozialisationshypothese und ihre Verknüpfung mit der Mangelhypothese

Die Beschreibung dieser Sozialisationshypothese fällt ähnlich knapp aus wie die der Mangelhypothese. Ihr Kernsatz lautet: "... 'people tend to retain a given set of value priorities throughout adult life, once it has been established in the formative years'" (INGLEHART 1977a:23). Die Vorstellung, nach der die grundlegenden - auch für das spätere Verhalten maßgeblichen - politischen Wertorientierungen in der "formativen Phase" bzw. im Rahmen der frühkindlichen Sozialisation entstehen, findet in der Sozialisationsforschung überwiegend Zustimmung. Dies gilt allerdings nicht nur für die politischen Wertvorstellungen einer Person, sondern auch für ihre spezifischeren Einstellungen zur Politik (vgl. ALMOND, VERBA 1965:266ff; DENNIS et al. 1968; BAKER 1973; NIEMI 1973; GREENSTEIN 1975, dort auch weitere Literaturangaben).

Der Sozialisationshypothese kommt in INGLEHARTs Theorie die Aufgabe zu, die relative *Stabilität* materialistischer und postmaterialistischer Orientierungen sowie die zwischen verschiedenen Generationseinheiten bestehenden Unterschiede in den politischen Prioritäten zu erklären. Der Autor geht nämlich von der folgenden Annahme über den Einfluß der Umweltbedingungen auf die Herausbildung politischer Präferenzen aus: "... das Verhältnis zwischen sozioökonomischer Umwelt und Wertprioritäten ist nicht eines der unmittelbaren Anpassung. Eine beträchtliche zeitliche Verzögerung spielt hierbei eine Rolle, da die Grundwerte einer Person zum größten Teil jene Bedingungen reflektieren, die *während der Jugendzeit* vorherrschten. ... Wenn der Prozeß der Anpassung unmittelbar erfolgen würde, hätten wir es nicht mit *Wertvorstellungen* zu tun, die als relativ tief verwurzelt und stabil begriffen werden, sondern mit kurzfristigen Verhaltensänderungen. Solche Veränderungen finden statt und mögen wichtig sein; aber sie haben nicht die langfristigen Folgen für das soziale und politische Leben, die ein besonders interessanter Aspekt von Veränderungen im Wertsystem sind" (INGLEHART 1979b:280, Hervorh.

im Original, vgl. auch: INGLEHART 1981:882f).

Nach INGLEHARTs Auffassung wirken die Sozialisations- und die Mangelhypothese bei der Erklärung des Postmaterialismus-Phänomens zusammen. Maßgeblich für dessen Entstehen sind die Lebensbedingungen, die eine Person im Kindesalter subjektiv wahrnimmt, nicht die objektiven Gegebenheiten im Erwachsenenalter:

- (1) Personen erwerben in ihrer *formativen Phase*, d.h. im Kindesalter, grundlegende politische Orientierungen. Diese bleiben dann in späteren Lebensphasen relativ stabil. INGLEHART schließt zwar die Möglichkeit der Änderung von Wertorientierungen bei Erwachsenen nicht völlig aus, er nimmt aber an, "daß die Wahrscheinlichkeit von Veränderungen als Reaktion auf veränderte Umweltbedingungen ganz erheblich sinken kann, vielleicht in einem logarithmischen Verhältnis" (INGLEHART 1979b:280; vgl. auch: INGLEHART 1977a:23).
- (2) Als wesentliche, den Sozialisationsprozeß beeinflussende Größen betrachtet er die *materiellen* Lebensbedingungen in der formativen Phase - und das heißt vor allem: das Ausmaß des Wohlstandes und der physischen Sicherheit (vgl. INGLEHART 1977a:88).
- (3) Erfahrungen formativer *Sicherheit* begünstigen das *Entstehen* bzw. die *Ausbreitung postmaterialistischer Prioritäten*, solche des *Mangels* und der *Unsicherheit* lassen *materialistische Orientierungen* wahrscheinlicher werden. Dabei beeinflussen soziale Institutionen und kulturelle Gegebenheiten die Wahrnehmung der Lebensbedingungen durch das Individuum: "Thus, the scarcity hypothesis alone does not generate adequate predictions about the process of value change. It must be interpreted in connection with the socialization hypothesis" (INGLEHART 1981:881).

Bei der Verknüpfung der Sozialisations- mit der Mangelhypothese spielt das Konzept der *Generationseinheit* eine wesentliche Rolle (vgl. INGLEHART 1977a:32ff, 88, 94ff; 1979c:323ff; 1981:883ff; ausführlich zur Relevanz dieses Konzepts für die Unter-

suchung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse: ALLERBECK 1977: 120ff; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:12f, 45ff). Seine Annahmen über Art und Ausmaß des Wertwandels beruhen auf der Voraussetzung vergleichsweise homogener formativer Bedingungen bestimmter Generationseinheiten. Deren Präferenzen wiederum reflektieren die wahrgenommenen kollektiven Lebensbedingungen: "The amount of value change seems to reflect a given nation's recent history" (INGLEHART 1977a:37).

Als den für die Differenzierung der politischen Wertvorstellungen der Bevölkerung westlicher Demokratien entscheidenden Bruch betrachtet INGLEHART das Ende des Zweiten Weltkrieges: Die nach 1945 aufgewachsenen Personen konnten eine Präferenz für die humanistisch-ideellen Ziele des Postmaterialismus entwickeln, weil ihnen die Befriedigung ihrer Sicherheits- und Erhaltungsbedürfnisse weitgehend gewährleistet erschien. Ganz andere Leitwerte dagegen prägen die politische Vorstellungswelt der Vorkriegsgeneration: Da ihre Jugend von Erfahrungen wirtschaftlicher, innen- und außenpolitischer Unsicherheit beherrscht war, weisen sie auch heute noch den materialistischen Sicherheits- und Erhaltungszielen einen hohen Rang zu. Diese Grunddispositionen entstehen bereits in einer frühen Phase der Persönlichkeitsentwicklung und sind im individuellen Bedürfnissystem fest verankerte, langfristig stabile Wertorientierungen (vgl. INGLEHART 1971a:991ff, 997ff; 1971b:214ff; 1977a: 23ff, 72ff; 1979b:296ff; 1981:883f, 886ff). Auch die in einer neueren Arbeit konstatierte Zunahme materialistischer Orientierungen bei den Jugendlichen in westlichen Ländern läßt sich aus INGLEHARTs Theorie der Stillen Revolution ableiten. Sie resultiert aus der Verschlechterung der Wirtschaftslage (vgl. INGLEHART 1981:880, 887ff; 1985a:106ff; 1985b:509ff).

Auf den ersten Blick erscheint die Vorstellung von einem Generationenkonflikt außerordentlich plausibel, und sie erfreut sich in der Literatur wie in der Publizistik einer großen Popularität. Dennoch sind in INGLEHARTs theoretischem Konzept einige Unstimmigkeiten erkennbar. Ich möchte kurz auf sie eingehen, obgleich eine detaillierte Auseinandersetzung mit den so-

zialisierungstheoretischen Grundlagen des Wertwandelskonzepts jenseits der Fragestellungen dieser Arbeit liegt.

Nach INGLEHART bilden sich die individuellen politischen Wertvorstellungen vor dem Eintritt in das Erwachsenenalter heraus. Sie werden, wie aus der Sozialisationshypothese hervorgeht, nicht durch eine unmittelbare Anpassung an die jeweils gegebenen sozialen und politischen Lebensbedingungen, sondern durch Lernprozesse erworben: "Political socialization shapes and transmits a nation's political culture. Political socialization may also maintain a nation's political culture as it passes the culture from old to young" (ALMOND 1974:45). Eine Schlüsselstellung bei der Vermittlung politischer Wertvorstellungen an die nachrückenden Generationseinheiten kommt der Schule und dem Elternhaus als den wichtigsten gesellschaftlichen Sozialisationsagenturen zu (vgl. ALMOND, VERBA 1965:269; VERBA 1965b:551; ROSENBAUM 1975:13ff; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:45ff).

INGLEHARTs Ableitung des Wertewandels aus dem Konzept des formativen Überflusses wirft nun die Frage auf, ob die für die Entwicklung des individuellen Einstellungssystems typischen Abläufe auch bei der Genese materialistischer und postmaterialistischer Präferenzen wirksam sind (vgl. auch die kritischen Hinweise von HERZ 1979:285ff). Empirische Studien belegen den Einfluß von Schule und Elternhaus auf die bei Erwachsenen feststellbaren politischen Vorstellungen. ALMOND und VERBA (1965:284ff) fanden beispielsweise eine positive Beziehung zwischen einem partizipativen Entscheidungsstil in diesen Institutionen und dem politischen Kompetenzbewußtsein ihrer Befragten heraus (vgl. auch: DENNIS et al. 1968; BAKER 1973:95f). Wie ALLERBECK (1977:130ff) feststellte, korreliert die Parteipräferenz deutscher Jugendlicher deutlich positiv mit der ihrer Eltern. Diese Beziehung bestand selbst bei Berücksichtigung der beträchtlichen Strukturveränderungen des deutschen Parteiensystems: "After 1945 the Social Democrats were the only party of the Weimar System to reemerge. While there was no corresponding organizational continuity, children of

those voters who supported the bourgeois parties or the catholic center party during Weimar were most likely to support the Christian Democrats in 1974" (ALLERBECK 1977:130).

Für eine Vielzahl weiterer politischer Einstellungen lassen sich derartige Gemeinsamkeiten zwischen Jugendlichen und ihren Eltern nachweisen (vgl. JENNINGS, ALLERBECK, ROSENMAYR 1979; ALLERBECK, JENNINGS, ROSENMAYR 1979). Den Einfluß des Elternhauses auf die politischen Vorstellungen der nachfolgenden Generation kann man folgendermaßen charakterisieren: "Sometimes, as in the classic case of rebellion, the family is a negative referent for the growing child. More often than not, however, children tend to enter adulthood looking more like than unlike their parents - though the similarity varies dramatically depending upon the characteristic being considered" (JENNINGS, ALLERBECK, ROSENMAYR 1979:450; vgl. auch: DENNIS et al. 1968: 92ff).

INGLEHARTS Theorie der Stillen Revolution setzt diesen atypischen Kontinuitätsbruch geradezu voraus. Seiner Meinung nach bildete die Nachkriegsgeneration postmaterialistische Werte aus, obgleich in der Erziehergeneration materialistische Prioritäten vorherrschten. Eine solche Konstellation ist zwar nicht völlig ausgeschlossen, im Hinblick auf den üblichen Verlauf des Sozialisationsprozesses aber doch immerhin erklärungsbedürftig.

Unterschiede in den Wertvorstellungen der Erzieher und der Erzogenen können auf unterschiedliche Weise zustandekommen, z.B. durch konkurrierende Einflüsse aus der Schule, dem Elternhaus und der peer-groups, durch ein bewußt innovatives Erziehungsverhalten u.ä. Alle diese Ansätze aber unterstellen eine Vermittlung formativer Erfahrungen durch bestimmte Sozialisationsinstanzen. Insbesondere wenn man sich die Interpretation des Postmaterialismus als fundamentale Wertorientierung zu Eigen macht, erscheint es höchst unwahrscheinlich, daß sich die Übernahme dieser Werte gegen den Einfluß einer überwiegend materialistischen Umgebung durchsetzt. Zur Erklärung des von

INGLEHART postulierten Generationenwandels könnte möglicherweise die Analyse des Zusammenhanges zwischen der Veränderung von Erziehungszielen und der Ausbreitung postmaterialistischer Präferenzen beitragen (Andeutungen dazu bei KLAGES 1984:17ff). Nach den Ergebnissen einer von LAFFERTY (1976:129ff) in Norwegen durchgeführten Erhebung gab es in dieser Hinsicht allerdings keine wesentlichen Unterschiede zwischen Materialisten und Postmaterialisten.

Eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Sozialisationshypothese wird schließlich durch die geradezu provozierende Ungenauigkeit der INGLEHARTschen Annahmen erschwert. Eine exakte Eingrenzung der formativen Phase unterbleibt (vgl. dazu auch die Kritik bei: DALTON 1977:465). Es ist von "the first twenty years or so" (sic! vgl. INGLEHART 1979c:324) die Rede (vgl. auch die Kritik bei HERZ 1979:293ff). Ebenso vermißt man theoretisch begründete oder doch zumindest plausible Angaben über den genauen Verlauf der Trennlinie zwischen der Vorkriegs- und der Nachkriegsgeneration. Der Autor bezeichnet das Jahr 1945 mehrfach als "Wasserscheide" in der Entwicklung der westlichen Nationen (vgl. INGLEHART 1979c:309; 1981:885). Für zeitgeschichtliche Untersuchungen ist eine solche Periodisierung sicherlich geeignet, doch im Rahmen der Theorie der formativen Sicherheit ist genauer zu klären, wie sich das Kriegsende auf den Sozialisationsprozeß der heranwachsenden Generation auswirkte, in welcher Phase des Lebenszyklus der Einfluß dieser Erfahrungen besonders nachhaltig war, welche Bedeutung dem Kriegsausbruch zukam usw. Für das Jahr 1945 als Trennlinie zwischen verschiedenen Generationseinheiten spricht lediglich ein Gesichtspunkt, das unmittelbare Erlebnis des Kriegsendes. Dies vollzog sich aber in Deutschland, Italien und Japan unter ganz anderen Bedingungen als in den USA und Großbritannien oder gar in Schweden und in der Schweiz. INGLEHART (1977a: 31ff; 1979c:324ff) weist mehrfach auf diese Unterschiede in den kollektiven Lebensbedingungen der Bevölkerung westlicher Demokratien hin, er berücksichtigt diesen Umstand bei der Formulierung seiner Theorie aber nicht ausreichend.

Ich möchte den nachhaltigen Einfluß des Kriegserlebnisses auf die politischen Vorstellungen der von ihm betroffenen Bevölkerungsgruppen keinesfalls bestreiten. Man sollte allerdings nicht übersehen, daß die Lebensbedingungen für die Angehörigen der Vorkriegs- und der Nachkriegsgeneration nicht einheitlich waren. Von 1927 bis 1939 schwankte zum Beispiel die jährliche Veränderungsrate des Bruttosozialprodukts zwischen 10,8% (1937) und -7,7% (1931). Die Arbeitslosenquote lag im Jahre 1932 bei 24,5%, 1927 hatte sie noch 6% betragen. Eine beachtliche Variationsbreite wies schließlich die Preisentwicklung mit einer Inflationsrate von 3,8% (1927) und einer Deflationsrate von 11,6% (1932) auf. In der Nachkriegszeit verlief die konjunkturelle Entwicklung zwar weniger turbulent, doch kann von einheitlichen formativen Lebensbedingungen der nach 1945 Geborenen nicht die Rede sein (vgl. zu den angegebenen Daten: SIMMERT, WAGNER 1981:447). Materialistische und postmaterialistische Prioritäten reflektieren nicht allein Erfahrungen physischer Bedrohung oder Sicherheit. Sie haben definitionsgemäß auch mit sozio-ökonomischen Sicherheitsbedürfnissen zu tun (vgl. dazu auch: DALTON 1977:465ff). Nur wenn man die beiden Weltkriege als alle anderen Gegebenheiten zurückdrängende Ereignisse betrachtet, ist die Rede von mehr oder weniger einheitlichen formativen Bedingungen der Vor- und der Nachkriegsgeneration gerechtfertigt (Ansätze zu einer differenzierteren Argumentation bei INGLEHART 1981; 1983a).

Im Gegensatz zu INGLEHART legte HERZ (1979:293ff; vgl. auch: DALTON 1977:465) die formative Phase im Lebenszyklus eines Menschen zeitlich genau fest. Seiner Auffassung nach besteht die größte Empfänglichkeit für Einflüsse aus der sozio-ökonomischen und politischen Umwelt zum Zeitpunkt des Eintritts ins Erwerbsleben und der ersten Wahlteilnahme, d.h. zwischen 15 und 18 Jahren. Dieser Zeitabschnitt repräsentiert die dritte und vierte Phase eines in sieben Abschnitte gegliederten Lebenszyklus (Geburt, Beginn des Schulbesuchs, Eintritt in den Beruf, erste Wahlteilnahme, Heirat, Geburt des ersten Kindes, Auflösung der Kernfamilie). Über einzelne Annahmen von HERZ kann man streiten, doch spezifiziert er immerhin die Zusammen-

hänge zwischen den formativen Lebensbedingungen und dem Prioritätenwandel in einer Form, die eine empirische Prüfung zuläßt. Nur am Rande sei vermerkt, daß in seinen empirischen Analysen ein theoriekonformer Einfluß der formativen Lebensbedingungen auf materialistische und postmaterialistische Präferenzen nicht nachgewiesen werden konnte (anders dagegen: DALTON 1977:465ff).

Eine Differenzierung erscheint mir schließlich im Hinblick auf die *individuellen* sozio-ökonomischen Lebensbedingungen in der Jugend geboten. Innerhalb eines Landes gibt es beträchtliche Unterschiede im Wohlfahrts- und Sicherheitsniveau einzelner Bevölkerungsgruppen, deren Einfluß auf die Entwicklung politischer Prioritäten nicht zu unterschätzen ist. Wie RASCHKE (1980:41) zu Recht feststellt, weist nur ein Teil der in Sicherheit und Wohlstand aufgewachsenen Bevölkerungsgruppen post postmaterialistische Präferenzen auf. Dies hat möglicherweise mit dem intragesellschaftlichen Sicherheits- und Wohlstandsgefälle zu tun (Hinweise auf die mögliche Bedeutung dieser Faktoren bei INGLEHART 1979c:324ff).

Die unzulängliche Berücksichtigung der im engeren Sinne *politischen* Bedingungen in der formativen Phase dürfte sich aus INGLEHARTs Bemühen rechtfertigen, ein für die Analyse des Wertewandels in allen westlichen Demokratien brauchbares Konzept zu entwickeln. Insbesondere bei einer Untersuchung der kulturellen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert kann man aber die politischen Veränderungen nicht ausklammern. Im Laufe der letzten 80 Jahre existierten in Deutschland vier fundamental unterschiedliche politische Regime. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß dies im politischen Sozialisationsprozeß der Bevölkerung keine Spuren hinterließ. BAKER, DALTON und HILDEBRANDT (1981:12ff, 45ff) unterscheiden im Hinblick auf die politischen Wandlungsprozesse in Deutschland zwischen fünf Generationseinheiten: die älteste Kohorte wuchs in der wilhelminischen Zeit auf. Hierauf folgten die Weimarer Republik, das Dritte Reich, die frühe (bis 1955) und die spätere Entwicklungsphase der Bundesrepublik. Nach den von den Autoren

präsentierten Ergebnissen beeinflusst die Zugehörigkeit zu diesen Generationseinheiten die Einstellungen zum politischen System. Es wäre lohnenswert, auch dem Zusammenhang zwischen Generationszugehörigkeit und politischen Wertorientierungen nachzugehen.

2.3. Ein erweiterter Ansatz zur Erklärung des Wertewandels in westlichen Demokratien

Im Mittelpunkt von INGLEHARTs Versuch, die Ausbreitung postmaterialistischer Wertvorstellungen in den entwickelten westlichen Industriegesellschaften zu erklären, stand das Konzept der formativen Sicherheit. Offenkundig ergeben sich bei seiner empirischen Umsetzung gewisse Probleme. Insbesondere die Brauchbarkeit der Bedürfnishierarchie-Hypothese im Rahmen einer empirischen Theorie des Wertewandels scheint ziemlich strittig zu sein, und auch INGLEHARTs verkürzte Darstellung des Sozialisationsprozesses rief Kritik hervor (vgl. u.a.: KMIĘCIAK 1976:162ff; LAFFERTY 1976:134; LEHNER 1979:320ff; TROMMSDORF 1979:272; RASCHKE 1980:41).

Nicht zuletzt diese Schwächen im theoretischen Konzept dürften INGLEHART zu einer Erweiterung des Erklärungsansatzes veranlaßt haben. Dadurch verläßt er zwar den zuvor dargestellten theoretischen Bezugsrahmen, nähert sich aber konventionellen Erklärungsstrategien an. Auf diese Weise wird es verhältnismäßig einfach, die Theorie der Stillen Revolution systematisch mit anderen Arbeiten aus dem betreffenden Bereich zu verknüpfen. In "The Silent Revolution" sind etliche Indikatoren des sozialen Wandels aufgeführt, aus deren Zusammenwirken sich eine Veränderung politischer Wertvorstellungen ergibt, nämlich:

- (1) die wirtschaftliche Entwicklung, d.h. die technologische Innovation, das Wirtschaftswachstum, das steigende Einkommensniveau der Bevölkerung und die Veränderung der Beschäftigungsstrukturen, vor allem die Etablierung einer Dienstleistungsökonomie,

- (2) die verbesserte Schulbildung für einen größer werdenden Teil der Bevölkerung,
- (3) die Entwicklung und Ausbreitung der elektronischen Massenmedien, die das Informationsniveau der Bevölkerung erhöhen und die Weitergabe traditioneller Wertvorstellungen erschweren sowie schließlich
- (4) die unterschiedlichen formativen Erfahrungen der Vor- und der Nachkriegsgeneration (vgl. INGLEHART 1977a:7ff, 179ff, 216ff; BARNES, INGLEHART 1974:154ff).

Mit Ausnahme der formativen Erfahrungen sind sämtliche im erweiterten Erklärungsansatz aufgeführten Größen auch in den bekannten sozio-ökonomischen Modernisierungstheorien enthalten, wie wir sie z.B. aus der empirischen Demokratie- und Partizipationsforschung kennen (vgl. für viele andere: DAHL 1971: 62ff; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:42ff, 73ff; LIPSET 1981: 27ff; POWELL 1982:30ff). Die im Anschluß an Daniel BELL (1976:12ff, 112ff, 123ff, 167ff) geführte Diskussion über das Entstehen einer postindustriellen Gesellschaft drehte sich gleichfalls um Veränderungen im Bildungs- und Beschäftigungssystem sowie um die Rolle technologischer Innovationen. Schließlich sehen ALMOND und VERBA (1965:9) einen Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischer Modernität und der Etablierung einer Staatsbürgerkultur.

Die Erweiterung des Erklärungsansatzes bringt eine Reihe von Vorteilen: Sie erlaubt die theoretische Integration der Wertewandelskonzeption in den umfassenderen Zusammenhang der political-culture-Forschung, da in den betreffenden Aussagensystemen vergleichbare Erklärungsgrößen des politischen Wandels vorkommen. Darüber hinaus eröffnet sich auf diese Weise die Möglichkeit, die Bedeutung der Variablen "Generationszugehörigkeit" im Vergleich mit anderen Determinanten des Wertewandels zu beurteilen; denn dies Konstrukt ist nunmehr in ein umfassendes Bündel von Erklärungsfaktoren eingeordnet. Während man schließlich die Erklärung des Wertewandels durch Veränderungen im wahrgenommenen Niveau formativer Sicherheit mit Recht als monokausal kritisieren kann (vgl. RASCHKE 1980:

41), entfällt dieser Einwand bei einer Berücksichtigung zusätzlicher Größen. Insbesondere der Verweis auf die Bedeutung des Bildungsniveaus für den Wertewandel stellt eine Beziehung zur Sozialisationshypothese her. Insgesamt ist die Operationalisierbarkeit des erweiterten Erklärungsansatzes vergleichsweise positiv zu bewerten, auch wenn manche Unklarheiten bestehen bleiben.

3. Politische Folgen des Auftretens materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten

Obgleich INGLEHARTs Interesse in erster Linie den Bedingungen und dem Ablauf der Stillen Revolution in den westlichen Demokratien gilt, bleiben die politischen Konsequenzen dieses Vorganges in seinen bisherigen Arbeiten keineswegs unberücksichtigt. In "The Silent Revolution" widmete er mehrere Kapitel den Problemfeldern "Politische Konfliktstrukturen in der vorindustriellen, der industriellen und der postindustriellen Gesellschaft", "subjektive Zufriedenheit" sowie "kognitive Mobilisierung und politische Beteiligung" (vgl. INGLEHART 1977a: 116ff, 149ff, 179ff, 216ff, 244ff, 293ff). Von einer systematischen empirischen Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des Wertewandels auf die Einstellungen zur Politik kann allerdings nicht die Rede sein. Weder das verfügbare Datenmaterial noch die relevanten Strategien zur Datenanalyse wurden in den betreffenden Arbeiten auch nur annähernd ausgeschöpft.

Vor der Untersuchung der Beziehungen zwischen Materialismus, Postmaterialismus und politischen Einstellungen muß man sich nochmals vergegenwärtigen, daß INGLEHART die genannten Prioritäten für fundamentale politische Wertorientierungen hält, also für Konzeptionen einer wünschenswerten politischen Ordnung. Sie beherrschen die Vorstellungswelt der betreffenden Trägergruppen, dominieren und prägen damit auch ihre Einstellungen zum politischen System und zur eigenen Rolle in der Politik. Nach PAPPI und LAUMANN (1974:161) können Werte, ähnlich wie (ökonomische, OWG) Interessen, die soziale Basis für Gruppen-

bildungen und aus diesen resultierende Konfliktmuster abgeben. KAASE und KLINGEMANN (1979:534) schreiben den Wertorientierungen ebenfalls eine große Bedeutung für die Entwicklung politischer Spannungslinien zu, "weil die Interessengegensätze der Gesellschaft in der Regel unter Bezug auf solche Wertorientierungen ausgetragen werden".

Materialistische und postmaterialistische Präferenzen stehen im Zentrum eines kulturellen Differenzierungsprozesses, zumal sie auch in unterschiedlichen gesellschaftlichen Trägergruppen verankert sind. INGLEHART (1977a:285f) stellt ihre Relevanz für die Beziehung der Bevölkerung zur Politik klar heraus: "The politics of the late 1960's in the United States, Germany and France had certain features in common: (1) the advocacy of social change tended to have a middle-class rather than a working-class base; (2) age cleavages became virtually as important as social class cleavages; (3) non economic issues achieved a high degree of salience. These features were related. After a prolonged period of almost uninterrupted economic growth, the *principal axis of political cleavage* began to shift from economic issues to *life-style issues*, entailing a shift in the constituency most interested in obtaining change ... The resulting shift toward emphasis on new political goals might be called the Post-Materialist phenomenon ... In each of the three countries discussed here (and in a number of others as well) the Post-Materialist phenomenon eventually gave rise to a Materialist reaction that overwhelmed the call for radical social change and left the Post-Materialists feeling defeated and demoralized" (Hervorh. OWG).

Die durch die Ausbreitung des Postmaterialismus bedingte Neuformierung der politischen Konfliktstrukturen kann nicht folgenlos für die Einstellungen der Beteiligten zur Politik bleiben, falls es sich bei den beschriebenen Vorgängen tatsächlich um einen Wertewandel handelt. Auf der Basis des bereits bekannten Analyseschemas soll nun gezeigt werden, in welcher Hinsicht sich die politischen Einstellungen der Postmaterialisten und der Materialisten voneinander unterscheiden.

3.1. Wertorientierungen und politische Mobilisierung

Die gesellschaftliche Modernisierung war in den westlichen Demokratien nicht nur mit einer Veränderung der politischen Wertvorstellungen verbunden. Sie brachte, wie INGLEHART in Übereinstimmung mit zahlreichen Autoren feststellt, als ein weiteres wichtiges Ergebnis die politische Mobilisierung der Bevölkerung mit sich (vgl. INGLEHART 1977a:293ff, dort auch Hinweise zum Zusammenhang soziale Modernisierung, politische Mobilisierung und Wertewandel).

Die von INGLEHART benutzte Bezeichnung "kognitive Mobilisierung" muß für unsere Zwecke präzisiert werden. Er behandelt nämlich in den betreffenden Kapiteln seiner Arbeiten nicht nur politische Kenntnisse, sondern auch normative Orientierungen und politische Verhaltensformen. Hier sind aus den bekannten Gründen nur politische Einstellungen von Interesse.

Ähnlich wie der Wertewandel hat die politische Mobilisierung der Bevölkerung ihre Ursachen in der Erhöhung des Bildungsniveaus, der Ausbreitung der elektronischen Massenmedien und in der Verstärkung der Gesellschaft: "The essence of this process is the development of the skills needed to manipulate political abstractions and thereby to coordinate activities that are remote in space and time. Without such skills, one is more or less doomed to remain outside of the political life of a modern nation-state. Consequently, historical changes in the distribution of these skills have been a major factor in defining the politically relevant public" (INGLEHART 1977a: 295).

Die von INGLEHART mit dem Begriff der kognitiven Mobilisierung beschriebenen Sachverhalte lassen sich zu den folgenden drei Komplexen von Variablen gruppieren:

- (1) die Verfügung über politische Kenntnisse und die Fähigkeit, diese in der Auseinandersetzung mit der politischen Umwelt sachgerecht zu verwenden,
- (2) die Erhöhung des politischen Kompetenzbewußtseins und die

zunehmend positivere Bewertung der verschiedenen Erscheinungsformen des politischen Protests sowie

- (3) die kritische Einschätzung der Leistungsfähigkeit der etablierten Institutionen der politischen Willensbildung, insbesondere der politischen Parteien, der Interessenverbände und der Wahlen.

Alle drei Vorgänge beschreibt INGLEHART verhältnismäßig ausführlich (vgl. INGLEHART 1977a:297ff). Er bezieht sich dabei auch auf das für diese Arbeit wichtige Konzept der "Civic Orientations", zu dessen Definition er die Variablen subjektive politische Kompetenz, politisches Effektivitätsbewußtsein, politische Informiertheit und Interesse für politische Vorgänge heranzieht (vgl. INGLEHART 1977a:298). Die wohl wichtigste politische Veränderung in den westlichen Demokratien sieht er im Auseinanderdriften der Einschätzung der eigenen Rolle in der Politik und der Bewertung des politischen Systems. Er zeigt diese Entwicklung am Beispiel der USA auf: "Despite diminishing confidence in political institutions, the objective competence of the American public seem to have increased" (INGLEHART 1977a:310).

Die Beziehung zwischen dem Wertewandel und der kognitiven Mobilisierung wird nur mittelbar, über die gemeinsamen gesellschaftlichen Bedingungen beider Prozesse, hergestellt (vgl. INGLEHART 1977a:317ff). Die politische Mobilisierung und der Übergang zum postmaterialistischen Wertesystem sind nach INGLEHARTs Einschätzung in den jungen, gut gebildeten Bevölkerungsgruppen besonders weit fortgeschritten. Dagegen vermeidet er es offensichtlich, klare Angaben über Ursache-Wirkungs-Beziehungen zwischen diesen beiden Variablenkomplexen zu machen. Nimmt man seine Charakterisierung des Materialismus und des Postmaterialismus als fundamentale Wertorientierungen jedoch ernst, dann muß man sie als intervenierende Variable zwischen den sozialen Hintergrundmerkmalen einer Person und ihren Einstellungen zu politischen Objekten betrachten.

In dem hier benutzten Beschreibungsraster politischer Orien-

tierungen deckt die kognitive Mobilisierung mehrere Felder ab. Sie bezieht sich zunächst auf das gesamte Spektrum politischer Kenntnisse, unabhängig davon, ob diese das Gesamtsystem oder dessen Subsysteme, die politische Umwelt und die eigene Rolle in der Politik betreffen.

Obgleich INGLEHART den Einfluß der Wertorientierungen auf die politische Mobilisierung der Bevölkerung nicht systematisch erörtert, ergeben sich aus seinen Ausführungen genügend Anhaltspunkte für eine Rekonstruktion seiner Annahmen. Die Materialisten weisen demnach nur schwach entwickelte politische Kenntnisse auf, die Politik erscheint ihnen vergleichsweise unwichtig, in besonderem Maße gilt dies für die Input-Seite des politischen Systems. Auf der Basis von INGLEHARTs Arbeiten läßt sich zwar die Feststellung treffen, daß diese Gruppe dem Typus der Staatsbürgerkultur nicht entspricht, doch muß zunächst offen bleiben, ob das bei ihnen vorherrschende Einstellungsmuster eher zum parochialen oder zum Untertanentyp tendiert.

In Anbetracht ihrer Kenntnisse, ihres Involvierungsgrades und ihres politischen Selbstbewußtseins kann man die Postmaterialisten als Träger einer partizipativen politischen Kultur betrachten. Die Abweichung vom Leitbild der Staatsbürgerkultur besteht darin, daß das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der etablierten Institutionen und Verfahren politischer Willensbildung nur schwach entwickelt ist. Das für sie typische Orientierungsmuster ist in Anlehnung an ALMOND und VERBA als rational-aktivistisch zu bezeichnen. Zu den politischen Einstellungen der Mischgruppe äußert sich INGLEHART nicht.

3.2. Postmaterialismus, Materialismus und die Einstellungen zur Output-Komponente des politischen Systems

Die Begriffe "Wert" und "Ziel" werden in der Literatur weitgehend synonym benutzt (vgl. FRIEDRICHS 1968:87ff). Es erscheint deshalb fast tautologisch, wenn man den Materialismus mit Zie-

len der "Alten Politik", den Postmaterialismus mit solchen der "Neuen Politik" assoziiert: "Change in individual values affects one's orientation toward political issues. If material concerns lessen in relative importance, there may be a decline in the importance of issues that reflect the stratification system of industrial society; ideology, ethnicity, life-style, and so on may assume greater importance. Class politics may decline in favor of status or cultural or 'ideal' politics" (INGLEHART 1977a:12f; detaillierte Beschreibungen des Konzepts der Alten und der Neuen Politik finden sich bei MILLER 1974a: bes. 962f; MILLER, LEVITIN 1976:bes. 63ff; FARAH, BARNES, HEUNKS 1979; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:136ff).

Die Ausbreitung postmaterialistischer Wertorientierungen zieht definitionsgemäß eine Umgruppierung der politischen Zielvorstellungen der Bevölkerung nach sich. Sie betrifft somit einen Aspekt der politischen Kultur, den CZUDNOWSKI (1968) als "Bedeutungsdimension der Politik" bezeichnete. Um die Leitwerte "Meinungsfreiheit und Mitwirkung" bzw. "physische und ökonomische Sicherheit" gruppieren sich die konkreten Issue-Präferenzen der Alten und der Neuen Politik. BAKER, DALTON und HILDEBRANDT (1981:139ff) rechnen zu den "Brot- und Butter-Problemen" die traditionellen sozio-ökonomischen Wohlfahrts- und Verteilungsziele, wie z.B. die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, die Steuerpolitik und die Altenfürsorge (vgl. ähnlich, aber mit etwas anderen Akzenten: FARAH, BARNES, HEUNKS 1979: 412ff). Zur "Neuen Politik" gehören ihren Untersuchungen zufolge der Ausbau des Bildungswesens, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb und die Entspannungspolitik. FARAH, BARNES und HEUNKS (1979:412ff) subsumieren unter die Gleichheitsziele der Neuen Politik die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Engagement gegen eine Diskriminierung von Minderheiten und den Abbau der Unterschiede zwischen arm und reich.

Mit der Ausbreitung postmaterialistischer Wertorientierungen gewinnen die Ziele der Neuen Politik in den westlichen Industriegesellschaften an Dringlichkeit. Sie werden vor allem von

den postmaterialistisch eingestellten Bevölkerungsgruppen verfolgt, während für die ökonomisch weniger gesicherten Materialisten die wohlfahrtsstaatlichen Versorgungs- und Verteilungsziele unverändert Vorrang besitzen (vgl. INGLEHART 1977a: 136f). Die Verlagerung der Issue-Präferenzen veranlaßt aber die Postmaterialisten keineswegs dazu, die Sicherheits- und Versorgungsziele gänzlich zu vernachlässigen; denn diese stehen vielfach in einem instrumentellen Verhältnis zu den Zielen der Neuen Politik. Es ist in der Regel einfacher, neue politische Programme aus Zuwächsen des Volkseinkommens zu finanzieren als die bestehenden Ressourcen umzuverteilen. Aus diesem Grunde liegt das politische Anspruchsniveau der Postmaterialisten generell höher als das der Materialisten. Nach KLAGES und HERBERT (1983:63ff, bes. 65; vgl. auch: KLAGES 1984:50ff) wirken sämtliche mit den NON-KON-Dispositionen verbundene "Wertdimensionen ... anspruchsfördernd und forderungsbegünstigend". Bei den KON-Dispositionen treten dagegen die anspruchsdämpfenden und forderungshemmenden Aspekte in den Vordergrund.

INGLEHART leitet aus dem Wertewandel zunächst eine Veränderung der Issue-Präferenzen ab. Damit sind noch keine Aussagen über die *Zufriedenheit* der Materialisten und der Postmaterialisten mit dem Leistungsoutput der Regierung, ihren "policies" möglich. Die Bewertung der Regierungsaktivitäten ergibt sich nach INGLEHART aus den jeweils vorherrschenden politischen Rahmenbedingungen. Da die Politik in den westlichen Industrieländern seiner Ansicht nach auf materialistische Ziele fixiert ist und die Anliegen der Postmaterialisten folglich nicht hinlänglich zum Zuge kommen, vermutet er in dieser Gruppe ein überdurchschnittliches Unzufriedenheitspotential. Diese Tendenz werde durch die starke Sensibilität der Postmaterialisten für gesellschaftliche Probleme verstärkt; denn in Folge ihrer günstigen persönlichen Lebensumstände könnten sie sich intensiv sozialen Belangen widmen: "... Post-Materialists are Post-Materialists precisely because they do *not* derive relatively great subjective satisfaction from their relatively favorable material conditions" (INGLEHART 1977a:137; Hervorh. im Original). In besonderem Maße richtet sich ihr Unbehagen auf solche

Politikfelder, die nicht durch die sozio-ökonomische Wohlfahrts- und Verteilungspolitik abgedeckt werden (vgl. ausführlich: INGLEHART 1977a:122, 129ff, 137ff, 171ff, 364f; BARNES, INGLEHART 1974).

Die Unzufriedenheit der Postmaterialisten mit der Politik in den westlichen Demokratien bleibt nicht auf die policy-Ebene begrenzt. Es erstreckt sich auch auf die allgemeine Handhabung der Amtsgeschäfte durch die politische Führung. Am Beispiel der Vereinigten Staaten beschreibt INGLEHART, wie sich aus dem Protest gegen den Inhalt bestimmter politischer Entscheidungen ein allgemeiner Vertrauensverlust der politischen Führung entwickelte. Seinen Vermutungen zu Folge läuft in anderen westlichen Demokratien ein ähnlicher Vorgang ab: "Certain specific problems such as the civil rights struggle and the war in Vietnam may be more or less unique to this country. But, in a broader sense, the emergence of these issues seems to reflect a shift in public expectations of government and an inadequate effort of governments to adjust to new demands. The rise of the Materialist/Post-Materialist dimension as a basis of political polarization has greatly complicated the task of governing elites. Insofar as this is true, declining trust in government is probably a widespread phenomenon" (INGLEHART 1977a: 307; vgl. auch: INGLEHART 1977a:306ff). Am deutlichsten müßte die beschriebene Vertrauenskrise bei den Postmaterialisten feststellbar sein. Allerdings intervenieren die vorherrschenden politischen Rahmenbedingungen zwischen den Wertorientierungen und der Regierungszufriedenheit. Auf Grund ihrer Präferenz für linke Parteien ist die Unzufriedenheit der Postmaterialisten unter konservativen Regierungen besonders groß. Eine maßgebliche Beteiligung sozialdemokratischer oder sozialistischer Parteien an der Regierung dagegen schwächt ihre Distanz zur politischen Führung ab (zum Zusammenhang zwischen Wertorientierungen und Parteipräferenz ausführlich: INGLEHART 1977a:179ff; 1979a).

Die Hypothesen über die Einstellungen der Materialisten zu den Inhalten und den Trägern politischer Entscheidungen muß man

gesetzte Merkmalskombination auf. In der Terminologie von "The Civic Culture" könnte man die erste Konstellation als "Output-Entfremdung" oder als Inkongruenz von Selbst- und Systembewertung bezeichnen, die zu politischen Destabilisierungen führen kann. Demgegenüber könnte sich möglicherweise die bei den Materialisten anzutreffende Konstellation als Hemmnis für eine innovative Politik erweisen.

3.3. Die Systembewertung der Materialisten und der Postmaterialisten

In der politischen Kulturforschung behandelt man die Einstellungen der Bevölkerung zum politischen System als allgemeinem Objekt als einen eigenständigen, von den Input- und den Output-Orientierungen relativ unabhängigen Komplex von Dispositionen. Auf diese Weise ist sichergestellt, daß die Systemakzeptanz nicht von kurzfristigen Schwankungen in der Einstellung zu den Institutionen und Verfahren der politischen Willensbildung, zum Inhalt politischer Entscheidungen und zu den für die Politik verantwortlichen Personen und Organisationen abhängt. CONRADT (1980:221) bezeichnet die Zustimmung zum politischen System als "rain and shine support" und schreibt ihr eine für die Systemstabilität maßgebliche Bedeutung zu.

INGLEHARTs Aussagen über die Beziehungen zwischen der Systembewertung und den anderen Elementen des Einstellungssystems der Bevölkerung westlicher Demokratien sind nicht eindeutig: Einerseits vertritt er die These, die in den USA feststellbare Vertrauenskrise richte sich eher auf die amtierende Führung als auf das politische Institutionensystem ("regime") oder auf die politische Gemeinschaft (vgl. INGLEHART 1977a:307). Auf der anderen Seite aber ist von einer rückläufigen Zufriedenheit mit den Regierungsausgaben *und* mit den nationalen *Institutionen* die Rede, die sogar die Legitimitätsbasis des politischen Systems tangiere: "Key American institutions from the business corporation to the government itself seem to be undergoing a crisis of legitimacy" (INGLEHART 1977a:15; vgl. auch: INGLEHART

1977a:14f; BARNES, INGLEHART 1974:162ff).

Der abnehmende Rückhalt des politischen Systems und der in ihm geltenden Spielregeln steht nach INGLEHART in einem eindeutigen Zusammenhang mit dem Wertewandel: "Changing values combine with a growing sense of the inadequacy of existing institutions" (INGLEHART 1977a:14f). Er hat dabei zwar in erster Linie die Institutionen der politischen Beteiligung, aber keineswegs ausschließlich diese, im Blick.

Dieselben Faktoren, die die Postmaterialisten in die Distanz zur Regierung und ihren Handlungen bringen, bewirken auch deren negative Einstellung zum politischen System, nämlich die Diskrepanz zwischen den eigenen Zielen und den im System institutionalisierten Werten (vgl. INGLEHART 1977a:143; 1977b: 457ff, bes. 463; BARNES, INGLEHART 1974). Sie sind auch für die Identifikation der Materialisten mit dem Status Quo verantwortlich. Diese kann allerdings in Gefahr geraten, sobald sich die politische Führung - bei unverändert fortbestehenden Defiziten im Bereich der Sicherheits- und Erhaltungsziele - postmaterialistischer Ziele annimmt (vgl. auch die Hinweise auf rechtspopulistische Bewegungen bei INGLEHART 1977b: 465).

INGLEHART hält den Wandel in den Grundlagen politischer Unzufriedenheit für eine der wichtigsten politischen Veränderungen in den westlichen Demokratien. Diese Annahme ist hoch plausibel, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die unzufriedene Gruppe, die Postmaterialisten, gleichzeitig ein überdurchschnittlich entwickeltes Niveau politischer Kompetenz aufweist. Unter solchen Voraussetzungen kommt es im politischen System zu einem starken Veränderungsdruck, der sich nach INGLEHART allerdings eher an reformistischen als an revolutionären Zielvorstellungen orientiert (vgl. INGLEHART 1977b:465ff; INGLEHART, KLINGEMANN 1979:211).

Die Systemzufriedenheit stellt innerhalb des Gesamtzusammenhanges politischer Einstellungen wohl die wichtigste Größe

dar. Insbesondere bei sich ausbreitenden Zweifeln an der Legitimität der politischen Ordnung ist die Systemstabilität in hohem Maße gefährdet. Selbst eine erfolgreiche Politik der Regierung kann in einer solchen Situation nur begrenzt stabilisierend wirken (vgl. LIPSET 1981:64ff). Sofern INGLEHARTs Annahmen über die Systembewertung durch die Materialisten und der Postmaterialisten zutreffen, ist in den westlichen Demokratien mittel- bis langfristig eine Verschärfung der politischen Auseinandersetzung zu erwarten, an deren Ende eine mehr oder weniger umfassende Veränderung der politischen Ordnung stehen könnte. Es versteht sich von selbst, daß eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der politischen Gemeinschaft und mit dem politischen Regime mit dem Leitbild der Staatsbürgerkultur nicht in Einklang steht. Für eine solche Diskrepanz gibt es zwei mögliche Erklärungen: Die Systemkritik kann Mängel der Verfassungswirklichkeit reflektieren und durch ein Fehlverhalten der politischen Akteure verursacht sein. Sie hat aber möglicherweise auch mit einer mangelnden Bereitschaft bestimmter Gruppen zu tun, die Spielregeln der Demokratie zu akzeptieren. In beiden Fällen besteht die von ALMOND und VERBA beschriebene Inkongruenz von politischer Kultur und politischer Struktur.

3.4. Zusammenfassende Typologisierung der politischen Einstellungen der Materialisten und der Postmaterialisten

In INGLEHARTs Theorie der Stillen Revolution ist die Analyse der politischen Folgen des Überganges von materialistischen zu postmaterialistischen Prioritäten nur eines von mehreren Problemfeldern. Seine Aussagen zu diesem Komplex bilden kein systematisches, in sich geschlossenes Hypothesensystem, man muß sie vielmehr aus einzelnen Publikationen zusammentragen. Insofern beanspruchen meine Aussagen zum Zusammenhang zwischen den Wertorientierungen und den Einstellungen zum politischen System keine Vollständigkeit. Ich hoffe aber, die wichtigsten Unterscheidungsmerkmale zwischen den Materialisten und den

Postmaterialisten vorgestellt zu haben und möchte die betreffenden Hypothesen über die politischen Folgen des Wertwandels nachfolgend kurz zusammenfassen (vgl. Abb. 2 - 1).

Materialisten und Postmaterialisten unterscheiden sich definitionsgemäß in ihren Vorstellungen über die wichtigsten Ziele des politischen Systems. Die Materialisten geben den Sicherheits- und Erhaltungsbedürfnissen den Vorrang, die Postmaterialisten votieren für demokratisch-partizipative Ziele. Aus diesen verschiedenartigen Prioritäten ergeben sich auch unterschiedliche Wahrnehmungen und Bewertungen der politischen Umwelt. Die politische Praxis westlicher Demokratien ist, so INGLEHART, materialistischen Zielen verpflichtet, die politischen Forderungen der Postmaterialisten finden demgegenüber deutlich weniger Beachtung. Beide Gruppen unterscheiden sich somit in ihrer Zufriedenheit mit den *Output-Leistungen* des politischen Systems. Da die materialistische Bevölkerungsmehrheit zudem ihre Interessen bei den am Wahlerfolg interessierten politischen Eliten gut aufgehoben weiß, dürfte sie insgesamt eine positivere Einstellung zu den Output-Strukturen des politischen Systems aufweisen als die postmaterialistische Minderheit, deren Durchsetzungschancen INGLEHART ungleich ungünstiger einschätzt.

Die Postmaterialisten fühlen sich nicht allein durch die *Inhalte* der politischen Entscheidungen benachteiligt. Sie machen darüber hinaus die im politischen System institutionalisierten *Werte, Ziele und Spielregeln* für die Diskrepanz zwischen ihren Wünschen und der ausgeführten Politik verantwortlich und übertragen deshalb ihre Unzufriedenheit von den Outputs auf das *System* als allgemeines Objekt. Dagegen entspricht die politische Ordnung den Vorstellungen der Materialisten. Sie bewerten sie positiv und setzen sich für ihre Erhaltung ein. INGLEHART betrachtet die Unterschiede in der Systembewertung durch unsere Untersuchungsgruppen nicht als genuine Eigenschaft materialistischer und postmaterialistischer Werthaltungen. Sie ergeben sich aus der Beziehung zwischen den politischen Wertvorstellungen der Materialisten und Postmaterialisten zu den

Abb. 2- 1: Zusammenfassende Gegenüberstellung der politischen Orientierungsmuster von Materialisten und Postmaterialisten mit dem Leitbild der Staatsbürgerkultur

Variable	Merkmale der Staatsbürgerkultur nach ALMOND/VERBA	INGLEHARTS Annahmen über die Folgen des Auftretens materialistischer Orientierungen	postmaterialistischer Orientierungen
Politische Kenntnisse	mittel bis groß	unterdurchschnittlich	überdurchschnittlich
Bedeutsamkeit der Politik	mittel bis groß	unterdurchschnittlich	überdurchschnittlich
Politisches Kompetenzbewußtsein	mittel bis groß	unterdurchschnittlich	überdurchschnittlich
Bewertung der Input-Institutionen und Verfahren	überwiegend positiv	überwiegend indifferent	überwiegend negativ
Leistungserwartungen	mittel bis groß	unterdurchschnittlich	überdurchschnittlich
Bewertung der Output-Institutionen und Inhalte	überwiegend positiv	überwiegend positiv	überwiegend negativ
Systembewertung	stark positiv	stark positiv	überwiegend negativ

im politischen System vorherrschenden Zielen.

Unterschiede schließlich bestehen auch in den *Input-Orientierungen* beider Gruppen. Die Postmaterialisten wünschen eine verstärkte Einflußnahme der Bürger auf politische Entscheidungen und glauben, im Bedarfsfalle auch erfolgreich Einfluß ausüben zu können. In Folge der Diskrepanz zwischen den eigenen Vorstellungen und der politischen Praxis sowie der Zweifel an der Leistungsfähigkeit der traditionellen Strukturen politischer Willensbildung halten sie dies auch für notwendig. Dagegen ergibt sich - nicht zuletzt aus der Konvergenz von eigenen Zielvorstellungen und politischer Praxis - bei den Materialisten keine solch positive Einstellung zu den eigenen politischen Einflußchancen. Ihr Politikverständnis ist, um einen Begriff von WARREN (1957:627ff) zu verwenden, eher *aufgaben-* als *verfahrensorientiert*. Sie bewerten das politische System stärker unter dem Gesichtspunkt der Leistungen, die es für sie erbringt als unter jenem der Teilnahmerechte, die es ihnen gewährt. Bei den Postmaterialisten spielen beide Gesichtspunkte eine wichtige Rolle.

Diese Unterschiede in den Input-Orientierungen resultieren nicht zuletzt aus dem Ausmaß kognitiver Mobilisierung beider Gruppen. Die Postmaterialisten messen der Politik eine wichtigere Rolle für das eigene Leben bei, sie sind politisch interessierter, informierter und verstehen es besser als die übrige Bevölkerung, ihre Kenntnisse im Umgang mit der politischen Wirklichkeit einzusetzen. Für die Materialisten dagegen gehört die Politik eher zu den peripheren Daseinsbereichen, für die man sich nicht sonderlich interessiert und in denen man sich nur wenig auskennt. Die soziodemographischen Merkmale beider Gruppen verstärken die mit ihren Wertorientierungen verbundenen politischen Dispositionen.

Eine Zusammenfassung dieser einzelnen Einstellungen zu einem *Muster* politischer Orientierungen läßt eine Aussage über den Typus politischer Kultur zu, den wir bei den Materialisten und bei den Postmaterialisten zu erwarten haben. Weder die

Materialisten noch die Postmaterialisten entsprechen dem von ALMOND und VERBA (1965) vorgestellten Leitbild der Staatsbürgerkultur. Bei ersteren sind die politischen Kognitionen und die Input-Orientierungen zu schwach entwickelt, bei letzteren fehlt es am Vertrauen zum politischen System und zur politischen Führung, an einer positiven Einstellung zu den Leistungsoutputs und schließlich an einer Akzeptanz der Institutionen und Verfahrensregeln der politischen Willensbildung. Während die Materialisten als Träger einer parochialen oder einer Untertanenkultur zu bezeichnen sind (vgl. zur Beschreibung dieses Typus auch: FINIFTER 1970:407; GAMSON 1968:53ff), entspricht die bei den Postmaterialisten vermutete Merkmalskombination dem von ALMOND und VERBA als rational-aktivistisch beschriebenen Typus. Ihre kritische Einstellung zum politischen *System*, weniger die Unzufriedenheit mit der politischen Führung und ihren Leistungsoutputs, indiziert die von den Autoren als stabilitätsgefährdend eingeschätzte Inkongruenz von politischer Struktur und politischer Kultur, die Zurückweisung der im politischen System insitutionalisierten Spielregeln, Organisationsmuster, Werte und Normen.

Die Materialisten weichen vom Typus der Staatsbürgerkultur ab, weil ihnen das Verständnis für die Notwendigkeit der Verantwortlichkeit und demokratischen Kontrolle der politischen Eliten fehlt. Bei einer Dominanz dieses Orientierungsmusters verfügt die politische Führung zwar über den zum effektiven Handeln benötigten Spielraum, sie wird jedoch nicht zu einer der Bevölkerung verantwortlichen Politik gezwungen. Politische Innovationen hängen ausschließlich von der Bereitschaft der Eliten ab, den Status Quo zu verändern.

Bei den Postmaterialisten treffen wir eine genau entgegengesetzte Merkmalskombination an (starkes Engagement, schwaches Vertrauen). Setzt sich dies Muster von Orientierungen in einem politischen System durch, dann treten die in der Literatur häufig beschworenen Probleme der Regierbarkeit auf, da die politische Führung einerseits ständig einer großen Zahl politischer Erwartungen ausgesetzt ist, auf der anderen Seite aber

nicht das Vertrauenskapital besitzt, das sie benötigt, um die von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen artikulierten Forderungen aufeinander abzustimmen. Zusätzliche Komplikationen ergeben sich, wenn die Wünsche in sich widersprüchlich sind oder von artikulationsstarken Gruppen mit unvereinbaren Zielen vorgetragen werden. FINIFTER (1968:407) und GAMSON (1968:53ff) bewerten die Konsequenzen dieser als "abweichend" bzw. "reformistisch" bezeichneten Kombinationen von geringem Vertrauen und stark entwickeltem Kompetenzbewußtsein unterschiedlich. Sie sind sich aber einig in dem Urteil, daß unter solchen Bedingungen ein beträchtlicher Veränderungsdruck besteht.

In dieser Arbeit werden weder die Verhaltensimplikationen noch die auf der Systemebene auftretenden Konsequenzen des Überwiegens staatsbürgerlicher, untertanenspezifischer, parochialer oder abweichender Orientierungsmuster untersucht. Dennoch eignen sich die hier nochmals knapp zusammengestellten Annahmen über die demokratiethoretische Relevanz der politischen Folgen der Stillen Revolution als Anhaltspunkte für die Interpretation der im folgenden Teil präsentierten empirischen Daten.

3. TEIL: VERLAUF UND BEDINGUNGEN DER STILLEN REVOLUTION IN DER BUNDESREPUBLIK - ERGEBNISSE DER EMPIRISCHEN ANALYSE

INGLEHARTs Aussagen über Verlauf, Bedingungen und Folgen der Stillen Revolution besitzen nicht den Status von Tatsachefeststellungen. Sie sind vielmehr als empirisch zu prüfende Hypothesen zu behandeln. Zunächst steht die *deskriptive* Gültigkeit der Wertwandels-Hypothese, die Behauptung eines Überganges von materialistischen zu postmaterialistischen Wertorientierungen, zur Debatte. Dabei spielen zwei Teilfragen eine Rolle: (1) Vollzog sich tatsächlich ein *Wandel*, d.h. ein Übergang von materialistischen zu postmaterialistischen Prioritäten? und: (2) Handelt es sich bei der eventuell festzustellenden Veränderung um einen Wandel grundlegender *Wertorientierungen*? Der Stand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit INGLEHART erlaubt es mir, mich auf die Diskussion einiger Aspekte dieser beiden Fragen zu konzentrieren. Die Entwicklung materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten im Zeitraum 1970-1980 wurde von BÖLTKEN und JAGODZINSKI (1983; 1985) so gründlich und methodisch differenziert untersucht, daß hierzu keine detaillierten Ausführungen erforderlich sind. Was den Status von Materialismus und Postmaterialismus als Wertorientierungen angeht, skizziere ich einige Möglichkeiten der empirischen Prüfung. Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit den zu erwartenden *Folgen* des Auftretens materialistischer bzw. postmaterialistischer Orientierungen für weniger zentrale Bestandteile des individuellen Orientierungssystems. Weitere Möglichkeiten der empirischen Analyse kann ich wegen der geringen Datenmasse eher andeuten als sie im Rahmen meiner Auseinandersetzung mit INGLEHART systematisch einzusetzen.

1. Zur Operationalisierung der Begriffe "Materialismus" und "Postmaterialismus"

Bei der Beschäftigung mit der Frage, ob materialistische und postmaterialistische Orientierungen als Wertorientierungen an-

zusehen sind, hat man sich an INGLEHARTs Annahmen über die Eigenschaften von Wertvorstellungen zu orientieren. Man kann seinen Ausführungen einige wichtige Anhaltspunkte für die Operationalisierung und empirische Prüfung entnehmen. Insbesondere die in den einschlägigen Definitionen relativ übereinstimmend angeführten Merkmale der *Dauerhaftigkeit/Stabilität*, der (relativen) *Situationsunabhängigkeit* und der *Zentralität* der Wertorientierungen innerhalb eines komplexen Systems individueller Orientierungsmuster - (vgl. auch: CONVERSE 1964; LANE 1973; INGLEHART 1985a) - bieten brauchbare Ansatzpunkte für die empirische Analyse.

Bei der Messung materialistischer und postmaterialistischer Orientierungen treten einige methodische Probleme auf. Sie ergeben sich aus dem theoretischen Status von Wertorientierungen als Dispositionsbegriffen (vgl. auch: INGLEHART 1981:884): Immer wenn es um die Messung *latenter Eigenschaften* geht, ist der Meßvorgang mit besonderen Fehlerrisiken behaftet. Weitere Schwierigkeiten resultieren aus der den Werten zugeschriebenen Funktion als Selektionsstandards: Wenn man eine mit der Theorie konsistente Messung anstrebt, muß man dieser selektiven Funktion von Werten Rechnung tragen. So heißt es bei KMIECIAK (1976:154): "Werte werden über *Konfliktsituationen* erhoben, die durch eine *Entscheidung ... zu lösen sind*" (Hervorh. OWG). Natürlich kann man immer nur im Einzelfalle bestimmen, ob ein Fragebogen oder ein Laborexperiment eine derartige Konfliktsituation einigermaßen adäquat nachbildet. Doch macht es schon einen Unterschied aus, ob eine Person eine Entscheidung über Alternativen unter realen Konfliktbedingungen oder in der mehr oder minder "unnatürlichen" und letztlich auch unverbindlichen Situation einer sozialwissenschaftlichen Erhebung trifft. INGLEHARTs Meßinstrument weist m.E. in dieser Hinsicht eine starke Fehleranfälligkeit auf, weil es dem Befragten eine Entscheidung zwischen Alternativen abverlangt, die sich normalerweise in dieser Form nicht stellt.

Da der Autor sein methodisches Vorgehen ausführlich beschreibt (vgl. INGLEHART 1977a:27ff, 39ff; 1979b:284ff; 1979c:311ff;

1981:884), reichen hierzu einige knappe Hinweise. INGLEHART wählt in Anlehnung an theoretische und methodische Vorarbeiten von ROKEACH (1968:551ff; 1971:22ff, dort auch Hinweise auf frühere Publikationen) zur Messung materialistischer und post-materialistischer Prioritäten ein *Rangordnungsverfahren*. Diese Vorgehensweise ist im Prinzip theoretisch angemessen, wenn man Werte bzw. Wertorientierungen als selektive Standards behandelt. INGLEHART (1982:449) begründet die Methode des Rangordnungsverfahrens adäquat: Er weist darauf hin, daß nahezu jeder Ziele wie Freiheit *und* Ordnung, wirtschaftliches Wachstum *und* Lebensqualität hoch bewertet. Erst bei der Notwendigkeit, zwischen konfligierenden Zielen zu wählen, lege man seine Präferenzen offen. Auch MARSH (1977:168) unterstreicht die Adäquanz des Rangordnungsverfahrens: "It is the choice itself that is postbourgeois: the assignment of greater *relative* importance to freedom and participation over basic material and civic security" (MARSH 1977:168; kritische Anmerkungen zu diesem Verfahren, besonders in der von ROKEACH praktizierten Form finden sich bei MEYER, RUEGG 1979:51; STROBEL 1979:489).

Der von INGLEHART konzipierte Materialismus/Postmaterialismus-Index wird seit 1970 ziemlich regelmäßig in Umfragen verschiedener Forschergruppen eingesetzt. Bedauerlicherweise konnte man sich bislang nicht zu einer einheitlichen Erhebungsform entschließen. Allein das Codebuch zum ALLBUS 1982 (ALLBUS-Codebuch 1982:419ff) enthält sieben unterschiedliche Erhebungsversionen. Auf dieser Grundlage gibt es bei einem Vergleich der Untersuchungsergebnisse beträchtliche Unsicherheitsfaktoren, zumal zusätzlich auch die Verfahren der Stichprobenkonstruktion in den einzelnen Umfragen variieren. Es ist letztlich nicht eindeutig entscheidbar, in welchem Maße die Unterschiede im Antwortverhalten der Befragten auf das Meßverfahren, auf die Zusammensetzung der Stichprobe oder auf tatsächliche Veränderungen der politischen Prioritäten der befragten Personen zurückgehen (vgl. hierzu ausführlich die kritischen Hinweise bei BÖLTKEN, GEHRING 1984:43ff).

Man kann das Problem der Vergleichbarkeit der einzelnen empirischen

rischen Befunde zum Postmaterialismus-Problem nicht einfach übergehen. Andererseits ließen sich bislang weder INGLEHART noch seine Kritiker durch die Unklarheiten in der Datenlage davon abhalten, die Entwicklung materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten seit dem Beginn der siebziger Jahre zu beschreiben und zu erklären. Ein völliger Verzicht auf Zeitreihenanalysen erscheint mir bei der gegebenen Datenlage auch nicht sinnvoll, jedoch ist dem Appell von BÖLTZEN und GEHRING (1984:51) zuzustimmen, "... erstens und vor allem für eine unverzerrte Datenbasis zu sorgen. Zweitens sollte man sich um mehr Vergleichbarkeit bemühen, wenn der gleiche Untersuchungsgegenstand erhoben wird."

In den meisten Erhebungen wurde der Materialismus/Postmaterialismus-Index in folgender Weise gebildet: Die Befragten wurden gebeten, aus den Zielen "Aufrechterhaltung der Ordnung in der Nation", "verstärktes Mitspracherecht der Menschen bei wichtigen Regierungsentscheidungen", "Kampf gegen steigende Preise" und "Schutz der freien Meinungsäußerung" nacheinander die beiden auszuwählen, denen sie die größte Wichtigkeit beimaßen. Rangierten das erste und das dritte Item auf den beiden höchsten Rangplätzen, dann wurde die betreffende Person als Materialist klassifiziert. Diejenigen Befragten, die dem zweiten und dem vierten Ziel den Vorrang einräumten, galten als Postmaterialisten. Die verbleibenden Personen wurden zu einer Mischgruppe zusammengefaßt. Andere Formen der Indexbildung sind bei INGLEHART (1979b:284ff) detailliert beschrieben, bleiben aber hier unberücksichtigt, um die Vergleichsmöglichkeiten zu maximieren.

Diese Operationalisierung materialistischer und postmaterialistischer Wertorientierungen stieß in der Literatur auf theoretisch wie auf methodisch begründete Kritik (vgl. die Zusammenfassung einschlägiger Einwände bei: MÜLLER-ROMMEL 1983; BÖLTZEN, GEHRING 1984). Die in diesem Zusammenhang vorgetragenen Bedenken sind meiner Ansicht nach überwiegend stichhaltig. Dennoch muß ich im Hinblick auf die Zielsetzung dieser Arbeit an INGLEHARTs Meßvorschlag festhalten. Eine Überprüfung der

Annahmen über die Bedingungen und Folgen der Stillen Revolution ist nicht sehr ergiebig, wenn man das Erhebungsinstrument verändert. Darüber hinaus bietet das verfügbare Datenmaterial auch kaum Möglichkeiten, Alternativen zur INGLEHARTSchen Konzeptualisierung politischer Wertorientierungen zu erproben.

2. Zum Verlauf des Wertwandels in der Bundesrepublik

Nach INGLEHARTS Wertwandelsthese befinden sich die westlichen Demokratien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in einer Phase des Überganges von materialistischen zu postmaterialistischen Wertsystemen. Für die Analyse des Prioritätenwandels in der Bundesrepublik bedeutet dies zunächst einmal ganz einfach: Der Anteil von Personen mit materialistischen Präferenzen darf am Ende des Untersuchungszeitraums (1984) nicht höher sein als an seinem Beginn (1970). Umgekehrt muß der Anteil von Personen mit postmaterialistischen Prioritäten vom Beginn bis zum Ende der Untersuchungsperiode ansteigen.

Auch über die Art der Veränderung kann man einige globale Annahmen formulieren: Der Übergang von materialistischen zu postmaterialistischen Prioritäten muß sich einigermaßen *stetig* vollziehen. Es dürfen keine rapiden Sprünge oder Einbrüche in den Zuwachsraten postmaterialistischer und im Rückgang materialistischer Orientierungen auftreten, weil eine derartige Entwicklung dem Verständnis von Wertorientierungen als relativ stabilen, sich allenfalls in bescheidenem Ausmaß ändernden Dispositionen widerspräche. Aus diesem Grunde sind in einem Untersuchungszeitraum von lediglich vierzehn Jahren auch keine dramatischen Veränderungen zu erwarten (vgl. INGLEHART, KLINGEMANN 1979:210; INGLEHART 1981:880ff). Da die nachfolgend präsentierten Daten aus unterschiedlichen Erhebungen stammen, in denen das Meßinstrument wie das Stichprobenverfahren variierten, sind Einwände gegen die Vergleichbarkeit der Angaben nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Dennoch erscheint es mir aus forschungspraktischen Gründen sinnvoll, die vorhandenen Datenbestände so weit wie möglich auszuschöpfen. Darüber

hinaus ist es ergiebiger, Mängel des Datenmaterials in der empirischen Analyse festzustellen als bei Beginn der Untersuchung vor eventuell auftretenden Schwierigkeiten zu kapitulieren.

Die erste und wichtigste Frage bei der Auseinandersetzung mit INGLEHARTs Wertwandels-Theorie lautet: "War am Beginn der Untersuchungsperiode der Anteil der Materialisten an der Bevölkerung der Bundesrepublik nennenswert größer als an ihrem Ende, und läßt sich parallel dazu eine entsprechende Zunahme des Anteils der Postmaterialisten feststellen?".

Beschränkt man sich auf einen Vergleich der Anfangs- und der Endpunkte der Datenreihe, dann ist diese Frage eindeutig zu bejahen (vgl. Tab. 3-1). Im Frühjahr 1970 bekundeten 42 Prozent der befragten Bundesbürger eine Präferenz für materialistische Ziele. Ihnen standen lediglich zehn Prozent Postmaterialisten gegenüber. Die Mischgruppe war fast so stark wie die der Materialisten (40 Prozent). Am Beginn der siebziger Jahre stellte der Postmaterialismus ein Minderheitenphänomen dar.

Vierzehn Jahre später finden wir eine gänzlich andere Konstellation vor. Im April 1984 gab nur noch ein Fünftel der Bevölkerung den materialistischen Sicherheits- und Erhaltungszielen den Vorzug. Der Anteil der Postmaterialisten lag lediglich um vier Punkte niedriger. Er hatte sich, ebenso wie der Prozentsatz von Personen mit gemischten Prioritäten, gegenüber 1970 beträchtlich erhöht.

Die Folgerung, dies Ergebnis bestätige eindrucksvoll die empirische Gültigkeit der Wertwandelstheorie, läßt sich aus Tabelle 3-1 allerdings keineswegs ableiten. Weder vollzog sich nämlich im untersuchten Zeitraum ein *stetiger* Rückgang des Materialisten-Anteils zugunsten der Postmaterialisten, noch kann von einer linearen oder annähernd linearen Veränderung der Präferenzstrukturen die Rede sein. Die Entwicklung verlief statt dessen während der vierzehn beobachteten Jahre außerordentlich diskontinuierlich. Innerhalb vergleichsweise kurzer

Tab. 3 - 1: Politische Prioritäten in der Bundesrepublik
Deutschland, 1970 - 1984
(Angaben in Prozentpunkten)

	Materialisten	Mischgruppe	Postma- terialisten	k.A.	N
3/70	42	40	10	7	2014*
10/73	43	49	8	0	1907
5/74	53	39	7	1	2243
12/76	37	42	10	11	977
5/77	40	40	8	11	952
11/77	37	45	6	12	945
6/78	35	49	10	5	949
11/78	25	56	5	15	948
10/79	35	49	11	6	950
5/80	38	46	9	7	948
9/80	40	45	10	5	1518
11/80	44	42	8	6	952
4/81	42	40	8	11	977
11/81	38	45	6	10	929
5/82	32	35	15	8	1081
10/82	31	46	13	11	981
11/82	44	43	10	2	1622
4/83	24	50	17	7	1004
11/83	23	46	18	13	999
4/84	20	50	16	14	932

Infolge von Rundungsfehlern summieren sich die Prozentanteile nicht immer auf einen Wert von 100.

Quellennachweis für diese und alle folgenden Tabellen im Anhang 1.

* Bevölkerung über 16 Jahre; alle übrigen Erhebungen 18 Jahre und älter.

Zeitabschnitte traten dermaßen große Schwankungen im Antwortmuster der Bundesbürger auf, daß die These von einem *Wertewandel* ziemlich fragwürdig erscheint (vgl. dazu auch Abb. 3-1).

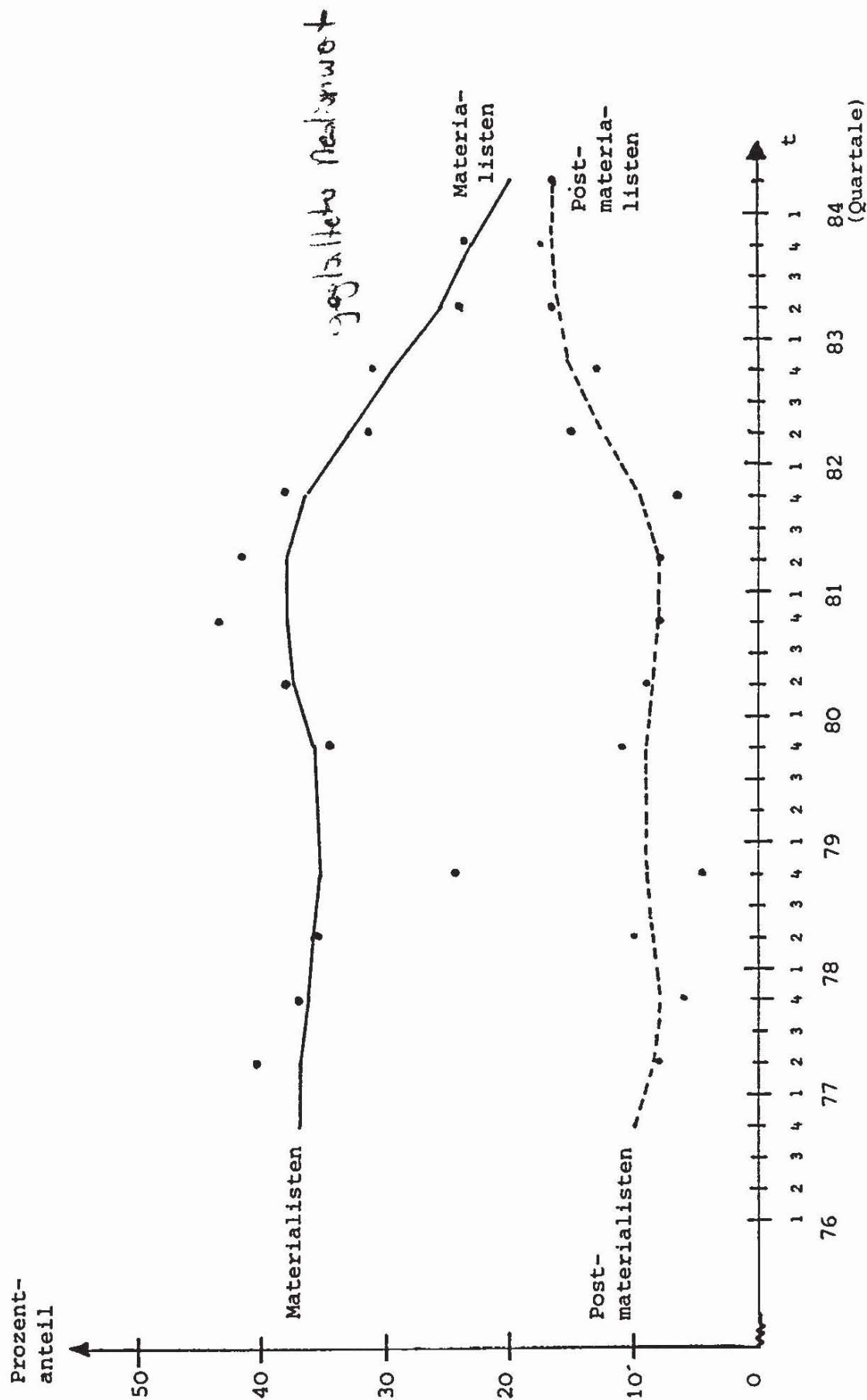
Der Entwicklungsverlauf zwischen 1970 und 1984 muß hier nicht im Detail kommentiert werden. Einige charakteristische Beispiele reichen aus, um die Problematik von INGLEHARTs Annahmen über den Verlauf des Wertwandels zu demonstrieren. In Anbetracht der vergleichsweise günstigen Datenlage beschränke ich mich dabei auf den Zeitraum seit 1976.

Vom Frühjahr 1977 bis zum Herbst 1978 verringerte sich beispielsweise die Prozentpunktdifferenz zwischen Materialisten und Postmaterialisten von 32 auf 20 Punkte, d.h. etwa um ein Drittel. Dabei ging der Anteil der Personen mit materialistischen Orientierungen von 40 auf 25 Prozent zurück, der der Postmaterialisten schwankte zwischen 5 und 10 Prozent. Die Ausbreitung postmaterialistischer Prioritäten setzte sich aber in der Folgezeit keineswegs fort, sondern der Abstand zwischen dem Anteil der beiden Gruppen wuchs bis zum November 1980 fast um das Doppelte an. Eine "Stille Revolution" fand in der Bundesrepublik während der siebziger Jahre nicht statt.

Auch die seit 1981 beobachtbare Ausbreitung des Postmaterialismus steht nur bei vordergründiger Betrachtung im Einklang mit INGLEHARTs Konzeption. Es erscheint höchst unwahrscheinlich, daß sich innerhalb von nur knapp vier Jahren der Anteil der Befürworter traditioneller Sicherheits- und Erhaltungswerte um die Hälfte verringert, während bei den Trägern partizipativ-egalitärer Wertvorstellungen sogar noch größere Schwankungen auftreten. Dies ist vor allem insofern bemerkenswert, als die ökonomischen Rahmenbedingungen seit der Mitte der siebziger Jahre eher eine gegenläufige Entwicklung begünstigen.

Wie wenig sich INGLEHARTs Theorie der Stillen Revolution mit den tatsächlichen politischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik deckt, geht recht anschaulich aus Abb. 3-1 hervor. Selbst die geglättete Median-Linie (zum Verfahren der Ermittlung der

Abb. 3 - 1: Materialismus und Postmaterialismus in der Bundesrepublik Deutschland, 1976 - 1984



Trendlinie vgl. HARTWIG, DEARING 1979:36ff) läßt ein Ausmaß an Instabilität in den Präferenzmustern der Bundesbürger erkennen, das mit der Vorstellung von fest im Persönlichkeitssystem verankerten Wertorientierungen unvereinbar ist. Weit mehr spricht für FLANAGANs (1982:429ff) Annahme, daß die mit dem Postmaterialismus-Index gemessenen Dispositionen eher kurzfristig veränderliche Issue-Präferenzen darstellen, die zwar möglicherweise mit den partizipativ-egalitären Werten der "Neuen Politik" zusammenhängen, diese aber nicht unmittelbar indizieren.

Daten aus anderen europäischen Staaten geben den Bedenken gegen INGLEHARTs Interpretation des Postmaterialismus-Phänomens weiteren Rückhalt. Nach von ihm selbst (INGLEHART 1984:527, Tab. 2; 1985a:106ff; 1985b:506ff) selbst präsentierten Daten stellt die hier für die Bundesrepublik beschriebene Entwicklung keineswegs einen Sonderfall dar. Sie ist vielmehr in ihrem Verlauf ziemlich typisch für die Verhältnisse in Westeuropa. Dennoch stellt INGLEHART (1983:164) den Verlauf des Wertewandels in der Bundesrepublik folgendermaßen dar: "Trotz der ungünstigen ökonomischen Situation nahm der Anteil der Postmaterialisten im Vergleich mit den Materialisten in der westdeutschen Bevölkerung langsam (sic) zu. 1970 waren noch 43% der Westdeutschen reine Materialisten und nur 10% reine Postmaterialisten; 1982 waren die entsprechenden Zahlen bereits (sic) 34% und 12%" (vgl. ähnlich: INGLEHART 1985b:509ff). Diese Aussage suggeriert einen Trendverlauf, der in der geforderten Form nicht stattfand und der die Entwicklung zwischen den beiden genannten Zeitpunkten völlig außer Acht läßt.

In neueren Arbeiten behauptet INGLEHART (1985b:496ff), die unbestreitbaren situationsbedingten Schwankungen im Anteil der Materialisten und der Postmaterialisten seien mit seinem Konzept vereinbar. Entscheidend ist seiner Meinung nach, daß die *generationsspezifischen* Unterschiede auch bei periodischen Veränderungen der Wertorientierungen fortbestehen. Mit diesem Problem werde ich mich später auseinandersetzen. Es muß aber an dieser Stelle die Frage erlaubt sein, unter welchen Bedin-

gungen die Interpretation des Materialismus und des Postmaterialismus als stabile Wertorientierungen überhaupt empirisch scheitern kann, wenn kurzfristige Schwankungen in der hier beschriebenen Größenordnung zu ihrer Falsifikation nicht ausreichen.

Weitere Einwände gegen INGLEHARTs Konzeption ergeben sich aus ergänzend durchgeführten Panel-Analysen. In "The Silent Revolution" ist eine entsprechende Studie aus dem Saarland (Mai 1973/74) erwähnt, in welcher sich die materialistischen und postmaterialistischen Präferenzen, trotz den im betreffenden Zeitraum aufgetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, als recht stabil erwiesen hätten (vgl. INGLEHART 1977a:99ff). Zwischenzeitlich legten MOHR und GLATZER (1984:224f) Panel-Daten für den Zeitraum zwischen 1978 und 1980 vor. Danach divergierte die Stabilität der Wertorientierungen der Materialisten (63 Prozent), der Mischgruppe (45 Prozent) und der Postmaterialisten (53 Prozent). Da diese Angaben lediglich auf 298 Fällen basieren, sollte ihre Aussagekraft nicht überbewertet werden. Dies gilt insbesondere für die Postmaterialisten (34 Befragte).

Die Mannheimer Wahlstudie 1983 enthält gleichfalls Panel-Daten zu den Wertorientierungen der Bundesbürger. Wir haben hier eine relativ breite Datenbasis zur Verfügung (vgl. Tab. 3-2). Dem steht allerdings der Nachteil gegenüber, daß zwischen den beiden Erhebungswellen lediglich ein Abstand von vier Monaten lag. Insofern könnten Erinnerungseffekte auftreten, die eine tatsächlich nicht vorhandene Stabilität vortäuschen. Diese Befürchtung erweist sich jedoch als ziemlich unbegründet. Im März 1983 gaben nur noch 44 Prozent der Befragten die gleiche Prioritätenkombination an wie vier Monate zuvor. Am *stabilsten* war, wie schon in der Untersuchung von MOHR und GLATZER, das Antwortverhalten der *Materialisten*, am *instabilsten* das der *Postmaterialisten* (61% bzw. 47%). Dies Ergebnis muß im Hinblick auf die soziodemographischen Merkmale beider Gruppen überraschen; denn bei den überdurchschnittlich gut gebildeten *Postmaterialisten* sollte man nach den bisherigen Forschungsergebnissen und nach den theoretischen Erwartungen besonders

Tab. 3 - 2: Veränderung gesellschaftlicher Wertorientierungen,
1982 und 1983
(Angaben in Prozentpunkten)

November 1982	März 1983				N
	Materia- listen	Mischgruppe	Postmateria- listen	Alle	
Materia- listen	61	36	3	48	474
Misch- gruppe	39	52	9	43	421
Postmate- rialisten	12	42	47	10	94
Alle	47	44	10	101+	
N	462	430	97		989

fehlende Werte: 633 (davon 608 in der dritten Welle nicht befragt)

Cramer's V .33 Tau B .34 Eta .41 r .40

Alle Beziehungsmaße sind hoch signifikant (p .00)

+ Rundungsfehler

konsistente Einstellungen erwarten (vgl. dazu: CONVERSE 1964: 207f; sowie neuerdings: INGLEHART 1985a). Angesichts dieser Ausgangslage ist es einigermaßen erstaunlich, daß die *Mehrzahl* der in der ersten Welle als postmaterialistisch eingestuften Befragten im Laufe von nur vier Monaten die politischen Präferenzen wechselte. Zwar resultieren diese starken Veränderungs-raten möglicherweise zum Teil aus den kleinen Fallzahlen in der Gruppe der Postmaterialisten, doch sind die Schwankungen sicher nicht ausschließlich auf diesen Umstand zurückzuführen. Das von INGLEHART (1985a) behauptete "Level of Analysis Paradox" läßt sich für die Bundesrepublik nicht nachweisen (vgl. auch die entsprechenden Ausführungen bei BÖLTZEN, JAGODZINSKI 1985:481). Vielmehr zeigen sich auf der Individual- wie auf der Aggregatdatenebene beträchtliche, kurzfristig auftretende Prioritätenverschiebungen. Dieser Tatbestand steht, wie man es auch wendet, im Gegensatz zu den politischen Wertorientierungen zugeschriebenen Eigenschaften.

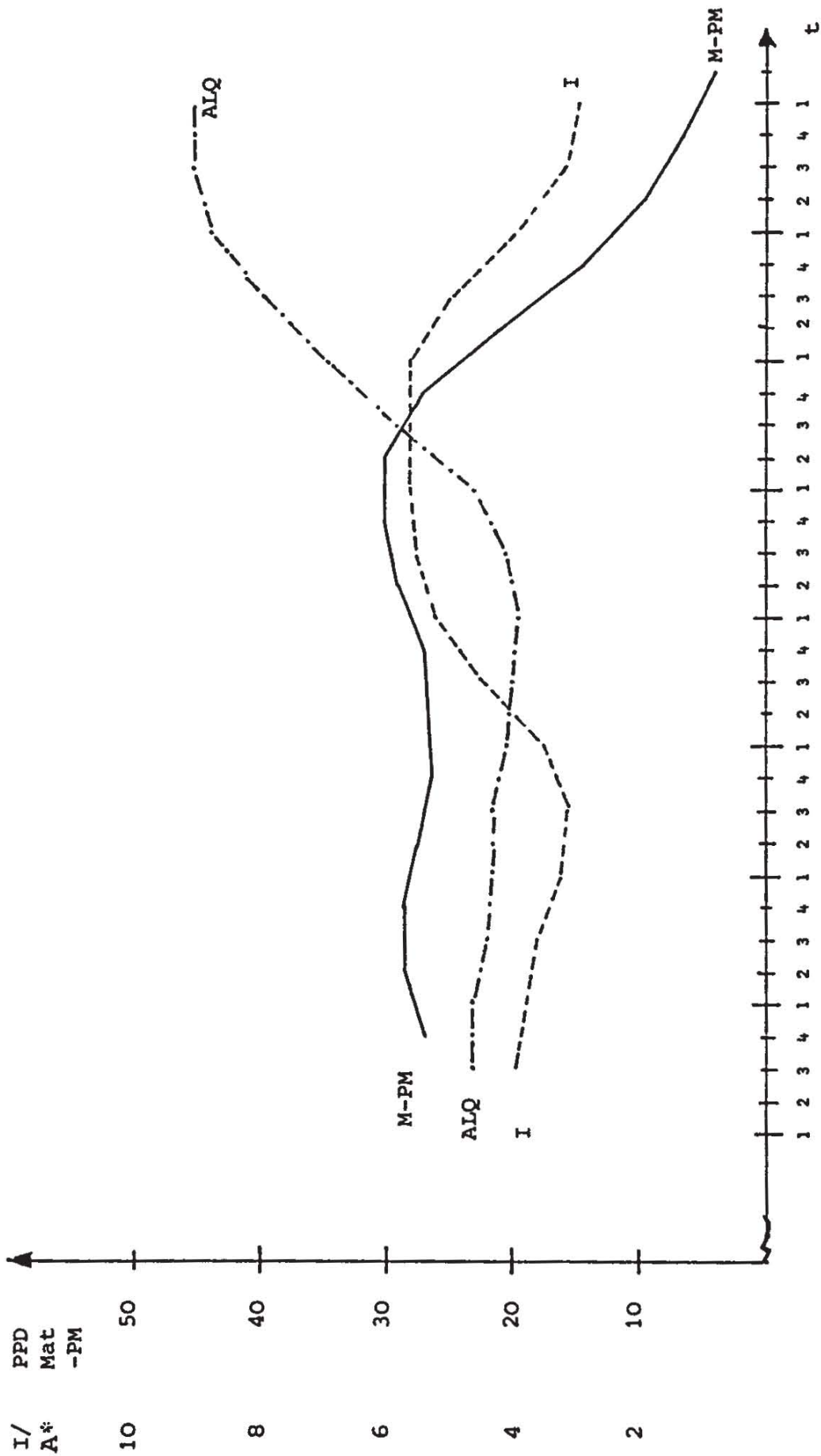
Wie sehr die Entwicklung der politischen Prioritäten in der Bundesrepublik der Vorstellung eines Wandels stabiler, situationsunabhängiger Wertorientierungen widerspricht, geht auch aus Abbildung 3-2 hervor. Sie stellt die Veränderung der Prozentpunktdifferenz zwischen Materialisten und Postmaterialisten im Zeitraum von 1976 bis 1984 dar und vergleicht diesen Trend mit der Inflationsrate in der betreffenden Periode. Schon ein flüchtiger Blick auf die beiden Kurven zeigt, daß das zahlenmäßige Übergewicht der Materialisten über die Postmaterialisten vor allem bei einem Anstieg der Kosten für die Lebenshaltung der privaten Haushalte zunimmt. In Perioden mit einer vergleichsweise niedrigen Inflationsrate dagegen verschiebt sich die Relation zu Gunsten der Postmaterialisten. Die Anpassung der politischen Präferenzen an die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfolgt mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung.

Wegen der verhältnismäßig kleinen Zahl von Beobachtungsdaten und wegen der Unterbrechungen in den Zeitreihen sind anspruchsvolle statistische Verfahren zur Ermittlung des Einflusses von Preissteigerungen auf die Verteilung der Wertmuster in der Bundesrepublik nicht praktikabel. Der Rangkorrelationskoeffizient ρ zwischen der Inflationsrate und der Prozentpunktdifferenz zwischen Materialisten und Postmaterialisten im darauf folgenden Quartal betrug .65; der PEARSONSsche Korrelationskoeffizient weist einen Wert von .66 auf. Noch etwas besser läßt sich der Anteil der Materialisten aus der Inflationsrate im vorangegangenen Vierteljahr schätzen (r .75). Die Beziehungen sind auf dem 99.5-Prozent-Niveau statistisch signifikant. Die Berechnung einer Regressionsgleichung führte wegen der kleinen Fallzahlen zu nicht hinlänglich genauen Schätzwerten. Es gab gleichfalls einen stark ausgeprägten, aber unplausiblen negativen Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und der Präferenz für Sicherheits- und Erhaltungsziele.

Bei der begrenzten Datenmenge scheint es nicht ratsam, den Einfluß wirtschaftlicher Rahmenbedingungen auf die politischen

Abb. 3 - 2: Wirtschaftsfrage und Wertorientierungen in der Bundesrepublik Deutschland, 1976 - 1984

Prozent-
anteil



* Inflationsrate/Arbeitslosenquote

Quellen für die Wirtschaftsdaten: SCHIMEX 1985: Tab. II, III; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

76 77 78 79 80 81 82 83 84 (Quartale)

Wertvorstellungen der Bundesbürger zu überschätzen. Dies gilt vor allem deshalb, weil die Wirkung von Drittvariablen nicht auszuschließen ist. Hinweise hierauf liefern die von der Arbeitslosigkeit ausgehenden Effekte. Da INGLEHART (1985a:106ff; 1985b:509ff) in Studien mit Daten aus weiteren EG-Ländern zu ähnlichen Ergebnissen kam und da in seiner auf wesentlich größeren Fallzahlen basierenden Untersuchung ebenfalls starke kurzfristige Schwankungen in der Prozentpunktdifferenz zwischen Postmaterialisten und Materialisten auftraten, ist seine Interpretation des Materialismus/Postmaterialismus-Phänomens als stabiles, situationsunabhängiges Muster von Wertorientierungen doch einigermaßen erstaunlich. Selbst wenn man seiner Behauptung folgt, auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten blieben die intergenerationellen Unterschiede in den politischen Prioritäten bestehen, so nimmt doch nach den von ihm selbst präsentierten Ergebnissen unter dem Eindruck einer steigenden Inflationsrate in sämtlichen Altersgruppen der Anteil der Materialisten zu. Solche Anpassungseffekte dürften aber nach den aus der Theorie der Stillen Revolution ableitbaren Annahmen allenfalls in der Personengruppe auftreten, deren formative Phase noch nicht abgeschlossen ist und deren Wertvorstellungen folglich noch der Prägung durch situative Rahmenbedingungen unterliegen (vgl. dazu auch: BÖLTKEN, JAGODZINSKI 1985:477ff). Gerade dies ist aber nicht der Fall. Die Prozentpunktdifferenz zwischen Materialisten und Postmaterialisten steht in der Altersgruppe der 1945 und später geborenen *nicht* in statistisch signifikantem Zusammenhang mit der Inflationsrate. Bei den älteren Bundesbürgern dagegen tritt eine solche Beziehung auf ($r = .70$). Die Verschlechterung der Wirtschaftslage darf nach den in der Sozialisationshypothese enthaltenen Annahmen keinesfalls zu solch nachhaltigen und kurzfristig eintretenden Prioritätenwandlungen führen, jedenfalls dann nicht, wenn man das Verständnis von Werten als stabilen, situationsunabhängigen, primär in der formativen Phase ausgebildeten Orientierungsmustern ernst nimmt.

Die bisher präsentierten Ergebnisse sprechen gegen die Vorstellung einer Stillen Revolution. Die Veränderungen im An-

teil der Materialisten und der Postmaterialisten verlaufen diskontinuierlich, ein klarer Entwicklungstrend ist nicht erkennbar, und das Materialismus/Postmaterialismus-Phänomen scheint auch nicht immun gegen situative Effekte. Diese weitgehend durch Aggregatdatenanalysen gewonnenen Erkenntnisse werden durch die verfügbaren Panel-Daten gestützt. Dennoch wäre es voreilig, INGLEHARTs Konzeption als empirisch falsifiziert anzusehen und sie zu verwerfen. Es besteht die bereits angedeutete Möglichkeit, daß der Postmaterialismus-Index mit dem Wertwandel verbundene politische Dispositionen erfaßt, ohne sich aber als Meßinstrument für die partizipativ-egalitären Werte der "Neuen Politik" zu eignen. Über die Brauchbarkeit dieser Annahme kann erst entschieden werden, wenn die Bedingungen und Folgen des Auftretens traditioneller und neuer politischer Zielvorstellungen bekannt sind.

3. Bedingungen des Auftretens materialistischer, gemischter und postmaterialistischer Prioritäten

Obgleich INGLEHARTs (1982:445) Rede von verschiedenen *Kausalpfaden*, die mit den Wertorientierungen verbunden sind, beim Leser die Hoffnung auf ein explizit formuliertes, empirisch prüfbares Modell des Wertwandels weckt, bleibt seine Verknüpfung von Theorie und empirischer Analyse recht unklar. Er verwendet - von wenigen Ausnahmen abgesehen (vgl. z.B. INGLEHART 1979d) - die in seinen Arbeiten präsentierten empirischen Daten über die Bedingungen und Folgen der Stillen Revolution eher zur Illustration der Plausibilität seiner Hypothesen als zu ihrer *systematischen* empirischen Prüfung. LEHNERs (1979: 319) Kritik an der systematischen Qualität von INGLEHARTs Arbeiten trifft weitgehend zu: "INGLEHARTs Studie enthält zweifellos eine Fülle von interessanten theoretischen Argumenten und empirischen Daten. Theorie und Daten sind jedoch miteinander nicht systematisch, sondern nur lose verbunden. Das impliziert unter anderem, daß die empirischen Untersuchungen von INGLEHART nur in beschränktem Maße eine Prüfung seiner Theorie enthält (sic). Die Theorie stellt vielmehr einen losen

Bezugsrahmen für die Interpretation der Daten dar" (Hervorh. OWG). Unter anderem hat die von LEHNER mit Recht kritisierte unzulängliche Verknüpfung von Theorie und Empirie die Folge, daß man sein theoretisches Konzept für die empirische Analyse erst aufbereiten muß und sich dabei in die Gefahr begibt, eine unangemessene Operationalisierung vorzunehmen. Dies Risiko besteht vor allem auf Grund dreier grundlegender Mängel der Theorie der Stillen Revolution:

- (1) INGLEHART legt sein Konzept der Stillen Revolution als Mikro-Makro-Theorie an (vgl. die Hinweise auf S. 105ff dieser Arbeit). Er analysiert Zusammenhänge zwischen *gesamtschaftlichen* Entwicklungen, wie der Erhöhung des Bildungsniveaus der Bevölkerung, der Ausbreitung der Massenkommunikationsmittel etc.), dem Wandel *individueller politischer Orientierungsmuster* (Wertwandel, kognitive Mobilisierung) und deren Auswirkungen auf die "Infrastruktur des politischen Lebens" (d.h. die Funktionsweise des *politischen Systems*; INGLEHART 1979b:279; vgl. auch die Hinweise auf die Verknüpfung von Makro- und Mikro-Analyse bei: INGLEHART 1982:452, 471). Die empirische Prüfung eines solchen theoretischen Konzeptes ist nur auf der Basis von Mehr-Ebenen-Analysen möglich, die gesellschaftliche und politische Strukturdaten mit Individualdaten verbinden (vgl. PAPPI 1977a:101ff; LANGBEIN, LICHTMAN 1978, m.w.L). Diesem theoretischen Anspruch aber werden INGLEHARTs Analysen, wie auch MOYSER (1978:505) kritisch bemerkt, nicht gerecht. Von wenigen Ausnahmen abgesehen (vgl. INGLEHART 1979c:329ff; 1985a:106ff; 1985b:511ff), basieren seine empirischen Analysen ausschließlich auf Individualdaten. Dies ist zwar nicht unstatthaft, läßt aber nicht ohne weiteres Rückschlüsse auf sozialstrukturelle Entwicklungen zu.

Prinzipiell bestünde natürlich die Möglichkeit, bei der Überprüfung der Theorie der Stillen Revolution beide Analyse-Ebenen miteinander zu verbinden und auf diese Weise ein der Theorie angemessenes Analysekonzept zu entwickeln. Dies setzt aber voraus, daß man über entsprechende Hypo-

thesen verfügt. Einige Anhaltspunkte hierzu finden wir in INGLEHARTs Arbeiten. Seiner Auffassung nach weist der Prozeß des Wertwandels *länderspezifische* Besonderheiten auf (vgl. INGLEHART 1977a:37; 1979c:329ff). Da diese Größe hier konstant bleibt, erfolgt die folgende empirische Prüfung der Theorie der Stillen Revolution fast ausschließlich auf der Grundlage von Umfragedaten.

- (2) Ein systematischer und zuverlässiger, den Intentionen ihres Urhebers gerecht werdender Test einer Theorie ist nur dann möglich, wenn die in ihr enthaltenen Variablen theoretisch und empirisch eindeutig bestimmt und wenn die Beziehungen zwischen ihnen spezifiziert sind. An beidem fehlt es in INGLEHARTs Theorie. Vereinzelt Hinweise auf Operationalisierungsmöglichkeiten und die dem Leser präsentierten empirischen Daten lassen einen eindeutigen - vor allem nachvollziehbaren - Bezug zur Theorie vermissen. Dies gilt etwa für die außerordentlich wichtige Variable "*Generationszugehörigkeit*". In seinen empirischen Analysen stellt INGLEHART (1977a:32ff; 1979b:296f; 1979c:336ff; 1981:886ff) zwar die politischen Prioritäten verschiedener *Altersgruppen* fest, es bleibt aber völlig ungeklärt, ob er damit eine Abgrenzung verschiedener *Generationseinheiten* vornimmt und welche theoretischen Erwägungen hierfür ausschlaggebend sind. Der Autor bezeichnet das Jahr 1945 mehrfach als "Wasserscheide" in der Entwicklung der westlichen Nationen: "... we might expect to find substantial differences between those born before and after 1945 in the relative emphasis placed on material and non-material goals" (INGLEHART 1979c:309; 1981:885). Hieraus folgt aber nicht notwendig die Brauchbarkeit dieses Jahres als Trennlinie zwischen verschiedenen *Generationseinheiten*. Erst recht muß man die Frage stellen, welche Funktion der weiteren Differenzierung innerhalb der beiden *Generationseinheiten* im Rahmen der Theorie der Stillen Revolution zukommt (vgl. auch die Hinweise auf S. 102ff dieser Arbeit).

Eine theoretisch schlüssige Umsetzung der *Sozialisations-*

hypothese läßt für Deutschland, wie BAKER, DALTON und HILDEBRANDT (1981:12f, 45ff; vgl. auch DALTON 1977:465ff) zeigen, eine ganz andere Gruppierung der Generationseinheiten ratsam erscheinen als sie INGLEHART vorschlägt. Dies gilt auch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß unterschiedliche theoretische Fragestellungen jeweils besondere Formen der empirischen Operationalisierung erfordern können.

- (3) Während sich - bei allen möglichen Einwänden - eine Abgrenzung verschiedener Generationseinheiten aus INGLEHARTS Arbeiten noch herleiten läßt, sind seine Aussagen zu den übrigen theorierelevanten Variablen noch ungenauer. Es ist aber für die Überprüfung einer Theorie von ausschlaggebender Bedeutung, wie die zu untersuchenden Sachverhalte *ex-akt* definiert sind. Man kann u.U. zu jeweils ganz unterschiedlichen empirischen Erkenntnissen über den Einfluß des Bildungsniveaus auf politische Einstellungen gelangen, wenn man als "hohes Bildungsniveau" ein abgeschlossenes Hochschulstudium bezeichnet oder wenn man bereits Personen mit dem Abschluß einer höheren Schule das betreffende Merkmal zuweist.

Nach INGLEHART unterscheiden sich die Träger materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten auf Grund der in ihrer formativen Phase vorherrschenden Lebensbedingungen, im Hinblick auf ihr Bildungsniveau und bezüglich der Möglichkeit, die von Massenkommunikationsmitteln verbreiteten Stimuli zu nutzen. Zusätzlich zu den sehr ungenauen Angaben über diese Größen ist zu bezweifeln, ob sie sich in jedem Falle mittels der konventionellen Techniken der Befragung hinreichend genau messen lassen. Für die Variablen "Bildungsniveau" und "Mediennutzung" scheint dies eher möglich als für die komplexe, mit dem Begriff "formative Lebensbedingungen" bezeichnete Größe.

3.1. Generationszugehörigkeit und politische Prioritäten

INGLEHART greift in seinen Arbeiten auf eine recht einfache Konstruktion zur Messung der formativen Erfahrungen zurück. Er erfaßt diese Variable mittelbar über das Lebensalter der Befragten. Die Gültigkeit dieses Indikators ist aber schon deshalb als problematisch anzusehen, weil er nicht nur *Generations-*, sondern auch *Lebenszyklus-Effekte* reproduziert. Zumindest im *Meßvorgang* sind diese beiden Komponenten der Variablen "Alter" nicht voneinander zu trennen. Zudem steht, wie bereits erwähnt, die von INGLEHART vorgenommene Gruppierung der Befragten zu Alterskohorten in keiner nachvollziehbaren Beziehung zu seinen theoretischen Annahmen über die Trennlinie zwischen den Generationseinheiten. Berücksichtigt man zusätzlich die Lücken im vorhandenen Datenmaterial, dann stellt sich die Frage, ob INGLEHARTs Wertwandels-Theorie gegenwärtig überhaupt empirisch falsifizierbar ist. Dies gilt in erster Linie für die als "Mangelhypothese" bezeichneten Teilelemente.

Auch wenn Zweifel an der Annahme jeweils homogener Lebensbedingungen und Erfahrungshorizonte in der Vorkriegs- und in der Nachkriegsgeneration angebracht sind, besteht zwischen den Variablen "Lebensalter" und "Generationszugehörigkeit" sicherlich eine im Bezugsrahmen der Theorie der Stillen Revolution interpretierbare Beziehung. Im allgemeinen waren die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geborenen Bundesbürger wesentlich geringeren Gefährdungen ihrer physischen Sicherheit ausgesetzt als die vor 1945 geborenen Bevölkerungsgruppen. Auch im Hinblick auf die Erfahrungen materiellen Wohlergehens und sozialstaatlicher Daseinsvorsorge gab es zwischen den genannten Gruppen charakteristische Unterschiede. Auf dieser Grundlage lassen sich die beiden folgenden Hypothesen über den Zusammenhang zwischen Generationszugehörigkeit und Wertorientierungen formulieren:

- (1.1) Wenn eine Person vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges geboren ist, dann bevorzugt sie mit großer Wahrscheinlichkeit materialistische gegenüber postmaterialisti-

schen Zielen.

- (1.2) Wenn eine Person nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geboren ist, dann bevorzugt sie mit großer Wahrscheinlichkeit postmaterialistische gegenüber materialistischen Zielen.

INGLEHART legt seinen empirischen Analysen allerdings eine weniger strenge Variante dieser Hypothese zu Grunde, die folgendermaßen lautet:

- (1.3) Je niedriger das Lebensalter, desto wahrscheinlicher treten postmaterialistische Prioritäten auf.

- (1.4) Je höher das Lebensalter, desto wahrscheinlicher treten materialistische Prioritäten auf.

Für die Untersuchung des Einflusses des Alters oder der Generationszugehörigkeit auf Wertvorstellungen der Bundesbürger steht reichhaltiges Datenmaterial zur Verfügung. Dieser Aspekt der Theorie der Stillen Revolution läßt sich besser prüfen als jede andere Annahme INGLEHARTs.

In den EUROBAROMETERN wird der Materialismus/Postmaterialismus-Index bekanntlich seit 1976 im Halbjahresrhythmus eingesetzt (Ausnahme: Frühjahr 1979). Das Lebensalter der Befragten wird in diesen Erhebungen routinemäßig ermittelt. Deshalb möchte ich die oben eingeführten Hypothesen zunächst auf der Basis des relativ vollständigen Zeitreihenmaterials aus den Studien der EG-Kommission überprüfen. Im Interesse der Vergleichbarkeit mit dem weiteren Datenmaterial bleibt in den folgenden Auswertungen die Gruppe der fünfzehn- bis siebzehnjährigen Befragten unberücksichtigt.

Um die große Datenmenge auf ein überschaubares Maß zu reduzieren, enthält Abbildung 3-3 die Entwicklung der *Prozentpunktdifferenz* zwischen Materialisten und Postmaterialisten in der Vorkriegs- und in der Nachkriegsgeneration. Das Geburtsjahr

1945 bildet die Trennlinie zwischen den beiden Generationseinheiten. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom vierten Quartal 1976 (Eurobarometer 6) bis zum zweiten Quartal 1984 (Eurobarometer 21). Die Trendlinie wurde nach dem bereits vorgestellten Verfahren des gleitenden Medians berechnet. Dies hat den Vorteil, daß starke Abweichungen vom "normalen" Entwicklungsverlauf geglättet und auf diese Weise das typische Muster des Antwortverhaltens besser beschrieben wird als durch die nicht geglätteten Ausgangswerte.

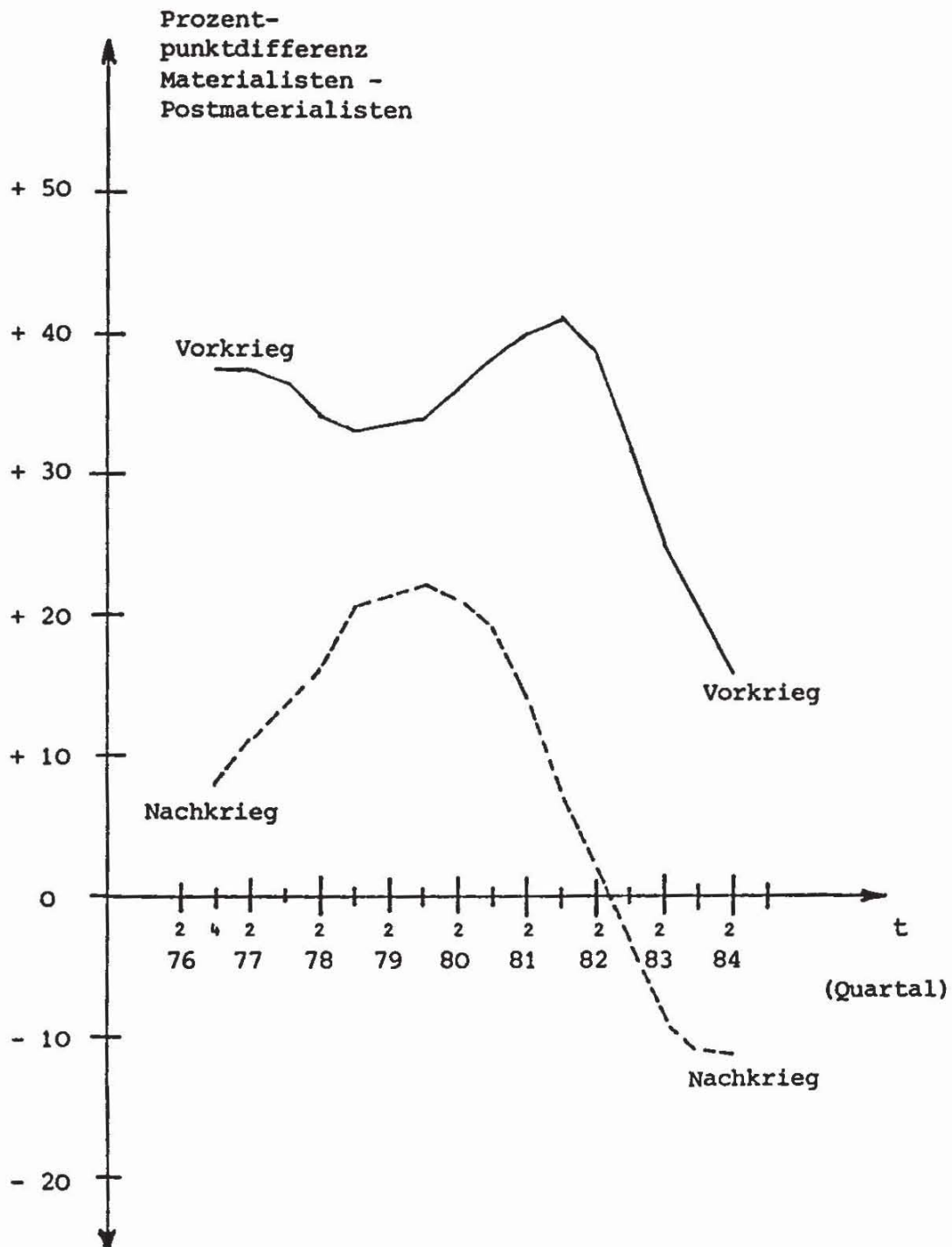
Die restriktivere Fassung der Hypothese über den Zusammenhang zwischen Generationszugehörigkeit und Wertorientierungen wird durch die Daten widerlegt. Lediglich in drei von fünfzehn Beobachtungsfällen übertraf der Anteil der Postmaterialisten in der Nachkriegsgeneration den der Materialisten. Dies war erstmals im Frühjahr 1982 der Fall. Dagegen trifft die Annahme zu, nach welcher der relative Anteil der Postmaterialisten in der jüngeren Generation höher liegt als in der älteren. Zu keinem Zeitpunkt verlief die Trendlinie für die nach 1945 geborenen Bundesbürger oberhalb des in der Vorkriegsgeneration erreichten Niveaus. Allerdings war der Abstand zwischen beiden Linien, vermutlich in Folge von Periodeneffekten, nicht konstant.

INGLEHARTs Erwartungen finden somit keine eindeutige Bestätigung. Ganz offenkundig setzen sich Erfahrungen des formativen Überflusses und formativer Sicherheit nicht automatisch in eine Präferenz für die partizipativ-egalitären Ziele des Postmaterialismus um; denn anders ist der zumeist feststellbare *Überhang materialistischer Prioritäten*, auch in der Nachkriegsgeneration, nicht verständlich.

Vorbehalte gegen INGLEHARTs Konzeption ergeben sich darüber hinaus bei einer Analyse der *Stärke* des Zusammenhanges zwischen der Generationszugehörigkeit und den Wertorientierungen (vgl. Tab. 3-3).

Unabhängig davon, welches der beim gegebenen Meßniveau der Variablen brauchbaren Beziehungsmaße man heranzieht, es ergeben

Abb. 3 - 3: Generationszugehörigkeit und Wertorientierungen
in der Bundesrepublik Deutschland, 1976 - 1984



Tab. 3 - 3: Wertorientierungen und Generationszugehörigkeit
 - Analyse der Stärke des Beziehungsmusters,
 1976 - 1984
 (Angaben: absolute Häufigkeiten)

	Beziehungsmaß			insges.
	mit falschem Vorzeichen, insignifikant oder kleiner als .10	.10 bis .19	größer als .20	
Cramer's V	3	5	7	15
Tau C	4	5	6	15
Eta	4	4	7	15
r	4	4	7	15
insges.	15	18	27	60

falsches Vorzeichen: positive Beziehung zwischen post-materialistischen Präferenzen und Zugehörigkeit zur Vorkriegsgeneration.

Insignifikanz der Beziehung auf dem 95-Prozent-Niveau

sich im besten Falle schwache bis mittlere Zusammenhänge. 33 von 60 ausgewerteten Koeffizienten sind entweder statistisch insignifikant oder gelten nach den üblichen Konventionen als nicht interpretierbar. Von den verbleibenden 27 Größen erreichen lediglich vier einen Wert von mehr als .30. Bei einer differenzierteren Erfassung des Alters ändern sich diese Strukturen nur unwesentlich.

Demnach weisen die Beziehungen zwischen der Generationszugehörigkeit und den Wertorientierungen keineswegs die von INGLEHART unterstellte Stabilität auf. Sie schwanken vielmehr im untersuchten Zeitraum ganz beträchtlich.

Die im Frühjahr 1977 und zwischen dem Herbst 1978 und dem Herbst 1980 festgestellte Angleichung der Prioritäten in den einzelnen Altersgruppen ist auch nicht, wie INGLEHART (1985b: 511ff) in seiner Polemik gegen BÜLTZEN und JAGODZINSKI (1985)

behauptet, ein Spezifikum der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik. Wäre ihm an einer unvoreingenommenen kritischen Prüfung der Generationenwandels-Hypothese wirklich gelegen, dann hätte ihm bei der Analyse des Trendverlaufs in anderen westeuropäischen Ländern auffallen müssen, daß sich zumindest in Großbritannien (vgl. INGLEHART 1985b:513, Fig. 4b), in Belgien (INGLEHART 1985b:521, Fig. 8) und in Irland (INGLEHART 1985b:523, Fig. 10) in der Tendenz ähnliche periodische Angleichungsprozesse der Antwortmuster der einzelnen Alterskohorten ergeben. Selbst in den übrigen Ländern, in denen die Entwicklung eher nach INGLEHARTs Vorstellungen verläuft, gibt es keine *stabilen* alters- oder generationsspezifischen Unterschiede in den Präferenzstrukturen. In allen sechs untersuchten Staaten zusammengenommen schwankt nach den von INGLEHART (1985b:510, Fig. 3) präsentierten Daten die Prozentpunktdifferenz zwischen den Postmaterialisten und den Materialisten allenfalls graduell schwächer als in der Bundesrepublik: Im Jahre 1970 lag der Abstand in der zwischen 1946 und 1955 geborenen Kohorte 57 Punkte über dem für die älteste Kohorte ermittelten Wert, 1977 betrug er 37, 1980 25 und 1984 31 Punkte. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Verhältnissen außerhalb der Bundesrepublik gehört nicht zum Themenkreis meiner Arbeit, doch stützen die von INGLEHART präsentierten Daten seine Schlußfolgerungen bezüglich der Bedingungen und des Verlaufs des Wertwandels nicht.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich meinen Einwand gegen die empirische Tragfähigkeit der Hypothese vom Generationenwandel noch einmal ganz klar formulieren: Die Entwicklung materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten in der Bundesrepublik läßt sich nicht eindeutig als Generationenwandel interpretieren. Sie spricht aber auch nicht ohne weiteres für die Wirksamkeit von Lebenszyklus-Effekten. Angesichts der starken, kurzfristigen Schwankungen in den Antworten *aller* Altersgruppen scheint es mir vielmehr unangemessen, überhaupt von stabilen, situationsunabhängigen Wertorientierungen zu sprechen.

In seiner Kritik an BÖLTZEN und JAGODZINSKI hebt INGLEHART (1985b:511) hervor, die Daten aus weiteren empirischen Studien belegten seine Interpretation, daß die kurzfristig beobachtbaren Abweichungen vom Modell des Generationenwandels "Anomalien" darstellten. Tatsächlich gibt es nach den der WAHLSTUDIE 1980 zu entnehmenden Informationen im September dieses Jahres einen Zusammenhang zwischen dem Lebensalter und den Wertorientierungen, während er in den EUROBAROMETERN nicht auftritt. Wenn diese Unterschiede in einzelnen Datensätzen eine *Widerlegung* der Wertwandels-Hypothese erschweren, dann lassen sie sich natürlich zu ihrer Bestätigung auch nicht verwenden.

Trotz aller Bedenken gegen die Tragfähigkeit von INGLEHARTs Interpretation besteht in den meisten Fällen, wie es seine Theorie fordert, ein negativer Zusammenhang zwischen dem Lebensalter und postmaterialistischen Prioritäten. Die Daten aus der Political-Action-Studie und den Wahlstudien 1980 und 1982 belegen dies ebenfalls. Die generationenbezogene Betrachtung soll aber nun durch eine differenziertere, auf sechs Altersgruppen ausgerichtete Untersuchung ergänzt werden, zumal auch INGLEHART zumeist in dieser Weise verfährt.

Erwartungsgemäß nimmt mit zunehmendem Lebensalter die Wahrscheinlichkeit des Auftretens postmaterialistischer Ziele ab (vgl. Tab. 3-4). Für die Gültigkeit der INGLEHARTschen Annahmen besitzt aber die zwischen 1974 und 1982 feststellbare *Veränderung* im Antwortverhalten der verschiedenen Altersgruppen zumindest eine ebenso große Bedeutung.

In Übereinstimmung mit seiner These über die sozio-kulturellen Folgen des Generationenaustauschs wird zwischen 1974 und 1982 in den beiden jüngsten Befragtengruppen die Relation zwischen Postmaterialisten und Materialisten günstiger. Die größeren Veränderungen treten dabei unter den 25 bis 34jährigen auf. Sie waren 1974 noch zum Teil der Vorkriegsgeneration zuzuordnen, seit 1980 gehören sie aber ausnahmslos zur Nachkriegsgeneration. Gewisse Vorbehalte allerdings ergeben sich gegen das Jahr 1945 als Trennlinie zwischen den Generationseinheiten.

Zumindest in den Jahren 1974 und 1982 ähnelte nämlich das Verhältnis zwischen Materialisten und Postmaterialisten in der Altersgruppe von 35 bis 44 Jahren stärker dem Muster in der benachbarten jüngeren Kohorte als dem in den älteren Gruppen. Ein Teil des betreffenden Personenkreises ist zwar vor 1945 geboren, dürfte aber stark von den formativen Bedingungen der beiden ersten Nachkriegsjahrzehnte geprägt worden sein.

Unter den 45 Jahre alten und älteren Bundesbürgern blieb zwischen 1974 und 1982 der Anteil der Postmaterialisten konstant niedrig. Hier fand ein erkennbarer Übergang von materialistischen zu gemischten Präferenzen statt, der sich im wesentlichen zwischen 1974 und 1980 vollzog, in den beiden folgenden Jahren jedoch wieder rückläufig war. Hierin spiegelt sich die in Tabelle 3-1 erkennbare Entwicklung der politischen Prioritätenmuster in der Bundesrepublik wider.

Welche Konsequenzen ergeben sich nun aus den bisherigen Untersuchungen der Bestimmungsfaktoren materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten für die empirische Gültigkeit der Theorie der Stillen Revolution? Die Hypothese über den Einfluß des Alters auf die Wertorientierungen einer Person findet im Prinzip Bestätigung. Dies kann aber nicht vorbehaltlos als Beleg für die Richtigkeit der INGLEHARTSchen Annahmen interpretiert werden. Hiergegen spricht vor allem die Tatsache, daß in der unter günstigen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen aufgewachsenen Nachkriegsgeneration der Anteil der Postmaterialisten nur ausnahmsweise den der Materialisten übertraf. Zwischen 1970 und 1984 verlief der Übergang von materialistischen zu postmaterialistischen Prioritäten nicht kontinuierlich, sondern zyklisch. Einen Einfluß der Inflationsrate auf die Verteilung der Prioritätenmuster bestreitet auch INGLEHART (1985a:106ff; 1985b:509ff) nicht, ohne aber die hieraus resultierenden Schlußfolgerungen zu ziehen. In Abweichung von seiner Interpretation des Materialismus/Postmaterialismus-Phänomens als stabiler, situationsunabhängiger, im Persönlichkeitssystem fest verankerter Disposition verändern sich die politischen Zielvorstellungen in *beiden* untersuchten

Generationseinheiten in einem recht kurzen zeitlichen Abstand zum Preisanstieg. Die Konzeption der Stillen Revolution läßt solche Anpassungsprozesse aber nur bei Personen zu, deren formative Phase noch nicht abgeschlossen ist. Ganz im Gegensatz zu den aus INGLEHARTs Theorie ableitbaren Annahmen wechseln gerade die Angehörigen der *Vorkriegsgeneration* unter dem Eindruck steigender Preise von postmaterialistischen zu materialistischen Prioritäten ($r = .70$), während in der Nachkriegsgeneration kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der Inflationsrate und der im folgenden Quartal ermittelten Prozentpunktdifferenz zwischen Materialisten und Postmaterialisten feststellbar ist.

3.2. Wertorientierungen und Bildungsniveau

Anders als die Erfahrungen formativer Sicherheit und formativen Wohlstandes ist die zweite für die Theorie der Stillen Revolution bedeutsame Variable, der formale Bildungsabschluß einer Person, direkt meßbar. INGLEHART (1977a:9f, 72ff) sieht im Anstieg des Bildungsniveaus der Bevölkerung westlicher Staaten eine Voraussetzung für die Ausbreitung postmaterialistischer Prioritäten. Er schreibt also, wie zahlreiche andere Forscher, den Institutionen des Bildungssystems einen Einfluß auf die in der Bevölkerung verbreiteten politischen Wertvorstellungen zu. Seiner Auffassung nach begünstigt die Verbesserung der Bildungschancen darüber hinaus einen weiteren, im vierten Teil dieser Arbeit genauer zu untersuchenden Wandlungsprozeß, den er als "kognitive Mobilisierung" bezeichnet (vgl. INGLEHART 1977a:9f, 293ff). Seine Hypothesen über den Einfluß des Bildungsniveaus auf die individuellen Präferenzstrukturen sind einfach zu beschreiben:

- (2.1) Je höher das Bildungsniveau einer Person, desto wahrscheinlicher präferiert sie postmaterialistische Ziele.
- (2.2) Je niedriger das Bildungsniveau einer Person, desto wahrscheinlicher präferiert sie materialistische Ziele.

In den mir verfügbaren Studien sind Bildungsindikatoren von unterschiedlicher Qualität enthalten. Ungeachtet gewisser Unterschiede in den Erhebungsmodalitäten stimmen die Angaben in der Political-Action-Studie und in den Wahlstudien miteinander überein. Wie aus Tab. 3-5 hervorgeht, unterscheide ich zunächst zwischen fünf unterschiedlichen Bildungsabschlüssen.

Das formale Bildungsniveau einer Person erweist sich als eine wichtige Vorhersagegröße politischer Prioritäten. Die Richtung des Einflusses entspricht INGLEHARTS Erwartungen. In allen drei Erhebungen finden wir in den beiden unteren Bildungsstrata, bei den Volksschulabsolventen ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder mit einer solchen, nur einen verschwindend kleinen Anteil von Postmaterialisten. Dieser steigt dann auf den folgenden Qualifikationsstufen deutlich an. Am stärksten fällt die Veränderung im Anteil postmaterialistisch orientierter Befragter beim Übergang vom Mittelschul- zum Gymnasialabschluß aus. Der Rückgang unter den Hochschulabsolventen hat zum einen mit der relativ kleinen Fallzahl dieser Personengruppe, zum anderen mit der Zuordnung der Studenten, einer Gruppe mit besonders stark ausgeprägten partizipativ-egalitären Neigungen, zu tun. Da diese definitionsgemäß ihre Hochschulausbildung noch nicht abgeschlossen haben, sind sie in die Kategorie der Gymnasialabsolventen eingegliedert. Diese Ungereimtheit läßt sich ausschalten, wenn man die beiden oberen Bildungsstrata zu einer Gruppe zusammenfaßt. Dies ist in sämtlichen folgenden Analysen der Fall.

Zwischen 1974 und 1982 hat sich der Einfluß des Bildungsniveaus auf die Wertorientierungen verstärkt: Die Volksschulabsolventen weisen im betreffenden Zeitraum einen nahezu unverändert niedrigen Anteil an Postmaterialisten auf, allerdings fand bei diesen Gruppen im Zeitraum 1974-1980 ein Wechsel von materialistischen zu gemischten Präferenzen statt, der sich im folgenden Zeitabschnitt jedoch nicht fortsetzte. Unter den Mittelschulabsolventen betrug die Relation zwischen Materialisten und Postmaterialisten 1974 noch 4:1, 1982 waren beide Wertemuster etwa gleich stark vertreten. Bei den besonders gut

Tab. 3 - 5: Bildung und Wertorientierungen, 1974, 1980 und 1982
(Angaben in Prozentpunkten)

	1974		1980		1982	
	Mate- rialli- sten	Post- materia- listen	Mate- rialli- sten	Misch- gruppe	Mate- rialli- sten	Misch- gruppe
Volkssch. o. Berufs- ausbildung	70	28	57	41	59	38
Volkssch. m. Berufs- ausbildung	51	45	46	48	50	45
Mittel- schule	45	44	28	55	28	50
Gymnasium	29	44	17	48	19	44
Hochschule	28	49	21	51	11	45
Alle	54	39	43	47	45	44
N	1173	863	607	674	719	700
Post- materia- listen		2				
Misch- gruppe		2		41		38
Post- materia- listen		2		7		3
Misch- gruppe		4		48		45
Post- materia- listen		11		17		22
Misch- gruppe		27		35		38
Post- materia- listen		23		28		45
Misch- gruppe		7		10		11
Post- materia- listen		152		144		166
Misch- gruppe		55		93		37
Post- materia- listen		.24		.26		.30
Misch- gruppe		.24		.25		.27
Post- materia- listen		.30		.33		.39
Misch- gruppe		.30		.33		.37

fehlernde Werte

Cramer's V

Tau C

Eta

r

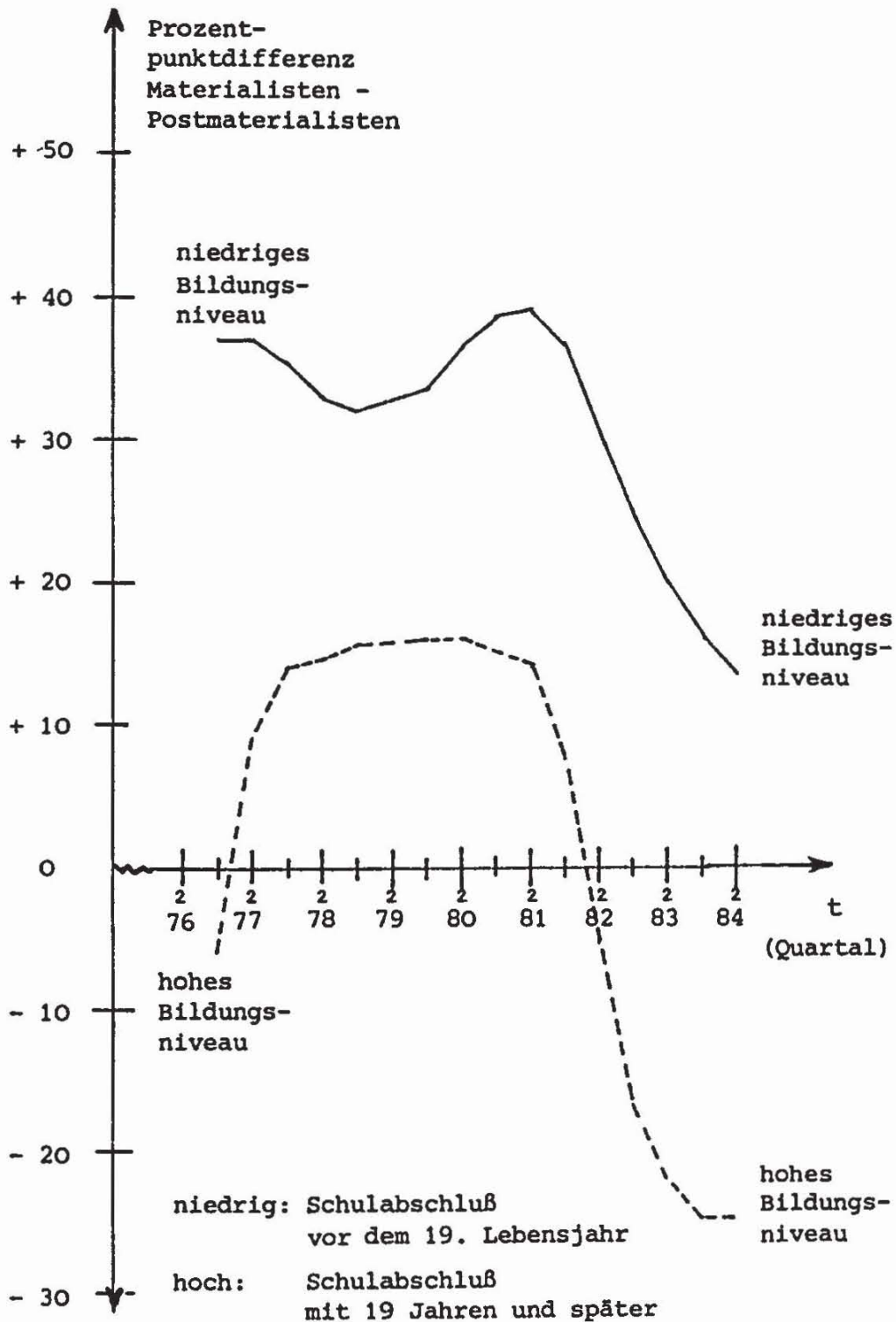
alle Beziehungen sind hochsignifikant (p. 00)

gebildeten Bundesbürgern verschob sich die Relation ebenfalls zu Gunsten der Postmaterialisten.

Bedauerlicherweise enthalten die EUROBAROMETER keine vergleichbaren Angaben zum Bildungsniveau. In diesen Studien wurde das Lebensalter beim Abschluß der Schulausbildung als Bildungsindikator benutzt. Für den Teil der Bevölkerung, der noch das traditionelle dreigliedrige Schulsystem durchlief, lassen sich diese Angaben mit einem kalkulierbaren Fehlerrisiko bestimmten Ausbildungsgängen zuordnen. Dies ist aber für die seit den Bildungsreformen der siebziger Jahre ausgebildeten Bundesbürger kaum möglich. Seither weist das deutsche Bildungswesen eine derartig differenzierte Struktur und eine solche Durchlässigkeit auf, daß im Einzelfalle kaum entscheidbar ist, was ein Ausbildungsabschluß im Alter von 18 Jahren u.ä. bedeutet. Will man auf eine Auswertung der EUROBAROMETER-Daten nicht gänzlich verzichten, dann ist nur eine recht grobe Einteilung vertretbar. Nach den bisherigen Erkenntnissen entscheidet der Abschluß einer Gymnasialausbildung maßgeblich über das Auftreten postmaterialistischer Wertvorstellungen. Dies legt es nahe, den Trennstrich zwischen den verschiedenen Bildungsschichten bei einem Lebensalter von 19 Jahren zu ziehen. Damit wird keine verlässliche Messung des formalen Bildungsniveaus erreicht, möglicherweise aber eine einigermaßen brauchbare Annäherung. Überzeugende Alternativen zu diesem Vorschlag sind zudem nicht zu sehen.

Die Bedeutsamkeit des Bildungsniveaus für die politischen Wertvorstellungen der Bevölkerung wird auch durch die Studien der EG-Kommission klar belegt (vgl. Abb. 3-4). In der besser ausgebildeten Befragtengruppe ist durchgängig eine kleinere Prozentpunktdifferenz zwischen Materialisten und Postmaterialisten feststellbar als bei den Personen mit einer kürzeren Verweildauer in den Bildungsinstitutionen. Die Auswertung der Stärke der Beziehungsmaße zwischen den beiden Variablen ähnelt der in Tabelle 3-4 wiedergegebenen Verteilung. In 36 von 60 Fällen ist der Korrelations- oder Assoziationskoeffizient statistisch insignifikant oder weist einen Wert von weniger als

Abb. 3 - 4: Bildungsniveau und Wertorientierungen
in der Bundesrepublik Deutschland, 1976 - 1984



.20 auf. In den verbleibenden 24 Fällen wird der Betrag von .20 erreicht oder übertroffen (zum Vergleich nochmals die Werte für die Beziehung zwischen Generationszugehörigkeit und Wertorientierungen: insignifikant oder kleiner als .20: 33 Fälle; mindestens .20: 27 Fälle).

Verglichen mit den in Tab. 3-5 enthaltenen Beziehungsmaßen ist dies Ergebnis enttäuschend. Es dürfte in erster Linie durch die Unzulänglichkeit des Meßinstruments bedingt sein. Gleichwohl hat sich eine der Grundannahmen der Theorie der Stillen Revolution empirisch bewährt. In den höheren Bildungsschichten sind postmaterialistische Wertvorstellungen überdurchschnittlich stark verbreitet, die weniger gut ausgebildeten Bevölkerungsgruppen votieren demgegenüber deutlich für die Sicherheits- und Erhaltungsziele des Materialismus.

3.3. Wertorientierungen und die Stellung im Beschäftigungssystem

Zweifellos spielen in der Theorie der Stillen Revolution die Generationszugehörigkeit und das Bildungsniveau eine Schlüsselrolle. Sie stehen in mehr oder minder direkter Beziehung zu den für diese Konzeption wichtigsten theoretischen Konstrukte. Anders als die zahlreichen, von INGLEHART (1977a: 89ff) mehr oder minder ad hoc und ohne erkennbaren Bezug zur Theorie eingeführten Erklärungsvariablen scheint es mir sinnvoll, abschließend den Einfluß einer dritten Größe zu untersuchen. Dabei handelt es sich um die Berufstätigkeit. Ihre Bedeutung ergibt sich aus der Einbindung von INGLEHARTs Arbeiten in den Gesamtzusammenhang der Diskussion über das Entstehen einer postindustriellen Gesellschaft. Zu deren wichtigsten Merkmalen gehört, neben der bereits behandelten Erhöhung des Bildungsniveaus, die Entstehung einer Dienstleistungsökonomie, in der die Angestellten und Beamten zu den zahlenmäßig stärksten Berufsgruppen geworden sind (vgl. ausführlich: BELL 1976: 121ff; weitere Hinweise auf den Diskussionsstand bei: GABRIEL 1984:70ff).

INGLEHART bezieht sich in "The Silent Revolution" ausdrücklich auf BELLS Überlegungen. Er betrachtet das Aufkommen einer Neuen Mittelschicht als eine Bedingung für die Diffusion postmaterialistischer Wertvorstellungen (vgl. INGLEHART 1977a:8f, 12f, 72ff). Seiner Ansicht nach besitzt die berufliche Stellung einer Person zwar im Vergleich mit ihrem Bildungsniveau eine untergeordnete Bedeutung als Bestimmungsfaktor ihrer politischen Prioritäten, dennoch läßt sich aus seinen bisherigen Arbeiten eine Hypothese über den Zusammenhang zwischen Berufstätigkeit und Wertorientierungen ableiten:

- (3) Angestellte und Beamte weisen mit größerer Wahrscheinlichkeit postmaterialistische Prioritäten auf als Arbeiter und Landwirte.

Eine vierte Berufsgruppe, die Selbständigen, ist in der Hypothese nicht genannt. Auf Grund ihrer heterogenen Zusammensetzung ist eine Voraussage über die für diese Gruppe typischen Wertmuster schwierig. Die zum Alten Mittelstand gehörigen Handwerker, Kleinunternehmer und ähnliche Berufsgruppen dürften eine starke Affinität zu materialistischen Sicherheits- und Erhaltungszielen aufweisen (vgl. z.B. auch die Ausführungen bei LIPSET 1981:127ff). Dagegen ist zu erwarten, daß die gut gebildeten, in Dienstleistungsberufen tätigen, zum Neuen Mittelstand zählenden Selbständigen (Ärzte, Rechtsanwälte etc.) stärker den Selbstverwirklichungszielen des Postmaterialismus zuneigen. Das Wertemuster in der Berufsgruppe der Selbständigen hängt also von der Verteilung des Alten und des Neuen Mittelstandes ab. In dem Maße, in dem die neuen selbständigen Dienstleistungsberufe den Alten Mittelstand verdrängen, wird sich die Relation zu Gunsten der Postmaterialisten verschieben.

Nach den in Tab. 3-6 enthaltenen Angaben gab es unter den Angestellten und Beamten zu allen drei Erhebungszeitpunkten den größten Anteil von Postmaterialisten. Es folgten erwartungsgemäß die Selbständigen, die Arbeiter und - abgesehen von 1980 - die Landwirte. Die Beziehungsmaße weisen aber solch niedrige

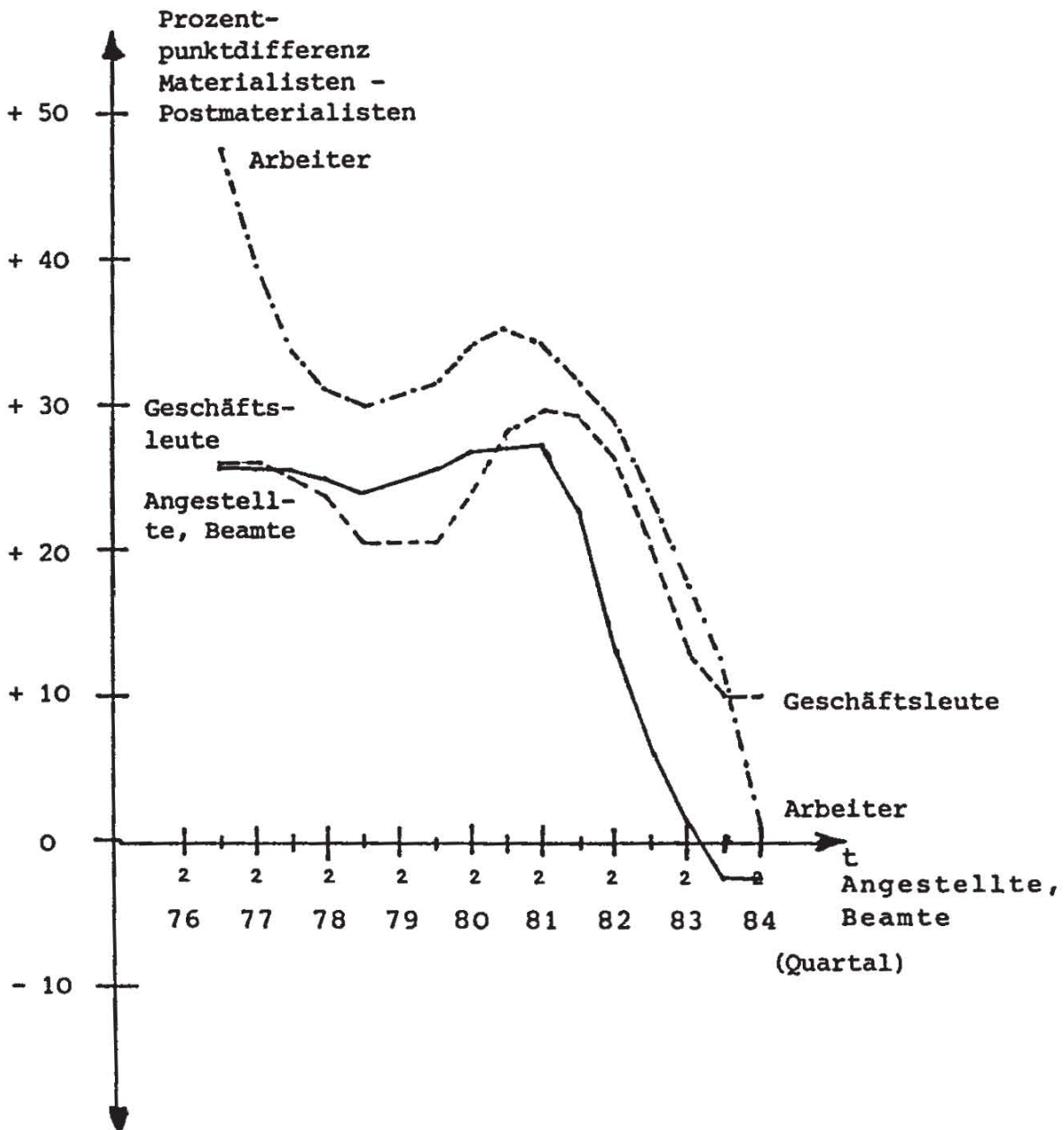
Tab. 3 - 6: Berufstätigkeit und Wertorientierungen, 1974, 1980 und 1982
(Angaben in Prozentpunkten)

	1974		1980		1982	
	Materia- listen	Misch- gruppe	Postma- terialisten	Materia- listen	Misch- gruppe	Postma- terialisten
Arbeiter	53	43	5	52	42	5*
Angestellte und Beamte	50	42	8	39	51	10
Selbstän- dige	51	41	8	39	56	5*
Landwirte	76	24	0	71	21	8**
Alle	52	41	7	45	48	8*
N	924	727	115	542	574	93
fehlende Werte:	477			309		
Cramer's V	.09			.12		
Eta	.11			.15		
				603	606	121
				45	46	9
				292		
				.12		
				.16		

* Rundungsfehler

** Fallzahl der Gruppe ist kleiner als 30
alle Beziehungen sind hochsignifikant (p. 00)

Abb. 3 - 5: Berufstätigkeit und Wertorientierungen in der Bundesrepublik Deutschland, 1976 - 1984



Werte auf, daß eine sinnvolle Interpretation der festgestellten Unterschiede nicht möglich ist.

Die geringe Bedeutung der Berufstätigkeit als Bestimmungsgröße politischer Wertorientierungen wird durch die EUROBAROMETER-Daten noch besser veranschaulicht (vgl. Abb. 3-5). Im Hinblick auf die kleinen Fallzahlen sind die Landwirte nicht in die Gegenüberstellung einbezogen, die Kategorien "Geschäftsmann" und "Direktor" wurden zu einer Gruppe zusammengefaßt. Mit Ausnahme des Anfangspunktes der Erhebungsserie liegen die drei Trendkurven sehr eng beieinander. Es gibt also keine nennenswerten Unterschiede in der Prozentpunktdifferenz zwischen Materialisten und Postmaterialisten. Für eine Korrespondenz zwischen dem Entstehen einer Dienstleistungsökonomie und der Ausbreitung postmaterialistischer Wertorientierungen liefert das hier ausgewertete Datenmaterial keine Anhaltspunkte.

Es wäre sinnvoll, zusätzlich zu den bislang behandelten Erklärungsvariablen materialistischer, gemischter und postmaterialistischer Präferenzen dem Einfluß der Nutzung von Massenmedien auf die politischen Wertorientierungen nachzugehen. Da hierzu nur vereinzelt Daten vorliegen, wird im Interesse der Vergleichbarkeit der einzelnen Untersuchungen auf eine Erweiterung des Analyseansatzes verzichtet. Auch solche Größen, die nicht in einer eindeutigen Beziehung zu INGLEHARTS Theorie stehen, z.B. die Geschlechtszugehörigkeit und die Konfession, bleiben unberücksichtigt. Sie sind allenfalls für den Entwurf alternativer Erklärungsansätze bedeutsam.

Auf der Grundlage der bisher präsentierten Daten kann man feststellen, daß sich INGLEHARTS wichtigste Annahmen über die Bestimmungsfaktoren materialistischer und postmaterialistischer Präferenzen im Prinzip bewährt haben, wenn auch bezüglich der Stärke der festgestellten Einflußbeziehungen gewisse Abstriche vorzunehmen sind.

3.4. Multivariate Analysen der Bestimmungsfaktoren materialistischer und postmaterialistischer Politikziele

Nun kann man die Generationszugehörigkeit und das Bildungsniveau einer Person nicht als voneinander unabhängige Größen ansehen. In Folge des Ausbaus des Bildungssystems in der Bundesrepublik, insbesondere seit der Mitte der sechziger Jahre, stellen sich die Chancen der Nachkriegsgeneration, in den Genuß einer qualifizierten Schulbildung zu gelangen, relativ günstig dar. Für die Mehrzahl der vor 1945 geborenen Bundesbürger stand dagegen der Volksschulabschluß am Ende der Bildungskarriere (vgl. die Angaben zur Entwicklung des Bildungssystems in: DATENREPORT 1983:61ff). Es ist folglich sinnvoll, der Frage nachzugehen, in welchem Maße die überdurchschnittliche Präferenz der jüngeren Bevölkerungsgruppen für postmaterialistische Ziele auf ihre vergleichsweise gute Schulbildung zurückgeht oder ob die Beziehung zwischen Bildungsniveau und Wertorientierungen auch bei einer Kontrolle der Generationszugehörigkeit erhalten bleibt. Die Variable "Berufstätigkeit" wird auf Grund ihrer theoretischen Bedeutung gleichfalls in die Versuchsanordnung einbezogen, zumal die Tätigkeit in den meisten Angestellten- und Beamtenfunktionen zumindest einen Mittelschulabschluß voraussetzt.

Die Durchführung von Mehrvariablenanalysen ist mit methodischen und inhaltlichen Problemen verbunden, auf die in aller Kürze hinzuweisen ist. Im Hinblick auf das Meßniveau und die Verteilungseigenschaften der bislang eingeführten Variablen scheiden streng genommen die meisten konventionellen, multivariaten Analyseverfahren (Regressions-, Diskriminanz- und Varianzanalyse) aus. Die methodisch angemessenen Verfahren zur Analyse verteilungsunabhängiger, nicht-metrischer Daten (vgl. u.a.: KÜCHLER 1979:154ff; KNOKE, BURKE 1980) waren mir nicht zugänglich. Regressions- und Varianzanalysen lassen sich zwar nach einer Dichotomisierung der betreffenden Daten auch auf nominal- und ordinalskalierte Variable anwenden, doch weisen die meisten hier untersuchten Variablen derart ungünstige Ver-

teilungseigenschaften auf, daß die Anwendung der genannten Verfahren in jedem Falle problematisch bleibt. Diese Mängel sind auch durch Datentransformationen nicht in allen Fällen zu beheben.

In der Forschungspraxis werden aber die Regressions- und die Varianzanalyse häufig auch dann eingesetzt, wenn die Daten die hierfür erforderlichen Eigenschaften nicht besitzen. LEWIS-BECK (1980:30) beschreibt die Regressionsanalyse als ein ziemlich robustes Verfahren und sieht die gravierenden Probleme weniger in der Verletzung testtheoretischer Prämissen, als in einer ungenügenden theoretisch-inhaltlichen Grundlegung der Analysen. Für die voraussetzungsärmere Varianzanalyse lassen sich diese Überlegungen wohl ebenfalls geltend machen (vgl. auch die Hinweise bei OPP, SCHMIDT 1976:34f; SCHUCHARD-FICHER et al. 1982:44f). Die Vorteile und die Kosten der Anwendung multivariater Verfahren sind deshalb sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

Die Annahme einfacher, bivariater Ursache-Wirkungszusammenhänge ist in den Sozialwissenschaften im Prinzip theoretisch inadäquat. Sie entspräche auch nicht INGLEHARTs Vorstellungen von den Bedingungen und Folgen der Stillen Revolution. Theoretische Gesichtspunkte sprechen somit für den Einsatz der verfügbaren multivariaten Analyseverfahren. Dabei ist aber im Einzelfalle zu bedenken, ob die Verletzung bestimmter Modellannahmen Probleme für die substantielle Interpretation der Ergebnisse mit sich bringt.

Gravierender sind die bei der multivariaten Analyse auftretenden inhaltlichen Schwierigkeiten. INGLEHARTs Theorie enthält, wie erwähnt, nur außerordentlich ungenaue Angaben über die Ausprägungen der relevanten Variablen und über die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen. Ein empirisch prüfbares Kausalmodell der Stillen Revolution liegt bislang nicht vor. Aus diesem Grunde greife ich zunächst nur auf das einfache Verfahren der Multiplen Klassifikationsanalyse zurück (vgl. SONQUIST 1971; KIM, KOHOUT 1975c:416ff; SCHUCHARD-FICHER et al. 1982:

39ff). Es setzt keine differenzierten Annahmen über die Einflußbeziehungen *zwischen* den Determinanten materialistischer, postmaterialistischer und gemischter Prioritäten voraus. Zudem ermöglicht es die Verwendung nominal- und ordinalskalierter Daten als unabhängige Variable. Die Wertorientierungen sind im folgenden Abschnitt als dichotome Zielvariable verschlüsselt. Beim Vorhandensein des betreffenden Prioritätenmusters erhielten die Befragten einen Punktwert 100, beim Nichtvorhandensein den Wert 0. Auf diese Weise reproduziert der als Ausgangsdatum bei der multiplen Klassifikationsanalyse benutzte Mittelwert den Prozentanteil der Materialisten und der Postmaterialisten in der Stichprobe. Dies erlaubt eine sehr anschauliche Darstellung der Untersuchungsergebnisse (vgl. hierzu auch die Hinweise bei SONQUIST 1971:15ff). Bei der Analyse der Determinanten materialistischer Präferenzen besitzt die Zielvariable relativ günstige Verteilungseigenschaften, da beide Gruppen, die Materialisten und die Nichtmaterialisten, etwa gleich stark besetzt sind. Die ungünstige Verteilung der Postmaterialisten und der Kontrastgruppe dagegen läßt sich nicht korrigieren und stellt eine mögliche Fehlerquelle bei der Interpretation der Ergebnisse dar. Für die Mischgruppe werden keine Multiplen Klassifikationsanalysen durchgeführt. Ihre Zusammensetzung weicht im Hinblick auf die für die Erklärung politischer Prioritäten relevanten Merkmale nur geringfügig von der der Gesamtstichproben ab. Entsprechend wurden mit Hilfe der Variablen Alter, Bildungsniveau und Berufstätigkeit maximal zwei Prozent der Antwortvarianz in dieser Gruppe erklärt.

Die Resultate der Mehrvariablen-Analyse sind unter verschiedenen Gesichtspunkten relevant. Zunächst möchte ich die Erklärungsleistung der in INGLEHARTs theoretischem Konzept enthaltenen Variablen insgesamt prüfen. Hierüber informieren die in Tabelle 3-7 und Tabelle 3-8 enthaltenen multiplen Bestimmtheitsmaße R^2 . Demnach ist die Erklärungskraft des *Materialismus-Modells* in den drei Untersuchungsjahren 1974, 1980 und 1982 als relativ schwach einzuschätzen. Lediglich sechs Prozent der Schwankungen im durchschnittlichen Anteil der Mate-

rialisten gehen auf Unterschiede im Bildungsniveau, in der Generationszugehörigkeit und in der Berufstätigkeit der Bundesbürger zurück. Durch eine differenziertere Erfassung des Lebensalters läßt sich in den Jahren 1974 (Altersangabe in Jahren) und 1982 (Altersgruppen analog Tab. 3-5) die Erklärungsleistung der Modelle geringfügig verbessern. Der Anteil erklärter Varianz liegt aber auch in diesen Fällen unter 10 Prozent.

Die Erklärungsleistung des *Postmaterialismus-Modells* fällt 1974 und vor allem 1980 sogar noch etwas schwächer aus. Wiederum erhöht sich im Jahr 1974 bei einer Verwendung des Lebensalters in Jahren der multiple Korrelationskoeffizient geringfügig ($R = .245$ statt $R = .220$). Im Jahre 1982 tragen die Variablen Generationszugehörigkeit, Bildungsniveau und Berufstätigkeit dagegen deutlich mehr zur Erklärung postmaterialistischer Präferenzen bei als in den beiden früheren Erhebungen. Ein Anteil von etwa zwölf Prozent erklärter Varianz ist vor allem dann als recht zufriedenstellend zu betrachten, wenn man sich vor Augen führt, wie stark sich situative Faktoren auf die politischen Prioritäten einer Person auswirken (vgl. zum Postmaterialismus-Modell: Tab. 3-8).

Wie nach den Ergebnissen der bivariaten Analysen zu erwarten, spielen das Bildungsniveau, die Generationszugehörigkeit und der ausgeübte Beruf als Determinanten materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten eine unterschiedliche Rolle. Bei einer Kontrolle des Bildungsniveaus und der Generationszugehörigkeit wird der Einfluß der Berufstätigkeit auf die politischen Präferenzen in allen sechs untersuchten Fällen statistisch insignifikant. Mit dem Verständnis des Postmaterialismus und des Materialismus als der postindustriellen bzw. der industriellen Gesellschaft korrespondierenden Wertmustern ist dies Ergebnis nicht vereinbar. Auch die Daten zum relativen Einfluß des Bildungsniveaus und der Generationszugehörigkeit auf die Wertorientierungen bestätigen nur bedingt INGLESARTS Annahmen. In keinem Falle war das Lebensalter der wichtigste Bestimmungsfaktor materialistischer und postmateriali-

Tab. 3 - 7: Bestimmungsfaktoren materialistischer Prioritäten,
1974, 1980 und 1982 - Multiple Klassifikations-
analyse
(Angaben in Prozentpunkten)

	ohne Kontroll- variablen			mit Kontroll- variablen		
	1974	1980	1982	1974	1980	1982
<u>Generation</u>						
Vorkrieg	55	53	52	53	52	51
Nachkrieg	35	35	34	38	39	37
Eta/Beta	.15	.16	.17	.13	.12	.13
<u>Bildung</u>						
Volksschule o.B.	67	61	56	65	56	53
Volksschule m.B.	53	50	52	53	50	49
Mittelschule	43	34	26	42	38	29
Gymnasium	33	25	22	33	30	26
Eta/Beta	.20	.21	.21	.19	.15	.18
<u>Berufsgruppe</u>						
Landwirte	75	73	53	66	66	48
Arbeiter	53	55	53	48	51	48
Selbständige	51	46	43	51	47	44
Angestellte/Beamte	50	42	42	54	45	46
Eta/Beta	.10	.14	.11	.08 n.s.	.07 n.s.	.03 n.s.
Alle	52	48	47	52	48	47
R				.251	.246	.246
R ²				.063	.061	.061

stischer Präferenzen. Insbesondere die für seine Konzeption wichtigere Frage nach den Bestimmungsfaktoren *postmaterialistischer* Präferenzen läßt die Interpretation des Wertewandels als Intergenerationen-Phänomen fragwürdig erscheinen. Die bivariaten Eta-Koeffizienten für die Beziehung zwischen dem Bildungsniveau und den postmaterialistischen Prioritäten liegen deutlich höher als die für den Zusammenhang zwischen Generationszugehörigkeit und Postmaterialismus ermittelten Größen. Noch besser werden die Einflußstrukturen in den multivariaten Analysen erkennbar. Hält man die Effekte der jeweils anderen Erklärungsvariablen konstant, dann ist der Einfluß des Bildungsniveaus auf die Wertorientierungen etwa doppelt so stark ausgeprägt wie der der Generationszugehörigkeit. Im Materialismus-Modell läßt sich diese Konstellation ebenfalls, wenn auch nicht so deutlich, feststellen.

Mit Ausnahme der Beziehung zwischen der Berufstätigkeit und den Wertorientierungen sind alle festgestellten Zusammenhänge hochsignifikant. Zu Kontrollzwecken durchgeführte Analysen mehrdimensionaler Kontingenztafeln und Tests auf Varianzhomogenität ergaben keine Hinweise auf Verzerrungen in Folge inadäquater Modellannahmen. Allenfalls ist zu vermuten, daß die Verwendung der Beziehungsmaße r und η zu einer leichten Überschätzung des Einflusses der Erklärungsvariablen führt. Größere substantielle Probleme für die Interpretation der Ergebnisse entstehen hierdurch nicht.

Entgegen INGLEHARTs Erwartungen hängt die Präferenz für partizipativ-emanzipatorische Wertvorstellungen nicht in erster Linie von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generationseinheit und den daraus resultierenden formativen Erfahrungen, sondern vom Absolvieren einer qualifizierten Schulausbildung ab. Damit haben sich die sozialisationstheoretischen Elemente der Theorie der Stillen Revolution besser bewährt als die aus der Mangelhypothese ableitbaren Annahmen. Zugleich eröffnet dies Ergebnis theoretische Alternativen zu INGLEHARTs Interpretation des Postmaterialismus-Phänomens, wie wir sie vor allem in Untersuchungen der politischen Kultur der Bundesrepu-

Tab. 3 - 8: Bestimmungsfaktoren postmaterialistischer
Prioritäten, 1974, 1980 und 1982 - Multiple
Klassifikationsanalyse
(Angaben in Prozentpunkten)

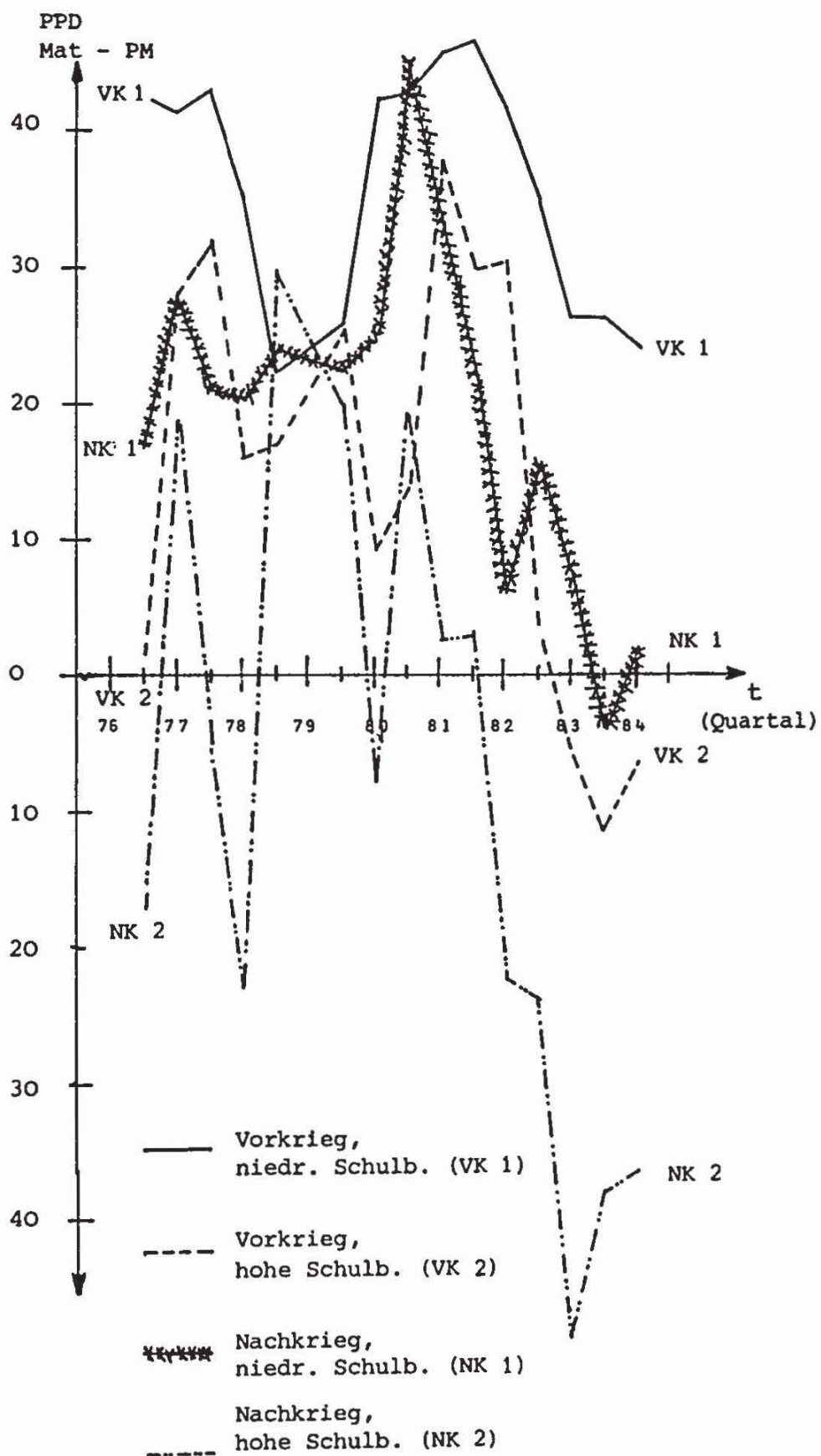
	ohne Kontroll- variablen			mit Kontroll- variablen		
	1974	1980	1982	1974	1980	1982
<u>Generation</u>						
Vorkrieg	6	9	4	6	9	5
Nachkrieg	11	17	16	11	15	14
Eta/Beta	.09	.12	.20	.08	.08	.15
<u>Bildung</u>						
Volksschule o.B.	3	5	2	4	5	3
Volksschule m.B.	4	10	5	4	10	5
Mittelschule	11	15	23	11	15	21
Gymnasium	20	25	31	19	25	29
Eta/Beta	.20	.17	.31	.20	.17	.28
<u>Berufsgruppe</u>						
Landwirte	0	12	3	3	16	7
Arbeiter	5	9	4	7	12	8
Selbständige	8	10	7	8	5	6
Angestellte/Beamte	8	12	11	6	11	8
Eta/Beta	.08	.05	.13	.04 n.s.	.04 n.s.	.02 n.s.
Alle	6	11	8	6	11	8
R				.220	.193	.342
R ²				.048	.037	.117

blik finden (vgl. insbesondere: CONRADT 1980; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981; GREIFFENHAGEN 1984).

Bei der Suche nach den Determinanten materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten sollte man die Variablen "Lebensalter" und "Schulbildung" allerdings nicht gegeneinander ausspielen. Ein klares Profil der Wertstrukturen verschiedener Bevölkerungsgruppen läßt sich erst durch die Berücksichtigung des *gemeinsamen* Einflusses beider Größen gewinnen. Die EUROBAROMETER-Daten belegen dies mit der gewünschten Deutlichkeit (vgl. Abb. 3-6). Die vor 1945 geborenen Bundesbürger, die ihre Schulausbildung vor dem 19. Lebensjahr abschlossen, weisen eine klar erkennbare, verhältnismäßig stabile materialistische Grunddisposition auf, obgleich auch in dieser Gruppe in den letzten Jahren postmaterialistische Vorstellungen im Vordringen begriffen sind. Die Kontrastgruppe hierzu bilden die gut ausgebildeten Angehörigen der Nachkriegsgeneration. Abgesehen von dem Zeitraum zwischen dem Herbst 1978 und dem Frühjahr 1981 dominierten unter ihnen die Selbstverwirklichungsziele des Postmaterialismus, ohne daß sich allerdings mit Bestimmtheit sagen ließe, ob sich der seit dem Herbst 1981 verstärkt beobachtbare Trend in Zukunft fortsetzen wird. Auch in den EUROBAROMETER-Daten zeigt sich das im Vergleich mit der Generationszugehörigkeit größere Gewicht des Bildungsniveaus. Die Prozentpunktdifferenz zwischen Materialisten und Postmaterialisten ist unter den gut ausgebildeten Angehörigen der Vorkriegsgeneration durchweg kleiner als bei den weniger gut ausgebildeten, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geborenen Personen. Die Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen sind aber nicht stark ausgeprägt.

Die Auseinandersetzung mit dem Verlauf und den Bedingungen der Stillen Revolution bestärkt eine bereits früher geäußerte Vermutung: INGLEHART ist zwar einem interessanten Phänomen auf der Spur. Es handelt sich dabei aber nicht unbedingt um einen Wandel grundlegender politischer Wertorientierungen. Noch weniger indizieren die von ihm beschriebenen Wertemuster den Übergang von einer bürgerlich-industriellen zu einer nachbür-

Abb. 3 - 6: Bildung, Generationszugehörigkeit und Wertorientierungen



gerlich-postindustriellen Gesellschaft. Die Zielkombination "Ausweitung der politischen Mitsprache/Schutz der Meinungsfreiheit" kann man als geradezu klassisch bürgerlich-liberales Wertemuster bezeichnen, wie die Arbeit Ralf DAHRENDORFs (1971: 351ff) zeigt. Die Betonung demokratisch-partizipativer Ziele gegenüber den Sicherheits- und Erhaltungszielen unterscheidet *in der bürgerlichen Gesellschaft* möglicherweise den Citoyen vom Bourgeois, sie ist aber sicherlich kein Zeichen des Übergangs zu einer nachbürgerlichen Kultur oder zur postindustriellen Gesellschaft.

Die Bedeutsamkeit der von INGLEHART aufgeworfenen Forschungsfragen erscheint mir unbestreitbar, wie ja nicht zuletzt die intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit seinem Konzept anzeigt. Zweifel sind aber an der Brauchbarkeit seines Meßinstruments und an seiner Interpretation der damit gewonnenen Daten angebracht. Ein hohes Bildungsniveau und die Zugehörigkeit zur Nachkriegsgeneration begünstigen die Präferenz für demokratisch-partizipative Ziele, beim Vorliegen der entgegengesetzten Merkmalskombination erhöht sich die Chance für das Auftreten von Sicherheits- und Erhaltungszielen. Dieser Befund ist theoretisch keineswegs eindeutig determiniert, sondern er läßt sich problemlos auch in ALMOND/VERBAS Civic-Culture-Ansatz oder in Theorien politischer Modernisierung integrieren. Die politische Relevanz des Votums für demokratisch-partizipative oder konventionelle Sicherheitsvorstellungen wird erst erkennbar, wenn man es in den Zusammenhang einer Analyse politischer Orientierungsmuster einordnet. Wie schon früher festgestellt, lassen sich bestimmte politische Überzeugungen am besten in ihrem Zusammenspiel mit anderen Orientierungen verstehen.

Ich werde im folgenden Teil der Arbeit versuchen, die von INGLEHART beschriebenen Sachverhalte in die Analyse der politischen Kultur der Bundesrepublik in den siebziger Jahren einzuordnen. Dieser Untersuchungsschritt erfüllt zwei Aufgaben: Er soll uns ein genaueres Bild darüber verschaffen, welche Phänomene INGLEHART unter den eher irreführenden Bezeichnungen

"Materialismus" und "Postmaterialismus" beschreibt. Darüber hinaus soll er die Hypothesen über die Folgen des Auftretens (post-)materialistischer Orientierungen für die Einstellungen der Bürger zur Politik einer empirischen Kritik unterwerfen.

4. TEIL: DIE AUSWIRKUNGEN DER STILLEN REVOLUTION AUF DIE EINSTELLUNGEN DER BUNDESBÜRGER ZUM POLITISCHEN SYSTEM

Nach INGLEHART verändern sich mit der Ausbreitung postmaterialistischer Orientierungen auch die in der Bevölkerung vorhandenen Einstellungen zum politischen System. In seiner Analyse der politischen Folgen des Wertewandels unterschied er zwischen zwei wichtigen Begleiterscheinungen der Stillen Revolution, der zunehmenden politischen Mobilisierung der Öffentlichkeit und der abnehmenden politischen Folgebereitschaft Systemakzeptanz. Im Sinne LEHMANS (1971:363ff) stärkt der Wertewandel die partizipativen Institutionen des politischen Systems, er schwächt aber dessen Legitimität. Greift man auf den Begriffsapparat von ALMOND und VERBA zurück, dann nähert sich mit dem Wertewandel die *Selbstkomponente* der politischen Kultur dem Modell der Staatsbürgerkultur an, bei der *Umweltbewertung* vergrößert sich demgegenüber die Lücke zwischen der demokratiethoretischen Normvorstellung der "Civic Culture" und der politischen Wirklichkeit.

Nach den im letzten Kapitel präsentierten Daten sind Zweifel an der Gültigkeit der INGLEHARTschen Theorie der Stillen Revolution angebracht. Dennoch wäre es voreilig, auf eine Auseinandersetzung mit den politischen Folgen des Prioritätenwandels zu verzichten, weil sich die Annahmen über dessen Bedingungen und Ablauf nicht vollständig bewährt haben. Hiergegen sprechen vor allem die folgenden Gründe:

- (1) In der einschlägigen Literatur gibt es zahlreiche Belege für eine Veränderung der Wertvorstellungen der Bürger westlicher Demokratien. Die Sicherheits- und Anpassungsziele scheinen im Verlaufe der siebziger Jahre tatsächlich zu Gunsten von Selbstverwirklichungszielen an Bedeutung verloren zu haben (vgl. dazu z.B. MILLER, LEVITIN 1976; KMIĘCIAK 1976; PROSS 1982; KLAGES 1984).
- (2) Die Theorie der Stillen Revolution enthält zumindest einige empirisch bewährte Annahmen. Auch wenn vereinzelt Abweichungen vom allgemeinen Muster auftraten, war doch in

den meisten Fällen der Anteil der Postmaterialisten in den jungen, gut gebildeten Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich hoch. Dies spricht für einen Einfluß der Sozialisationsbedingungen auf das Entstehen materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten.

- (3) Wie aus mehreren empirischen Untersuchungen hervorgeht, stehen die Postmaterialisten der Alternativbewegung und den GRÜNEN als deren parlamentarischer Repräsentanz besonders nahe (vgl. z.B. INGLEHART 1984:531ff; KÜCHLER 1984:332ff; MÜLLER-ROMMEL, WATTS 1984; REUBAND 1985:35ff). In keiner anderen Erscheinung manifestiert sich der Wandel der politischen Wertorientierungen bestimmter Bevölkerungsgruppen nachdrücklicher als im Auftreten der Alternativen.

Die Erkenntnisse über die Wertorientierungen der Anhängerschaft der Alternativen legen die Folgerung nahe, daß INGLEHART möglicherweise zwar nicht die für die industrielle bzw. postindustrielle Gesellschaft typischen Wertemuster erfaßte, wohl aber politische Einstellungen, die mit diesen in Beziehung stehen. Dies macht es - bei allen Vorbehalten gegen die Brauchbarkeit des Verfahrens zur Messung materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten - sinnvoll, INGLEHARTs Hypothesen über die politischen Folgen der Stillen Revolution genauer zu untersuchen.

Den folgenden empirischen Analysen liegt eine vereinfachte Fassung der in Abb. 1 - 2 entwickelten Matrix politischer Orientierungen zu Grunde. Da sich INGLEHART hauptsächlich mit zwei speziellen Folgeerscheinungen des Wertwandels, den mit ihm verbundenen Mobilisierungsprozessen und Akzeptanzproblemen auseinandersetzt, eignet sich als Ausgangspunkt für die empirische Prüfung seiner Annahmen LEHMANS erwähnte Unterscheidung zwischen den legitimatorischen und den partizipativen Aspekten der politischen Kultur. Die partizipativen Orientierungen decken im ALMOND/VERBA-Schema die politischen Kenntnisse und die Input-Orientierungen ab. Die legitimatorische Komponente betrifft die Konversions- und die Output-Phase des

politischen Prozesses sowie das politische System als allgemeines Objekt. Es gibt für beide Teilaspekte der politischen Kultur jeweils einige Daten, die auch eine Analyse von Veränderungen zulassen. Dies gilt in erster Linie für das *politische Interesse*, für die *politische Effektivität*, für die *System-* und die *Regierungszufriedenheit*, die folglich im Mittelpunkt der folgenden Kapitel stehen.

Im Unterschied zu anderen Autoren (vgl. z.B. KMIĘCIAK 1976: 430ff; ROTH 1979; CONRADT 1980; RAUSCH 1980; STAMMEN 1980; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981; REICHEL 1981; PROSS 1982; GREIFFENHAGEN 1984; vgl. auch den umfassenden Überblick bei IWAND 1985), bleiben politische Verhaltensstrukturen in der Untersuchung vollständig unberücksichtigt. Sie hängen zwar mit bestimmten Orientierungsmustern zusammen, sind aber keine Bestandteile der politischen Kultur im hier definierten Sinne. Es ist auch keineswegs beabsichtigt, alles verfügbare Datenmaterial zusammenzutragen, sondern einige wesentliche Elemente der politischen Kultur der Bundesrepublik exemplarisch zu behandeln. Die entscheidenden Kriterien für die Auswahl bestimmter politischer Einstellungen waren ihre theoretische Relevanz für das Konzept der Staatsbürgerkultur und für INGLESARTS Wertwandelshypothese sowie die Verfügbarkeit von Vergleichsdaten. Damit sollen zumindest einige Erkenntnisse über Veränderungen der politischen Kultur ermöglicht werden. Lediglich in den Fällen, in denen für eine theoretisch relevante Variable keine Möglichkeit zur vergleichenden Analyse bestand, begnüge ich mich mit einer Querschnittsuntersuchung. Dies ist lediglich beim Regierungsvertrauen der Fall.

In den folgenden Kapiteln werden zunächst die in der empirischen Analyse benutzten Konzepte vorgestellt, es folgt eine kurze Wiedergabe des Forschungsstandes und eine Zuordnung der betreffenden Größen zu dem in Abbildung 1 - 2 enthaltenen Beschreibungsraster. Sodann versuche ich, auf der Basis der verfügbaren Daten die langfristigen Entwicklungstrends der betreffenden Einstellungen nachzuzeichnen. Hieran schließen sich bivariate und multivariate Analysen des Zusammenhanges zwi-

schen materialistischen, gemischten und postmaterialistischen Präferenzen sowie den besprochenen Einstellungen an. Sinnvolle Aussagen über die Bedeutung der materialistischen und der postmaterialistischen Orientierungen für die Etablierung einer demokratischen politischen Kultur in der Bundesrepublik sind auf theoretische Bezugsgrößen angewiesen. Einen solchen Maßstab habe ich im theoretischen Teil dieser Arbeit unter der Bezeichnung "Staatsbürgerkultur" eingeführt. Die Einstellungen der Materialisten und der Postmaterialisten sollen miteinander unter dem Gesichtspunkt ihrer Nähe oder Distanz zum Leitbild der Staatsbürgerkultur verglichen werden. Auf dieser Grundlage läßt sich klären, welche Bedeutung den Unterschieden in den politischen Einstellungen der Materialisten, der Mischgruppe und der Postmaterialisten für die Etablierung und den Bestand einer Staatsbürgerkultur in der Bundesrepublik zukommt.

1. Wertorientierungen und politische Mobilisierung

1.1. Zum Konzept der politischen Involvierung

1.1.1. Das theoretische Konzept und seine Operationalisierung

INGLEHART (1977a:293) betrachtet die Ausbreitung postmaterialistischer Orientierungen und die kognitive Mobilisierung der Bevölkerung als zwei eng miteinander verbundene Entwicklungen: "Two basic changes are taking place among Western publics. One is *cognitive*, the other *evaluative*, and they seem equally important" (Hervorh. OWG). Ähnlich wie in unseren theoretischen Überlegungen finden wir auch in INGLEHARTs Arbeiten eine analytische Unterscheidung zwischen kognitiven und normativen Orientierungen. Interpretiert man die Bezeichnung "politische Kognitionen" oder "kognitive Komponente der politischen Kultur" sehr eng, dann bezieht sie sich ausschließlich auf *empirisch überprüfbare politische Kenntnisse* einer Person, etwa das Wissen um die Parteizugehörigkeit des Bundeskanzlers, die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien usw. Solche empirischen Kenntnisse sind Bestandteile der politischen Kultur (vgl.

grundlegend: ALMOND, VERBA 1965:57ff), werden aber für sich genommen der Komplexität des von INGLEHART als kognitive Mobilisierung bezeichneten Sachverhaltes nicht gerecht.

Der Begriff "politische Kognitionen" ist hier - wie bei INGLEHART - weiter gefaßt. Er umgreift in Anlehnung an ALMOND und VERBA (1965:45ff) weitere Einstellungen, wie das politische Interesse, die Bewertung der Wichtigkeit der Politik für das eigene Leben und die Fähigkeit, politische Informationen zu verarbeiten. Für diesen Komplex politischer Orientierungen finden wir in der Literatur die Bezeichnung "politische Involvement" und "psychische Anteilnahme an der Politik" (vgl. CZUDNOWSKI 1968:879ff; BELL 1969; PAPPI 1970:50ff; VERBA, NIE 1972:83, 367ff; BALCH 1974:10ff; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:51ff; KAASE 1983:164). "Psychological involvement refers to the degree to which citizens are interested in and concerned about politics and public affairs. We can think of psychological involvement as being placed along a continuum. At one pole are those persons who are completely absorbed in the political conflicts surrounding them. At the other extreme are individuals who are totally preoccupied with their private lives and who have little interest in or care for public issues" (MILBRATH, GOEL 1977:46). Die meisten der genannten Autoren unterscheiden allerdings nicht zwischen den Einstellungs- und den Verhaltensaspekten.

BEER (1973:26) betrachtet die Verfügung über korrekte politische Informationen und die Fähigkeit, diese zur Ordnung der politischen Wirklichkeit einzusetzen als wichtige Bestandteile der politischen Kultur. Sie helfen seiner Meinung nach dem Individuum dabei, politische Ereignisse wahrzunehmen, ihre Bedeutung zu verstehen und sie in umfassendere politische Zusammenhänge einzuordnen. ALMOND und VERBA (1965:338) bezeichnen den rational-aktivistischen Staatsbürger als informiert und involviert. Sie verweisen ausdrücklich auf die Bedeutung dieser Qualitäten in der demokratischen politischen Kultur.

Der Besitz von Informationen ist jedoch allenfalls eine not-

wendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für die Fähigkeit einer Person, sich in der politischen Wirklichkeit zurechtzufinden. Nicht weniger bedeutsam hierfür ist die Kompetenz, neu erworbene Informationen mit den bereits verfügbaren zusammenzufügen, sie nach bestimmten Standards zu bewerten usw. (vgl. NIE, POWELL, PREWITT 1969:816). Im Zusammenhang mit der Fähigkeit, die politische Umwelt zu verstehen, d.h. Informationen über sie in einen sinnvollen Gesamtzusammenhang zu bringen, wurde das Konzept des ideologischen Denkens in der Politik entwickelt. Es bezeichnet nach ALLERBECK, KAASE und KLINGEMANN (1979/80:360) ein "hohes Maß an Fähigkeit, politische Informationen zu verstehen, einzuordnen und zu behalten", und es erlaubt dem Bürger "to understand a single case or instance of political stimuli as a part of a whole" (INGLEHART, KLINGEMANN 1979:206). Damit wird es möglich, einzelne politische Vorgänge in abstrakte Zusammenhänge einzuordnen (INGLEHART, KLINGEMANN 1979:205; MARSH 1977:91, 108ff).

In Anlehnung an CONVERSE (1964) entwickelte KLINGEMANN (1979a) ein außerordentlich anspruchsvolles Konzept zur Messung des ideologischen Denkens in der Politik. Es basiert auf der Deutung der Begriffe "Rechts" und "Links" bei der Auseinandersetzung mit der politischen Umwelt. Unter einem *passiven ideologischen Denken* versteht KLINGEMANN (1979a:227ff; ALLERBECK, KAASE, KLINGEMANN 1979/1980:41ff, 349ff) die Fähigkeit einer Person, den Begriffen "Rechts" und "Links" eine sinnvolle Bedeutung zuzuordnen (ideologisches Verständnis der Politik). Als *aktives ideologisches Denken* bzw. als ideologische Konzeptualisierung der Politik bezeichnet er die Bewertung politischer Parteien mittels ideologischer Kategorien (vgl. KLINGEMANN 1979a:216ff; genaue Angaben zur Operationalisierung der Konstrukte bei EVANS, HILDEBRANDT 1979:559ff).

Es ist nicht ohne weiteres möglich, diese beiden Konzepte in theoretisch plausibler Weise auf das eingangs vorgestellte System zur Beschreibung politischer Orientierungen zu beziehen. Soweit es um die Bewertung politischer Parteien geht, spielen die *Konversions-Aspekte* der politischen Kultur eine

Rolle; denn die Aufgabe politischer Parteien besteht nach ALMOND und POWELL (1966:29, 98ff) darin, Interessen zu aggregieren und sie in den autoritativen Entscheidungsprozeß des politischen Systems einzubringen. Ihre Bewertung erfolgt jedoch unter Rückgriff auf Vorstellungen vom wünschenswerten Typ der politischen Ordnung, d.h. im Hinblick auf *systemische Aspekte* der politischen Kultur (vgl. zur Verdeutlichung die Ausführungen bei KLINGEMANN 1979a:221). Beim ideologischen Verständnis der Politik steht, repräsentiert durch die Begriffe "Rechts" und "Links", ebenfalls der wünschenswerte Typ der politischen Ordnung im Vordergrund. Schließlich verbinden sich im ideologischen Denken kognitive mit normativen Vorstellungen (vgl. KLINGEMANN 1979a:bes. 218; INGLEHART, KLINGEMANN 1979: 206).

Nicht allein die Zuordnung des ideologischen Denkens zum hier benutzten Ordnungsschema bereitet Probleme. Zumindest ebenso schwierig gestaltet sich die Beantwortung der Frage nach seiner Rolle in der Staatsbürgerkultur. Das *Verständnis* der Bedeutung ideologischer Begriffe gehört sicherlich zum kognitiv kompetenten Staatsbürger. Dagegen verstößt eine dezidiert *ideologische Einstellung zu den politischen Parteien* vermutlich gegen das von ALMOND und VERBA (1965:85ff, 232ff) propagierte Modell der "offenen Parteianhängerschaft", da sich in ihr eine Fragmentierung der politischen Kultur ausdrückt. Der für eine funktionsfähige Demokratie erforderliche politische Wettbewerb kann sich unter diesen Bedingungen nur schwer entfalten. Im Hinblick auf diese Schwierigkeiten beziehe ich die ideologische Konzeptualisierung der Politik nicht in die empirische Analyse ein. Zum ideologischen Verständnis politischer Begriffe liegen keine brauchbaren Vergleichsdaten vor, so daß diese Größe ebenfalls nicht näher untersucht wird.

Eine große Rolle spielt in den bisherigen Arbeiten zur politischen Kultur westlicher Demokratien die "Bedeutsamkeitsdimension" der Politik (vgl. CZUDNOWSKI 1968). Hierbei geht es nicht um die Kenntnis oder die positive bzw. negative Bewertung politischer Situationen und Objekte, sondern um die Nähe

oder Distanz der Bevölkerung zum politischen Leben. Der Bedeutungsgewinn der Politik für die Bürger ist ein wichtiger Teilaspekt der Überwindung des Parochialismus, die beim Entstehen einer modernen politischen Kultur stattfindet (vgl. ausführlich: VERBA 1978). Nur in dem Maße, in dem die Politik für eine Person zu einem wichtigen Lebensbereich wird, besteht für sie ein Anlaß, die für die Auseinandersetzung mit der politischen Wirklichkeit benötigten Kenntnisse zu erwerben (vgl. LANE 1959:112f; ALMOND, VERBA 1965:45ff; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:2).

Wir finden in der Literatur eine Reihe divergierender Ansätze zur Messung der Bedeutsamkeit der Politik. ALMOND und VERBA (1965:45ff) ließen ihre Versuchspersonen eine Reihe von Fragen nach der Wichtigkeit der Politik für das Leben der Bevölkerung beantworten (vgl. dazu auch: RAUSCH 1980:60f; NOELLE-NEUMANN, PIEL 1983:201). Ein einfacher, in theoretischen und empirischen Beiträgen zur political-culture-Forschung immer wieder eingesetzter Indikator der Bedeutsamkeit der Politik ist die Frage nach dem Vorhandensein und dem Ausmaß des politischen Interesses. CONRADT (1980:238) betrachtet es zu Recht als einen wichtigen Indikator der Politisierung der Bevölkerung: "At a very basic level we have a measure of one of these attitudinal antecedents to political participation which can also serve as a general measure of politization" (vgl. auch: MILBRATH, GOEL 1977:46f). Es ist allerdings theoretisch problematisch, das politische Interesse (und die politische Informiertheit) als Elemente der Input-Kultur zu behandeln (vgl. KAASE 1983:164). Die in Umfragen üblicherweise eingesetzte Frageversion bezieht sich eher auf die Politik im allgemeinen als auf den politischen Willensbildungsprozeß.

1.1.2. Zur Entwicklung des politischen Interesses in der Bundesrepublik

Zu kaum einem Aspekt der politischen Kultur der Bundesrepublik gibt es eine ähnlich gute Datenlage wie zur Entwicklung des

politischen Interesses (vgl. Tab. 4 - 1). Entsprechend wird dies Problem in fast allen einschlägigen Arbeiten mehr oder weniger ausführlich behandelt. Dabei begnügen sich die meisten Autoren damit, den Entwicklungsverlauf zu beschreiben und zu bewerten (vgl. die Ausführungen bei ALLERBECK 1976:34ff; KMIĘCIAK 1976:434ff; NOELLE-NEUMANN 1978:73ff; CONRADT 1980:238ff; RAUSCH 1980:61f; REICHEL 1981:128ff; WIESENDAHL 1981:46f). Die Behauptung einiger Autoren, das politische Interesse sei in der Bundesrepublik nur vergleichsweise schwach entwickelt und es bestehe eine erklärungsbedürftige Spannung zwischen "dem hohen Informationsgrad und dem geringen politischen Interesse" (GREIFFENHAGEN, GREIFFENHAGEN 1979:68; vgl. auch: WIESENDAHL 1981:46; anders dagegen: CONRADT 1980:238ff; GREIFFENHAGEN 1984:61) deckt sich nicht mit den vorliegenden Daten zur langfristigen Entwicklung des politischen Interesses der Bundesbürger.

Wie aus Tab. 4 - 1 hervorgeht, gaben im Jahre 1952 lediglich 27 Prozent der Befragten an, politisch interessiert zu sein, 32 Prozent bekundeten ein eindeutiges politisches Desinteresse. Dreißig Jahre später ist eine gänzlich andere Antwortverteilung feststellbar. Der Anteil der politisch Interessierten hat sich nahezu verdoppelt; demgegenüber bezeichneten sich nur noch 13 Prozent als politisch desinteressiert. Diese Veränderung vollzog sich in zwei Schüben. In den ersten drei Erhebungen übertraf der Anteil der politisch Uninteressierten stets den der Interessierten. Erstmals im Jahre 1961 änderte sich diese Relation, doch bildeten die Personen mit einem nur mäßig entwickelten politischen Interesse, wie schon in den Jahren zuvor, die zahlenmäßig stärkste Gruppe. Die sechziger Jahre sind durch einen deutlichen Anstieg des Interesses und durch ein entsprechend rückläufiges Desinteresse an der Politik bestimmt. Nach 1969 sank der Anteil der politisch interessierten Bürger nicht mehr unter 40 Prozent, hat sich also auf einem relativ hohen Niveau stabilisiert (vgl. auch die weiteren Daten im: ALLBUS 1984, Codebuch: 84; ALLBUS 1982, Codebuch: 180ff).

wieder aus dem Gesamtzusammenhang der Theorie der Stillen Revolution rekonstruieren. Schon aus der Tatsache, daß die Themen der Neuen Politik in ihrem politischen Denken noch keine wesentliche Rolle spielen, kann man auf ein vergleichsweise niedriges politisches Anspruchsniveau dieser Gruppe schließen, was die von der Regierung erwarteten Leistungen angeht. Diese Vermutung wird auch durch INGLEHARTs Annahmen über den niedrigen politischen Mobilisierungsgrad der Materialisten gestützt, der eine Konzentration auf private Belange wahrscheinlich erscheinen läßt. Auch im Zufriedenheitsniveau unterscheiden sich unsere beiden Untersuchungsgruppen. Die Regierungspolitik in den westlichen Demokratien kommt den Belangen der Materialisten schon deshalb entgegen, weil diese in den meisten Ländern die Wählermehrheit bilden und sie aus diesem Grunde in den Überlegungen der Regierung eine Schlüsselrolle einnehmen. An den Präferenzen von Minderheiten orientierte Programme können nach DOWNS (1957:51ff) nur unter ganz speziellen Bedingungen durch Koalitionen mehrheitsfähig werden. In Folge dessen zeichnet sich die materialistische Bevölkerungsmehrheit im allgemeinen durch eine hohe Zufriedenheit mit den Inhalten politischer Entscheidungen aus. Dies gilt aber auch für die Amtsführung der Regierung. Bei den zur Arbeiterschaft gehörigen Materialisten ist die Zufriedenheit besonders verbreitet, wenn eine linke Partei regiert, bei den Mittelschicht-Materialisten verstärkt eine führende Rolle konservativer Parteien in der Regierung die politische Zufriedenheit.

Positive Output-Orientierungen gehören nach ALMOND und VERBA zum Leitbild der Staatsbürgerkultur. Materialisten wie Postmaterialisten haben den Übergang von der parochialen zu einer "modernen" politischen Kultur insoweit vollzogen, als sich in ihrem politischen Orientierungssystem differenzierte Vorstellungen über die Output-Seite der Politik ausbildeten. Allerdings entsprechen sie den ALMOND/VERBASchen Modellannahmen in unterschiedlichem Maße: Die Postmaterialisten weichen davon ab, weil bei ihnen ein hohes Erwartungsniveau gemeinsam mit einer äußerst kritischen Einstellung zu den Outputstrukturen und -inhalten auftritt. Die Materialisten weisen die entgegen-

Tab. 4 - 1: Politisches Interesse in der Bundesrepublik, 1952 - 1983
(Angaben in Prozentpunkten)

Frage: Einmal ganz allgemein gesprochen - interessieren Sie sich für Politik ?

	1952	1959	1960	1961	1962	1965	1967	1969	1971	1972	1973	1974	1976	1977	1978	1980	1982	1983	\bar{x}
Ja	27	29	27	31	37	35	39	41	43	45	49	47	48	49	47	45	47	53	41
Nicht besonders	41	36	40	44	39	43	40	44	41	34	40	42	36	41	43	37	37	34	40
Nein	32	35	33	25	24	22	21	15	16	21	11	11	15	10	10	18	16	13	19
K.A.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0	-	-	0	-	-	-	0	0	-
N [*]	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2052	-	-	2076	-	-	1518	1622	1084	-

*) NOELLE-NEUMANN (1978:75, Tab. 2) gibt die Fallzahl für die Erhebungen 1952 - 1973 mit jeweils ca. 1000 an.

Die Stichprobe für die Jahre 1952 - 1971, 1973, 1974, 1977 und 1978 umfaßt Bundesbürger ab 16 Jahren; die Daten für die Jahre 1972, 1976 und 1980 - 1983 beziehen sich auf Befragte ab 18 Jahren.

QUELLE: Für die Jahre 1952 - 1971, 1973, 1974, 1977 und 1978: WIESENDAHL 1981:46.

Für die Jahre 1972, 1976, 1980 - 1983 die Mannheimer Wahlstudien (genaue Dokumentation im Anhang).

Die zunehmende politische Involvierung der Bevölkerung im Nachkriegsdeutschland läßt sich mittels weiterer Indikatoren belegen. Hierzu gehört z.B. die Wichtigkeit der Politik für das Leben der Bürger. Im Jahre 1953 schrieben 64 Prozent der Bundesbürger der Politik eine große Bedeutung für das eigene Leben zu, im Jahre 1974 waren es 77, 1979 71 Prozent (vgl. ALLERBECK 1976:36f; NOELLE-NEUMANN, PIEL 1983:201, Tab. 79). Auch im politischen Verhalten zeigt sich eine zunehmende Politisierung der Bevölkerung (vgl. die Hinweise bei CONRADT 1980: 247ff; KAASE 1982; GABRIEL 1983a:64ff), die sich allerdings in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht fortgesetzt zu haben scheint (vgl. KAASE 1984:338ff; FUCHS 1984:614ff).

Man muß bei der Interpretation dieser Ergebnisse zusätzlich berücksichtigen, daß international vergleichende Studien den Bundesbürgern bereits im ersten Nachkriegsjahrzehnt ein hohes Niveau politischer Involvierung bescheinigten (vgl. ALMOND, VERBA 1965:53ff; EBERLEIN 1968:48f). Die These vom "unpolitischen Deutschen" (vgl. DAHRENDORF 1971:345ff; REICHEL 1981: 140, 148, 220) bedarf insoweit der Korrektur, und von einer Entpolitisierung der Bevölkerung kann im Hinblick auf neueres, international vergleichendes Datenmaterial erst recht nicht die Rede sein (vgl. zum Beleg dieser Aussage: MIROW 1976:48f; KLINGEMANN 1979b:264, bes. Tab. 9.2).

Für den beschriebenen Einstellungswandel gibt es etliche Gründe. An erster Stelle sind sicherlich Faktoren wie die Erhöhung des Bildungsniveaus der Bevölkerung, die Expansion der Staats-tätigkeit, die Verbreitung des Fernsehens, die zunehmende Verstädterung und die räumliche Mobilität der Bevölkerung zu nennen (vgl. ausführlicher dazu: GABRIEL 1983 ; 1984). Die Erfahrungen im Umgang mit demokratischen Institutionen, schulische und außerschulische Sozialisationsprozesse dürften gleichfalls für die zunehmende politische Involvierung der Bundesbürger verantwortlich sein. Mit dem Abschluß des wirtschaftlichen Wiederaufbaus wurden zudem Aufmerksamkeits- und Handlungspotentiale freigesetzt, die sich zuvor fast ausschließlich auf den ökonomischen Bereich konzentriert hatten (vgl. dazu ECKERT

1975:33ff). Schließlich ist anzunehmen, daß sich mit zunehmender zeitlicher Distanz zum Nationalsozialismus und zur Entnazifizierung auch die Diskreditierung des politischen Engagements abschwächte, während in der unmittelbaren Nachkriegszeit die gebrannten Kinder das Feuer scheuten. Die in der gesamten westlichen Hemisphäre beobachtbaren politischen Folgen der sozio-ökonomischen Modernisierung traten in der Bundesrepublik vor allem in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg zu Tage, zumal sie sich zuvor, in Folge der besonderen politischen Rahmenbedingungen, nicht voll entfalten konnten.

1.1.3. Wertorientierungen und politisches Interesse

INGLEHART sieht allerdings die Ursachen der kognitiven Mobilisierung der Bevölkerung nicht zuletzt in der Ausbreitung postmaterialistischer Wertvorstellungen. Nach seinen Annahmen ist das Niveau politischer Involvierung in der Gruppe der Postmaterialisten besonders hoch entwickelt. Ich werde die Gültigkeit seiner Hypothesen in erster Linie auf der Basis einer Untersuchung des Zusammenhanges zwischen Wertorientierungen und politischem Interesse prüfen und weiteres verfügbares Material nur ergänzend heranziehen.

Nach den in Tab. 4 - 2 enthaltenen Angaben finden INGLEHARTS Annahmen über den Zusammenhang zwischen den Wertorientierungen und dem politischen Interesse im Jahre 1974 Bestätigung. Wie aus der Theorie der Stillen Revolution ableitbar, sind die Postmaterialisten in der Gruppe der "sehr interessierten" deutlich überrepräsentiert (49 Prozent gegenüber 23 Prozent in der Gesamtbevölkerung), nur eine unbedeutende Minderheit unter ihnen (13 Prozent) bekundet kein politisches Interesse. Die Antwortverteilung in der Mischgruppe und bei den Materialisten weicht nicht sehr stark von dem in der Gesamtstichprobe ermittelten Ergebnis ab. In allen drei Untersuchungsgruppen bezeichnet sich eine Mehrheit der Befragten als politisch etwas interessiert oder sehr interessiert. Die Unterschiede zwischen den Trägern materialistischer, postmaterialistischer

Tab. 4 - 2: Wertorientierungen und politisches Interesse, 1974
(Angaben in Prozentpunkten)

Frage: Wie stark interessieren Sie sich für öffentliche Angelegenheiten und Politik?

	Materialisten	Mischgruppe	Postmaterialisten	Alle	N
überhaupt nicht	21	11	4	16	346
nicht sehr	24	18	9	21	460
etwas	39	45	37	41	913
sehr	16	26	49	23	501
Alle	100	100	99*	101*	
N	1184	878	158		2220

fehlende Werte: 23

Cramer's V .18 r .25

Tau C .20 Eta .25

* Rundungsfehler

alle Beziehungen sind statistisch hochsignifikant
(p .000)

und gemischter Präferenzen scheinen eher gradueller als prinzipieller Natur zu sein. Dies äußert sich nicht zuletzt in den verhältnismäßig niedrigen Werten der in Tab. 4 - 2 wiedergegebenen Beziehungsmaßen.

Diese Feststellungen kann man im Prinzip auch für die Jahre 1980 und 1982 treffen, obgleich in diesen beiden Erhebungen ein etwas anderes Meßinstrument benutzt wurde als sechs Jahre zuvor (vgl. die Angaben in Tab. 4-1, 4-3). Das politische Interesse ist wiederum in der Gruppe der Postmaterialisten erkennbar stärker ausgeprägt als in der Gesamtbevölkerung. Es liegt 1980 um 27 Punkte, 1982 um 23 Punkte über dem Wert für alle Befragten. Auch bei den beiden anderen Gruppen ähnelte das Antwortmuster jenem aus dem Jahre 1974. Differenziert man innerhalb der Gruppe der politisch Interessierten nach der Intensität des politischen Interesses (sehr stark interessiert, stark interessiert, nicht so stark interessiert), dann erhöht sich der Wert der Beziehungsmaße geringfügig (Tau C 1980: .19; 1982: .17). Zwischen 1980 und 1982 blieb demnach die Beziehung zwischen den Wertorientierungen und dem politischen Interesse stabil, und auch gegenüber dem Jahre 1974 stellten sich keine wesentlichen Änderungen ein. Obgleich INGLEHARTs Annahmen über den Zusammenhang zwischen Wertorientierungen und politischer Mobilisierung im Prinzip zutreffen, sind beide Orientierungsmuster keineswegs so stark mit einander verbunden, wie man nach seinen Ausführungen in "The Silent Revolution" annehmen sollte.

Weitere Belege stützen INGLEHARTs Annahmen über den Zusammenhang zwischen den Wertorientierungen und der politischen Mobilisierung der Bevölkerung. Sie sollen hier nur kurz erwähnt, aber nicht weiter erörtert werden. Im Jahre 1974 attestierten 93 Prozent der Postmaterialisten, aber nur 75 Prozent der Materialisten der Politik eine große Bedeutung für das eigene Leben (Mischgruppe: 83%; Gesamtbevölkerung: 79%; Tau C .11). Über die Bedeutung der Erst- und der Zweitstimme für die Mandatszuteilung bei Bundestagswahlen wußten die Postmaterialisten im Jahre 1980 ebenfalls besser Bescheid als die beiden

Tab. 4 - 3: Wertorientierungen und politisches Interesse, 1980 und 1982
(Angaben in Prozentpunkten)*

	Materialisten		Mischgruppe		Postmaterialisten		Alle		N	
	1980	1982	1980	1982	1980	1982	1980	1982	1980	1982
Nein, gar nicht	23	19	15	15	5	4	18	16	253	252
Nein, nicht be- sonders	39	41	37	34	22	26	37	37	527	581
Ja	38	39	47	50	73	71	46	47	658	752

Alle 100 99** 99** 99** 100 101** 101** 100

N 614 719 676 700 148 166 1438 1585

1980 1982

Fehlende Werte 80 37

Cramer's V .16 .14

Tau B .18 .16

r .21 .18

Eta .21 .19

alle Beziehungen sind noch signifikant (p .000)

* Frageformulierung wie in Tab. 4-1

** Rundungsfehler

anderen Gruppen und die Gesamtbevölkerung (korrekte Angaben: 67%; Mischgruppe 50%; Materialisten 42%; Gesamtbevölkerung: 52%; Tau C .14, Tabellen hierzu werden nicht vorgelegt). Die Zusammenhänge zwischen den Wertorientierungen und den einzelnen Indikatoren der kognitiven Mobilisierung sind ausnahmslos nur schwach ausgeprägt, doch stimmt ihre Richtung mit den Annahmen INGLEHARTs überein.

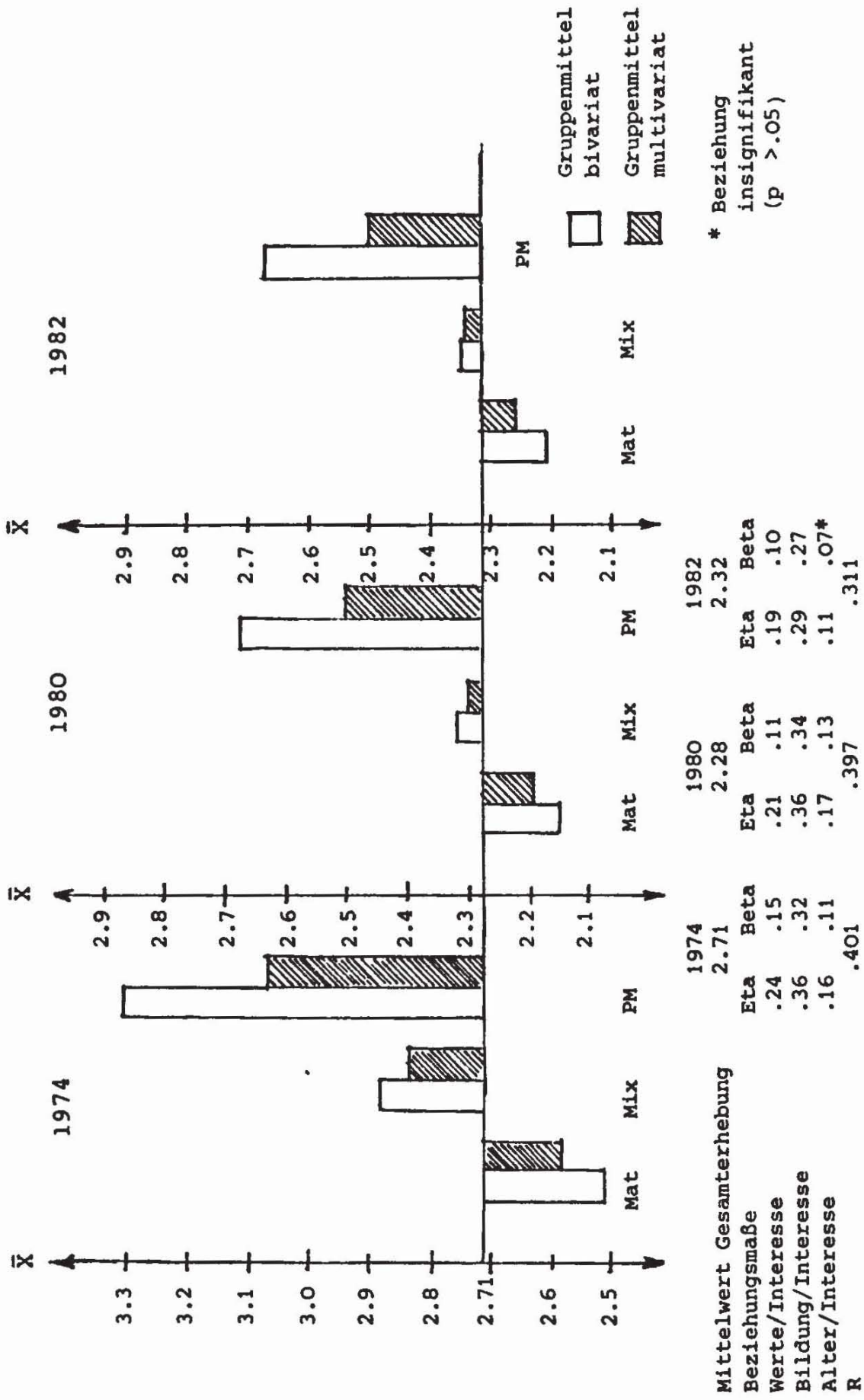
Die kognitive Mobilisierung ist, wie der Wertewandel, auf eine Veränderung der sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen zurückzuführen. Nach den bisherigen Erkenntnissen der politischen Kulturforschung haben wir in den Bevölkerungsgruppen mit einer guten Schulausbildung ein überdurchschnittliches Involvierungs-niveau zu erwarten (vgl. z.B. ALMOND, VERBA 1965:52, 56; NIE, POWELL, PREWITT 1969:372ff, 808; MILBRATH, GOEL 1977: 47ff; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:42ff). Über die Beziehung zwischen dem Alter und dem Involvierungs-niveau lassen sich zwei konkurrierende Annahmen formulieren. Nach der Lebenszyklus-Hypothese, die sich vor allem in der empirischen Wahlforschung bewährte, ist das Involvierungs-niveau unter den jüngsten Befragten relativ niedrig. Es steigt dann auf Grund einer verbesserten Einbindung in politisierende Kommunikationsstrukturen, vor allem nach dem Abschluß der Berufsausbildung und der Familiengründung an, bleibt bis zum Rückzug aus dem Erwerbsleben auf hohem Niveau konstant, um dann erneut zurückzugehen. Nach der für die Bundesrepublik gleichermaßen plausiblen Hypothese eines Intergenerationenwandels haben wir dagegen in den jüngeren und mittleren Altersgruppen eine überdurchschnittliche politische Involvierung zu erwarten, weil deren Mitglieder stärker als die übrige Bevölkerung dem Prozeß sozio-ökonomischer und politischer Modernisierung ausgesetzt war (vgl. dazu: MILBRATH, GOEL 1977:48f; ALLERBECK 1977). INGLEHARTs Annahmen über den Zusammenhang zwischen Wertewandel und kognitiver Mobilisierung legen zwar eher den Rückgriff auf die Hypothese des Generationenwandels nahe. Aber auch wenn man die Lebenszyklus-Hypothese für angemessener hält, postuliert man eine systematische Beziehung zwischen dem Alter und dem politischen Interesse.

In Anbetracht der soziodemographischen Zusammensetzung unserer drei Untersuchungsgruppen stellt sich die Frage, ob der festgestellte Einfluß der Wertorientierungen auf das politische Interesse auch bei einer Kontrolle der Berufsgruppenzugehörigkeit, des Bildungsniveaus und des Lebensalters bestehen bleibt. Die Voraussetzungen für die Anwendung der Multiplen Klassifikationsanalyse (vgl. Abb. 4-1) sind wiederum nicht in vollem Umfange gegeben, insbesondere liegt keine normalverteilte, metrisch skalierte Zielvariable vor. Aus diesem Umstand ergeben sich aber keine substantiellen Verzerrungen, die eine Interpretation der Untersuchungsergebnisse unmöglich machen.

Nach INGLEHARTs Annahmen müßten sich die Postmaterialisten unabhängig von ihrer Generationszugehörigkeit, ihrem Bildungsniveau und ihrer Tätigkeit in Dienstleistungsberufen durch ein stärkeres politisches Interesse auszeichnen als die beiden anderen Gruppen. Bei den Materialisten ist dagegen ein unterdurchschnittliches politisches Interesse zu erwarten, selbst wenn man ihre überproportionale Rekrutierung aus den älteren Bevölkerungsgruppen, aus landwirtschaftlichen Berufen, der Arbeiterschaft und aus den unteren Bildungsschichten berücksichtigt. Diese Erwartung wird durch die Daten aus den Jahren 1974, 1980 und 1982 gestützt. Wiederum spielt die Berufsgruppenzugehörigkeit, abweichend von den aus dem Konzept der postindustriellen Gesellschaft herleitbaren Annahmen, keine eigenständige Rolle als Vorhersagegröße politischer Einstellungen. Sie bleibt in Folge dessen in den weiteren Analyseschritten im Regelfall unberücksichtigt.

Für die Wertorientierungen, das Bildungsniveau und die Altersgruppenzugehörigkeit bewähren sich dagegen INGLEHARTs Hypothesen zum Teil. Bei einer simultanen Kontrolle des Einflusses aller drei Erklärungsvariablen erweist sich das Bildungsniveau als die weitaus wichtigste Vorhersagegröße des politischen Interesses. In Folge der Ungenauigkeit der INGLEHARTschen Annahmen läßt sich nur schwer beurteilen, ob sich dieses Ergebnis mit seinen theoretischen Erwartungen vereinbaren läßt; denn

Abb. 4 - 1: Wertorientierungen und politisches Interesse, 1974, 1980, 1982
(Multiple Klassifikationsanalyse)



über die *relative* Bedeutung einzelner Bestimmungsgrößen der kognitiven Mobilisierung läßt er sich in seinen Arbeiten nicht aus. In jedem Falle stützt die Existenz einer eigenständigen Beziehung des Materialismus, Postmaterialismus und der gemischten Orientierungen zum politischen Interesse seine Konzeption. In keinem der drei untersuchten Jahre ging das überdurchschnittliche politische Interesse der Postmaterialisten ausschließlich auf deren vergleichsweise hohes Bildungsniveau zurück. Ebenso wenig läßt sich das schwächer entwickelte politische Interesse der Materialisten allein durch deren Rekrutierung aus den unteren Bildungsstrata erklären. Dennoch verringert sich der Einfluß der Wertorientierungen auf das politische Interesse bei einer Kontrolle des Bildungsniveaus deutlich.

Die Rolle der Variablen "Generationszugehörigkeit" bzw. "Lebensalter" kollidiert in mehrererlei Hinsicht mit den aus der Theorie der Stillen Revolution resultierenden Vorstellungen. Dabei ist es überflüssig, die bereits früher vorgetragenen Einwände gegen INGLEHARTS Verwendung des Generationenkonzepts zu wiederholen. Entscheidende Bedeutung kommt in unserem Zusammenhang der folgenden Tatsache zu: Im Rahmen der multivariaten Analyse ließ sich im Jahre 1982 keine statistisch signifikante Beziehung zwischen dem Alter und dem politischen Interesse feststellen, wenn die Wertorientierungen und das Bildungsniveau konstant gehalten wurden. Nach INGLEHART sind dagegen der Generationenwandel, die kognitive Mobilisierung und die Ausbreitung postmaterialistischer Präferenzen eng miteinander verbundene Vorgänge.

Noch deutlicher widersprechen die für die Jahre 1974 und 1980 ermittelten Ergebnisse INGLEHARTS Annahmen; denn sie sprechen für eine Interpretation des politischen Interesses als Lebenszyklus-Phänomen. Demgegenüber schätzt INGLEHART die kognitive Mobilisierung, ebenso wie den Wertwandel, primär als Inter-generationenwandel ein. Die 1974 wie 1980 zur Nachkriegsgeneration zu zählende Altersgruppe der Achtzehn- bis Vierundzwanzigjährigen weist in den betreffenden Jahren ein dem Be-

völkerungsdurchschnitt entsprechendes bzw. leicht darunter liegendes politisches Interesse auf, während die folgende Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren deutlich überdurchschnittliche Werte erreicht. Der politische Involvierungsgrad der Vorkriegsgeneration fällt gleichfalls ziemlich uneinheitlich aus. Der Lebenszyklus-Hypothese entsprechend, weist dabei die älteste Gruppe (65 Jahre und älter) das niedrigste Niveau des politischen Interesses auf. Kontrolliert man nun den Einfluß des Bildungsniveaus und der Wertorientierungen, dann sinkt das politische Interesse in der jüngsten Befragtengruppe noch unter den in der ältesten Gruppe erreichten Wert ab, in den mittleren Altersgruppen liegt das Niveau leicht über dem Durchschnitt der Gesamterhebung. Von einem mit dem Generationenaustausch synchron verlaufenden Prozeß des Wertwandels und der kognitiven Mobilisierung kann bei dieser Datenlage nicht die Rede sein, es konnten vielmehr eindeutig Lebenszyklus-Effekte nachgewiesen werden (auf die Vorlage detaillierter Tabellen wird verzichtet).

Da das bei der Messung des politischen Interesses erhobene Datenmaterial den für die multiple Klassifikationsanalyse relevanten Modellannahmen nicht entspricht, sind die multiplen Beziehungsmaße R und R^2 nur mit großen Vorbehalten zu interpretieren. Nach den Angaben in den den Tabellen 4-2 und 4-3 überschätzen die bivariaten Beziehungsmaße r und η^2 , vergleicht man sie mit den eigentlich angemessenen, verteilungsfreien Assoziationskoeffizienten Cramer's V oder Tau C , die Stärke des Zusammenhanges zwischen den Wertorientierungen und dem politischen Interesse. Ein vergleichbarer Effekt ist folglich bei den multivariaten Analysen ebenfalls in Rechnung zu stellen. Dieser Umstand stellt die Gültigkeit von INGLEHARTs Annahmen über den Einfluß des Postmaterialismus auf das Involvierungs-niveau der Bevölkerung nicht völlig in Frage. Dennoch bleibt bei einem vermutlich zu hoch angesetzten Anteil von zehn bis sechzehn Prozent reduzierter Varianz eine beträchtliche Schwankung im Antwortverhalten unserer Untersuchungsgruppen, die sich nicht mit Hilfe des Postmaterialismus-Modells beseitigen läßt.

1.2. Subjektive politische Kompetenz und politische Effektivität

1.2.1. Die theoretischen Konzepte und ihre Operationalisierung

Mit dem Begriff "Input-Orientierungen" hatten ALMOND und VERBA (1965:14) die *Einstellungen der Bürger zum politischen Prozeß* bezeichnet: "By 'political' or 'input process' we refer to the flow of demands from the society into the polity and the conversion of these demands into authoritative policies." Hierzu zählen die Kenntnis und die Bewertung wichtiger Träger des Input-Prozesses (vor allem Parteien und Verbände) sowie die Einstellungen zu den Möglichkeiten der Bürger, Forderungen an das politische System zu richten. Besondere Aufmerksamkeit fanden in den bisher vorliegenden Untersuchungen der Input-Komponente der politischen Kultur die vom Bürger *wahrgenommenen politischen Einflußmöglichkeiten* und die Einschätzung der *Offenheit des politischen Systems* für die Mitwirkung der Bevölkerung. Zahlreiche Arbeiten aus den Bereichen der Wahlsoziologie und der Partizipationsforschung, Studien zur politischen Kultur sowie theoretische und empirische Beiträge zum Problem politischer Entfremdung belegen diesen Komplex politischer Einstellungen mit Begriffen wie (*subjektive*) *politische Kompetenz* (vgl. ALMOND, VERBA 1965:137ff; MILBRATH, GOEL 1977:57; KAASE, MARSH 1979b:138ff), *politische Effektivität* (vgl. CAMPBELL, GURIN, MILLER 1971:187ff; BALCH 1974; MARSH 1977:114ff; ABRAMSON 1983:135ff; LIPSET, SCHNEIDER 1983:19ff) oder - in negativer Ausprägung - *Macht- bzw. Nutzlosigkeit* (vgl. OLSEN 1969: 291ff; FINIFTER 1970:390; SEEMAN 1972:474ff; NEAL, RETTIG 1972:55ff). Weitere Bezeichnungen für diese Einstellungen finden sich bei ABRAMSON (1982:136). Die Beschreibung dieser Orientierungen durch die einzelnen Autoren fällt ebenso unterschiedlich aus wie die zu ihrer Messung unterbreiteten Vorschläge. In allen einschlägigen Arbeiten stehen aber die von der Bevölkerung perzipierten Einflußmöglichkeiten auf die Politik im Vordergrund.

Die verhaltenstheoretische Politikwissenschaft übernahm das Konzept der Effektivität bzw. Kompetenz aus der Psychologie. Nach den Annahmen einiger Vertreter der Persönlichkeitsforschung (vgl. den Überblick bei SCHNEIDER 1979) gehören Eigenschaften wie Ich-Stärke, Selbstvertrauen, das Gefühl sozialer/persönlicher Kompetenz usw. zu den grundlegenden Persönlichkeitsmerkmalen, die das soziale und politische Verhalten einer Person beeinflussen (vgl. LANE 1959:149ff; PREWITT 1968:225ff; CAMPBELL et al. 1969:207f; BALCH 1974:3; STONE 1974:97ff, bes. 119ff; MILBRATH, GOEL 1977:78f m.w.L.). Als politische Effektivität bzw. subjektive politische Kompetenz bezeichnet man die Wirksamkeit dieser allgemeinen Persönlichkeitsmerkmale in den Einstellungen zur Politik. Das Konzept der politischen Effektivität stellt also nicht allein eine Analogie zu den betreffenden psychologischen Konstrukten dar, sondern es nimmt einen empirischen Zusammenhang zwischen diesem allgemeinen Persönlichkeitsmerkmal und der als politische Effektivität bezeichneten politischen Einstellung an: "Men who have feelings of mastery and are endowed with ego strength tend to generalize these sentiments and to feel that their votes are important, politicians respect them, and elections are, therefore, meaningful processes" (LANE 1959:149).

An Stelle der methodisch vergleichsweise anspruchslosen und theoretisch problematischen Ansätze, das politische Selbstwertgefühl über die Informiertheit der Befragten zu messen (vgl. z.B. GAMSON 1968:42; 1971:41, 50), möchte ich nachfolgend zwei theoretische Konzepte vorstellen, welche die von den Individuen perzipierten politischen Einflußchancen direkt zu erfassen suchen, nämlich die *subjektive politische Kompetenz* und die *politische Effektivität*. Beide stellen im Sinne unseres theoretischen Konzepts Input-Orientierungen dar; denn sie zielen auf die Beurteilung des der politischen Entscheidung vorgelagerten *Willensprozesses*. Darüber hinaus verbinden sie die Selbstkomponente und die Systemkomponente politischer Kultur, indem sie fragen, welchen Einfluß der *Bürger* auf das *System* ausüben kann (in diesem Sinne auch: GAMSON 1968:48; MARSH 1977:114, 117; KAASE, MARSH 1979a:48f; ABRAMSON 1983:

135ff).

Von beiden Konzepten scheint mir das der subjektiven politischen Kompetenz das methodisch anspruchsvollere zu sein, weil es auf der Grundlage einer offenen Frage die Befragten zu vergleichsweise eigenständigen Urteilen über politische Objekte zwingt. ALMOND und VERBA (1965:136ff) setzen dies Instrument in der Absicht ein, die vom Bürger *perzipierten Einflußmöglichkeiten* - nicht den tatsächlich ausgeübten Einfluß - auf die politische Führung zu messen. Ihr Interesse galt der Frage, ob die Bürger westlicher Demokratien glaubten, im *Bedarfsfalle* Einflußreserven für die Durchsetzung ihrer Wünsche und Interessen mobilisieren zu können (vgl. ALMOND, VERBA 1965:140ff, 172ff, 186ff, 346; ähnlich: KAASE, MARSH 1979b:138f). Ihrer Auffassung nach läßt sich dies Einstellungsmuster am besten an Hand einer hypothetischen Situation beschreiben, in welcher die Bürger negative Entscheidungen der politischen Führung erwarten. Subjektive politische Kompetenz wird mittels mehrerer Fragen zu folgenden Sachverhalten gemessen:

- (1) Glauben die Bürger, in dieser Situation überhaupt irgend etwas unternehmen zu können?
- (2) Welche spezifischen Aktivitäten ziehen sie als Reaktionen auf ungünstige politische Entscheidungen in Betracht und welche würden sie ausführen?

Die subjektiv kompetenten Personen sind der Ansicht, man könne in den beschriebenen Situationen etwas unternehmen, die nicht-kompetenten bestreiten dies. Zusätzlich zu diesem Merkmal erhoben ALMOND und VERBA einige weitere interessante Informationen, die in den hier ausgewerteten Erhebungen nur zum Teil enthalten sind. Die *Form* politischer Einflußnahme interessierte sie deshalb, weil sie glaubten, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen indiziere zumindest indirekt die Unterstützung der politischen Gemeinschaft durch eine bestimmte Person, also z.B. deren Vertrauen zu den Mitbürgern (vgl. ALMOND, VERBA 1965:146f, 154; vgl. auch: FINIFTER 1970:401, 405f). Sie unterschieden weiterhin zwischen nationaler und

lokalpolitischer Kompetenz, Kompetenz im Input- und im Output-Prozeß. Als "Subject-Competence" (Untertanenkompetenz) bezeichnen sie die Bereitschaft, *nach Abschluß* eines Entscheidungsprozesses seine politischen Rechte gegenüber den Behörden geltend zu machen, als "*Citizen-Competence*" (staatsbürgerliche Kompetenz) die Bereitschaft zur aktiven Einschaltung in den der Entscheidung vorgelagerten Prozeß (vgl. ALMOND, VERBA 1965:168ff).

Das Gefühl der Untertanenkompetenz gehört allerdings systematisch zur Output-Kultur, da es in diesem Zusammenhang nicht um die Wahrnehmung und Bewertung des politischen Willensbildungsprozesses, sondern um die Einschätzung des Verhaltens der Exekutive geht.

Zwischen dem Kompetenz- und dem Effektivitätsbewußtsein gibt es gewisse inhaltliche Unterschiede. Ersteres betrifft vorwiegend die "Selbstkomponente" der Input-Kultur. Bei der Messung der politischen Effektivität dagegen wird zusätzlich die Einstellung zur Offenheit und Verantwortlichkeit des politischen Systems gegenüber der Bevölkerung erfaßt, Selbst- und Umweltkategorisierung sind also aufeinander bezogen. Dies geht auch aus der Beschreibung von PREWITT (1968:225) hervor: "The efficacious person views *his political self* with respect. He feels powerful, competent, and important. He holds a corollary set of expectations with respect to *political officials*; they are concerned about his vote and heed his demands. These *self-evaluations* and *orientations toward political authorities* are related to a generalized set of attitudes about the *political system* - for example, that elections matter or that leadership circles can be influenced and even penetrated" (Hervorh. OWG, vgl. auch: MULLER 1970a:792; BALCH 1974:26ff, 31).

SEEMAN spricht beim Fehlen dieser Merkmale von einem Gefühl der Machtlosigkeit. Er behandelt es als eine von sechs Teilkomponenten politischer Entfremdung und charakterisiert es als "a low expectancy that one's own behavior can control the occurrence of personal and social rewards; for the alienated

man, control seems vested in external forces, powerful others, luck or fate" (SEEMANN 1972:472). Das Gefühl der Machtlosigkeit bezieht sich nicht speziell auf das politische System, sondern auf die soziale Umwelt im allgemeinen. SEEMANN (1972: 475) verweist aber selbst auf die enge Verwandtschaft dieses Konzepts mit dem Effektivitätsbewußtsein. Dies wird auch aus der Tatsache ersichtlich, daß in zahlreichen empirischen Untersuchungen soziopolitischer Entfremdung der Effektivitätsindex als Meßinstrument benutzt wurde (vgl. z.B. OLSEN 1969: 292ff; HOUSE, MASON 1975:125ff; STATHAM-MACKE 1979:80ff).

Einige Forscher betrachten es als problematisch, die Selbst- und die Systemkategorisierung in einem Meßinstrument zusammenzufassen. Statt dessen unterscheiden sie zwischen einer *internen* (*personellen*) und einer *externen* (*strukturellen*) Komponente politischer Effektivität (vgl. z.B. LANE 1959:149; MULLER 1970a:793, 805; BALCH 1974:23ff; CITRIN 1977:389f; FARAH, BARNES, HEUNKS 1979:431f; ABRAMSON 1983:141ff). Gelegentlich stellt man einander auch das Bewußtsein *politischer Effektivität* (interne Komponente) und das *politischer Responsivität* (externe Komponente) gegenüber (vgl. MARSH 1977:114ff, 258ff; ALLERBECK, JENNINGS, ROSENMAYR 1979:488ff; LIPSET, SCHNEIDER 1983:19ff, 24ff). Versuche, diese im Prinzip einleuchtende Unterscheidung an dem für die Bundesrepublik vorliegenden Datenmaterial empirisch zu validieren, führten aber zu keinem eindeutigen Ergebnis (vgl. auch die grundsätzlichen Einwände gegen die Reliabilität und Validität der Effektivitätsindikatoren und Indizes bei ASHER 1974; WELCH, CLARK 1975; Mc PHERSON, WELCH, CLARK 1977). Aus diesem Grunde setze ich in den folgenden Analysen lediglich einen, beide Teilkomponenten umfassenden Effektivitätsindex ein und betrachte zusätzlich die einzelnen Indikatoren.

Im Vergleich mit dem Konzept der subjektiven politischen Kompetenz ist das der Effektivität inhaltlich weiter gefaßt. Auf die daneben bestehenden Unterschiede im Erhebungsinstrument wurde bereits früher hingewiesen. Anders als ALMOND und VERBA benutzten CAMPBELL, GURIN und MILLER (1971:187ff) die

folgenden fünf standardisierten Testitems (die deutsche Übersetzung ist aus Tab. 4-5 ersichtlich):

- "1. I don't think public officials care much what people like me think.
2. The way people vote is the main thing that decides how things are run in this country.
3. Voting is the only way that people like me can have any say about how the government runs things.
4. People like me don't have any say about what government does.
5. Sometimes politics and government seem so complicated that a person like me can't really understand what's going on."

Zustimmungen zur zweiten Aussage, die in späteren Versionen nicht mehr auftaucht, und Ablehnungen der vier übrigen Items wurden als Ausdruck politischer Effektivität gewertet.

CAMPBELL und seine Mitarbeiter faßten die einzelnen Angaben nach dem Modell der GUTTMAN-Skala zusammen (zur Beschreibung des Verfahrens vgl. BETZ 1976:156ff; MC IVER, CARMINES 1982: 40ff m.w.L.). Da diese Form der Skalenbildung bei einer relativ kleinen Zahl von Items wenig sinnvoll ist, begnügte man sich später zumeist mit einer Interpretation der Aussagen zu den vier Einzelitems bzw. mit einer einfachen Addition der den Antwortkategorien zugeordneten Punktwerte (vgl. EVANS, HILDEBRANDT 1979:573ff). Im Hinblick auf die Datenlage wird dies auch in dieser Arbeit so gehandhabt (methodisch aufwendigere Vorschläge zur Indexbildung unterbreitet z.B. DENZ 1976:96ff; Versuche in dieser Richtung führten zu keinen anderen Ergebnissen als den hier präsentierten).

Zur Input-Komponente der politischen Kultur gehören neben dem Effektivitäts- und dem Kompetenzbewußtsein weitere Einstellungen wie beispielsweise die Bewertung von Parteien, Wahlen und Wahlkämpfen als den wichtigsten Institutionen im politischen Willensbildungsprozeß westlicher Demokratien. In der bisherigen Forschung spielte vor allem das Konzept der Partei-

identifikation eine wichtige Rolle (vgl. z.B. die Arbeiten von KLINGEMANN, TAYLOR 1977; BERGER 1977; FALTER 1977; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:195ff; ABRAMSON 1983:69ff). Das Effektivitätsbewußtsein, das im Mittelpunkt des folgenden Kapitels steht, weist gegenüber anderen möglichen Komponenten der Input-Kultur einige Vorzüge auf. Trotz erheblicher Lücken im Datenmaterial, besonders vor 1969 und nach 1980, wurde die Einschätzung der eigenen politischen Einflußmöglichkeiten in der Bundesrepublik relativ häufig ermittelt. Zudem gibt es für die Vereinigten Staaten hervorragendes Vergleichsmaterial. Andere Einstellungen zum politischen Prozeß sind dagegen nur sehr fragmentarisch erfaßt.

Während die Datenlage auch eine Einbeziehung des Konzepts der Parteiidentifikation ratsam erscheinen ließe, nehme ich aus theoretischen Gründen hiervon Abstand. Zwar fördert die Bindung an eine bestimmte politische Partei die Teilnahme an Wahlen und begünstigt damit demokratische Verhaltensmuster - jedenfalls soweit demokratische Parteien gewählt werden. Auf der anderen Seite gelten für die Rolle der Parteiidentifikation in der Demokratie dieselben Gesichtspunkte, die auch schon für die Ausklammerung der ideologischen Bewertung politischer Parteien maßgeblich waren. Eine starke Bindung an eine bestimmte Partei kann die "Lagermentalität" verstärken, die nach CONRADT (1980:235ff) der Etablierung einer Staatsbürgerkultur im Wege steht.

1.2.2. Politische Effektivität und politische Kompetenz in der Bundesrepublik

Die Einstellungen der Bundesbürger zu den Input-Aspekten der Politik und zur eigenen Rolle im politischen Prozeß stehen nach der in der Literatur vorherrschenden Auffassung nach wie vor in einem recht deutlichen Gegensatz zu dem hohen Niveau politischer Involvierung. Untersuchungen der politischen Kultur Deutschlands in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten beschrieben das Fehlen positiver Input-Orientierungen als das

charakteristische Merkmal in der Beziehung der Deutschen zur Politik und nahmen dies zum Anlaß, das vorherrschende Einstellungsmuster als "Untertanenkultur" zu bezeichnen. Wie ALMOND und VERBA in "The Civic Culture" beschrieben, war die subjektive politische Kompetenz in der Bundesrepublik erheblich schwächer entwickelt als in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien. Dies galt in besonderem Maße für die perzipierten Einflußchancen in der *nationalen* Politik (vgl. bes.: ALMOND, VERBA 1965:142, Tab. VI.1.). Auch das politische Effektivitätsbewußtsein war nach der Beschreibung von BAKER, DALTON und HILDEBRANDT (1981:28) "alarmierend niedrig".

Den Institutionen und Verfahren der politischen Willensbildung (Prozeß-Komponente der politischen Kultur) brachten die Bundesbürger kaum positive Gefühle entgegen: Nach den von ALMOND und VERBA (1965:104ff) vorgelegten Daten betrachtete man überwiegend die Wahlkämpfe als lächerlich, ärgerlich und überflüssig. Die im internationalen Vergleich außerordentlich hohe Wahlbeteiligung (vgl. MIROW 1976:45ff) schien weniger der Ausdruck eines staatsbürgerlichen Mitwirkungswillens als vielmehr die Ausübung einer lästigen Pflicht zu sein: "die Bürger kommen ihrer Wahl'pflicht' nach, wie sie ihrer Steuerpflicht, ihrer Impfpflicht oder Schulpflicht nachkommen, als einer staatlichen Anordnung, der man Folge leisten muß" (GREIFFENHAGEN, GREIFFENHAGEN 1981:67; vgl. auch: PAPPI 1970:38ff, bes. 42; DAHRENDORF 1971:358ff; STAMMEN 1980:24ff). In dem vielzitierten "Anti-Parteien-Affekt" (vgl. ausführlich: HAUNGS 1980) finden wir einen weiteren Beleg für die negativen Einstellungen der Deutschen zum politischen Prozeß und seinen wichtigsten Trägern.

Nach STAMMEN (1980:25ff, vgl. auch: MIROW 1976:56) fand das Prinzip des Parteienwettbewerbs in den frühen fünfziger Jahren nur bei einer knappen Mehrheit der Bundesbürger Unterstützung, fast ein Viertel von ihnen sprach sich für eine Ein-Parteien-Herrschaft aus. Diese offenkundigen Abweichungen vom Leitbild einer demokratisch-partizipativen politischen Kultur lassen sich unter zwei Sammelbegriffe subsumieren: Es fehlte an einer

rationalen Einstellung zur Funktion politischer Konflikte in einer demokratischen Ordnung. Zudem war die Rolle des Bürgers als eines aktiven Teilnehmers am politischen Prozeß nur höchst unvollkommen institutionalisiert (vgl. dazu ausführlich: DAHRENDORF 1971:155ff, 214ff, 345ff; KAASE 1971:216; ADRIAN 1977:168ff; GREIFFENHAGEN, GREIFFENHAGEN 1981:116ff).

Ohne daß man eindeutig eine Bruchstelle in der Entwicklung der politischen Kultur der Bundesrepublik feststellen könnte, scheint sich doch im Verlaufe der sechziger Jahre eine tiefgreifende Veränderung der Input-Orientierungen der Bundesbürger vollzogen zu haben. Das Prinzip der Parteienkonkurrenz wurde zu einem weithin akzeptierten Bestandteil des politischen Bewußtseins (vgl. STAMMEN 1980:26). Noch im Laufe der fünfziger Jahre fiel der Anteil der Befürworter des Ein-Parteien-Staates unter die Zwanzig-Prozent-Marke, nach 1965 war ein erneuter Rückgang zu verzeichnen. In den Jahren 1977 und 1978 befürworteten nur noch 5 Prozent bzw. 6 Prozent der Bundesbürger ein Ein-Parteien-System. Diese Daten lassen nicht allein auf eine veränderte Einstellung zu den Input-Strukturen und -prozessen des politischen Systems schließen. Vielmehr deutet sich in ihnen auch ein Wandel der Systemkultur, des gewünschten Typs politischer Ordnung, an. CONRADT (1980:236ff) zeigt auf, daß die für die Parteibindungen der Deutschen lange Zeit typische "Lagermentalität" im Laufe der Entwicklung der Bundesrepublik ebenfalls zurückging. Er führt dies nicht zuletzt auf die Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD in den Jahren 1966 bis 1969 zurück. Auch diese Veränderung betrifft die Input- wie die Systemkultur in der Bundesrepublik.

Schließlich veränderte sich, trotz gewisser Probleme hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Untersuchungsinstrumente, die Einstellung der Bevölkerung zu den Wahlen und den Wahlkämpfen. Im Jahre 1959 hatten lediglich 42 Prozent der Bundesbürger erklärt, Wahlkämpfe seien für ihre persönliche Meinungsbildung notwendig, in den siebziger und achtziger Jahren lag der Anteil fast um 20 Punkte höher (Angaben nach The Civic Culture, Codebuch, Var. 88; WAHLSTUDIE 1972, Codebuch: 165;

WAHLSTUDIE 1976; Codebuch: 253; WAHLSTUDIE 1980, Codebuch: 311; WAHLSTUDIE 1983, Codebuch: 323). Diese Aspekte der Input-Kultur werden nachfolgend nicht weiter untersucht. Sie sind nur deshalb kurz erwähnt, weil sie belegen, daß die Zunahme des Kompetenz- und Effektivitätsbewußtseins in den Gesamtzusammenhang der politischen Entwicklung paßt.

Das Gefühl subjektiver politischer Kompetenz war bereits in der Civic-Culture-Studie ausführlich untersucht worden. ALMOND und VERBA (1965:140ff) hatten dabei zwischen der Einschätzung der eigenen Einflußmöglichkeiten auf die nationale wie auf die lokale Politik unterschieden. Das 1959 für die Bundesrepublik ermittelte Ergebnis ist in mehrererlei Hinsicht interessant. Während nahezu zwei Drittel der Bundesbürger glaubten, etwas gegen eine ungerechtfertigte *Verordnung der Lokalverwaltung* unternehmen zu können, sahen lediglich 37 Prozent eine Chance, sich gegen ein ungerechtfertigtes *Gesetzgebungsvorhaben des Bundestages* zur Wehr zu setzen (vgl. Tab. 4-4). Nur in Italien gab es ein ähnlich großes Gefälle zwischen dem Kompetenzgefühl in nationalen und lokalen Angelegenheiten. In der Einschätzung der lokalpolitischen Einflußmöglichkeiten rangierten die Bundesbürger mit einem Abstand von 15 bzw. 16 Prozent hinter den US-Bürgern und den Briten auf dem dritten Platz, bei der nationalen politischen Kompetenz dagegen waren die Unterschiede zwischen der Bevölkerung der drei Länder erheblich größer (Abstand zu den USA: 37%, zu Großbritannien 24%, vgl. ALMOND, VERBA 1965:142, Tab. VI.1).

Die Gründe für das höher entwickelte lokalpolitische Kompetenzbewußtsein der Bundesbürger liegen meiner Ansicht nach in der Tradition der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland. Bereits im Jahre 1807 wurde das städtische Bürgertum an der Lokalverwaltung beteiligt, in den folgenden 150 Jahren erfolgte eine schrittweise Ausweitung der Beteiligungschancen. Damit gab es auf der kommunalen Ebene einigermaßen günstige Voraussetzungen für den Erwerb subjektiver politischer Kompetenz. Daß dies nicht auf die nationale Ebene übergriff, hat mit der dezidiert apolitischen Sichtweise der kommunalen Selbstverwal-

Tab. 4 - 4: Subjektive politische Kompetenz in der Bundesrepublik Deutschland, 1959 und 1974
(Angaben in Prozentpunkten)

Frage: A) Angenommen, hier in der Gemeindeverwaltung (Stadtverwaltung) würde eine Verordnung in Betracht gezogen, die Sie als sehr ungerecht oder nachteilig betrachten. Was meinen Sie, könnten Sie dagegen tun?

B) Und wenn wir jetzt einmal annehmen, daß im Bundestag in Bonn ein Gesetz in Erwägung gezogen würde, das Sie als sehr ungerecht und nachteilig ansehen. Was meinen Sie, könnten Sie dagegen unternehmen?

	Maßnahmen gegen Gemeindeverordnung 1959		PPD 1959-1974		Maßnahmen gegen Bundesgesetz 1959		PPD 1959-1974	
	1959	1974			1959	1974		
Könnte nichts tun (Inkompetenz)	31	29	-2		56	39	-17	
Könnte etwas tun (Kompetenz)	62	67	+5		38	56	+18	
k.A./ weiß nicht	7	5	-2		7	5	-2	
N	955	2243			955	2243		

Berücksichtigt sind nur die ersten Nennungen

tung in Deutschland zu tun. Sie dominiert bis heute in der staats- und verwaltungsrechtlichen Literatur. Lokalpolitik wird hier nach wie vor als mehr oder minder unpolitische, sachbezogene Verwaltungsarbeit verstanden. Allenfalls bezeichnet man sie als politische Verwaltung, setzt sie aber dennoch von der Staatspolitik deutlich ab. Für diese Interpretation der zwischen der lokalen und nationalen politischen Kompetenz festgestellten Diskrepanz sprechen auch die von ALMOND und VERBA (1965:171ff) vorgelegten Daten zur administrativen Kompetenz. Sie war in der Bundesrepublik weitaus stärker entwickelt als die staatsbürgerliche Kompetenz. In dieser Hinsicht rangierten die Bundesbürger 1959 nach den Briten und noch vor den US-Amerikanern auf dem zweiten Platz unter den fünf in The Civic Culture untersuchten Ländern.

BARNES und KAASE replizierten im Jahre 1974 die Frage nach der subjektiven politischen Kompetenz (vgl. KAASE, MARSH 1979b: 138ff). Damit ergibt sich die Möglichkeit zur vergleichenden Analyse der Entwicklungstendenz dieser Einstellung in der Bundesrepublik, den USA und Großbritannien. Zwischen 1959 und 1974 nahm die lokalpolitische Kompetenz in der Bundesrepublik geringfügig zu (+5%), in den USA (-6%) und in Großbritannien (-14%) dagegen entwickelte sie sich rückläufig. Der Anteil lokal kompetenter Bürger lag 1974 in der Bundesrepublik etwas höher als in Großbritannien (vgl. die genauen Angaben bei KAASE, MARSH 1979b:141, Tab. 5.1).

Noch deutlicher fallen die Veränderungen des Kompetenzgefühls in nationalen politischen Angelegenheiten aus. Anders als 1959 glaubte 1974 eine Mehrheit der Bundesbürger, man könne etwas gegen ein ungerechtfertigtes oder schädliches Gesetzgebungsvorhaben des Bundestages unternehmen. Die Prozentpunktdifferenz positiver Angaben in den beiden Jahren liegt bei 19 Punkten, während in Großbritannien keine, in den USA nur eine geringfügige Zunahme (+4%) des nationalpolitischen Kompetenzbewußtseins zu verzeichnen war. Die Politisierung der Bevölkerung in der Bundesrepublik blieb also nicht auf die mentale Anteilnahme an der Politik beschränkt, auch in der Wahrnehmung

der eigenen Einflußchancen auf die Kommunal- und Staatspolitik scheint sich eine Annäherung an den Typus der Staatsbürgerkultur vollzogen zu haben. Analysen des politischen Verhaltens stützen diese Annahme (vgl. zusammenfassend dazu: KAASE 1982; GABRIEL 1983a).

Für das Effektivitätsbewußtsein ist die Datenlage einerseits günstiger, andererseits aber auch ungünstiger als für das Gefühl subjektiver politischer Kompetenz. Bedauerlicherweise scheint in der Bundesrepublik das Bewußtsein um die Notwendigkeit eines kontinuierlichen Einsatzes bestimmter Erhebungsfragen nicht sonderlich hoch entwickelt zu sein. Für den Zeitraum, in welchem man die nachhaltigsten Veränderungen der politischen Kultur der Bundesrepublik vermuten darf, ist die Entwicklung des Effektivitätsbewußtseins nur sehr lückenhaft dokumentiert. Erst seit 1969 stellte die Forschungsgruppe Wahlen in ihren Untersuchungen regelmäßig Fragen zum Effektivitätsbewußtsein, ohne jedoch dem Postulat Forschungskontinuität zu genügen. In jeder Untersuchung wurden die Erhebungsinstrumente variiert. Zudem war aus unerfindlichen Gründen in der Wahlstudie 1983 keine Frage zum Effektivitätsbewußtsein enthalten.

Von den vier üblicherweise eingesetzten Indikatoren politischer Effektivität wurde das Item "Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluß auf das, was die Regierung tut" bereits in der Civic-Culture-Studie, und dann regelmäßig in den Wahlstudien 1969 bis 1980 sowie in der Political-Action-Studie eingesetzt. Damit besteht die Möglichkeit, eine Langzeit-Analyse eines Aspektes des Effektivitätsbewußtseins durchzuführen. Dies ist aus mehreren Gründen ausgesprochen vorteilhaft. In den Validierungsversuchen von McPHERSON, WELCH und CLARK (1977) hat sich das betreffende Item als besonders brauchbar erwiesen. Zudem ähnelt es inhaltlich den Indikatoren subjektiver politischer Kompetenz, so daß eine vergleichende Betrachtung der Entwicklung beider Einstellungsmuster im Zeitraum zwischen 1959 und 1974 möglich ist.

Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, in denen das Vertrauen der Bevölkerung in die eigenen Einflußchancen zwischen 1960 und 1980 von 73% auf 61% zurückging, ist in der Bundesrepublik im selben Zeitraum ein Aufwärtstrend zu verzeichnen: Im Jahre 1959 lehnten lediglich 25% der Bundesbürger die Auffassung ab, der Normalbürger sei politisch einflußlos, 1980 waren es immerhin 40%. Diese Veränderung erfolgte analog zu der des politischen Interesses schubweise: Zwischen 1959 und 1969 erhöhte sich der Anteil effektiver Antworten um 6%, zwischen 1972 und 1976 stieg er nochmals um 4% an. Das Jahr 1974 nimmt in der Entwicklung der politischen Kultur der Bundesrepublik eine Sonderstellung ein, auf die ich noch genauer eingehen werde. Zwar ist, gemessen an der Perzeption der eigenen politischen Einflußchancen, das Effektivitätsbewußtsein in der Bundesrepublik auch 1980 noch deutlich schwächer entwickelt als in den Vereinigten Staaten, doch schrumpfte im Laufe unserer Untersuchungsperiode der Abstand ganz beträchtlich (1959/60: 48%; 1980: 21%; Angaben für die Bundesrepublik in Tab. 4-5; für die USA: LIPSET, SCHNEIDER 1983:21f, Fig. 1-2). Anders als beim Gefühl subjektiver politischer Kompetenz trat allerdings zwischen 1959 und 1974 keine Veränderung auf. Die besonderen politischen Rahmenbedingungen des Jahres 1974 scheinen sich auf verschiedene Input-Indikatoren nicht einheitlich ausgewirkt zu haben.

Beim Gefühl, politische Vorgänge zu durchschauen, zeigt sich ein ähnlicher Trend. Auch in dieser Hinsicht unterscheiden sich die Verhältnisse in der Bundesrepublik grundlegend von denen in den USA. Während 1969 lediglich 21 Prozent der Befragten in der Bundesrepublik der Auffassung widersprachen, die Politik sei so kompliziert, daß der normale Bürger sie nicht verstehe (USA 1960: 29%), lag der betreffende Anteil im Jahre 1980 um fünfzehn Punkte höher (USA 1980: 30%). Vier Jahre zuvor hatte er sogar ein Niveau von 41 Prozent erreicht. Lediglich im Hinblick auf das Verständnis politischer Sachverhalte weisen die Bundesbürger ein höheres Effektivitätsbewußtsein auf als die Bevölkerung der USA. Der Grund hierfür dürfte in der Beziehung dieses Items zu den Indikatoren politischer Involvierung lie-

Tab. 4 - 5: Politische Effektivität in der Bundesrepublik Deutschland, 1959 - 1980
(Angaben: Prozentpunkte positiver Aussagen)

	1959	1969	1972	1974	1976	1980	PPD 1969-1980
Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluß darauf, was die Regierung tut	25	31	35	26	39	40	+15*
Neben den Wahlen gibt es keinen anderen Weg, um darauf Einfluß zu nehmen, was die Regierung tut	-	20	26	24	-	26	+ 6
Manchmal ist die ganze Politik so kompliziert, daß jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht	-	21	35	33	40	36**	+15
Ich glaube nicht, daß sich die Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken	-	32	40	33	44	42	+10
N	955	1945	1603	2943	2076	1518	

* 1959 - 1980

** Mai-Umfrage (N = 1050); die übrigen Angaben entstammen der September-Umfrage.

gen. Im Jahre 1974 korrelierte die Einschätzung der Transparenz der Politik enger mit dem politischen Interesse und dem Verständnis ideologischer Begriffe als die übrigen drei dem Effektivitätsbewußtsein zuzurechnenden Aussagen.

Die Verantwortlichkeit der Politiker gegenüber den Wünschen der Bevölkerung wurde am Ende des untersuchten Zeitraumes gleichfalls positiver eingeschätzt als an ihrem Beginn. 1969 attestierte ein knappes Drittel der Befragten den Politikern, sie kümmerten sich um die Belange der Bürger, 1980 waren es 42 Prozent. In den USA nahm das Vertrauen in die Responsivität der Politik dagegen ab (1960: 57%; 1980: 48%). Wie bei den zuvor präsentierten Ergebnissen gab es zwischen 1972 und 1974 sowie zwischen 1976 und 1980 einen Rückgang des Effektivitätsbewußtseins.

Ganz anders als die bisher vorgestellten Effektivitätsindikatoren entwickelte sich die Beurteilung der neben den Wahlen verfügbaren Möglichkeiten zur politischen Einflußnahme. Zwischen 1969 und 1972 nahm auch hier der Anteil der als politisch effektiv zu klassifizierenden Angaben zu, dieser Prozeß setzte sich aber in der Folgezeit nicht fort. Eine Erklärung für diese "Anomalie" ist auf Anhieb nicht zu finden. McPHERSON, WELCH und CLARK (1977:520) zweifeln an der Validität dieses Effektivitätsindikators, da die Ablehnung des Items sowohl bei einem stark als auch bei einem schwach ausgeprägten Effektivitätsbewußtsein möglich sei. Im ersten Falle könne die Ablehnung dadurch zustande kommen, daß politisch kompetente Personen neben den Wahlen eine ganze Reihe weiterer Einflußmöglichkeiten sähen, im zweiten Falle gehe sie unter Umständen auf das Gefühl des Befragten zurück, auch die Wahl eigne sich nicht als Einflußmittel. Über die Berechtigung dieser Annahme ist auf der Grundlage des mir verfügbaren Datenmaterials keine eindeutige Entscheidung möglich. Als Gegenargument läßt sich allerdings anführen, daß die Einschätzung der neben den Wahlen verfügbaren Einflußchancen durchweg nicht wesentlich schwächer mit wichtigen Prädiktorgrößen des Effektivitätsbewußtseins korreliert als es bei den anderen drei Indikatoren

der Fall ist (auf die Vorlage von Daten wird verzichtet).

Die bislang präsentierten Ergebnisse fügen sich - auch in international vergleichender Perspektive - zu folgendem Bild zusammen. Im Jahre 1969 war das Effektivitätsbewußtsein der US-Bürger - gemessen an allen vier Einzelindikatoren - wesentlich stärker ausgeprägt als das der Bevölkerung in der Bundesrepublik. Die zur Staatsbürgerkultur gehörige Überzeugung von der Offenheit und von der Verantwortlichkeit des politischen Systems gegenüber der Bevölkerung war am Ende der sechziger Jahre in der Bundesrepublik höchst unzulänglich institutionalisiert. Bis zum Jahre 1980 näherten sich die politischen Einstellungen der Bundesbürger stärker an das Leitbild der Staatsbürgerkultur an, auch wenn dessen Input-Komponente nach wie vor relativ schwach ausgeprägt ist und nur eine starke Minderheit den demokratisch-partizipativen Normvorstellungen entspricht. Die Überschaubarkeit der Politik wird nunmehr in der Bundesrepublik sogar etwas günstiger beurteilt als in den USA, das Urteil über die Verantwortlichkeit der Politiker bewegte sich, auf Grund gegenläufiger Entwicklungstendenzen in beiden Ländern, aufeinander zu. Die allgemeinen politischen Einflußchancen werden in den USA immer noch höher eingeschätzt als in der Bundesrepublik, doch hat sich die Prozentpunktdifferenz zwischen 1959 und 1980 auf die Hälfte des ursprünglichen Wertes verringert (1959: 42%; 1980: 21%). Lediglich in der Einschätzung der neben den Wahlen verfügbaren Einflußchancen bestehen die Unterschiede in der politischen Kultur beider Nationen fast unverändert fort.

1.2.3. Wertorientierungen und politische Effektivität

Ogleich die Datenlage eine ziemlich zuverlässige Beschreibung der Entwicklung des Effektivitätsbewußtseins der Bundesbürger im Zeitraum zwischen 1969 und 1980 erlaubt, ist es nicht möglich, für diese gesamte Periode die Zusammenhänge zwischen den Input-Orientierungen und den politischen Prioritäten zu untersuchen. In den Wahlstudien 1969, 1972 und 1976

war der Materialismus/Postmaterialismus Index nicht eingesetzt, in der Wahlstudie 1983 wurde das Gefühl politischer Effektivität nicht ermittelt. Selbst für die beiden verbleibenden Jahre, 1974 und 1980, treten gewisse, aus der Erhebungssituation resultierende Schwierigkeiten auf.

Bekanntlich behandelt INGLEHART das Effektivitätsbewußtsein als einen Teilaspekt des umfassenderen Prozesses der kognitiven Mobilisierung der Bevölkerung. In dessen Verlauf verringert sich seiner Meinung nach die Distanz der Bürger zur Politik. Damit breitet sich auch das Gefühl aus, im Bedarfsfalle auf politische Entscheidungen einwirken zu können. Auf Grund der engen Beziehung zwischen dem Wertewandel und der kognitiven Mobilisierung ist zu erwarten, daß die Postmaterialisten ein im Vergleich mit den übrigen Gruppen höher entwickeltes Effektivitätsbewußtsein aufweisen. Andererseits dürften sie die Offenheit des politischen Systems negativer bewerten als dies die übrige Bevölkerung tut.

Diese Annahmen lassen sich zunächst auf der Basis einzelner Effektivitätsindikatoren prüfen. Für das Jahr 1974 liegen sämtliche vier Indikatoren vor, in der Septemberumfrage des Jahres 1980 war lediglich das Item "Manchmal ist die ganze Politik zu kompliziert" nicht enthalten. Daten zur subjektiven politischen Kompetenz wurden 1974 erhoben, sie bleiben jedoch mangels vergleichbarer Informationen unberücksichtigt, zumal ihre Einbeziehung keine neuen Erkenntnisse vermitteln würde.

Das Beziehungsmuster zwischen den Wertorientierungen und dem Effektivitätsbewußtsein ähnelt der bereits beim politischen Interesse festgestellten Konstellation (vgl. Tab. 4-6). Insbesondere im Jahre 1974 weisen überdurchschnittlich viele Postmaterialisten die Auffassung zurück, der Normalbürger besäße keinen politischen Einfluß (Prozentpunktdifferenz Materialisten-Postmaterialisten: 35 Punkte; 1980: 20 Punkte). Entsprechende Unterschiede treten bei den übrigen Effektivitätsindikatoren auf.

Tab. 4 - 6: Wertorientierungen und Effektivität - 1974 und 1980, Einzelindikatoren
(Angaben: Prozentpunkte positiver Aussagen)

	1974	1980	Mat.	Mischgr.	PM	Alle	Cramer's V	Tau C	r	Eta
Leute wie ich* haben keinen Einfluß	19	33	19	32	54	26	.17	.19	.24	.24
Neben den Wah- len kein Ein- fluß	17	30	17	30	51	25	.18	.18	.24	.24
Politiker kümern sich nicht um die Leute	27	39	27	39	46	33	.13	.14	.18	.18
Manchmal ist die Politik zu kompliziert	25	40	25	40	56	33	.16	.19	.23	.23
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	38	45	38	45	43	42	.06 n.s.	.05**	.06***	.08 n.s.

* Formulierung der Antwortvorgaben wie in Tab. 4-5.

** Die Beziehung ist auf dem 99.5-Prozent-Niveau signifikant.

*** Die Beziehung ist auf dem 95-Prozent-Niveau signifikant.

Alle übrigen statistisch signifikanten Beziehungen sind auf dem 99.9-Prozent-Niveau signifikant; die Beziehungsmaße sind, abweichend von den Angaben in der Tabelle, für vier Merkmalsausprägungen der Effektivitätsindikatoren berechnet.

Bei drei der vier Items stufte sich 1974 eine knappe Mehrheit der Postmaterialisten als politisch einflußreich ein. Lediglich die Verantwortlichkeit der Politiker beurteilten auch sie mehrheitlich negativ. Ganz anders stellt sich die Sachlage bei den Materialisten dar. Hier überwogen 1974 wie 1980 negative Vorstellungen von der Durchschaubarkeit und Beeinflußbarkeit der Politik und von der Verantwortlichkeit der Politiker.

Vergleicht man die 1974 festgestellten Ergebnisse mit jenen aus dem Jahre 1980, dann besteht das wohl auffälligste Merkmal in der großen Stabilität des Antwortverhaltens der Postmaterialisten. Bei den Materialisten und in der Mischgruppe hingegen nahm das Effektivitätsbewußtsein mehr oder minder stark zu. In Folge dessen fallen die Beziehungsmaße zwischen den Wertorientierungen und zwei der drei Effektivitätsindikatoren ("Leute wie ich", "Politiker kümmern sich nicht") 1980 niedriger aus als sechs Jahre zuvor. Lediglich die neben den Wahlen verfügbaren Einflußchancen wurden von den Angehörigen der drei Untersuchungsgruppen in beiden Erhebungen etwa gleich beurteilt. Besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß im Jahre 1974 die Verantwortlichkeit der Politiker von den Postmaterialisten am positivsten eingeschätzt wurde, während es in dieser Hinsicht sechs Jahre später keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den Trägern materialistischer, gemischter und postmaterialistischer Prioritäten gab. Dies hat sicherlich mit einer Verlagerung der Akzente der Regierungspolitik zu tun.

Üblicherweise verwendet man zur Messung des Effektivitätsbewußtseins neben den bislang eingeführten Einzelindikatoren einen aus mehreren Testitems gebildeten Index (kritisch hierzu allerdings: ASHER 1974). Bei der gegebenen Datenlage bieten sich hierzu mehrere Möglichkeiten an. Alle erprobten Varianten führten allerdings im Rahmen der bivariaten Analysen zu ähnlichen Ergebnissen. In dieser Situation bietet es sich an, auf die einfachste der praktikablen Lösungen zurückzugreifen und die beiden Items "Leute wie ich haben keinen Einfluß" und "Neben den Wahlen gibt es keine politische Einflußmöglichkeit" addi-

Tab. 4 - 7: Wertorientierungen und politische Effektivität. Indexwerte 1974 und 1980
(Angaben in Prozentpunkten)

	Materialialisten		Mischgruppe		Postmaterialisten		Alle Befragten		N	
	1974	1980	1974	1980	1974	1980	1974	1980	1980	1982
Sehr schwaches Effektivitätsbewußtsein (2 Punkte)	28	17	20	12	5	7	24	14	508	197
eher schwaches Effektivitätsbewußtsein (3,4 Punkte)	49	52	41	44	32	31	45	46	969	657*
eher starkes Effektivitätsbewußtsein (5,6 Punkte)	19	27	31	35	45	38	26	32	557	456*
sehr starkes Effektivitätsbewußtsein (7,8 Punkte)	3	4	8	9	19	24	6	9	131	123*
Alle	99*	100	100	100	101*	100	101*	101	2165	1433

1974 1980

fehlende Werte 78 85
Cramer's V .19 .18
Tau C .20 .18
r .26 .23
Eta .26 .23

alle Beziehungen sind hoch
signifikant (p .000)

* Rundungsfehler

tiv miteinander zu verknüpfen.

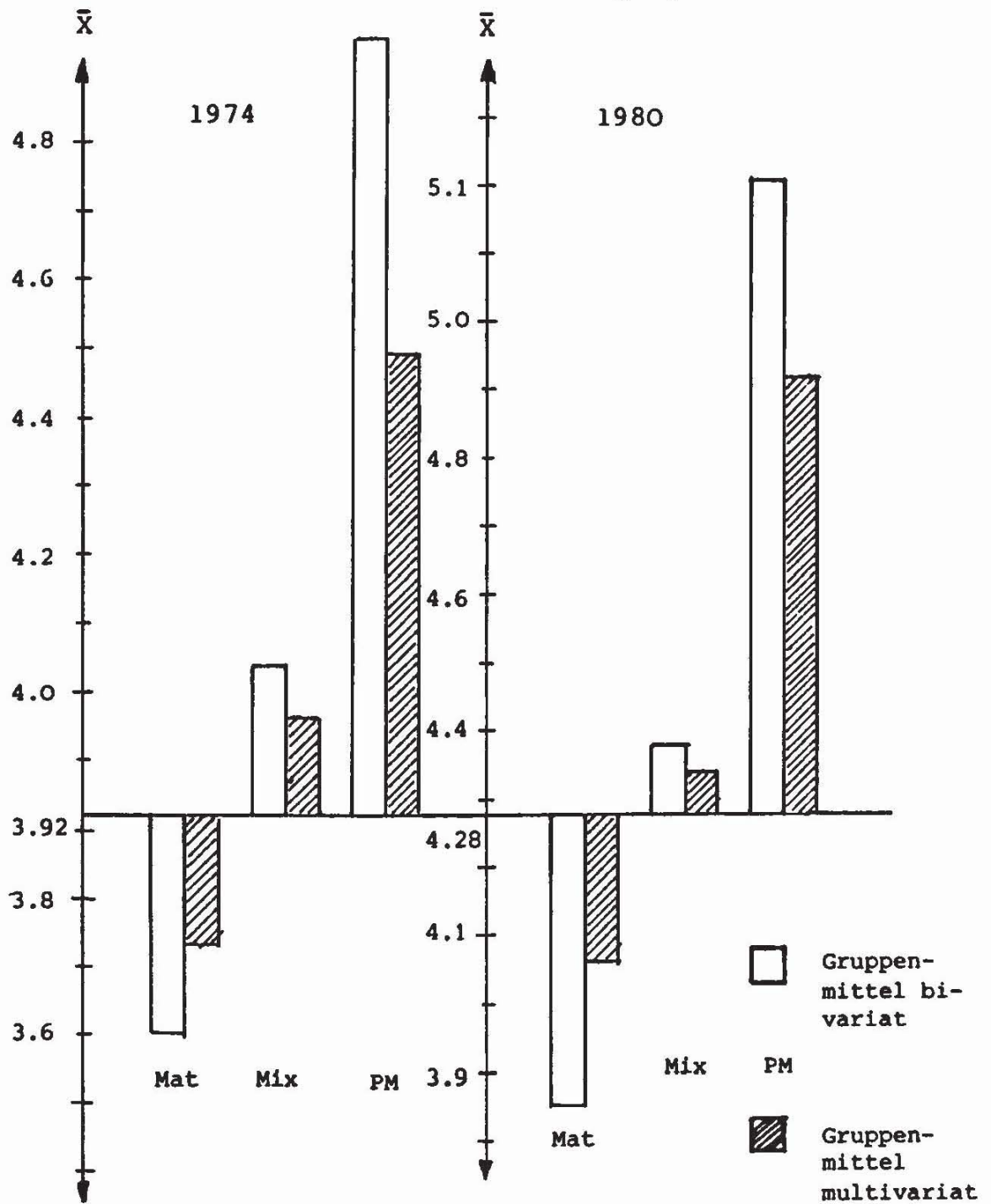
Von der Verwendung der Indexwerte als abhängiger Variabler sind keine völlig neuen Aufschlüsse über die Beziehungen zwischen Wertorientierungen und Effektivitätsbewußtsein zu erwarten: Zwischen 1974 und 1980 ergeben sich, wie bei den Einzelindikatoren, keine tiefgreifenden Änderungen. In beiden Jahren ist das Kompetenzgefühl der Postmaterialisten überdurchschnittlich, das der Materialisten unterdurchschnittlich ausgeprägt. Die Beziehungsmaße liegen etwas über den für die Einzelindikatoren ermittelten Beträgen (vgl. Tab. 4-7).

In der multivariaten Analyse bleibt der bereits bekannte Zusammenhang zwischen den Wertorientierungen und dem Effektivitätsbewußtsein bestehen. Den politischen Prioritäten der Bundesbürger kommt somit eine eigenständige Bedeutung bei der Erklärung der wahrgenommenen politischen Einflußchancen zu. Wie bereits bei der Untersuchung politischen Interesses festgestellt, besitzt das Bildungsniveau von allen in die multiple Klassifikationsanalyse einbezogenen Variablen das größte Gewicht, es folgen die Wertorientierungen und das Lebensalter (Klassifikation der Altersgruppen entsprechend Tab. 3-4). Wiederum übt die Berufstätigkeit keinen eigenständigen Einfluß auf das Effektivitätsbewußtsein der Bundesbürger aus (vgl. Abb. 4-2).

Im Jahre 1974 lassen sich mit Hilfe der bekannten Variablen vierzehn Prozent der Varianz im Effektivitätsgefühl erklären. In Folge der Angleichung im Antwortverhalten unserer Gruppen liegt der Betrag 1980 etwas niedriger (R^2 .12). Die Erklärungsleistung des INGLEHARTSchen Ansatzes erhöht sich, wenn man die für die Political-Action-Daten bestehende Möglichkeit nutzt, alle vier Effektivitätsindikatoren zu einem Index zusammenzufassen (R^2 .19). Dieser Effekt resultiert in erster Linie aus einer stärkeren Beziehung zwischen dem Bildungsniveau und der Antwortstreuung über den Vier-Item-Index.

INGLEHARTS Annahmen über den Einfluß der Wertorientierungen

Abb. 4 - 2: Wertorientierungen und politische Effektivität,
1974 und 1980
(Multiple Klassifikationsanalyse)



	1974		1980	
	Eta	Beta	Eta	Beta
Mittelwert Gesamterhebung		3.92		4.28
Beziehungsmaße				
Werte/Effektivität	.26	.16	.24	.16
Bildung/Effektivität	.32	.26	.29	.22
Alter/Effektivität	.20	.10	.19	.10
R		.377		.342

auf die perzipierten politischen Mitwirkungsmöglichkeiten wurden, ähnlich wie schon seine Hypothesen über die Beziehungen zwischen politischen Prioritäten und politischer Involvierung, im Prinzip bestätigt. Vorbehalte gegen seine Interpretation des Zusammenhanges zwischen Wertwandel und kognitiver Mobilisierung sind aber in zweierlei Hinsicht angebracht.

Der erste Einwand betrifft die Einschätzung der Verantwortlichkeit der Politiker gegenüber der Bevölkerung. INGLEHARTS Konzeption zu Folge müßte sie bei den Postmaterialisten besonders negativ ausfallen. Dies trifft aber weder für 1974 noch für 1980 zu. Die Political-Action-Studie enthält weitere Responsivitätsindikatoren. Sie belegen, daß die Postmaterialisten nicht allein die dem Bürger verfügbaren *politischen Einflußchancen*, sondern darüber hinaus auch die *Offenheit und Verantwortlichkeit des politischen Systems* sowie der Politiker überdurchschnittlich günstig beurteilen.

Der zweite Einwand resultiert aus den recht niedrigen Werten der Beziehungsmaße zwischen Wertorientierungen und Effektivitätsgefühl. Obgleich es keine verbindlichen Richtlinien für die Interpretation der Stärke von Assoziations- oder Korrelationskoeffizienten gibt, liegen die ermittelten Beträge doch zu niedrig, um INGLEHARTS Interpretation des Materialismus-Postmaterialismus-Phänomens als Kernelement eines stabilen, kohärenten Überzeugungssystems zu stützen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sämtliche in den folgenden Teilen dieser Arbeit untersuchten Einstellungen noch lockerer mit materialistischen und postmaterialistischen Präferenzen verbunden sind.

1.3. Wertorientierungen, politische Involvierung, politische Effektivität und Staatsbürgerkultur

INGLEHARTS Annahmen über den Zusammenhang zwischen dem Wertewandel und der kognitiven Mobilisierung der Bevölkerung wurden durch die empirischen Analysen im Wesentlichen bestätigt. Erwartungsgemäß erwiesen sich die Postmaterialisten als eine

überdurchschnittlich involvierte und politisch kompetente Bevölkerungsgruppe, während die entsprechenden Einstellungen bei den Materialisten wesentlich schwächer ausgeprägt waren. Für das Konzept der Stillen Revolution spricht es ebenfalls, daß die Beziehung zwischen den Wertorientierungen, dem politischen Interesse und dem Effektivitätsbewußtsein im untersuchten Zeitraum verhältnismäßig stabil blieb. Weitere, nicht detailliert untersuchte Indikatoren der Involvierung und der Input-Kultur stehen in einer ähnlichen Beziehung zum Materialismus/Postmaterialismus-Phänomen. Die Bedeutung dieses Ergebnisses ist nunmehr im Bezugsrahmen des Civic-Culture-Konzeptes zu erörtern.

Obgleich sich das für eine funktionsfähige Demokratie erforderliche Ausmaß politischer Informiertheit nicht exakt quantifizieren läßt, spielt der informierte Bürger nicht nur in den Lehrbüchern der Politikwissenschaft eine Rolle. Ein Mindestmaß an politischer Informiertheit gehört zu den praktischen Erfolgsbedingungen der Demokratie. Der uninformierte Bürger ist zu rationalen politischen Entscheidungen und zu zielgerichtetem politischem Verhalten nur bedingt in der Lage. Bei Unkenntnis der zur Durchsetzung politischer Forderungen verfügbaren Möglichkeiten und der für ihre Bearbeitung zuständigen Organisation wird ein politischer Akteur sich schwer tun, seine politischen Ziele zu erreichen. Nach DAHL (1973:56ff) gehören politische Informationen zu den wichtigsten Einflußressourcen. Vor allem die ökonomische Theorie der Politik lieferte wesentliche Erkenntnisse über die Bedeutung politischer Informiertheit für den demokratischen Entscheidungsprozeß (vgl. ausführlich: DOWNS 1957:77ff, 93ff, 220ff). Obgleich ihre Überlegungen von der idealtypischen Prämisse rationalen Verhaltens ausgehen, sind sie auch für die Beschreibung und Erklärung tatsächlicher politischer Abläufe außerordentlich fruchtbar.

ALMOND und VERBA (1965:57; vgl. auch: PAPPY 1970:38ff) betrachten die Informiertheit über politische Sachverhalte und die Fähigkeit, die verfügbaren Informationen bei der Auseinan-

dersetzung mit der politischen Umwelt zu nutzen, als ein wesentliches Merkmal der Staatsbürgerkultur: "Democratic competence is closely related to having valid information about political issues and processes, and to the ability to use information in the analysis of issues and the devising of influence strategies". Eine umfassende Information aller Bürger über sämtliche politischen Sachverhalte wird damit natürlich nicht gefordert. In der Civic Culture bestehen parochiale Elemente weiter. Erforderlich ist aber ein gewisses Maß an politischer Informiertheit der Bevölkerung über relevante politische Probleme. Deren Art und Ausmaß hängt von den jeweiligen Rahmenbedingungen ab, z.B. von der Betroffenheit einzelner Gruppen durch politische Maßnahmen und von ihrer Position in der politischen Arbeitsteilung. DOWNS (1957:220ff, 247ff) sieht in der unvollkommenen Information der politischen Akteure eine Ursache des Auftretens politischer Ungleichheit.

Die ungleiche Informiertheit einzelner Bevölkerungsgruppen führt allerdings nicht automatisch zu einer Einflußdifferenzierung in der Politik; denn die *Verfügung* über Ressourcen zieht nicht notwendig auch deren *Nutzung* nach sich (vgl. DAHL 1973:71ff). Die Bereitschaft, sich politische Informationen zu verschaffen und sie für die eigenen Zwecke zu nutzen, hängt von der Motivation zur Teilnahme an der Politik ab. Die zuvor den Unterschieden im Informationsniveau der Bevölkerung zugeschriebenen Wirkungen treten erst im Zusammenspiel mit anderen Indikatoren politischer Involvierung auf (vgl. die Hinweise zum Zusammenhang zwischen dem politischen Interesse, der Fähigkeit zum ideologischen Denken und der politischen Partizipation bei: MILBRATH, GOEL 1977:46f; INGLEHART 1979d:369ff; KLINGEMANN 1979b:284ff; ASHER, RICHARDSON, WEISBERG 1984: 114ff).

Aus einem unzulänglichen Involvierungsgrad ergeben sich zunächst einmal Nachteile für die betreffenden Personen. DOWNS (1957:93) erörtert ausführlich die Auswirkungen der ungleichen Nutzung politischer Ressourcen durch bestimmte Bevölkerungsgruppen auf die Maßnahmen der politischen Führung: "... voters

in a democracy do not have equal influence on policy formation even though each has only one vote. Possession of resources other than ballot definitely increases a citizen's potential influence upon government policy ... In spite of the universal, equal franchise, government cannot rationally regard every voter as being of the same importance as every other. Because some citizens have influence coefficients much higher than unity, a rational government must give them more weight in forming policy than it gives most of their fellow citizens" (vgl. auch ausführlich: DOWNS 1957:87ff, 247ff).

Die negativen Folgen einer unzulänglichen politischen Involvierung lassen sich aber nicht auf die betreffenden Bevölkerungsgruppen begrenzen. Sie tangieren darüber hinaus die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems. Nach ALMOND und VERBA (1965: 341) gehört die öffentliche Kontrolle der politischen Führung zu den unverzichtbaren Merkmalen der Demokratie. Herrschen in einem politischen System parochiale oder untertanenspezifische Orientierungen vor, dann fällt die Öffentlichkeit als Kontrollinstanz weitgehend aus. Von den Massenmedien ausgehende Versuche, den politischen Prozeß transparent zu machen, laufen leer. Eine Kontrolle der politischen Führung wird unter diesen Bedingungen allenfalls durch die Gerichte oder durch durch aktivistische Minderheiten ausgeübt. Sie ist aber kein konstitutives Merkmal des politischen Prozesses, weil hierfür die kulturellen Voraussetzungen fehlen. BAKER, DALTON und HILDEBRANDT (1981:38) stellen hierzu fest: "If political involvement is absent, then most analysts would argue that democracy is weak, because it is through discussion, popular interest, and involvement in politics that societal goals should be set and implemented in a democracy".

Eine unzulängliche Anteilnahme der Öffentlichkeit an der Politik schwächt schließlich die Verantwortlichkeit der politischen Führung und beeinträchtigt das Funktionieren des politischen Wettbewerbs. Eine Regierung, die darauf vertrauen kann, daß die Wählerschaft die Konsequenzen des Regierungshandelns nicht kennt, sie nicht zu ihrer eigenen Lebenssituation in be-

zug setzt, Fehlentscheidungen in Folge dessen nicht sanktioniert und vorteilhafte Maßnahmen nicht belohnt, wird sich kaum zu einem verantwortlichen politischen Handeln genötigt fühlen (vgl. auch: PAPPI 1970:67). Der Mechanismus der Elitenkonkurrenz funktioniert unter diesen Voraussetzungen nicht oder nur suboptimal. Beiträge zur ökonomischen Theorie des politischen Verhaltens machen uns darauf aufmerksam, "daß politische Systeme in der Demokratie gezwungen sind, mit weniger als maximaler Effizienz zu regieren. Die Regierung dient den Interessen der Mehrheit nicht so gut, wie sie es tun würde, wenn die Mehrheit gut informiert wäre" (DOWNS 1974:136).

ALMOND und VERBA (1965:18f, 338) behandeln die politische Involvierung und das Kompetenzbewußtsein als Teilaspekte eines übergreifenden "rational-aktivistischen" Orientierungsmusters. Die für die Bedeutung politischer Involvierung maßgeblichen Überlegungen gelten somit auch, wenn wir uns mit der Rolle des Effektivitätsgefühls in der politischen Kultur der Demokratie beschäftigen.

Die Bedeutsamkeit partizipativer Orientierungen für die Funktionsfähigkeit eines demokratisch verfaßten politischen Systems wurde in der neuzeitlichen Demokratietheorie von Anfang an kontrovers diskutiert. Obwohl die Vertreter der verschiedenen demokratietheoretischen Ansätze in der Meinung übereinstimmen, Demokratie bedeute zugleich "Regierung durch das Volk" und "Regierung für das Volk", unterschieden sie sich im Hinblick auf die relative Bedeutung, die sie diesen beiden Merkmalen demokratischer Regierungsweise zuordneten. Die Exponenten "klassischer" oder "input-orientierter" Demokratiekonzepte stellten die *aktive Einflußnahme* des Bürgers auf das politische Geschehen in den Mittelpunkt ihrer Analysen. Damit gewinnt die subjektive politische Kompetenz (Effektivität) eine Schlüsselstellung in der Analyse der demokratischen politischen Kultur. Nach PATEMAN (1970:45f) zeichnet sich der *demokratische Bürger* durch ein stark entwickeltes soziales und politisches Effektivitätsbewußtsein aus. Er bemüht sich um eine aktive Mitwirkung an der Gestaltung seiner sozialen und poli-

tischen Umwelt und glaubt an einen Erfolg dieser Versuche.

Die Bedeutung des Effektivitätsbewußtseins für die politische Kultur der Demokratie wird zwar, abhängig von den demokratietheoretischen Prämissen des Betrachters, unterschiedlich eingeschätzt, im Grundsatz aber scheint die Wichtigkeit dieser Einstellung für die Funktionsfähigkeit eines demokratischen Gemeinwesens nicht umstritten. In der Demokratie sichern bestimmte institutionelle Vorkehrungen die Einflußnahme der Bürger auf den politischen Prozeß. Diese Regelungen gewinnen aber erst eine Bedeutung, wenn sie in den Einstellungen und Verhaltensweisen der politischen Akteure verankert sind, wenn die Eliten wie die Nicht-Eliten die Rolle des Bürgers als eines Teilnehmers am politischen Prozeß kennen und akzeptieren, wenn ein hinreichendes Vertrauen in die Offenheit des politischen Prozesses für die Einflußnahme der Bürger besteht. Insbesondere in komplexen politischen Systemen, in denen eine ständige Beteiligung der Bürger am politischen Entscheidungsprozeß schon an organisatorischen und geographischen Gegebenheiten scheitert, ist das Gefühl, im *Bedarfsfalle* seinen Einfluß geltend machen zu können, von entscheidender Bedeutung für das Vertrauen der Bürger zur politischen Führung und für die Unterstützung des politischen Systems (vgl. ALMOND, VERBA 1965:119, 139, 345f; PREWITT 1968:226f; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:27f).

Der Beitrag des Effektivitätsbewußtseins zur Funktionsfähigkeit der Demokratie liegt vor allem in den folgenden Merkmalen dieses Einstellungsmusters: Das Wissen um die Chance, erfolgreich auf politische Vorgänge einwirken zu können, dürfte die Folgebereitschaft der Bürger auch gegenüber solchen Entscheidungen erhöhen, an deren Zustandekommen sie selbst nicht beteiligt waren. Ein politisches System, das seinen Mitgliedern Teilnahmerechte am Entscheidungsprozeß einräumt, findet vermutlich breitere Unterstützung als eines, das ihnen jede Mitwirkungsmöglichkeit verwehrt (vgl. ALMOND, VERBA 1965:186f; MULLER 1970a:792f; FINIFTER 1970:400f; WAHLKE 1971:272ff; BALCH 1974:2f).

Weitere Gesichtspunkte belegen die Relevanz des Kompetenzbewußtseins der Bürger für eine funktionsfähige Demokratie. Politische Führungsämter können nur dann besetzt werden, wenn Kandidaten zur Verfügung stehen und wenn sich zumindest einige Wähler an den politischen Wahlen beteiligen. Die Parteienkonkurrenz funktioniert nur unter der Voraussetzung, daß die politischen Parteien über ein hinreichend großes Reservoir an Kandidaten und Wahlkämpfern verfügen. Der Einfluß der Interessengruppen auf die Entscheidungen der politischen Führung schließlich wird maßgeblich von der Zahl und von der Mobilisierbarkeit der Organisationsmitglieder beeinflußt. Politische Aktivität wird aber nur dann wahrscheinlich, wenn die potentiellen Aktivisten sie nicht als völlig nutzlos einschätzen. Wie zahlreiche empirische Studien belegen, gehört das Effektivitätsbewußtsein der Bürger zu den wichtigsten Determinanten politischer Beteiligung (vgl. LANE 1959:147ff; CAMPBELL, GURIN, MILLER 1971:193f; VERBA, NIE 1972:83ff; BALCH 1974:4, 14ff; MILBRATH, GOEL 1977:57ff, bes. 59; KAASE, MARSH 1979a: 42ff; ASHER, RICHARDSON, WEISBERG 1984:114ff). Die politisch aktiven Bürger beziehen ihre Motivation zum politischen Handeln zu einem beträchtlichen Teil aus der Überzeugung, auf diese Weise politischen Einfluß ausüben zu können.

Für ALMOND und VERBA (1965:136ff) verdient die subjektive politische Kompetenz vor allem unter dem Gesichtspunkt der Funktionsfähigkeit der politischen Kontrollmechanismen in der Demokratie Aufmerksamkeit: "If democracy involves high levels of actual participation in decisions, then the attitudes of democratic citizenry should include the perception that they in fact can participate. A democratic citizen speaks the language of demands. Government officials accede to his demands because they fear some loss otherwise - the loss of his vote perhaps - or because they consider it legitimate that he makes such demands. ... A subjectively competent citizen, therefore, is more likely to be an active citizen. And if government officials do not necessarily respond to active influence attempts, they are more likely to respond to them than to a passive citizenry that makes no demands" (ALMOND,

VERBA 1965:138, 139). Die Offenheit und Verantwortlichkeit der politischen Führung gegenüber der Bevölkerung hängt nach ALMOND und VERBA (1965:343) wesentlich davon ab, daß zumindest ein Teil der Bürger dem rational-aktivistischen Typ entspricht, sich also politisch kompetent fühlt, politische Involvierung und Handlungsbereitschaft aufweist (vgl. ausführlich zum Zusammenhang von Partizipation und Responsivität in der Demokratie: VERBA, NIE 1972:299ff).

In dieser Hinsicht scheinen sich die politischen Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland positiv entwickelt zu haben, auch wenn nach wie vor nicht alle Aspekte des rational-aktivistischen Orientierungsmusters gleichermaßen weit verbreitet sind. Nach den von ALMOND und VERBA (1965:46ff, 58ff) präsentierten Daten nahmen die Bundesbürger bereits am Ende der fünfziger Jahre intensiv am politischen Geschehen Anteil. Die Autoren heben die Informiertheit und Involviertheit der Bevölkerung sogar als ein spezifisches Merkmal der politischen Kultur im Nachkriegsdeutschland hervor: "... most Germans are aware of and well informed about politics and government" (ALMOND, VERBA 1965:312).

Den Standards einer demokratisch-partizipativen Kultur entspricht dagegen weder das Effektivitätsbewußtsein der Bundesbürger noch das der Bürger der meisten anderen westlichen Demokratien; denn nur eine Minderheit traut sich eine erfolgreiche Einflußnahme auf die Politik zu. Dies auf den ersten Blick recht negative Ergebnis dieser wie anderer Untersuchungen ist aber aus mehreren Gründen zu relativieren. Nach den Annahmen von BAKER, DALTON und HILDEBRANDT (1981:28) drückt der bei Umfragen einzukalkulierende Ja-Sage-Effekt die Angaben zum Effektivitätsbewußtsein künstlich nach unten. Ein Vergleich des Kompetenz- und des Effektivitätsbewußtseins im Jahre 1974 stützt diese Vermutung: Als lokal kompetent waren im betreffenden Jahr 68 Prozent der Bundesbürger zu klassifizieren, als national kompetent immerhin noch 55 Prozent (vgl. die Angaben in Tab. 4-4). Die wesentlich ungünstigere Antwortverteilung beim Effektivitätsbewußtsein läßt auf einen verzerrenden Ein-

fluß des Meßinstruments schließen.

Es wäre meiner Ansicht nach voreilig, das niedrige Niveau politischer Effektivität grundsätzlich mit einer negativen Einstellung zum politischen Prozeß gleichzusetzen. Die Auffassung, man verfüge kaum über politische Einflußmöglichkeiten, kann auch Ausdruck politischer Indifferenz oder einer Delegation der eigenen Beteiligungsansprüche an die für die Politik als zuständig betrachteten Organisationen oder Institutionen sein (vgl. die Hinweise bei CITRIN et al. 1975:3f; KÜCHLER 1982:54). Gefühle der Indifferenz sind einer demokratischen politischen Ordnung jedoch weit weniger abträglich als solche der Entfremdung. Sie tragen nach ALMOND und VERBA (1965:343f) dazu bei, das politische Engagement zeitlich und sachlich zu begrenzen und dessen Intensität zu dämpfen. Auf diese Weise erhält die politische Führung den Spielraum, den sie zum effektiven politischen Handeln benötigt.

Darüber hinaus ist in einem demokratisch verfaßten politischen System eine beständige politische Mitarbeit der gesamten Bevölkerung auch keineswegs erforderlich. Die Offenheit und Durchschaubarkeit des politischen Prozesses ist bereits dann gewährleistet, wenn bei starken Minderheiten die Bereitschaft zum dauerhaften politischen Engagement besteht und wenn darüber hinaus ein größerer Kreis periodisch politisch aktiviert werden kann. Die Wahrnehmung *potentieller* Widerstände reicht im Regelfalle aus, um die politische Führung zum verantwortlichen Handeln zu veranlassen, einer Dauerpartizipation der gesamten Bevölkerung bedarf es hierfür nicht.

Während das schwach ausgeprägte Effektivitäts- und Kompetenzbewußtsein im ersten Nachkriegsjahrzehnt noch als ein Charakteristikum der politischen Kultur der Bundesrepublik beschrieben wurde, vollzog sich in den vergangenen beiden Dekaden eine zunehmende Annäherung an die Verhältnisse in den "klassischen Demokratien", den USA und Großbritannien. Insofern stellen sich die Chancen für eine demokratische Kontrolle politischer Herrschaft heute in der Bundesrepublik nicht ungünstiger dar

als in anderen westlichen Ländern.

Erstaunlicherweise wird die langfristig beobachtbare Zunahme des Effektivitätsbewußtseins der Bundesbürger im Jahre 1974 unterbrochen. Insbesondere gilt dies für die Einschätzung der eigenen politischen Einflußmöglichkeiten und für die Wahrnehmung der Verantwortlichkeit der Politiker (vgl. Tab. 4-5). Für diese Abweichung vom "normalen" Entwicklungsprozeß gibt es mindestens zwei Erklärungen: Abgesehen von der Civic-Culture- und der Political-Action-Studie fanden sämtliche hier ausgewerteten Erhebungen in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu einer Bundestagswahl statt. Da sich für einen großen Teil der Bürger westlicher Demokratien die Einflußnahme auf die Politik auf die Stimmabgabe bei Wahlen beschränkt und die Wahlnorm in der Bundesrepublik besonders stark institutionalisiert ist, ist eine Ausstrahlung der Erhebungssituation auf das Effektivitätsbewußtsein nicht auszuschließen.

Eine zweite Erklärung des relativ atypischen Antwortverhaltens der Befragten im Jahre 1974 hat ebenfalls mit der spezifischen politischen Situation Ende 1973/Anfang 1974 zu tun. Am 6. Mai 1974 erklärte der damalige Bundeskanzler Brandt seinen Rücktritt, nachdem die Koalitionskrise sich zugespitzt hatte und wenige Tage zuvor, am 25. April, die Verhaftung des Kanzlermitarbeiters Guillaume als DDR-Agent bekannt geworden war. Der Vertrauensverlust der Bundesregierung manifestierte sich in der Folgezeit in einer Serie von Niederlagen der Koalitionsparteien bei Landtags- und Kommunalwahlen. Dieser Prozeß hatte allerdings bereits früher eingesetzt und wurde wohl durch die Energiekrise im Herbst 1973 noch verstärkt.

Konzeptuell gehört das Vertrauen zur politischen Führung zu den Output-Orientierungen. Die analytische Trennung zwischen der Input- und Output-Kultur sollte allerdings nicht als völlige Unabhängigkeit beider Komponenten interpretiert werden. Transfer-Effekte von den Output- auf die Input-Orientierungen sind vor allem deshalb wahrscheinlich, weil die von der sozialliberalen Koalition 1969 initiierte Politik der "Inneren Re-

formen" die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft zum Leitwert erhoben hatte. Der Ausbau der politischen und sozialen Partizipation bildete ein Kernelement der Reformpolitik. Schon vor dem Rücktritt Brandts waren Abstriche an dem zunächst sehr ambitionierten innenpolitischen Programm vorgenommen worden. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre trat - unter dem Eindruck der sich verschlechternden Wirtschaftslage - das ökonomische Krisenmanagement in den Vordergrund (vgl. zur Politik der Inneren Reformen: SCHMIDT 1978; 1982). Diese Veränderung der politischen Agenda könnte nicht nur für den Rückgang des Effektivitätsbewußtseins zwischen 1972 und 1974 verantwortlich sein. Sie könnte darüber hinaus dazu beigetragen haben, daß sich die bis 1976 - mit der erwähnten Unterbrechung - feststellbare zunehmend positivere Einschätzung der Offenheit des politischen Systems für die Einflußnahme des Normalbürgers in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht fortsetzte.

Diese These findet im Antwortverhalten der Materialisten und der Postmaterialisten weiteren Rückhalt. Ich habe an entsprechender Stelle gezeigt, daß sich das Effektivitätsbewußtsein der postmaterialistisch eingestellten Bevölkerungsgruppen im Gegensatz zur übrigen Bevölkerung zwischen 1974 und 1980 praktisch nicht veränderte. Hierfür dürfte u.a. die soziale Zusammensetzung dieser Gruppe, insbesondere ihr vergleichsweise hohes Bildungsniveau verantwortlich sein. In den höheren Bildungsstrata traten nämlich während des untersuchten Zeitraumes, anders als bei den übrigen Bevölkerungsgruppen, ebenfalls keine wesentlichen Schwankungen im Effektivitätsbewußtsein auf. Doch auch im Scheitern der Politik der Inneren Reformen liegt eine mögliche Erklärung für die Stagnation des Kompetenzbewußtseins der Postmaterialisten. Die Angehörigen dieser Gruppe weisen definitionsgemäß eine starke Präferenz für eine partizipative, reformistische Politik auf. Die von ihnen favorisierten politischen Themen hatten in den ersten Jahren der sozialliberalen Koalition Konjunktur. Während der Kanzlerschaft Brandts konnten die Postmaterialisten zu Recht den Eindruck gewinnen, Einfluß auf politische Entscheidungen zu be-

sitzen. Die Regierungsübernahme durch die sozialliberale Koalition war ja nicht zuletzt dadurch möglich geworden, daß es der SPD und der FDP gelungen war, die Unterstützung der postmaterialistisch eingestellten Neuen Mittelschicht zu gewinnen. Eine Analyse der Parteipräferenz der Materialisten und der Postmaterialisten in den siebziger Jahren belegt dies eindeutig (vgl. dazu z.B. auch: PAPPI 1977b; HILDEBRANDT, DALTON 1977; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:142ff). In den achtziger Jahren ist hingegen eine Abwanderung der postmaterialistischen Wähler zu den GRÜNEN feststellbar (vgl. hierzu u.a.: MÜLLER-ROMMEL, WATTS 1984).

Selbst wenn der hohe Rang postmaterialistischer Ziele in der Politik der Regierung Brandt nicht auf eine unmittelbare politische Einflußnahme der betreffenden sozialen Gruppen zurückging, so haben wir es doch mit einem typischen Fall einer Koalitionsbildung zwischen politischen Eliten und bestimmten Bevölkerungsgruppen zu tun, der diesen das Gefühl vermittelte, mit ihren Anliegen bei der politischen Führung auf Resonanz zu stoßen. Nach dem Regierungswechsel im Jahre 1974 verloren die Ziele der Neuen Politik an Bedeutung. Damit dürften sich auch die von den Postmaterialisten wahrgenommenen politischen Einflußchancen verschlechtert haben. Daß gleichwohl kein Rückgang des Effektivitätsbewußtseins eintrat, hat vermutlich mit der sozialen Zusammensetzung der Gruppe der Postmaterialisten zu tun.

In den tatsächlichen politischen Gegebenheiten der siebziger Jahre liegt auch eine mögliche Erklärung für das unterdurchschnittliche Effektivitätsbewußtsein der Materialisten und für den leichten Anstieg der durch diese Gruppe perzipierten Einflußchancen zwischen 1974 und 1980: Wenn am Beginn der siebziger Jahre bei den Materialisten das Gefühl vorherrschte, in der Politik wenig Gehör zu finden, dann entsprach dies bis zu einem gewissen Grade den tatsächlichen politischen Rahmenbedingungen; denn in der sozialliberalen Reformpolitik besaßen die "Brot- und Butter-Themen" der Alten Politik nur einen untergeordneten Stellenwert. Die seit der Mitte der sieb-

ziger Jahre einsetzende Rückorientierung auf eine traditionelle Wachstums- und Verteilungspolitik dürfte das Gefühl der Einflußlosigkeit in der Gruppe der Materialisten gedämpft haben.

Bei der gegebenen Datenlage müssen die hier unternommenen Erklärungsversuche mehr oder minder spekulativ ausfallen. Die Motive für den Einstellungswandel unserer Untersuchungsgruppen sind mit Hilfe des vorliegenden Umfragematerials nicht verlässlich zu bestimmen, jedoch gibt es eine Reihe von Indikatoren für die beschriebene Anpassung der politischen Einstellungen an veränderte Rahmenbedingungen.

Die zwischen den Materialisten und den Postmaterialisten feststellbaren Unterschiede im Effektivitätsbewußtsein haben nachweislich zum Teil mit den sozialen Merkmalen beider Gruppen zu tun. Es besteht aber darüber hinaus eine von diesen Hintergrundvariablen unabhängige Beziehung zwischen Wertorientierungen und Kompetenzgefühl. Die gleiche Feststellung gilt für alle übrigen im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Indikatoren politischer Mobilisierung. Die Postmaterialisten entsprechen dem Typus des rational-aktivistischen Bürgers wesentlich besser als die übrige Bevölkerung. Im Rahmen einer Theorie der demokratischen politischen Kultur verdient es eine besondere Beachtung, daß - abweichend von INGLEHARTs Annahmen - keine Inkongruenz zwischen der Selbst- und der Umweltkomponente der politischen Kultur auftrat. Die Postmaterialisten bewerten die *eigenen* politischen Einflußmöglichkeiten überdurchschnittlich positiv, aber sie vertreten auch stärker als die übrige Bevölkerung die Auffassung, das *politische System* sei für ihre Anliegen offen und die *Politiker* stünden ihren Wünschen aufgeschlossen gegenüber. Damit kommen die Postmaterialisten als Träger einer öffentlichen Kontrolle der politischen Führung in besonderem Maße in Betracht. Für diese Funktion sind sie vor allem deshalb geeignet, weil sie sich nicht allein durch die Bereitschaft auszeichnen, im Bedarfsfalle ihre politischen Einflußmöglichkeiten zu nutzen, sondern auch deshalb, weil ihr politisches Interesse und ihr politisches Kenntnis-

niveau höher entwickelt ist als das der übrigen Bevölkerung.

Aus einer Zusammenstellung der bisher ermittelten Einstellungskorrelate des Materialismus läßt sich gleichfalls eine Aussage über die demokratiethoretische Relevanz des relativ schwachen Kompetenzbewußtseins der Materialisten gewinnen: Es resultiert weniger aus einer Entfremdung von den Input-Strukturen, d.h. einer Diskrepanz zwischen gewünschter und tatsächlich möglicher Einflußnahme. Eher kann man ihre Input-Orientierungen als Ausdruck politischer Indifferenz interpretieren, gehen doch die Gefühle der Inkompetenz mit einem mäßigen Informationsniveau und einem nur schwach entwickelten politischen Interesse einher. Doch auch diese Aussage ist in international vergleichender Perspektive nur bedingt gültig. Nach den von KLINGEMANN (1979a:232; Tab. 8.8; 1979b:264, Tab. 9.3) durchgeführten Untersuchungen lag der Anteil politisch interessierter Briten und Österreicher unter dem Wert, der in der Bundesrepublik in der besonders schwach involvierten Gruppe der *Materialisten* erreicht wurde. Beim passiven ideologischen Denken kam er zu ähnlichen Ergebnissen. Allerdings setzt sich die im internationalen Vergleich nicht einmal schwach entwickelte kognitive Mobilisierung der deutschen Materialisten nicht in eine entsprechende Perzeption der Fähigkeit zur politischen Einflußnahme um.

Nach den bisher präsentierten Ergebnissen rekrutieren sich die potentiellen Teilnehmer am politischen Prozeß in erster Linie aus einem Personenkreis, der auf Grund seines Sozialisationshintergrundes und seiner kognitiven Kompetenz zu rationalem politischen Handeln in der Lage ist. Unter diesen Bedingungen besteht kaum die Gefahr einer politischen Destabilisierung, wie sie sich aus der Ausbreitung eines expressiven politischen Stils ergeben könnte (vgl. dazu: KAASE, BARNES 1979:526ff). Andererseits sind auch gewisse dysfunktionale Folgewirkungen dieser Konstellation nicht in Abrede zu stellen: Die politisch wenig mobilisierten Bevölkerungsgruppen könnten in Krisenzeiten die soziale Basis für antidemokratische Bewegungen abgeben, weil sie die Artikulation ihrer Forderungen im Rahmen des

demokratischen politischen Prozesses nicht gelernt haben. Konzentrieren sich darüber hinaus die politisch Effektiven in den höheren Statusgruppen, dann steigt die Wahrscheinlichkeit dafür, daß sich die Leistungen der politischen Führung stark an den Interessen dieser Gruppe orientieren. Eine annähernde Gleichverteilung politischer Effektivität hingegen dürfte auch einen sozial weniger verzerrten Leistungsoutput des politischen Systems zur Folge haben. Dabei unterstelle ich natürlich keinen Automatismus in der Beziehung "Politische Effektivität - Politische Partizipation - Politische Gleichheit" (vgl. zum Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und sozialer Gleichzeit: VERBA, NIE 1972; VERBA, NIE, KIM 1978; ALLERBECK 1980).

Mittelbar könnte dies Ergebnis auch für INGLEHARTs Annahmen über den Zusammenhang zwischen Wertorientierungen und politischer Unterstützung bedeutsam sein: Wenn die Postmaterialisten von ihren Einflußmöglichkeiten überzeugt sind und wenn diese Einschätzung den tatsächlichen politischen Gegebenheiten nicht völlig widerspricht, dann dürften postmaterialistische Ziele im politischen System durchaus gewisse Realisierungschancen besitzen. Unter diesen Bedingungen sind INGLEHARTs Vermutungen über die Systemzufriedenheit der Postmaterialisten mit einem Fragezeichen zu versehen.

2. Wertorientierungen und politische Unterstützung

Während ALMOND und VERBA die Einstellungen der Bevölkerung zum politischen System mittels der Kategorien Selbst-, Input-, Output- und Systemorientierungen beschrieben hatten, bedient sich INGLEHART bei der Auseinandersetzung mit den politischen Folgen der Stillen Revolution eines einfacheren Schemas. Neben der im letzten Kapitel behandelten politischen Mobilisierung setzt er sich mit den aus dem Wertewandel resultierenden Akzeptanzproblemen auseinander. Sie wurden in der populärwissenschaftlichen Literatur mit den Schlagworten "Staats- bzw. Politikverdrossenheit" belegt (kritisch hierzu: KÜCHLER 1982).

Im ALMOND/VERBA-Schema ist dieser Aspekt der politischen Kultur durch die Dimensionen der System- und der Output-Orientierungen repräsentiert.

Der Bewertung des politischen Systems und des Output-Subsystems kommt im Rahmen der politischen Kulturforschung deshalb eine hervorgehobene Bedeutung zu, weil das politische System im Rahmen der innergesellschaftlichen Arbeitsteilung die für die Gesamtgesellschaft verbindlichen Ziele zu definieren und durchzusetzen hat. Dabei treten vornehmlich die Regierung und die ihr unterstellten Exekutivorgane der Bevölkerung als Träger autoritativer Entscheidungskompetenzen gegenüber (vgl. hierzu z.B. PARSONS 1966; 1972:26ff). Zu Recht weist Graf KIELMANSEGG (1971:371ff) in seiner Analyse des Legitimitätsbegriffes darauf hin, daß die Anerkennung dieser autoritativen Entscheidungskompetenz des politischen Systems und der Aufteilung von Herrschaftsbefugnissen im gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen eine entscheidende Rolle spielt: "Die soziale Existenz des Menschen verlangt die Institutionalisierung von Möglichkeiten, verbindlich für andere zu entscheiden. Politische Systeme sind Antworten auf diese Notwendigkeit. Sie erfüllen ihre Funktion, indem sie erstens die Bedingungen festlegen, unter denen Entscheidungen, die mit besonderem Anspruch auf gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeit ausgestattet sind, zustande kommen und damit die Identifizierbarkeit solcher Entscheidungen mindestens prinzipiell gewährleisten; indem sie zweitens dafür Sorge tragen, daß der Verbindlichkeitsanspruch realisiert, das heißt die Entscheidungen zuverlässig akzeptiert werden" (GRAF KIELMANSEGG 1971:371). Das politische System erhebt demnach gegenüber seinen Mitgliedern den Anspruch auf Anerkennung der Entscheidungsstrukturen und der *Inhalte einzelner* Entscheidungen. Um die damit verbundenen Probleme geht es im folgenden Kapitel.

Der Leser, der sich an Hand der verfügbaren Literatur einen Überblick über das Problem der Zufriedenheit mit dem politischen System und mit dessen Output-Aspekten verschaffen möchte, steht zunächst einmal vor einer Fülle divergierender Be-

zeichnungen. Für positive Einstellungen der Bevölkerung zu den betreffenden politischen Objekten finden wir Begriffe wie politische Unterstützung, politisches Vertrauen, staatsbürgerliches Pflichtbewußtsein, politische Zufriedenheit oder Legitimitätsglaube. Ihr Fehlen bezeichnet man als politische Entfremdung, politische Deprivation, politische Unzufriedenheit, politischen Zynismus usw. In den meisten Arbeiten vermißt man eine einigermaßen präzise und in sich stimmige Abgrenzung dieser Begriffe. Noch weniger bemühte man sich bislang darum, den genannten Konzepten eine in der empirischen Analyse verwendbare Form zu geben.

Die Mehrzahl der empirischen Studien zur System- und Regierungszufriedenheit knüpft mehr oder weniger ausdrücklich an David EASTONS (1965:153ff; 175) Konzeption diffuser und spezifischer politischer Unterstützung an. Sie liegt den folgenden Überlegungen zum Akzeptanzproblem in der Demokratie ebenfalls zu Grunde, bedarf jedoch, um für die empirische Analyse fruchtbar zu werden, einer Präzisierung.

2.1. Zur Bedeutung des Konzepts "politische Unterstützung" und zur Abgrenzung zwischen diffuser und spezifischer politischer Unterstützung

In EASTONS Systemmodell bildet die politische Unterstützung gemeinsam mit den Forderungen die Input-Seite des politischen Prozesses. Für unsere Zwecke ist diese Vorstellung nicht uneingeschränkt brauchbar, da EASTON (1965:159ff) sowohl *Handlungen* ("overt support") als auch *Einstellungen* ("covert support") zu den Inputs rechnet. Betrachtet man das politische System als ein *Handlungssystem*, dann können nur Handlungen, nicht jedoch Einstellungen zu seinen Elementen und Subsystemen gehören (vgl. dazu auch FAUPEL 1971:346ff). Aus diesem Grunde, aber auch im Hinblick auf unseren Untersuchungsgegenstand, hat man sorgfältig zwischen unterstützenden *Handlungen* einerseits und unterstützenden *Einstellungen* auf der anderen Seite zu unterscheiden.

Erstere bilden, zusammen mit den Forderungen, das *Input-Subsystem der Politik*. Die auf diese Handlungen, die sie regulierenden Institutionen und Symbole sowie die dazugehörigen Organisationen gerichteten *Orientierungen* dagegen gehören zur kulturellen *Umwelt* des politischen Systems, seiner *Input-Kultur*. Es gibt darüber hinaus weitere unterstützende Einstellungen. Sie beziehen sich auf das *System als allgemeines Objekt* und auf dessen *Output-Subsystem* und sind den betreffenden Teilsystemen der politischen Kultur zuzurechnen. In EASTONS Konzeption politischer Unterstützung spielen die Einstellungen zum System und zu den politischen Outputs aus den bereits genannten Gründen eine besondere Rolle, betreffen sie doch direkt die Fähigkeit des politischen Systems, seine Funktion innerhalb der Gesellschaft zu erfüllen.

Auf der Grundlage der Unterscheidung zwischen Unterstützungshandlungen und unterstützenden Einstellungen kann man, in Anlehnung an MULLER (1970b:1151) die hier relevanten Aspekte *politischer Unterstützung* als *Menge positiver Einstellungen zu politischen Objekten* (hier: zum politischen System als allgemeinen Objekt und zu seinen Output-Institutionen und -handlungen) definieren. ROSENAU (1974:1) vergleicht die Funktion der Unterstützung in der Politik mit jener des Geldes in der Wirtschaft: "As money is to an economic system, so is political support to a political system. Mobilized or latent, voluntary or coerced, support is the currency of democratic and authoritarian polities alike".

In einem *demokratischen* politischen System ist es nun keineswegs gleichgültig, ob politische Unterstützung freiwillig oder erzwungenermaßen gewährt wird. Man muß deshalb im Rahmen einer Theorie politischer Unterstützung die Frage nach den für diese Einstellung maßgeblichen *Motiven* stellen. Diesen Aspekt arbeitet EASTON nur relativ unsystematisch aus, obgleich er ausdrücklich zwei Komplexe von Unterstützungsmotiven, das politische Vertrauen und dem Legitimitätsglauben, untersucht. Die Grundlage für seine Unterscheidung zwischen spezifischer und diffuser politischer Unterstützung bilden aber die *Objekte*,

auf die sich die betreffenden Einstellungen richten (vgl. ähnlich: KLAGES, HERBERT 1983:40).

Im Interesse seiner Stabilität und Funktionsfähigkeit muß - so EASTON (1965:157ff; 1975) - das politische System, zumindest auf lange Sicht, über eine stabile, nicht von kurzfristigen Erfolgen der politischen Führung abhängige good-will Reserve verfügen. Im Hinblick auf ihre Bedeutung für den Systembestand unterscheidet er zwischen zwei Klassen politischer Unterstützung, der *diffusen* und der *spezifischen Unterstützung*. Erstere umfaßt die Einstellungen zum politischen *Regime* und zur politischen *Gemeinschaft*, letztere betrifft die Bewertung der *amtierenden politischen Führung*.

Diese Adressaten politischer Orientierungen behandelt EASTON "A System's Analysis of Political Life" ausführlich. Als politische *Gemeinschaft* bezeichnet er (vgl. EASTON 1965:171ff) einen Zusammenschluß mehrerer Personen, die gemeinsam die Durchsetzung politischer Ziele anstreben. Erst wenn sich in dem betreffenden Kollektiv ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt hat, kann man von einer Gemeinschaft sprechen. Als das für die Neuzeit typische politische Gemeinwesen betrachtet er den Nationalstaat, aber auch die lokale Gemeinde oder supranationale Organisationen wie die NATO gelten als politische Gemeinschaften.

Selbst bei einer starken Identifikation der Mitglieder mit der politischen Gemeinschaft treten im sozialen Zusammenleben Probleme auf, für die es keine automatischen Lösungen gibt. Ein politisches Kollektiv benötigt bestimmte Regeln zur Beilegung politischer Konflikte. Diese gehören zum zweiten Komplex von Unterstützungsobjekten, dem politischen *Regime*. Hierunter fallen nach EASTON (1965:190ff) die politischen Werte, Normen und Autoritätsstrukturen. Ihre Funktion besteht darin, den Aufgabenbereich der Politik, die in ihr geltenden Spielregeln und Entscheidungskompetenzen festzulegen. Jedes politische System muß nach EASTON über solche allgemein anerkannten Werte, Normen und Entscheidungsbefugnisse verfügen, damit Klarheit darü-

ber besteht, welche *Ziele* in der Politik verfolgt werden (*Wertaspekt* des Regimes), welche *Prozeduren* dabei Anwendung finden, welche *Handlungen* erlaubt und verboten sind (*Normaspekt*) und schließlich wer in dem betreffenden System auf Grund welcher Kriterien welche *Herrschaftsbefugnisse* besitzt (*Strukturaspect*). Alle diese Probleme sind Gegenstand der "Regimeorientierungen" der Bevölkerung. Anders als EASTON behandelt GAMSON (1968:50) den Wertaspekt als einen eigenständigen Komplex politischer Unterstützung, die "political philosophy"

Die spezifische politische Unterstützung richtet sich nicht auf solch grundlegende Fragen des politischen Zusammenlebens der Menschen, wie sie bislang behandelt wurden. Ihr Objekt ist die *amtierende politische Führung*. Die Bevölkerung weist ihr nach EASTON die Zuständigkeit für die alltäglichen Regierungsgeschäfte zu, macht sie für deren Funktionieren verantwortlich und ist bereit, ihre Handlungen als bindend anzuerkennen. Die politische Unterstützung kann dabei sowohl *einzelne Handlungen* der Führung, ihren (materiellen) Leistungsoutput, als auch die *Form der Amtsführung* im allgemeinen betreffen (vgl. EASTON 1965:212ff; 1975:437; MULLER 1970b:1149f). Auf diese Unterscheidung werde ich später noch näher eingehen.

Für EASTON und die an seine Überlegungen anknüpfenden Autoren stellt sich der Unterschied zwischen spezifischer und diffuser politischer Unterstützung zunächst über die Unterstützungsobjekte dar. Daneben gibt es weitere Abgrenzungsmerkmale, die teils ausdrücklich, teils aber auch nur implizit erörtert werden. So betrachtet EASTON (1975:444f) die diffuse politische Unterstützung als die grundlegendere und stabilere von den beiden Größen. Eine schwach entwickelte Loyalität der Bevölkerung zum politischen System sei - zumindest kurzfristig - durch eine außerordentlich erfolgreiche Politik der Regierung kaum zu kompensieren. Demgegenüber schwächten Fehlleistungen der politischen Führung eine stabile Bindung der Bürger an das politische System allenfalls auf lange Sicht. Für die Stabilität und Funktionsfähigkeit des politischen Systems ist, EASTON zu Folge, ein Rückgang an diffuser politischer Unterstützung

bedrohlich. Dagegen gehören Schwankungen im Niveau spezifischer politischer Unterstützung geradezu zu den Funktionsbedingungen der Wettbewerbsdemokratie (vgl. EASTON 1975:436f, 444; KAASE, MARSH 1979a:41).

EASTONS Konzeption bleibt im Hinblick auf die Unterstützungsmotive ziemlich unbefriedigend. Als diffuse politische Unterstützung bezeichnet er eine *allgemeine* Bewertung eines Objekts durch eine Person. Ein Reservoir günstiger Einstellungen ermögliche es dem Individuum, auch solche Entscheidungen zu akzeptieren, mit denen es nicht einverstanden sei und die seine Interessen verletzen (vgl. EASTON 1975:444). Durch den Begriff "allgemeine Bewertung" können allerdings ganz unterschiedliche Bewertungsstandards angesprochen werden. Eine gewisse Eingrenzung nimmt EASTON (1975:446f; vgl. auch: CONRADT 1980:222) vor, indem er dies Einstellungsmuster in zwei Komponenten, das *Vertrauen* und die *Legitimitätsüberzeugungen*, zerlegt. Es bleibt aber offen, ob damit die Motive zur Unterstützung des politischen Regimes erschöpfend beschrieben sind. Darüber hinaus gibt es keinen vernünftigen Grund dafür, nicht auch die Einstellungen zur politischen Führung unter Legitimitätsgesichtspunkten oder als Vertrauensbeziehung zu analysieren.

In seiner Auseinandersetzung mit den Stabilitätsbedingungen politischer Systeme stellt LIPSET (1981:64ff) ähnliche Überlegungen an, auf deren Grundlage man die von EASTON entwickelte Konzeption politischer Unterstützung systematisch weiterentwickeln kann. Nach LIPSET leistet die Bevölkerung den autoritativen Entscheidungen des politischen Systems aus unterschiedlichen Gründen Folge. Er belegt diese mit den Begriffen "Effektivität" und "Legitimität": "The stability of any given democracy depends not only on economic development but also upon the effectiveness and the legitimacy of its political system. *Effectiveness* means actual performance, the extent to which the system satisfies the basic functions of government as most of the population and powerful groups within it as big business or the armed forces see them. *Legitimacy* involves the

capacity of the system to endenger and maintain the belief that the existing political institutions are the most appropriate ones for the society ... While *effectiveness* is primarily *instrumental*, *legitimacy* is *evaluative*" (LIPSET 1981:64; Hervorh. OWG).

Im Anschluß an EASTON und LIPSET ist in dieser Arbeit von diffuser und von spezifischer politischer Unterstützung in einem doppelten Sinne die Rede. Einerseits sind damit Unterstützungsobjekte, auf der anderen Seite Unterstützungsmotive gemeint. Die Zweckmäßigkeit einer derartigen Erweiterung des EASTONschen Ansatzes wird durch etliche für die Analyse des Akzeptanzproblems bedeutsame Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Theoriediskussion belegt. So unterscheidet z.B. Max WEBER in seiner Typologie sozialen Handelns zwischen *traditionellen*, *affektuellen*, *zweck-* und *wertrationalen Handlungsmotiven*. Es ist ohne weiteres möglich, diesen Ansatz in die Untersuchung der Einstellungen der Bevölkerung zum politischen System und zur politischen Führung einzubringen. Max WEBER selbst skizzierte in seiner Herrschaftsformenlehre derartige Möglichkeiten (vgl. WEBER 1972:12f, 122ff). Seinen Ausführungen zu Folge bleiben die Motive affektuellen und traditionellen Handelns inhaltlich unspezifisch oder diffus, während er das zweck- und das wertrationale Handeln als Produkt klarer Überlegungen über die Handlungszwecke betrachtete.

Unter den handlungsorientierenden "Pattern Variables" von PARSONS und SHILS (1962:76ff) ist das Gegensatzpaar "specificity-diffuseness" gleichfalls zu finden. Geht ein Akteur eine Beziehung zu einem Objekt ein, dann muß er entscheiden, ob er diese Beziehung auf genau definierte Aspekte eingrenzt oder ob er einer diffusen, inhaltlich nicht spezifizierten Form den Vorzug einräumt. Im letzten Falle gibt es keine eindeutigen, das Verhältnis der Beteiligten regelnden Rechte und Pflichten. Vielmehr ist in jeder Situation neu über die Ausgestaltung der Beziehungen zu entscheiden. Diese selbst allerdings steht nicht zur Disposition. Haben wir es dagegen mit einem spezifischen Muster von Handlungsorientierungen zu tun, dann

stehen für die Lösung der in jeder Situation auftretenden Probleme eindeutige Kriterien zur Verfügung oder es ist klar, ob dem Sachverhalt überhaupt eine Bedeutung für die Beziehungen zwischen den Beteiligten zukommt.

Auf die Einstellungen der Bürger zum politischen System bzw. zur politischen Führung sind auch diese Überlegungen anwendbar. Dies wird beispielsweise in den Legitimitätskonzepten von HABERMAS (1973:53ff, 96ff, 113ff; 1976) und LUHMANN (1969: 27ff, 137ff; 1974:159, 166ff) deutlich. Obgleich sich die Vorstellungen beider Autoren grundlegend voneinander unterscheiden, spielt bei ihnen die Abgrenzung zwischen *inhaltlich* mehr oder minder *genau spezifizierten Geltungsansprüchen* und einer eher *diffusen Akzeptanzbereitschaft* eine wichtige Rolle.

Abweichend von EASTON betrachte ich die *politische Unterstützung* in den folgenden Abschnitten als eine Menge *positiver Einstellungen* zur *politischen Führung*, zum *politischen Regime* und zur *politischen Gemeinschaft* (Objektseite), gleichzeitig aber auch als einen *Komplex mehr oder minder präzise festgelegter Akzeptanzmotive* (vgl. ähnlich auch: FUCHS 1981:211ff, bes. Tab. 2). Auf diese Weise ergibt sich das in Abb. 4-3 enthaltene Klassifikationsschema. Es enthält acht verschiedene Varianten politischer Unterstützung. Die Einstellungen zur politischen Gemeinschaft bleiben in den empirischen Untersuchungen wegen der ungünstigen Datenlage unberücksichtigt. Die meisten anderen, in den einschlägigen Untersuchungen zur Messung der System- und der Outputkomponente der politischen Kultur eingesetzten Konzepte lassen sich dagegen recht gut in das vorgestellte Schema einordnen. Ich behandle nachfolgend die theoretisch und forschungspraktisch besonders bedeutsamen Variablen Policy-Zufriedenheit, politisches Vertrauen, Legitimitätsüberzeugungen und Demokratiezufriedenheit.

Abb. 4 - 3: Schema zur Analyse politischer Unterstützung

	Unterstützungsobjekte			
	spezifisch einzelne Handlungen politischer Entscheidungs- träger	politische Führung	politisches Regime	allgemein politische Gemeinschaft
inhaltslich eindeutig festgelegt (spezifisch)				
inhaltslich unbestimmt (diffus)				

Unterstützungs-
motive

2.2. Die Bewertung der Regierungsarbeit

2.2.1. Policy-Zufriedenheit als Teilkomponente spezifischer Unterstützung

2.2.1.1. Policy-Zufriedenheit als theoretisches Konstrukt

Nach GAMSON (1968:50f; vgl. auch: MULLER, JUKAM 1977:1570) stehen die einzelnen Ausprägungen politischer (Un-)zufriedenheit in einer hierarchischen Beziehung zueinander. Diese betrifft die Spezifität des Bewertungsobjekts und -motivs, die Stabilität und die Systemrelevanz der betreffenden Einstellungen. Die Basis dieser Hierarchie bildet nach GAMSON die Zufriedenheit mit der amtierenden politischen Führung. Man kann jedoch die Bewertung *Handlungen* und *Handlungsprogramme* der Regierung als die speziellste und labilste Output-Orientierung ansehen. Ihre Veränderung dürfte, zumindest auf kurze Sicht, keine Folgen für die Stabilität des politischen Systems nach sich ziehen.

Natürlich können der Zufriedenheit mit dem Entscheidungsausgang der Exekutive unterschiedliche Motive zu Grunde liegen. In der Literatur spielt aber eine besondere Variante, die *Policy-Bewertung*, eine wichtige Rolle. Sie stellt eine *Teilklasse zweckrationaler Einstellungen* dar und repräsentiert entsprechend eine instrumentelle Beziehung der Bevölkerung zur politischen Führung und gegebenenfalls auch zum politischen System. In seinen ersten Arbeiten zur Binnendifferenzierung des politischen Systems schrieb PARSONS (1966:87ff) einem spezifischen Teilsystem der Polity, dem Unterstützungssystem, die Funktion der Integration politischer Akteure und Kollektive zu. Die politische Integration vollzieht sich seiner Auffassung nach in unterschiedlichen Formen. Von besonderem Interesse sind hier die auf dem *politischen Gütermarkt* ablaufenden Transaktionen zwischen der politischen Führung und der Bevölkerung: Die Regierung produziert von den Mitgliedern des politischen Systems oder von einzelnen Interessengruppen gewünschte Güter und erhält im Gegenzug dazu deren spezifische Unter-

stützung. Diese Art der Beziehung zwischen den Eliten und den Nicht-Eliten ähnelt dem "Naturaltausch" im Wirtschaftssystem (vgl. auch: EASTON 1965:267f; CITRIN 1974:973).

Die Unzufriedenheit einzelner Personen oder Gruppen mit den in diesem Austauschprozeß erworbenen Gütern finden wir in der einschlägigen Literatur unter dem Begriff der "Policy-Unzufriedenheit". MILLER (1974b:996) charakterisiert sie folgendermaßen: "Policy dissatisfaction may be conceptualized as a function of the discrepancy between one's own policy preference and the policy alternatives offered by political authorities on salient issues." FARAH, BARNES und HEUNKS (1979:411ff) zerlegen diese Einstellung in drei Teilkomponenten, nämlich: (1) die Bewertung der *Wichtigkeit* der Policy-Alternative, (2) die Annahme einer *Zuständigkeit* der Regierung oder des *Staates* für die Lösung des Problems und (3) die Zufriedenheit mit den *Leistungen* der zuständigen Institution.

Insbesondere MILLER (1974a; 1974b; vgl. auch die Kritik durch CITRIN 1974) beschäftigte sich ausführlich mit der Rolle der Leistungsbewertung im Rahmen der Theorie politischer Unterstützung. Er vertrat die Auffassung, perzipierte Mängel in der Problemlösungsfähigkeit der Regierung stellten die wichtigste Ursache des in den USA beobachteten Vertrauensverlustes der politischen Führung dar (vgl. vor allem: MILLER 1974b:996ff; vgl. auch für die Bundesrepublik die Arbeiten von FRANZ 1983: 19ff; SCHIMEK 1985:24ff).

Bislang wurde die Policy-Zufriedenheit als Einstellung zu den Leistungen der *Regierung* und der durch sie kontrollierten *Bürokratie* behandelt. Man sollte sich jedoch vergegenwärtigen, daß sehr unterschiedliche Aspekte des Regierungshandelns von der Bevölkerung bewertet werden: Die Zufriedenheit kann sich auf *einzelne politische Handlungen* der Exekutive (Gesetze, Verordnung), auf ihre *Arbeit in bestimmten Issue-Bereichen* (Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik) und schließlich auf die *Tätigkeit* der Regierung *im allgemeinen* richten. Der Gewinn und Verlust politischer Kompetenz nimmt dabei vermutlich

von einzelnen Leistungen und Programmen seinen Ausgang, wird aber im Laufe der Zeit auf die gesamte Arbeit der Regierung generalisiert. Für das Ansehen der politischen Führung dürfte diese generelle Bewertung der Leistungsfähigkeit die größte Rolle spielen. Vermutlich ist sie, auf lange Sicht betrachtet, auch stabiler als andere Aspekte der Policy-Zufriedenheit.

FARAH, BARNES und HEUNKS (1979:429ff; ähnlich auch LIPSET 1981:64ff) betrachten neben der Regierung auch das politische System als einen Adressaten von Leistungserwartungen und -bewertungen: "Policy dissatisfaction shares the *specific* component with the government/opposition measure insofar as the content of the measure is largely based on issues that make up the demand structure of the public in the five nations. Yet it is also an evaluation of the regime because most of the issues in our measure are part of the prevailing public agenda and are not associated with one set of authorities or another. Instead, the public agenda might be regarded as the set of national priorities that are identified with the political order" (FARAH, BARNES, HEUNKS 1979:431f; Hervorh. im Original). Die Frage, ob die Bevölkerung zwischen Systemzielen und Regierungszielen, Systemleistungen und Regierungsleistungen unterscheidet, ist nur empirisch zu klären. Für den Großteil der Bürger führt der Staat kein von bestimmten politischen Institutionen abtrennbares Eigenleben, sondern er stellt sich ihnen in der Arbeit von Parlament, Regierung, Verwaltung und Parteien dar. Soweit *politische Leistungen* zu bewerten sind, steht die Exekutive im Blickpunkt der Bevölkerung (vgl. KOCH et al. 1972:62). Insofern bereitet es keine Schwierigkeiten, die Policy-Zufriedenheit der Output-Komponente der politischen Kultur zuzuordnen.

2.2.1.2. Die Entwicklung der Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung

Da die Bewertung der Issue-Kompetenz der Regierungs- und der Oppositionspartei zu den wichtigsten Erklärungsvariablen des

Wählerverhaltens gehören und entsprechend intensiv erforscht wurde, besitzen wir reichhaltiges Material über die Policy-Zufriedenheit der Bevölkerung. Es bestünde somit im Prinzip die Möglichkeit, diesen Aspekt der Output-Kultur sehr differenziert zu untersuchen. Dies wäre vor allem für die Auseinandersetzung mit dem Status von Materialismus und Postmaterialismus als Wertorientierungen bzw. als kurzfristig wandelbaren Issue-Präferenzen von Interesse. Dennoch bleiben in den folgenden Untersuchungen die Einstellungen der Bundesbürger zu einzelnen politischen Issues unberücksichtigt. Zunächst liegen zu diesem Problem etliche empirische Studien vor, in deren Rahmen auch die Postmaterialismus-Hypothese geprüft wurde (vgl. z.B. HILDEBRANDT, DALTON 1977; FARAH, BARNES, HEUNKS 1979; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:136ff; DALTON, HILDEBRANDT 1983). Darüber hinaus beschäftigt sich diese Arbeit mit *allgemeinen* politischen Einstellungen, deren Entwicklung sich sinnvoll über einen längeren Zeitabschnitt verfolgen läßt. Die Issue-Präferenzen und -Bewertungen hängen demgegenüber von den jeweils vorherrschenden politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen ab. Aus diesem Grund enthalten die mir verfügbaren Erhebungen auch unterschiedliche Vorgaben an die Befragten. Eine vergleichende Analyse der Policy-Bewertung ist aber nur auf der Basis eines weitgehend konstant bleibenden Erhebungsprogramms sinnvoll. Aus diesen Gründen setzt die Untersuchung bei der *allgemeinen*, d.h. nicht auf einzelne Politikfelder bezogenen *Bewertung der Regierungsleistungen* an.

Nach den in der Literatur gängigen Aussagen ist eine überwiegend positive Einstellung der Bundesbürger zur Regierungsarbeit zu erwarten. Dies schließt situationsspezifische Schwankungen natürlich nicht aus. Die "gouvernementale Prägung" des Verhältnisses zur Politik gehört nach der Meinung vieler Beobachter zu den Traditionsbeständen der politischen Kultur Deutschlands (vgl. KOCH et al. 1972:25ff; GREIFFENHAGEN, GREIFFENHAGEN 1981:65ff). Auch ALMOND und VERBA (1965:312f) hatten die politische Kultur der Bundesrepublik als "outputorientiert" betrachtet. Lediglich in Großbritannien war ihren Ergebnissen zu Folge das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit

(und Fairneß) der Exekutive vergleichbar stark ausgeprägt.

Die politische Entwicklung der Bundesrepublik in den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten läßt einen Kontinuitätsbruch in der Wahrnehmung und Bewertung der Regierungsarbeit nicht sehr wahrscheinlich erscheinen. Das Wirtschaftswunder leistete nach CONRADT (1980:222) einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie. Er bewertet die deutsche Nachkriegsgeschichte geradezu als Paradebeispiel für die systemstabilisierenden Effekte einer erfolgreichen Regierungspolitik:

"Thus, a system's high level of performance, its output, can over time 'take on a life of its own', that is, become a symbol aiding in identification with the political institutions and processes of the regime. The 'economy' and the 'net of social welfare and security' have been cited by some German observers as important symbols of the postwar polity as well as sources of legitimacy, which engender in mass publics a feeling of being cared for, of security" (vgl. auch: BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:21ff).

Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der politischen Führung hängt nicht zuletzt von deren Erfolgen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ab (vgl. grundlegend hierzu: FREY 1977:163ff; FRANZ 1983; SCHIMEK 1985 m.w.L.). Das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Regierung dürfte in den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten gewachsen sein, zumal sich nach 1958 eine zunehmende Übereinstimmung der Parteien über die Grundzüge der deutschen Innen- und Außenpolitik einstellte. Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms leitete die oppositionelle SPD eine Phase konsensorientierter Politik ein, die schließlich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD ermöglichte.

Im Jahre 1966 kam es erstmals in der Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik zu einem spürbaren konjunkturellen Einbruch. In dessen Gefolge gelang der rechtsextremen NPD der Einzug in mehrere Landesparlamente. Die nach dem Regierungswechsel 1969 forcierte Reform- und Entspannungspolitik war mit heftigen in-

nenpolitischen Kontroversen verbunden. Sie erreichten im Frühjahr 1972 mit einem Mißtrauensantrag der oppositionellen CDU/CSU gegen Bundeskanzler Brandt ihren Höhepunkt. Nach der für die die sozial-liberale Koalition erfolgreichen Bundestagswahl 1972 zeigte sich, daß die Zeit ungebrochener wirtschaftlicher Prosperität ihrem Ende zuing. Die Energiekrise im Herbst 1973 lieferte einen Beweis für die Störanfälligkeit der stark ausensorientierten deutschen Volkswirtschaft. Im Jahre 1975 überschritt die Arbeitslosenquote erstmals seit 1959 wieder die Millionengrenze. Von einer kurzen Unterbrechung in den Jahren 1979/1980 abgesehen, breitete sich die Arbeitslosigkeit in einem geradezu rasanten Tempo aus. Die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen für die Entstehung bzw. den Fortbestand positiver Output-Orientierungen hatten sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre drastisch verschlechtert. Zu den wirtschaftlichen Krisenerscheinungen kam ein heftiger Streit über neue innenpolitische Themen und über die Ausgestaltung der Ost-West-Beziehungen hinzu. Nach dreizehn Jahren sozialliberaler Koalition wurde im September 1982 Bundeskanzler Schmidt durch ein von der CDU/CSU und der FDP eingebrachtes Mißtrauensvotum gestürzt. Zumindest in den Deklarationen der Koalitions- und der Oppositionsparteien firmierte der Regierungswechsel als politische Wende. Bei der Bundestagswahl im März 1983 gelang es den Grünen, als vierte politische Gruppierung in den Bundestag einzuziehen, nachdem zwischen 1957 und 1983 lediglich die CDU/CSU, die SPD und die FDP die Fünf-Prozent-Hürde überwunden hatten. Der Wahlerfolg der Grünen wurde überwiegend als Symptom eines Unbehagens an den etablierten Parteien und der von ihnen vertretenen Politik interpretiert.

Der in dieser Arbeit untersuchte Zeitabschnitt zeichnet sich demnach durch wichtige politische und ökonomische Veränderungen aus, die der Analyse der Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen einige Brisanz vermitteln. Die bislang vorliegenden Studien zur politischen Kultur der Bundesrepublik enthalten allerdings nur fragmentarisches und heterogenes Datenmaterial zu diesem Problem. Nach RAUSCH (1980:50, 68f) wies das *Einverständnis mit der Politik des Bundeskanzlers* zwischen

1966 und 1977 beträchtliche Schwankungen auf. FRANZ (1983: 26ff) und SCHIMEK (1985:6ff) erfaßten die *Regierungspopularität* über die berühmte "Sonntagsfrage" und stellten in dieser Hinsicht ebenfalls starke, kurzfristige Veränderungen fest.

Als Instrument zur Messung der Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung eignet sich die in den Mannheimer WAHLSTUDIEN eingesetzte Skalometer-Frage in besonderem Maße. Sie erfaßt die Einschätzung der Regierungsleistungen auf einer Elf-Punkte-Skala. Die Erhebungsfrage zielt eindeutig auf die *Leistungen der amtierenden Bundesregierung*.

Auf den ersten Blick bestätigt der in Tabelle 4-8 wiedergegebene langfristige Entwicklungstrend die in der Literatur verbreiteten Krisen- und Regierbarkeitstheoreme. Im Jahre 1969 gaben drei von vier befragten Bundesbürgern eine positive Einschätzung der Regierungsarbeit ab, drei Jahre später lag der betreffende Anteil bereits um zehn Prozent niedriger. Der folgende Rückgang des Vertrauens in die Leistungsfähigkeit der Regierung wurde lediglich im Jahre 1980 unterbrochen. Im Jahre 1982 war der bisherige Tiefpunkt der Entwicklung erreicht. Erstmals übertraf der Anteil negativer und indifferenter Angaben die positiven Aussagen zur Regierungsarbeit.

Für den Zeitraum zwischen 1972 und 1983 sind zusätzliche Untersuchungen der kurzfristigen Veränderung der Regierungszufriedenheit möglich. Auf ihrer Grundlage kann man prüfen, ob sich in den in Tabelle 4-8 enthaltenen Daten situationsspezifische Verzerrungen widerspiegeln, die bei der Interpretation langfristiger Entwicklungstrends unter Umständen zu Fehleinschätzungen führen.

Die Bewertung der Regierungsarbeit wies in den Jahren 1972 und 1976 nur geringfügige Schwankungen auf. Im Prinzip gilt diese Feststellung auch für das Jahr 1980 (auf die Vorlage von Tabellen hierzu wird verzichtet). Gänzlich anders sieht dagegen die Sachlage in dem zwischen dem August 1982 und dem Februar 1983 liegenden Zeitabschnitt aus. Im August 1982 wählten 37

Tab. 4 - 8: Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung, 1969 - 1982
(Angaben in Prozentpunkten)

Frage: Sind Sie mit dem, was die jetzige Regierung in Bonn bisher geleistet hat, eher zufrieden oder eher unzufrieden?

	sehr unzufrieden	eher unzufrieden	teils/ teils	eher zufrieden	sehr zufrieden	k.A.	N
1969	1	7	14	53	20	5	1945
1972	6	9	18	37	28	1	2052
1976	7	12	22	34	23	1	2076
1980	6	9	16	40	28	1	1518
1982	12	12	38	23	13	1	1622

Anmerkung: Die Kategorien sind folgendermaßen aus den Antwortvorgaben über die Elf-Punkte-Skala gebildet

sehr unzufrieden (-5, -4); eher unzufrieden (-3, -2); teils/teils (-1, 0,1)
eher zufrieden (2,3); sehr zufrieden (4,5)

Prozent der Befragten die vier niedrigsten Werte auf der Zufriedenheitsskala, bis zum Februar 1983 besserte sich das Bild der Regierung in der Öffentlichkeit wieder nachhaltig (22 Prozent eindeutig negative Angaben; vgl. Tab. 4-9).

Der Nachweis solcher Periodeneffekte erschwert die Interpretation langfristiger Entwicklungsprozesse. Dennoch erscheint mir die These von einer auf lange Sicht eingetretenen Erosion der Policy-Zufriedenheit vordergründig, da sie den Erhebungskontext, der präsentierten Daten nicht hinlänglich berücksichtigt. Im Jahre 1969 amtierte die aus CDU/CSU und SPD gebildete Große Koalition. Sie verfügte mit einem Stimmenanteil von 87 Prozent bei der Bundestagswahl 1965 über eine ungewöhnlich breite Wählerbasis. Dieser Umstand findet sicherlich im Urteil über die Regierungsarbeit seinen Niederschlag. Wenn man berücksichtigt, daß die Einstellung zur Regierung maßgeblich von der Parteipräferenz beeinflusst wird, kann die positive Ausgangslage also nicht überraschen. Der zwischen 1969 und 1972 eingetretene Rückgang der Policy-Zufriedenheit ist wohl primär auf die Veränderung der parteipolitischen Konstellation zurückzuführen. Für den Zeitraum von 1972 bis 1980 ist eine zunehmende Distanzierung der Bevölkerung von ihrer politischen Führung nicht nachweisbar.

Ein drastischer Einbruch in der Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung tritt erst wieder zwischen 1980 und 1982 auf. In diesem Zeitraum hatten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen spürbar verschlechtert (vgl. die Hinweise auf S. 246f dieser Arbeit). Die weit verbreitete Kritik an der Leistungsfähigkeit der sozial-liberalen Koalitionsregierung ist vor diesem Hintergrund nicht weiter verwunderlich. Sie signalisiert zudem die typischen Abnutzungserscheinungen, denen eine Regierung nach dreizehnjähriger Amtszeit ausgesetzt ist. Diese These wird durch die Einschätzung von CDU und SPD im August 1982 gestützt. Die Antwortverteilung über die Skalometer-Frage signalisierte zu diesem Zeitpunkt einen deutlichen Popularitätsüberhang der Oppositionspartei (vgl. WAHLSTUDIE 1983: 5ff).

Tab. 4 - 9: Entwicklung der Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen, August 1982 -
 Februar 1983
 (Angaben in Prozentpunkten)

	eher unzufrieden	teils/ teils	eher zufrieden	k.A.	N
August 1982	37	33	29	1	1012
Oktober 1982	23	29	47	1	1031
November 1982	24	38	37	1	1622
Januar 1983	26	32	41	1	1037
Februar 1983, Trend	23	31	45	1	1084
Februar 1983, Panel	22	36	42	0	1194

Anmerkung: Der Übersichtlichkeit halber sind die Merkmalsausprägungen sehr (un)-zufrieden/
 eher (un)-zufrieden aus Tab. 4-8 zu einer Kategorie zusammengefaßt.

Nach dem Regierungswechsel im September 1982 besserte sich die Bewertung der Regierungsarbeit. Der Anteil eindeutig negativer Aussagen war bereits in dem dem Regierungswechsel folgenden Monat auf 23 Prozent zurückgegangen. In der Folgezeit blieb er relativ stabil. An diesem Ergebnis zeigen sich nicht nur die unterstellten kurzfristigen Situationseffekte. Es verdeutlicht auch die Rolle der spezifischen politischen Unterstützung in der Wettbewerbsdemokratie. Schließlich belegen die Daten für die Jahre 1982/1983 die Diskrepanz zwischen den *tatsächlichen* Leistungen der Regierung und ihrer Bewertung durch die Bevölkerung. Der Vertrauensgewinn im Spätjahr 1982 konnte keinesfalls durch substantielle Veränderungen der Regierungspolitik gerechtfertigt sein, denn es ist schlechterdings unmöglich, innerhalb weniger Monate solche politischen Programme zu initiieren und durchzusetzen, deren Auswirkungen von der Bevölkerung direkt wahrnehmbar sind. Sofern der Regierungswechsel überhaupt eine Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen mit sich brachte, waren doch diese erst wesentlich später zu beobachten.

2.2.1.3. Wertorientierungen und Leistungsbewertung

Obgleich nach den bislang präsentierten Daten kein zwingender Zusammenhang zwischen den tatsächlichen Leistungen der Regierung und deren Bewertung durch die Öffentlichkeit besteht, haben wir in diesem Aspekt der Output-Orientierungen eine besonders interessante Testgröße für INGLEHARTs Theorie der Stillen Revolution vor uns. Seiner Meinung nach stehen die Postmaterialisten der Arbeit der Regierung besonders kritisch gegenüber, da sich diese an den Präferenzen der materialistischen Wählermehrheit ausrichte und damit systematisch die Ziele der Neuen Politik vernachlässige. Es ist zu erwarten, daß sich diese strukturell bedingte Beziehung zwischen postmaterialistischen Präferenzen und politischer Unzufriedenheit zwischen 1980 und 1982 verstärkt. Nach dem Regierungsantritt durch die bürgerliche Koalition war nämlich die Regierungspolitik noch weniger auf die partizipativ-egalitären Ziele der Postmaterialisten

ausgerichtet als unter der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt. Zudem tendieren die Materialisten zu konservativen, die Postmaterialisten zu linken Parteien (vgl. z.B. INGLEHART 1977a: 229ff; 1983a:437ff; 1983c:141ff). Das Unzufriedenheitspotential der Postmaterialisten wurde zur Zeit der sozialliberalen Koalition durch die Parteipräferenz abgeschwächt, nach dem Regierungswechsel konnte es sich dagegen voll entfalten. Umgekehrt wurden die eher zur politischen Zufriedenheit tendierenden Materialisten durch ihre Parteipräferenz vor 1982 daran gehindert, sich mit den Leistungen der Regierung zu identifizieren (vgl. dazu auch: KLAGES, HERBERT 1983:63 ff). Nach 1982 wirkten bei ihnen Parteiloyalität und politische Präferenzen in dieselbe Richtung.

Diese Vermutungen werden durch die in Tab. 4-10 enthaltenen Daten im Grundsatz gestützt. Ganz offenkundig änderte sich die Einstellung der Postmaterialisten zur Regierungspolitik zwischen 1980 und 1982 erheblich, während der Meinungsumschwung bei den Materialisten und in der Mischgruppe ähnlich verlief wie in der Gesamtbevölkerung. 1982 wie 1980 schätzten die beiden zuletzt genannten Gruppen die Regierungsarbeit ähnlich ein, wie es die Gesamtbevölkerung tat. Zur Zeit der sozialliberalen Koalition waren die Personen mit gemischten Prioritäten etwas zufriedener als die Materialisten (75% bzw. 67%), zwei Jahre später konnte man eine umgekehrte Konstellation feststellen (34% bzw. 45%). Möglicherweise schlägt sich in diesem Antwortmuster die Tatsache nieder, daß sich die Regierung Schmidt weder ausschließlich an traditionellen Sicherheits- und Erhaltungszielen orientierte noch die Themen der Neuen Politik in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellte. Sie bemühte sich vielmehr um eine Verbindung beider Komponenten, allerdings bei einem eindeutigen Vorrang der traditionellen Sicherheits-, Wachstums- und Verteilungspolitik. Auf diese Weise wurden zwar die Erwartungen der Materialisten und der Postmaterialisten nicht in vollem Umfang erfüllt, die Arbeit der Regierung kam aber den Personen mit "gemischten" Präferenzen weitgehend entgegen. Für die Postmaterialisten dürfte die Brandtsche Reformpolitik erheblich attraktiver gewesen sein

Tab. 4 - 10: Wertorientierungen und Zufriedenheit mit den Leistungen der Regierung, 1980 und 1982 (Angaben in Prozentpunkten)

	Materialisten		Mischgruppe		Postmaterialisten		Alle		N	
	1980	1982	1980	1982	1980	1982	1980	1982	1980	1982
sehr unzufrieden	6	8	5	12	4	32	5	12	76	188
eher unzufrieden	11	8	7	13	15	24	9	12	134	191
teils, teils	16	39	14	41	20	28	16	39	225	604
eher zufrieden	41	28	40	22	47	13	41	24	587	375
sehr zufrieden	26	17	35	12	14	4	29	13	411	207
Alle	100	100	101*	100	100	101*	100	100	1433	1565
N	609	707	676	692	148	166				
Fehlende Werte:	1980		1982							
Cramer's V	.11		.21							
Tau C	.02	n.s.	-.21							
Eta	.12		.27							
r	.02	n.s.	-.26							

*) Rundungsfehler

Soweit nichts anderes angegeben, sind alle Beziehungen hoch signifikant (p .000).

(vgl. auch die Hinweise auf S. 227f dieser Arbeit); die Materialisten identifizieren sich, wie unsere Ergebnisse zeigen, überdurchschnittlich mit den programmatischen Zielen der christlich-liberalen Koalition.

Die veränderte Einschätzung der Regierungsarbeit nach dem Herbst 1982 entspricht den theoretischen Annahmen INGELHARTs. Das Image der Regierung hatte sich im angegebenen Zeitraum insgesamt verschlechtert. Der Rückgang fiel bei den Materialisten am geringsten aus, weil das Programm der neugebildeten bürgerlichen Koalition ihren Präferenzen weit mehr entsprach als das der zuvor amtierenden sozialliberalen Regierung.

Geradezu dramatisch hingegen veränderte sich die Zufriedenheit der Postmaterialisten mit den Regierungsleistungen. Im Jahre 1980 gaben 19 Prozent aus dieser Personengruppe der Bundesregierung die vier niedrigsten Werte auf der Elf-Punkte-Skala. Der Anteil positiver Einschätzungen lag mit 61 Prozent mehr als dreimal so hoch. Dagegen bewerteten nur zwei Jahre später die Postmaterialisten die Regierungsarbeit mehrheitlich negativ (56%), der Anteil positiver Einstellungen war von 61 auf 17 Prozent zurückgegangen. In Anbetracht der kurzen Amtszeit der CDU/CSU/FDP-Regierung resultiert dieser Einbruch sicher nicht aus einer *tatsächlichen* Veränderung der Politikinhalte. Er signalisiert wohl eher die Distanz der Träger partizipativ-egalitärer Wertvorstellungen zu den von der neuen Bundesregierung, insbesondere von der CDU/CSU vertretenen ideologisch-programmatischen Zielen. Diese Einschätzung wird auch dadurch belegt, daß die FDP nach dem Koalitionswechsel jeden Rückhalt in der Gruppe der Postmaterialisten verlor.

Wie nachhaltig sich die veränderten politischen Rahmenbedingungen auf die Regierungszufriedenheit unserer Untersuchungsgruppen auswirkten, zeigen auch die Ergebnisse der Multiplen Klassifikationsanalyse (vgl. Abb. 4-4). Im Jahre 1980 trugen die Variablen Wertorientierungen, Bildungsniveau, Lebensalter und Berufstätigkeit nur wenig zur Erklärung der unterschiedlichen Bewertung der Regierungsleistungen durch die Bundesbürger

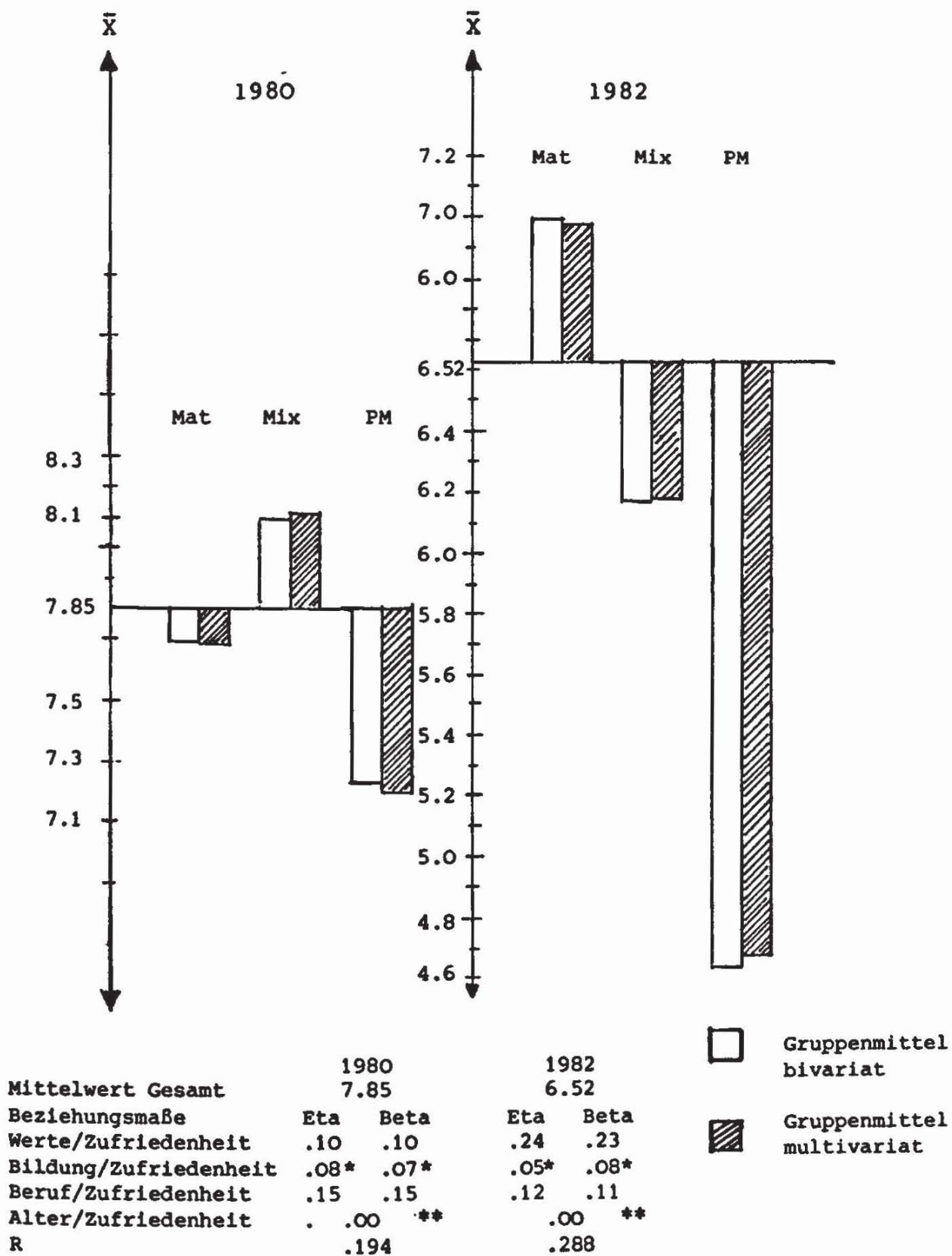
bei ($R = .194$; $R^2 = .038$). Dabei kam den Wertorientierungen (Beta .10) nach der Berufstätigkeit (Beta .15) der größte Einfluß auf die Einstellungen zur Politik der sozialliberalen Koalition zu. Entsprechend den in den bivariaten Analysen festgestellten Zusammenhängen lag das Zufriedenheitsniveau der *Materialisten und der Postmaterialisten* unter dem in der Gesamtstichprobe ermittelten Wert. Dagegen bewertete die Mischgruppe die Regierungsleistungen überdurchschnittlich positiv.

Nur bei der Bewertung der Regierungsleistungen ergaben die multivariaten Analysen einen statistisch signifikanten Einfluß der Berufstätigkeit. Die Arbeiter stuften die Leistungen der sozialliberalen Regierung überdurchschnittlich positiv ein. Dies Ergebnis geht sicherlich zum Teil auf die Parteibindung der einzelnen Berufsgruppen zurück. Es hat möglicherweise aber auch mit der kurzfristigen Verbesserung der Arbeitsmarktlage zu tun, die zwischen 1979 und 1980 eintrat (vgl. SCHIMEK 1985: Anhang 17).

In mancherlei Hinsicht unterscheiden sich die Resultate der Multiplen Klassifikationsanalyse für das Jahr 1982 von der zuvor beschriebenen Konstellation. Die Wertorientierungen stellen nunmehr die weitaus wichtigste Determinante der Regierungszufriedenheit dar (Beta .23). Ihr Einfluß wird bei einer Kontrolle der bekannten sozio-demographischen Hintergrundfaktoren kaum abgeschwächt. Nicht mehr die Mischgruppe, sondern die Materialisten bekundeten 1982 die größte Policy-Zufriedenheit. Das Unzufriedenheitspotential in der Gruppe der Postmaterialisten nahm dagegen drastisch zu (Abweichung vom Stichprobenmittelwert 1980: $-.66$; 1982: -1.75). Zusätzlich ist dabei die in der Gesamtbevölkerung feststellbare Zunahme der politischen Unzufriedenheit zu berücksichtigen.

Die veränderten politischen Rahmenbedingungen machen sich ebenfalls im Antwortverhalten der einzelnen Berufsgruppen bemerkbar, das wieder stärker die traditionellen sozio-ökonomischen Konfliktlinien widerspiegelt: Die unselbständig Beschäftigten (Arbeiter, Angestellte und Beamte) sind mit der Regie-

Abb. 4 - 4: Wertorientierungen und Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen, 1980 und 1982 (Multiple Klassifikationsanalyse)



* Beziehung insignifikant ($p > .05$)

** Altersangabe in Jahren

rungsarbeit deutlich unzufriedener als die Landwirte, die Selbständigen und die Freiberufler.

Der multiple Korrelationskoeffizient liegt 1982 wesentlich höher als zwei Jahre zuvor (R .288; R^2 .083). Er erreicht allerdings nicht die bei der Analyse der politischen Mobilisierung ermittelten Werte.

Zumindest für das Jahr 1982 bestätigen die hier vorgetragenen Ergebnisse INGLEHARTs Annahmen über den Einfluß der Wertorientierungen auf die Policy-Zufriedenheit. Die Beziehung zwischen diesen beiden Größen ist aber, wie ein Vergleich der verfügbaren Daten zeigt, in erheblichem Maße durch situative Faktoren geprägt. Erst der Regierungswechsel im Herbst 1982 aktualisierte das zuvor nur andeutungsweise erkennbare Unzufriedenheitspotential der Postmaterialisten. Für die Beurteilung der empirischen Gültigkeit von INGLEHARTs Hypothesen über die System- und Output-Effekte des Wertewandels ist es erforderlich, festzustellen, ob auch andere Elemente der System- und Output-Kultur durch die politischen Präferenzen der Bundesbürger beeinflusst werden.

2.2.2. Das Regierungsvertrauen als Form spezifischer politischer Unterstützung

2.2.2.1. Zum Konzept des politischen Vertrauens

In der modernen wohlfahrtsstaatlichen Demokratie hängt das *Vertrauen* der Bevölkerung zur politischen Führung nicht zuletzt von ihren politischen Leistungen ab. Eine besondere Bedeutung beim Erwerb *spezifischer politischer Unterstützung* kommt dabei der Kompetenz der Regierung auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu (vgl. GRAF KIELMANSEGG 1971: 391ff; HABERMAS 1973:96ff; FREY 1977:183ff; FRANZ 1983:42ff; SCHIMEK 1985:24ff). Allerdings gibt es neben dem politischen Gütermarkt, auf welchem die Regierung Policy-Zufriedenheit als Gegenwert für wohlfahrtsstaatliche Leistungen erwirbt, ein

weiteres Austauschsystem zwischen der politischen Elite und der Bevölkerung. In Anlehnung an PARSONS (1966:83ff) bezeichnet MÜNCH (1976:91ff) dies als politischen Kapitalmarkt. Auf ihm werden *allgemeine Führungskompetenz* und *generalisierte Zustimmung* "gehandelt". Als eine der wichtigsten Ausprägungen dieser Einstellungen zur Regierung gilt das politische Vertrauen (ausführlich dazu: HART 1978; BARBER 1982; WASCHKUHN 1984).

MARSH (1977:117) unterscheidet in diesem Sinne zwischen *pragmatischen* und *intrinsischen* Aspekten der Bewertung der Regierungsarbeit. Erstere erfassen die auf dem Gütermarkt, letztere die auf dem Kapitalmarkt ablaufenden Transaktionen. Eine ähnliche Konstruktion findet sich bei MULLER (1970b:1149f), nach dessen Auffassung die Unterstützung der Führung durch die Bürger sich auf die *instrumentellen* oder auf die *symbolischen* Aspekte der Regierungspolitik richten kann.

Die Analogie zum politischen Kapital- und Gütermarkt verdeutlicht die Beziehungen zwischen der Policy-Zufriedenheit und dem politischen Vertrauen. Ähnlich wie durch Gewinne im Gütertausch Kapital als allgemeines Zahlungsmittel angesammelt werden kann, das dann in anderen ökonomischen Tauschbeziehungen einsetzbar ist, entwickelt sich aus der an spezifische Leistungen geknüpften Policy-Zufriedenheit allmählich Vertrauen in die allgemeine Problemlösungskompetenz der Regierung. Dieser Prozeß der Generalisierung politischen Vertrauens geht allerdings noch weiter. Nach GAMSON (1968:42, 48) ist ein Höchstmaß politischen Vertrauenskapitals dann angesammelt, wenn sich die Einstellung zur amtierenden Führung gänzlich von konkreten Leistungen abgelöst hat und statt dessen die Handhabung der Amtsgeschäfte im allgemeinen, den "Regierungsstil" betrifft (vgl. dazu auch: MULLER 1970a:393ff; ROSENAU 1974:244; EASTON 1975:437). Eine stabile Vertrauensbeziehung zwischen der Bevölkerung und der politischen Führung ist dadurch charakterisiert, daß unter den Mitgliedern eines politischen Systems die Auffassung herrscht, man müsse sich um die Wahrung der eigenen Anliegen nicht selbst kümmern, weil

diese bei der Regierung gut aufgehoben seien. Auf Grund ihrer positiven Einstellung zu den "partisans" müßten die "authorities" nicht dauernd dazu gezwungen werden, die vom Publikum gewünschten Güter bereitzustellen. Sie trügen vielmehr aus eigenem Antrieb den Präferenzen der Nicht-Eliten Rechnung "even if left unintended" (vgl. KAASE, MARSH 1979a:49; vgl. auch: MILLER 1974a:752; CITRIN 1974:973; EASTON 1975:447).

Meiner Ansicht nach ist GAMSONs Konzeption des politischen Vertrauens noch zu stark an die Problemlösungskompetenz und an die Bereitschaft der politischen Führung gebunden, die *Interessen* der Bürgerschaft zu berücksichtigen. Er vernachlässigt insoweit die von CITRIN (1974:985, 975) betonte Tatsache, daß die Unzufriedenheit mit den Inhalten spezieller Entscheidungen zwar eine hinreichende, aber keineswegs eine notwendige Bedingung für Schwankungen im Vertrauen der Bevölkerung zur Regierung darstellt. Neben den im Sinne von PARSONS und SHILS (1962:76ff) als "performance" zu charakterisierenden Eigenschaften der politischen Führung muß man auch die ihr zugeschriebenen allgemeinen Attribute, die Bewertung ihrer "quality", berücksichtigen. Vivien HART (1978:5) belegt mit dem Begriff des Mißtrauens die Überzeugung, die politische Führung sei elitär, korrupt, unverantwortlich, unzugänglich, nicht dem Allgemeinwohl, sondern partikularen Interessen verpflichtet (vgl. auch: HART 1978:8, 10, 28). Als politischen Zynismus charakterisiert MILLER (1974b:992) increasing sense that government is not functioning in a manner consistent with the normative expectations how a democratic government should function" (vgl. auch: AGGER, GOLDSTEIN, PERL 1961:477f).

Eine wichtige Rolle spielt das politische Vertrauen für die Funktionsfähigkeit eines demokratischen Staates deshalb, weil es den Bürgern die Möglichkeit eröffnet, im Einzelfalle auch solche Entscheidungen zu akzeptieren, mit denen sie nicht einverstanden sind und die ihren Interessen schaden. Sie tun dies in dem Bewußtsein, daß diese Handlungen der Regierung sie nicht *systematisch* benachteiligen, sondern Ausdruck einer spe-

zifischen Interessenkonstellation sind, die sich zu einem späteren Zeitpunkt wieder gänzlich anders darstellen kann. GAMSON (1968:43; vgl. auch: ROSENAU 1974:1f) vergleicht das politische Vertrauen mit einem Blanko-Scheck, den der Bürger der politischen Führung ausstellt, um dieser ein effektives politisches Handeln zu ermöglichen: "The effectiveness of political leadership, then, depends on the ability of authorities to claim loyal cooperation of the members of the system without having to specify in advance what such cooperation will entail. Within certain limits, effectiveness depends upon a blank-check. The importance of trust becomes apparent: the loss of trust is the loss of system power, the loss of generalized capacity for authorities to commit resources to attain collective goals".

Die motivationale Komponente politischen Vertrauens, die diese Einstellung als eine Spielart diffuser politischer Unterstützung erscheinen läßt, beschreibt GAMSON (1968:43) folgendermaßen: "Political trust, then, is a kind of diffuse support ... when the supply in the reservoir is high, the authorities are able to make commitments on the basis of it, and, if successful, increase such support even more. When it is low and declining, authorities may find it difficult to meet existing commitments and to govern effectively". Wiederum drängt sich ein Vergleich mit dem ökonomischen System auf: Wie das Bankensystem zusammenbricht, wenn alle Kunden ihre Einlagen zurückfordern, so verliert auch das politische System seine Handlungsfähigkeit, wenn die Unterstützung der Regierung oder gar des Regimes durch die Bevölkerung ausschließlich von der Befriedigung ihrer politischen Forderungen abhängt. Das politische Vertrauen bindet die Eliten wie die Nicht-Eliten: Für die politische Führung impliziert es die Verpflichtung zur gerechten und fairen Behandlung aller gesellschaftlichen Gruppen, obgleich nicht alle Partikularinteressen jederzeit in vollem Umfange befriedigt werden können. Die Gesamtbevölkerung räumt analog dazu der amtierenden Führung einen Vertrauenskredit ein, der diese dazu berechtigt, zumindest kurzfristig und punktuell politische Programme zu verwirklichen, die gegen die

Interessen einzelner Personen und Gruppen verstoßen.

In den Ausführungen GAMSONs war das politische Vertrauen auf das Handeln der Regierung wie auf die "system power" bezogen worden. Auch andere Autoren unterscheiden zwischen zwei Komponenten des politischen Vertrauens bzw. diffuser Unterstützung, dem *Systemvertrauen* und dem *Regierungsvertrauen* (vgl. EASTON 1975:447, 453; KAASE, MARSH 1979a:41; FUCHS 1981:211ff). Es ist relativ unproblematisch, die hier beschriebenen Attribute des politischen Vertrauens sowohl mit der amtierenden Regierung als auch mit dem politischen System als allgemeinem *Objekt* in Verbindung zu bringen. Weniger eindeutig erscheint es mir entscheidbar, ob es sich beim politischen Vertrauen um ein diffuses Unterstützungsmotiv handelt. Dagegen spricht, daß die positive Einstellung zu den betreffenden politischen Objekten durchaus inhaltlich begründet und nicht bloß gewohnheitsmäßiger oder affektuelier Natur ist. Andererseits können vielerlei Faktoren zum Entstehen einer Vertrauensbeziehung zwischen der Bevölkerung und den politischen Eliten bzw. dem politischen System beitragen. Wenn man die Kategorien spezifisch und diffus als graduell und nicht als prinzipiell unterscheidbare Merkmale behandelt, dann läßt sich das hier angesprochene Zuordnungsproblem dennoch lösen. Die für die Bevölkerung maßgeblichen Gründe, der politischen Führung und dem politischen System zu vertrauen, sind diffuser als die Zufriedenheit dem Leistungsoutput, sie sind jedoch spezifischer als eine inhaltlich nicht näher eingegrenzte affektuelle oder traditionelle Unterstützung. Zunächst werde ich mich mit dem *Regierungsvertrauen* als einer *Variante spezifischer Unterstützung* beschäftigen.

2.2.2.2. Politisches Vertrauen in der Bundesrepublik

Obgleich das hohe Niveau des Vertrauens der Bürger zur Regierung und Verwaltung angeblich zu den typischen Merkmalen der politischen Kultur Deutschlands gehört (vgl. z.B. KOCH et al. 1972:25; GREIFFENHAGEN, GREIFFENHAGEN 1981:65ff), schenkte man

diesem Aspekt in der bisherigen Forschung kaum Aufmerksamkeit. Die einschlägigen Hinweise auf die Kontinuität obrigkeitsstaatlicher Vorstellungen basieren im Regelfall weniger auf empirischen Daten als auf persönlichen Impressionen einzelner Beobachter.

In ihrer Civic-Culture-Studie untersuchten ALMOND und VERBA (1965:48ff, 168ff) zwei Varianten der Output-Orientierungen, die sie zwar nicht als politisches Vertrauen bezeichneten, die aber diesem Konzept doch recht nahe kommen. Sie beziehen sich nämlich auf die generelle Amtsführung von Regierung und Verwaltung. Die Frage, ob die Regierungsarbeit die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessere, wurde 1959 von einer großen Mehrheit unter den Bundesbürgern positiv beantwortet (66%). Dabei lag die Zustimmungsrate allerdings etwas niedriger als in den USA, Großbritannien und sogar als in Italien. Auch die von ALMOND und VERBA (1965:169ff) als Untertanenkompetenz beschriebene Auffassung, man könne bei den Behörden und bei der Polizei mit einer fairen Behandlung bzw. mit einer Berücksichtigung vorgetragener Anliegen rechnen, war in der Bundesrepublik am Ende der fünfziger Jahre weit verbreitet: 43 Prozent der befragten Bundesbürger bejahten beide Fragen, lediglich in Großbritannien wurde ein höherer Anteil erreicht (56%). In der Diskrepanz zwischen der Untertanenkompetenz und der staatsbürgerlichen Kompetenz sahen die Autoren denn auch das typische Merkmal der politischen Kultur Deutschlands: "The pattern of political and administrative competence in Germany contrasts sharply with that of the United States. Germany seems to be a nation in which the subject orientation is relatively frequent, as against the citizen orientation. Consider the treatment Germans expect in government offices or from the police. In both cases, they (after the British) most frequently expect serious consideration for their point of view. In contrast to this is their response to unjust legislative activity" (ALMOND, VERBA 1965:182). Dies Ergebnis war mitentscheidend für die Einstufung der politischen Kultur der Bundesrepublik als Untertanenkultur.

Die in "The Civic Culture" gestellten Fragen zur Untertanen-

kompetenz wurden in den Jahren 1977 und 1980 repliziert (vgl. Tab. 4-11 und 4-12). Dabei erwies sich die Erwartung, von der Polizei und von anderen Behörden fair behandelt zu werden, als recht stabil. Dagegen schätzten die Bundesbürger die Chance, mit den eigenen Standpunkten bei diesen Einrichtungen auf Verständnis zu stoßen, 1977 und 1980 etwas negativer ein als am Ende der fünfziger Jahre. Vergleicht man die Daten zur Staatsbürgerkompetenz aus dem Jahre 1974 (vgl. Tab. 4-4 auf S. 205 dieser Arbeit) mit den Angaben zur Untertanenkompetenz, dann besteht die einstmals als typisch angesehene obrigkeitliche Prägung der Bürgerrolle nicht mehr fort. Dies ist aber nicht primär durch einen Abbau positiver Output-Orientierungen, sondern durch eine Ausbreitung des Gefühls der Staatsbürgerkompetenz bedingt.

Für die siebziger Jahre liegt bedauerlicherweise nur sehr fragmentarisches Datenmaterial vor. Die in den US-Studien eingesetzten Vertrauensindikatoren sind lediglich in der Political-Action Studie (1974) enthalten, eine Präsentation von Einzelergebnissen erscheint mir mangels vergleichbarer Daten nicht nicht sinnvoll. Ich werde bei der Analyse des Einflusses der Wertorientierungen auf das Regierungsvertrauen auf die betreffenden Materialien sowie auf einige Angaben aus der Wahlstudie 1983 zurückgreifen (vgl. auch einige Bemerkungen zum internationalen Vergleich auf S. 267 dieser Arbeit).

Die Entwicklung im Zeitraum zwischen 1969 und 1983 ist durch Fragen beschreibbar, die zwar keinen direkten Bezug zum *politischen* Führungspersonal herstellten, sich aber in Folge des Erhebungskontextes dennoch als Indikatoren politischen Vertrauens eignen. Die Frage, ob sich in der Bundesrepublik die richtigen Leute in den führenden Positionen befänden, bejahten 1969 zwei Drittel aller Befragten. Besonders negativ demgegenüber war die Einschätzung kurz vor dem Regierungswechsel im Jahre 1982. Nur jeder fünfte äußerte zu diesem Zeitpunkt eine positive Meinung. Nach dem Regierungswechsel verbesserte sich, ähnlich wie bei der Leistungsbewertung, die Einschätzung der gesellschaftlichen Eliten: Der Anteil positiver Angaben nahm

Tab. 4 - 11: Einstellung zur Fairness von Behörden in der Bundesrepublik, 1959, 1977 und 1980
(Angaben in Prozentpunkten)

- Frage: (1) Angenommen, Sie hätten sich in irgendeiner Angelegenheit an eine *Behörde* zu wenden - z.B. in einer Steuer- oder Wohnungsangelegenheit: Glauben Sie, daß man Sie dort *gerecht behandeln* würde, also so wie jeden anderen auch?
- (2) Wenn Sie einmal Unannehmlichkeiten mit der *Polizei* hätten, etwa wegen einer Verkehrsübertretung oder wenn Sie wegen eines geringen Vergehens beschuldigt würden: Würde man Sie dort wohl *gerecht behandeln*, d.h. ebenso wie jeden anderen auch?

	Behörden			Polizei		
	1959	1977	1980	1959	1977	1980
Ja	65	66	68	72	69	69
Das kommt darauf an	19	18	19	15	16	17
Nein	9	9	10	5	7	9
Sonstiges	0	0	0	0	0	1
k.A./w.n.	7	7	3	9	8	4
N	995	2002	2955	995	2002	2955

Quelle: ALLBUS 1980, Codebuch: 107ff (V84, V86)

Tab. 4 - 12: Einstellung zur Reaktion der Behörden auf Bürgerwünsche in der Bundesrepublik, 1959, 1977 und 1980
(Angaben in Prozentpunkten)

- Frage: (1) Was für eine Wirkung hätte es Ihrer Meinung nach, wenn Sie Ihre Ansicht den Beamten darlegen würden? Würde man Ihrer Ansicht wirklich ernsthaft Beachtung schenken, würde man Sie nur wenig beachten oder würde man das, was Sie sagen, überhaupt nicht beachten?
- (2) Wenn Sie Ihre Ansicht der Polizei erklären würden, was für eine Wirkung hätte das Ihrer Meinung nach? ...

	Behörden			Polizei		
	1959	1977	1980	1959	1977	1980
Ernsthafte Beachtung	53	47	48	59	54	51
nur wenig Beachtung	18	22	28	11	17	25
überhaupt keine Beachtung	4	4	5	4	4	5
kommt darauf an	15	20	15	13	17	13
würde gar nichts sagen	1	1	1	2	1	1
Sonstiges	0	0	1	0	0	1
k.A./w.n.	8	7	3	11	8	4
N	995	2002	2955	995	2002	2955

Quelle: ALLBUS 1980, Codebuch: 108ff (V85, V87)

zwischen dem August 1982 und dem März 1983 um 20 Punkte zu. Im Jahr 1980, für das die Ergebnisse nur auszugsweise in Tabelle 4-13 wiedergegeben sind, war das Antwortverhalten zwar stabiler als 1982/83. Insgesamt erweist sich die Zufriedenheit mit dem gesellschaftlichen Führungspersonal aber als eine recht labile, von situativen Effekten stark beeinflusste Größe.

Internationale Vergleichsdaten bieten gewisse Möglichkeiten, die präsentierten Einzelergebnisse einzuordnen. Einen direkten Vergleich des Vertrauensniveaus in der Bundesrepublik, in den USA, in Großbritannien, in den Niederlanden und in Österreich enthält eine von EVANS und HILDEBRANDT (1979:574, TA 8) vorgelegte Übersicht. Danach war das Vertrauen in die politische Führung lediglich in Österreich höher entwickelt als in der Bundesrepublik. Insbesondere in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien wurden beträchtlich niedrigere Werte erzielt. David P. CONRADT (1980:235, Tab. VII-8) stellte die Antworten der Deutschen und der Briten auf die in den Vertrauensindex eingehenden Fragen gegenüber. Während in der Bundesrepublik 60% der Befragten die Meinung vertraten, die Führung des Landes sei dem ganzen Volk verpflichtet, glaubten dies in Großbritannien nur 37 Prozent. Auch die Überzeugung, die Regierung verhalte sich immer oder meist so, wie sie es eigentlich sollte, war in Deutschland weiter verbreitet als in Großbritannien (48% bzw. 39%). EDINGER (1977:110, Tab. IV.2) legt Daten aus einer international vergleichenden Untersuchung des Vertrauensniveaus junger Erwachsener vor, die sich mit dem bisher gezeichneten Bild decken. In keiner der untersuchten westlichen Demokratien wurden annähernd so hohe Werte erreicht wie in der Bundesrepublik (weitere Daten zur Entwicklung des politischen Vertrauens in den USA finden sich bei ABRAMSON 1983:197ff; LIPSET, SCHNEIDER 1983:16ff; für Großbritannien: MARSH 1977:116ff; HART 1978:33ff; KAVANAGH 1980:145ff; weitere internationale Vergleichsdaten bei ALLERBECK, JENNINGS, ROSENMAYR 1979:478ff).

Aufgrund der fehlenden Forschungskontinuität besteht kaum eine Möglichkeit, zuverlässige Aussagen über die langfristige

Tab. 4 - 13: Zufriedenheit mit dem Führungspersonal in der Bundesrepublik, 1969 - 1983
(Angaben in Prozentpunkten)

Frage: Glauben Sie, daß heute bei uns in der Bundesrepublik im Großen und Ganzen die richtigen Leute in den führenden Stellungen sind oder glauben Sie das nicht?

	Ja, glaube ich	Nein, glaube ich nicht	Weiß nicht, k.A.	N
1969	66	26	8	1945
1972	56	24	20	1222
5, 6/1976	39	41	21	2076
10, 11/1976	50	35	14	1196
2/1980	54	27	19	1172
6/1980	47	34	18	1620
9/1980	49	31	20	1518
8/1982	26	53	21	1012
11/1982	37	41	23	1622
1/1983	39	37	24	1037
3/1983	46	32	23	1032

Entwicklung des politischen Vertrauens in der Bundesrepublik zu machen. Ein wichtiges Ergebnis läßt sich dem vorhandenen lückenhaften Datenmaterial gleichwohl entnehmen. Die situationsspezifischen Vertrauenskrisen, denen sich die amtierenden Bundesregierungen ausgesetzt sahen, wurden in der Vergangenheit zumeist binnen kurzer Zeit überwunden. Dagegen enthalten die verfügbaren Daten keine Hinweise auf einen langfristigen Vertrauensverlust der politischen Führung (vgl. auch die Daten zum Vertrauen in die Bundestagsabgeordneten bei WIESENDAHL 1981:74). Insbesondere zeigte sich, daß Regierungswechsel die ihnen in einem demokratischen Regime zukommende Funktion erfüllten, verlorengegangenes Vertrauen zum politischen Führungspersonal wiederherzustellen (vgl. dazu auch die Angaben bei RAUSCH 1980:68ff).

2.2.2.3. Wertorientierungen und politisches Vertrauen

Obgleich INGLEHARTs Hypothesen über die politischen Folgen der Stillen Revolution keine Unterschiede zwischen den einzelnen Elementen der Output-Kultur spezifizieren, ist es einfach, seine Vorstellungen vom Einfluß materialistischer und postmaterialistischer Präferenzen auf das Vertrauen zur politischen Führung zu rekonstruieren. Da die Regierungspolitik seiner Meinung nach die Anliegen der Materialisten systematisch bevorzugt, ist mit einer überdurchschnittlich negativen Einstellung der Postmaterialisten zur allgemeinen Amtsführung der Regierung zu rechnen. Die einschlägigen Arbeiten zur Struktur des politischen Vertrauens sprechen ebenfalls für eine solche Annahme, da diese Einstellung durch eine Generalisierung der Leistungsbewertung zustandekommt, soweit sie nicht als langfristig stabile, im Sozialisationsprozeß erworbene Disposition interpretiert wird (vgl. dazu ABRAMSON 1983:209ff).

Diese Hypothese läßt sich zunächst auf der Basis der Einstellungen unserer Untersuchungsgruppen zum politischen Führungspersonal prüfen (vgl. dazu Tab. 4-14), wobei wiederum für die beiden im Zusammenhang mit den Output-Orientierungen besonders interessanten Jahre 1980 und 1982 Daten vorliegen.

Der in allen drei Gruppen feststellbare Vertrauensverlust steht im Einklang mit den bisher präsentierten Ergebnissen. Noch am wenigsten waren von diesem Prozeß die Materialisten betroffen, deren Einstellung zu den gesellschaftlichen Eliten 1982 aus den bereits mehrfach genannten Gründen nur geringfügig negativer war als zwei Jahre zuvor. Der in der Mischgruppe feststellbare Rückgang des Vertrauens zum Führungspersonal entspricht in etwa dem Einstellungswandel der Gesamtbevölkerung. Geradezu dramatisch verläuft die Entwicklung im untersuchten Zeitraum bei den Personen mit postmaterialistischen Präferenzen. Hatten sie schon 1980 zum größeren Teil der Führung kritisch gegenübergestanden, so fanden zwei Jahre später vier von fünf Postmaterialisten, in der Bundesrepublik seien die führenden Stellungen nicht adäquat besetzt.

Tab. 4 - 14: Wertorientierungen und Einstellungen zur Elite, 1980 und 1982
(Angaben in Prozentpunkten)*

	Materialisten		Mischgruppe		Post- materialisten		Alle		N
	1980	1982	1980	1982	1980	1982	1980	1982	
Nicht die richtigen Leute in Führungspositionen	39	43	34	53	54	83	39	52	632
Die richtigen Leute in Führungspositionen	61	57	66	47	46	17	62	48	573
Alle	100	100	100	100	100	100	100	100	1205
N	484	534	550	551	125	151	1159	1236	
1980			1982						
fehlende Werte	359	417							
Cramer's V	.13**	.25**							
Tau C	-.03 n.s.	-.23**							
r	-.04 n.s.	-.23**							
Eta	.13**	.25**							

* Frageformulierung und Antwortvorgaben wie in Tab. 4-13

** p .000

Es ist in Folge der Datenlage leider nicht möglich, zu überprüfen, wie die sich bis zum Frühjahr 1983 in der Gesamtbevölkerung abzeichnende Wiederherstellung des Vertrauens zu den Eliten in unseren drei Untersuchungsgruppen ausfiel. Insgesamt aber stehen die Einstellungen zur politischen Führung im Einklang mit dem Urteil über die Leistungen der Regierung. Beide Elemente der Output-Kultur haben sich zwischen 1980 und 1982 deutlich negativ entwickelt. Diese Parallele läßt darauf schließen, daß - zumindest kurzfristig - die Unzufriedenheit mit dem Leistungsoutput auf die allgemeine Bewertung der Amtsträger übergegriffen hatte.

Die für die Jahre 1974 und 1983 verfügbaren einzelnen Indikatoren politischen Vertrauens erhärten das zuvor präsentierte Ergebnis: Der Regierungswechsel hatte zur Folge, daß die zuvor kaum bestehenden Unterschiede im Regierungsvertrauen der Materialisten, der Mischgruppe und der Postmaterialisten nunmehr klar hervortreten.

Die Political-Action-Studie aus dem Jahre 1974 enthielt die vier Indikatoren politischen Vertrauens, die auch in den einschlägigen US-amerikanischen Studien eingesetzt wurden. Welche der vier Antwortvorgaben man auch heranzieht, es zeigten sich keine statistisch signifikanten Zusammenhänge mit dem Materialismus/Postmaterialismus-Index (vgl. Tab. 4-15). Der aus den vier Einzelfragen gebildete Vertrauensindex steht zwar in einer signifikanten Beziehung zu den politischen Präferenzmustern, diese ist jedoch wegen des niedrigen Wertes des Assoziationsmaßes nicht interpretierbar.

Ganz anders dagegen stellt sich die Sachlage im November 1982, kurz nach der Amtsübernahme durch die christlich-liberale Koalitionsregierung, dar (vgl. Tab. 4-16). Fast 80 Prozent der Materialisten und circa zwei Drittel der Angehörigen der Mischgruppe beurteilten die gegenwärtige Bundesregierung als "gerecht und fair", bei den Postmaterialisten belief sich der betreffende Anteil gerade auf ein Drittel. Bemerkenswerterweise schätzten die drei Untersuchungsgruppen die Bereitschaft

Tab. 4-15: Wertorientierungen und Regierungsvertrauen, 1974
(Angaben: Prozentanteil positiver Einschätzungen)

	Materia- listen	Misch- gruppe	Postmate- rialisten	Alle	N	Cramer's v
Ganz allgemein gesprochen: Würden Sie sagen, daß die Bundesregierung nur zum Besten einiger weniger Interessengruppen regiert wird oder würden Sie sagen, daß die Bundesrepublik zum Wohle aller Bevölkerungsgruppen regiert wird?*	68	71	69	69	1349	.03 n.s.
Wie sehr vertrauen Sie darauf, daß eine deutsche Bundesregierung so handelt, wie sie es eigentlich sollte?*	52	54	49	53	1103	.03 n.s.
Wenn Bundestagsabgeordnete oder Minister im Fernsehen, im Parlament oder mit Journalisten sprechen - wie oft sagen sie da wohl Ihrer Meinung nach die Wahrheit?*	33	34	28	33	693	.04 n.s.
Wie sehr vertrauen Sie darauf, daß eine deutsche Bundesregierung das Wohl von Volk und Staat über die Interessen der Parteien stellt?*	43	46	41	44	904	.04 n.s.
Vertrauensindex***	57	61	61	59	1261	.06

* Antwortvorgaben: "Wohl aller Bevölkerungsgruppen"

** Antwortvorgaben: (4) eigentlich immer; (3) meistens (positiv); (2) selten; (1) nie

*** Die Indexbildung erfolgte durch Addition der den vier Items zugeordneten Punktwerte: angegeben sind die Antworten mit einem Punktwert von mindestens 10

der politischen Führung, die grundlegenden Freiheiten der Bürger zu schützen, etwas einheitlicher und positiver ein. Selbst unter den Postmaterialisten, die der gegenwärtigen Bundesregierung insgesamt außerordentlich kritisch gegenüberstehen, kommt in dieser Hinsicht eine Mehrheit zu einer positiven Beurteilung. Die unterschiedlichen Reaktionen der Befragten, vor allem der Postmaterialisten, auf die beiden in den Vertrauensindex eingehenden Fragen haben vermutlich mit deren besonderen Bedeutungskomponenten zu tun. Das Urteil über die Gerechtigkeit und Fairneß der Bundesregierung steht in einer engen Beziehung zur Einschätzung ihrer Leistungen ($r .64$). Demgegenüber bringen die Bundesbürger den Beitrag, den die Regierung zum Schutz der bürgerlichen Freiheiten leistet, stärker mit der Einstellung zum politischen System als allgemeinem Objekt in Verbindung (Demokratiezufriedenheit, Schutz der Freiheit durch das politische System). Daß die der Bundesregierung zugebilligte Gerechtigkeit und Fairneß bei den Postmaterialisten so nachhaltig von der Leistungskomponente der Regierungsarbeit geprägt zu sein scheint, geht wiederum nicht auf die tatsächliche Politik der Bundesregierung zurück, da sich in zwei Monaten keine wesentlichen Veränderungen abspielen konnten. In diesem Antwortmuster spiegelt sich wohl eher die im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel geführte Diskussion über die Grenzen des Sozialstaates wider. Die partizipativ-egalitär eingestellten Postmaterialisten standen den angekündigten Einschnitten in das sozialstaatliche Leistungsgefüge überaus kritisch gegenüber. Ebenso nachhaltig dürfte ein großer Teil der Materialisten die Forderung nach weniger Staat, mehr Eigeninitiative, größerem Bewegungsspielraum für die Wirtschaft usw. unterstützen. Diese unterschiedlichen Policy-Präferenzen prägen sicherlich das Vertrauen zur Regierung.

Da sich mit Hilfe des INGLEHARTschen Postmaterialismus-Modells im Jahre 1974 maximal 2 Prozent der Varianz im Vertrauensniveau der Bevölkerung erklären lassen, erscheint es mir nicht sonderlich ergiebig, die Ergebnisse der multivariaten Analyse ausführlich zu erörtern. Sofern man sich überhaupt auf eine Interpretation der festgestellten Beziehungen einläßt, ergibt

Tab. 4 - 16: Wertorientierungen und Regierungsvertrauen, 1982
(Angaben: Anteil positiver Einschätzungen)*

	Materi- alisten	Misch- gruppe	Postmate- rialisten	Alle	N	Cramer's v	Tau** C	r**	Eta**
Die gegenwärtige Bundes- regierung verhält sich gerecht und fair	79	68	32	69	1024	.23	-.22	-.29	.31
Die gegenwärtige Bundes- regierung schützt die grundlegenden Freiheiten der Bürger	89	81	59	82	1213	.19	-.18	-.24	.26
Vertrauensindex (min- destens 5 Punkte; Verfahren der Index- bildung analog Tab. 4-15)	79	66	33	68	986	.24	-.23	-.30	.29

* Anteil der Antwortvorgaben: "stimme damit (voll) überein"

** Alle Beziehungen sind statistisch hoch signifikant (p .000)

sich ein Widerspruch zwischen INGLEHARTs Annahmen und den empirischen Gegebenheiten. Der Mittelwert der Postmaterialisten auf der Vertrauensskala liegt auch nach einer Kontrolle der relevanten demographischen Faktoren höher als in den beiden Vergleichsgruppen (Grand Mean: 9.79; Mittelwerte der Materialisten demgegenüber: -.13; Mischgruppe .10; Postmaterialisten .36; auf die Vorlage von Einzelergebnissen wird verzichtet).

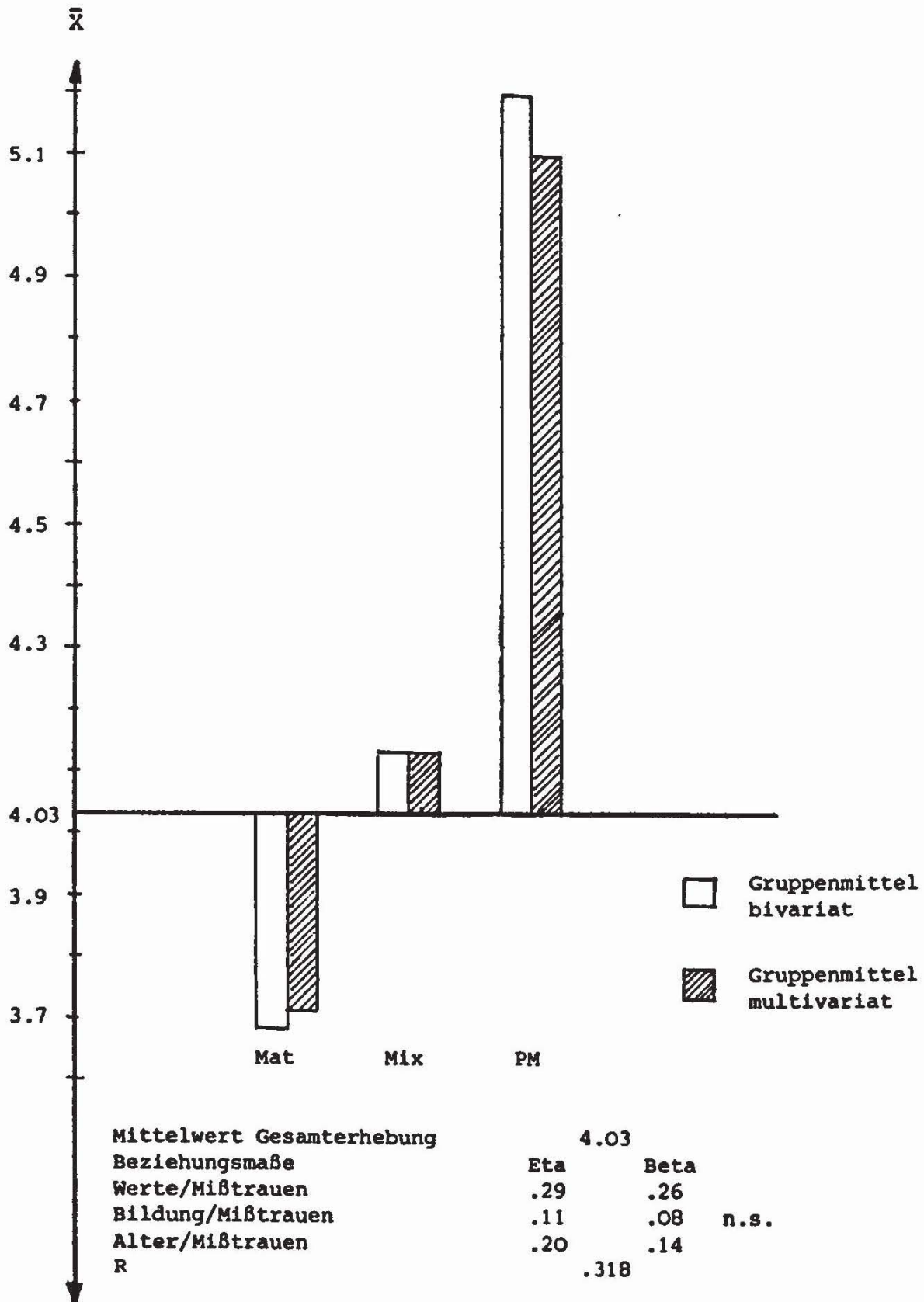
Eine ganz andere Konstellation treffen wir dagegen im Jahre 1982 an. Die Kontrolle des Alters und des Bildungsniveaus verringert den Einfluß materialistischer, gemischter und postmaterialistischer Präferenzen auf das Regierungsvertrauen kaum (vgl. Abb. 4-5). Obgleich aus der Verletzung der Verteilungsannahmen und aus der Unterstellung eines metrischen Skalenniveaus wieder ein etwas überhöhter Wert des multiplen Korrelationskoeffizienten resultieren dürfte, läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß das überdurchschnittlich stark ausgeprägte Mißtrauen der Postmaterialisten gegenüber der amtierenden Bundesregierung nicht einfach als Reflex der Altersstruktur und des Bildungsniveaus dieser Gruppe angesehen werden kann. Auch in den jüngeren, gut ausgebildeten Bevölkerungsschichten treten deutlich erkennbare Unterschiede zwischen den Trägern materialistischer, gemischter und postmaterialistischer Wertorientierungen auf. Abgesehen von der Berufsgruppenzugehörigkeit, die keine eigenständige Rolle im Postmaterialismus-Modell spielt, ähneln die ermittelten Strukturen der bei der Policy-Zufriedenheit beschriebenen Konstellation.

2.3. Diffuse Unterstützung für das politische System

2.3.1. Das theoretische Konzept

Das Ansehen einer Regierung in der Öffentlichkeit dient ihr vor allem in Krisenzeiten und in Situationen, in denen ihre Aktionen gegen die Interessen einzelner gesellschaftlicher Gruppen verstoßen, als Vertrauenskapital. Je verbreiteter in der Bevölkerung das Gefühl ist, die politische Führung arbeite

Abb. 4 - 5: Wertorientierungen und Mißtrauen gegenüber
der Regierung, 1982
(Multiple Klassifikationsanalyse)



effektiv und sie handle zum Wohle der Allgemeinheit, desto eher wird die Bereitschaft bestehen, einzelne unpopuläre Maßnahmen zu akzeptieren.

Zusätzliche Bedeutung gewinnen die Einstellungen zur politischen Führung für die politische Kulturforschung auf Grund ihres mittelbaren Beitrages zur Stabilität des *Gesamtsystems*. Obgleich man *analytisch* zwischen dem System als allgemeinem Objekt und dessen Output-Strukturen trennen kann, besteht *empirisch* eine relativ enge Beziehung zwischen diesen beiden Aspekten der politischen Kultur. Es wurde bereits aufgezeigt, daß nach Auffassung vieler Beobachter die relativ erfolgreiche Politik der Regierung Adenauer einen wichtigen Beitrag zur Akzeptanz des Gesamtsystems leistete. Vermutlich verhinderte die sozialliberale Reformpolitik der Jahre 1969 bis 1974 zumindest kurzfristig eine weitere Entfremdung großer Teile der rebellierenden Jugend vom politischen System. Umgekehrt stellt sich natürlich ebenfalls die Frage, ob die ökonomischen Krisen der siebziger und achtziger Jahre, die zu beträchtlichen Schwankungen im Ansehen der Regierung führten, auch die Einstellung der Bevölkerung zum politischen System beeinflussten.

Das Konzept der diffusen politischen Unterstützung wurde von David EASTON eingeführt, um die Einstellungen zum politischen Regime und zur politischen Gemeinschaft von der Bewertung der Arbeit der amtierenden Regierung zu unterscheiden. In dieser Arbeit wurde EASTONS objektbezogene Betrachtungsweise durch eine ebenfalls an den Unterstützungsmotiven orientierte Konzeption ergänzt. Als spezifische systembezogene Unterstützung sind solche Einstellungen zur politischen Ordnung bezeichnet, die inhaltlich mehr oder weniger genau eingrenzbar sind. LIPSET (1981:64) belegte die wichtigsten Teilkomponenten dieses Orientierungsmusters mit den Begriffen "Effektivität" und "Legitimität".

Mit der Bezeichnung "*diffuse systembezogene Unterstützung*" möchte ich im Unterschied dazu inhaltlich unbestimmte Formen der Systemzufriedenheit erfassen. Die folgenden Ausführun-

gen lassen die Einstellungen zur politischen Gemeinschaft unberücksichtigt. Sie betreffen also nur die Akzeptanz des *politischen Regimes* in der Bevölkerung. Da in der Literatur EASTONS Terminologie relativ unkritisch übernommen wurde, finden wir unter der Sammelüberschrift "diffuse Unterstützung" inhaltlich recht divergierende Vorstellungen. So werden in KAASES (1979:332ff) Arbeit zur Legitimationskrise in westlichen Demokratien die Konzepte "diffuse Unterstützung" und "Legitimitätsüberzeugungen" weitgehend austauschbar benutzt (vgl. ähnlich: SCHMIDTCHEN 1977). CONRADT (1980:223f) erfaßt die diffuse politische Unterstützung über Fragen nach der Arbeit des Bundestages. Theoretisch angemessenere Ansätze zur Messung dieser Einstellung finden wir demgegenüber bei MULLER und seinen Mitarbeitern (vgl. MULLER, JUKAM 1977; MULLER 1979:79f, 184ff; MULLER, WILLIAMS 1980; MULLER, JUKAM, SELIGSON 1982), bei FUCHS (1981;1984) sowie bei KLAGES und HERBERT (1983:39f).

Die von KLAGES und HERBERT gewählten Begriffe führen den Leser allerdings eher in die Irre. Die Autoren unterscheiden nämlich zwischen einer "globalen diffusen Legitimität" und einer "speziellen diffusen Legitimität". Letztere erfaßt die Zufriedenheit mit einzelnen politischen Institutionen (Bundesregierung, Bundestag, Gerichte; vgl. ähnlich: SCHMIDTCHEN 1977:234ff). Sie wäre im ALMOND/VERBA-Schema - je nach der politischen Funktion der untersuchten Einstellungsobjekte - dem Input- oder dem Output-Subsystem zuzuordnen. Die Bezeichnung "diffuse Legitimität" enthält einen Widerspruch in sich, da nach vorherrschender Auffassung Legitimitätsüberzeugungen gerade auf *spezifischen* Akzeptanzmotiven aufbauen. Relativ nahe an EASTONS Konzept der diffusen Unterstützung des politischen Regimes liegen dagegen die beiden von KLAGES und HERBERT benutzten Legitimitätsindikatoren "Staatssympathie" und "Staatsvertrauen". Die dritte Komponente der "globalen diffusen Legitimität", die Zufriedenheit mit dem Ausmaß staatlicher Leistungen, ist auf der Basis des in dieser Arbeit benutzten Analyseschemas als Policy-Zufriedenheit zu klassifizieren.

Die von KLAGES und HERBERT sowie von der Forschergruppe um

MULLER entwickelten Meßinstrumente wurden im Rahmen der mir verfügbaren Umfragen nicht eingesetzt. Dagegen gibt es einen theoretisch angemessenen Indikator diffuser Unterstützung, der in einer großen Zahl von Erhebungen Verwendung fand und der folglich auch die Möglichkeit einer Analyse von Entwicklungstrends eröffnet, die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie (vgl. dazu auch: SCHMIDTCHEN 1977:236f). Zudem stehen für diese Variable internationale Vergleichsdaten zur Verfügung. KÜCHLER (1982:40ff) betrachtet die Unzufriedenheit mit der Demokratie als einen Indikator der Staatsverdrossenheit und weist auf die Ergiebigkeit von Längsschnitt-Analysen bei der Auseinandersetzung mit dem Problem der Systemakzeptanz hin.

2.3.2. Die Entwicklung der Systemakzeptanz in der Bundesrepublik

Nach den Erfahrungen mit dem Scheitern der Weimarer Republik wurden die Aussichten für das Entstehen einer funktionsfähigen, von der Bevölkerung akzeptierten demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik zunächst sehr skeptisch eingeschätzt. Vermutlich nicht zuletzt aus diesen Vorbehalten gegen die demokratische Zuverlässigkeit der Deutschen läßt sich das intensive Bemühen der US-Militärbehörden erklären, die politischen Einstellungen der Bevölkerung in der amerikanischen Besatzungszone zu erforschen (vgl. die Dokumentation der Forschungsarbeiten bei MERRITT, MERRITT 1971).

Zu einer optimistischen Bewertung der Chancen für die Entfaltung einer demokratischen politischen Kultur bestand in den ersten Nachkriegsjahren auch kein Anlaß. David P. CONRADT (1980:225f, bes. Tab. VII.2) belegt mit Hilfe von Allensbach-Daten, daß sich die Bundesbürger erst im Verlaufe der sechziger Jahre mit ihrem Staat zu arrangieren schienen. Im Jahre 1951 gaben auf die Frage, in welchem Abschnitt des zwanzigsten Jahrhunderts es den Deutschen am besten gegangen sei, 45 Prozent der Befragten das Kaiserreich, 42 Prozent das Dritte

Reich an. Auf die Bundesrepublik entfielen ganze zwei Prozent aller Nennungen. Noch 1959, also zehn Jahre nach der Etablierung eines demokratischen Regimes, war die Akzeptanz des neuen Staates keineswegs unangefochten. Zwar bewerteten nunmehr 42 Prozent der Befragten die Verhältnisse in der Bundesrepublik positiver als die in früheren Epochen, doch schnitten die vergangenen politischen Regime, das Kaiserreich (28 Prozent) und das Dritte Reich (18 Prozent), zusammengenommen immer noch besser ab als die Bundesrepublik. Erst in den folgenden Jahren verloren die bekannten Alternativen zur neuen politischen Ordnung ihre Attraktivität: Im Jahre 1963 gaben bereits 62 Prozent der Bundesbürger der Bundesrepublik den Vorzug, 1970 waren es 81 Prozent. Weitere Daten aus der Entstehungsphase der Bundesrepublik dokumentieren die Distanz der Bevölkerung zum neuen politischen System. MIROW (1976:55ff) beschreibt den Wandel der Regimebewertung im Zeitraum 1953 bis 1965. Im ersten Jahr der Erhebungsserie gaben 57 Prozent der Befragten der Demokratie den Vorzug vor anderen Ordnungsmodellen, 11 Prozent votierten für die Monarchie, acht Prozent für ein autoritäres Regime. Mit fast einem Viertel war der Anteil der Indifferenten bzw. Meinungslosen recht hoch. Erst in den folgenden zehn Jahren bildete sich eine eindeutige Präferenz für die Demokratie heraus. Zwischen zwei Drittel (1954, 1958) und drei Viertel der Bundesbürger sprachen sich für eine demokratisch verfaßte politische Ordnung aus. 1964 und 1966 entfielen auf die Demokratie mehr als 70 Prozent aller abgegebenen Nennungen.

Eine ähnliche Datenreihe ist in RAUSCHs (1980:65, Tab. 13) Arbeit über die politische Kultur der Bundesrepublik enthalten. Sie belegt für den Zeitraum 1967 bis 1978 die hohe Akzeptanz des politischen Systems durch die Bevölkerung. Auf die Frage, ob die in der Bundesrepublik bestehende Form der Demokratie die beste Staatsform sei oder ob es bessere gebe, entschieden sich zwischen 60 (1977) und 90 Prozent (1976) der Befragten für die Demokratie. Der größte Anteil in der Restgruppe entfiel durchweg auf die Unentschiedenen, und selbst das Votum gegen den politischen Status Quo ist nicht

eindeutig als Absage an die Demokratie zu werten. Immerhin deuten die beschriebenen Schwankungen im Antwortverhalten darauf hin, daß das Einverständnis mit dem bestehenden politischen System nicht gegen Störungen immun ist. Ob es in der Bundesrepublik gelungen ist, während des nunmehr vierzigjährigen Bestehens der Demokratie ein stabiles Vertrauenskapital, eine "rain and shine" Unterstützung (vgl. CONRADT 1980:221) anzusammeln, läßt sich besonders gut durch eine Analyse der Demokratiezufriedenheit in den wirtschaftlich schwierigen Jahren seit 1973 zeigen. Insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten muß es sich herausstellen, ob die Demokratie in der Bundesrepublik eine Schönwetterstaatsform ist und ob sich die in der deutschen Politikwissenschaft außerordentlich populäre These von einer Krise der repräsentativen Demokratie in den politischen Einstellungen der Bevölkerung widerspiegelt.

Für die erste Hälfte der siebziger Jahre ist die Systemzufriedenheit der Bundesbürger nur lückenhaft dokumentiert, jedenfalls sofern man an einem Vergleich dieses Zeitabschnittes mit der Folgezeit interessiert ist. Aus den vorliegenden Arbeiten zur politischen Kultur der Bundesrepublik ergeben sich keinerlei Hinweise auf eine Akzeptanzkrise der politischen Ordnung (vgl. RAUSCH 1980:65f; CONRADT 1980:233f; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:22ff). Nach den Angaben in den Wahlstudien 1972 und 1976 erklärten in den genannten Jahren zwischen 86 und 91 Prozent der befragten Bundesbürger, mit dem Funktionieren der Demokratie sehr zufrieden oder einigermaßen zufrieden zu sein. Diese außerordentlich hohe Zustimmungsrates wird aber sicher durch die Unausgewogenheit der Antwortvorgaben begünstigt (vgl. Tab. 4-17).

Die Erhebungen aus der Zeit nach 1976 weisen im Prinzip eine ähnliche Tendenz auf. Wir verfügen mit den halbjährlich erhobenen EUROBAROMETERN über ein außerordentlich gutes Datenmaterial, das nicht allein differenzierte Trendanalysen für die Bundesrepublik zuläßt, sondern darüber hinaus die Möglichkeit eröffnet, die für die Bundesrepublik ermittelten Ergebnisse mit solchen aus den anderen EG-Staaten zu vergleichen. In

Tab. 4 - 17: Demokratiezufriedenheit in der Bundesrepublik, 1972 und 1976
(Angaben in Prozentpunkten)

Frage: Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, d.h. zu unseren politischen Parteien und zu unserem ganzen politischen System sagen? Sind Sie damit sehr zufrieden, einigermassen zufrieden oder nicht zufrieden?

	9/1972	11/1972	12/1972	5,6/1976
sehr zufrieden	19	21	26	23
einigermassen zufrieden	67	69	64	68
nicht zufrieden	6	5	7	9
k.A. / w.n. / verweigert	7	5	4	1
N	2052	1603	1222	2076

Abb. 4-18 sind die entsprechenden Daten zusammengestellt und durch gleichartiges Material aus den Wahlstudien 1980 und 1982 ergänzt (vgl. ergänzend auch die von STEFFANI 1984:43 präsentierten Daten).

Mit Ausnahme des Jahres 1973, in welchem die Mehrzahl der Bundesbürger Unzufriedenheit mit dem politischen System bekundete, gab es zu keinem Zeitpunkt mehr negative als positive Angaben. Allerdings weist das Zufriedenheitsniveau in der untersuchten Periode beträchtliche Schwankungen auf. Die Extremwerte liegen zwischen 87 Prozent im März 1983 und 66 Prozent im Mai 1982. Zum Teil dürfte dies auf erhebungstechnische Faktoren und Meßfehler zurückgehen, zum Teil reflektieren die Veränderungen aber sicherlich auch tatsächliche Einstellungsänderungen. Wie aus einer Übersicht bei FRANZ (1983:24) und aus eigenen, hier nicht im Detail zu präsentierenden Analysen hervorgeht, sind die Bundesbürger mit dem Funktionieren der Demokratie zufriedener als die Bürger der meisten anderen EG-Staaten. Lediglich in Luxemburg und in Dänemark wurden ähnlich hohe Werte erreicht. Der Durchschnittswert für Großbritannien liegt im angegebenen Zeitraum beispielsweise um etwa zwanzig Prozentpunkte unter dem in der Bundesrepublik.

Auf den ersten Blick scheinen die Schwankungen der Systemzufriedenheit mit Veränderungen der Wirtschaftslage einherzugehen. So liegt beispielsweise seit dem Mai 1982, von einer Ausnahme abgesehen, das Potential der Unzufriedenen nicht mehr unter 20 Prozent. In diesem Zeitabschnitt haben wir auch einen starken Anstieg der Arbeitslosenquote zu verzeichnen. Dennoch läßt sich SCHMIDTCHENS (1977:236) These, "daß die Unterstützung für die politische Ordnung der Bundesrepublik eigentlich nicht diffus genug ist, zu wenig über allgemein akzeptierte Symbole läuft und zu sehr effektabhängig ist" durch die mir verfügbaren Daten nicht erhärten. Vielmehr bleibt auch in wirtschaftlich kritischen Phasen die Systemakzeptanz auf einem höheren Niveau als die Regierungszufriedenheit. Zwar korreliert der Anteil der mit dem Funktionieren der Demokratie Unzufriedenen mit der Inflationsrate des vorangegangenen Quar-

Tab. 4 - 18: Demokratiezufriedenheit in der Bundesrepublik,
1973 - 1984
(Angaben in Prozentpunkten)

Frage: Sind Sie mit der Art und Weise, wie die
Demokratie in der Bundesrepublik funk-
tioniert, alles in allem gesehen* ...

	sehr zu- frieden	ziem- lich zufrieden	ziemlich unzu- frieden	völlig unzu- frieden	k.A.	N
10/73	5	39	44	12	1	1907
11/76	13	65	17	3	2	977
5/77	11	67	16	2	3	952
11/77	9	69	16	2	4	945
6/78	9	67	17	3	5	949
11/78	9	69	15	2	5	948
4/79	10	71	13	2	5	945
10/79	12	67	13	2	6	950
5/80	10	68	20	3	0	1050
9/80	16	69	13	1	1	1518
11/80	9	63	17	4	6	952
10/81	12	58	20	4	7	929
5/82	11	55	25	6	4	1081
10/82	9	60	22	4	5	981
11/82	13	65	19	3	0	1622
4/83	13	60	19	4	4	1004
11/83	8	58	21	4	10	999
4/84	11	60	18	4	7	932
\bar{x}	11	63	19	4	4	

* Frageformulierung der EURO-BAROMETER; in den Wahlstudien
1980 und 1983 lautet die Frage: "Was würden Sie allgemein
zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, d.h.
zu unseren politischen Parteien und zu unserem ganzen poli-
tischen System sagen. Sind Sie damit sehr zufrieden, eher
zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?"

tals ($r .52$), doch ist der Zusammenhang nicht besonders stark ausgeprägt, wenn man berücksichtigt, daß es sich um Aggregatdaten handelt. Auch zwischen der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage und der Systemzufriedenheit bestehen nur mäßige Beziehungen (1980: Tau $c .20$; 1982: Tau $c .10$). Bei der vorliegenden Datenlage kann weder von einer Krise der Demokratie noch von einem primär über die politischen Outputs vermittelten Einverständnis mit der politischen Ordnung gesprochen werden.

Man befindet sich in prominenter Gesellschaft, wenn man dies hohe Niveau der Systemzufriedenheit weniger der Internalisierung demokratischer Wertvorstellungen und Verhaltensnormen als vielmehr dem Fortwirken obrigkeitsstaatlicher Traditionen zuschreibt. So sieht beispielsweise DAHRENDORF (1971:46ff) eine der Ursachen für die Schwierigkeit der Deutschen im Umgang mit der Demokratie im Ablauf des Industrialisierungsprozesses im Deutschen Reich begründet: "Es gibt Vokabeln, die immer wieder auftauchen in den Darstellungen und Begründungen der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik im kaiserlichen Deutschland ... Nation, Staat, straffe Aufsicht, Gesamtinteresse, Ein- und Unterordnung. Auch die Industrialisierung hat nichts an einer Orientierung zu ändern vermocht, der das Ganze über die Teile, der Staat über den Bürger, zugleich die straffe Ordnung über die lebendige Vielfalt, der Staat über die Gesellschaft geht. Wo man das Wort 'rational' erhoffen könnte, erscheint stets das Wort 'national', um Politik zu begründen. Die deutsche Industrialisierung hat das liberale Prinzip verschlungen statt es zu entfalten" (DAHRENDORF 1971:48f).

Wie lebendig diese obrigkeitsstaatlich-etatistischen Politikvorstellungen auch in der Bundesrepublik noch sind, geht aus einer von KAASE (1971) durchgeführten Untersuchung zum Demokratieverständnis der Bundesbürger hervor, die in den Jahren 1979 und 1982 repliziert wurde (vgl. die Angaben in Tab. 4-19). KAASE (1971:215ff) kritisierte in erster Linie die Konfliktscheu der Deutschen und das Spannungsverhältnis zwischen der abstrakten Befürwortung demokratischer Prinzipien und der be-

Tab. 4 - 19: Die Akzeptanz demokratischer Prinzipien in der Bundesrepublik, 1968, 1979 und 1982
(Angaben sind demokratisch ausgerichtete Antworten, Prozentpunkte)

	1968	1979	1982	PPD 1968-1982
Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist (+)	93	95	94	+1
Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die gleiche Chance haben, an die Regierung zu kommen (+)	84	93	93	+9
Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar (+)	89	93	92	+3
Jeder Bürger hat das Recht, für seine Überzeugung notfalls auf die Straße zu gehen (+)	74	86	87	+13
In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen (-)	73	81	83	+10
Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen (-)	28	31	34	+6
Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl (-)	27	37	29	+2
Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet (-)	30	26	21	-9

Tab. 4-19 (FS)

	1968	1979	1982	1968-1982
Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Sonderinteressen des Einzelnen stehen (-)	6	5	8	+3
N	1889	2012	2991	

Quelle: ALLBUS 1982, Codebuch: 205ff

(-) Zustimmung als undemokratisch klassifiziert;

(+) Zustimmung als demokratisch klassifiziert

grenzten Bereitschaft, diese in konkreten Situationen anzuwenden. Besonders deutlich wird dies bei der Einstellung der Bundesbürger zur Demonstrationsfreiheit, an der man ganz offenkundig Abstriche akzeptiert, sobald die Wahrnehmung dieses Rechtes die öffentliche Ordnung gefährdet.

Eine ähnlich ambivalente Einstellung zu demokratischen Prinzipien zeigt sich in der Einschätzung der Rolle die Opposition in der Demokratie, die die Bundesbürger zwar im Prinzip für notwendig halten, deren Funktion sie jedoch eher darin sehen, die Regierung zu unterstützen statt sie zu kritisieren. Nicht minder schlecht ist es um das Verständnis der konstruktiven Funktion von Interessenkonflikten in der Demokratie bestellt. So kann man, zumindest im Prinzip, ADRIANS (1977:169) Urteil folgen, "daß für einen beachtlichen Teil der Bevölkerung Parteien, Konkurrenz und Pluralismus, vor allem aber Kritik und Opposition noch immer eher als Gefährdung des vermeintlich vorgegebenen, in Wahrheit meist elitär definierten, Gemeinwohls gelten, statt sie als Garant bzw. Vehikel für Freiheit, Gleichheit und Demokratie zu begreifen und zu bejahen. Damit wird deutlich, wie wenig Einsicht in demokratische Prozeduren, die notwendig Konflikte und Kontroversen implizieren, in der sozialen Realität der Bundesrepublik verbreitet ist".

Es wäre dennoch voreilig, das hohe Zufriedenheitsniveau ausschließlich dem Fortwirken obrigkeitstaatlicher Traditionen zuzuschreiben. International vergleichende Untersuchungen zur Akzeptanz demokratischer Normen und Werte, die eine einigermaßen zuverlässige demokratiethoretische Einordnung der politischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik zuließen, liegen nicht vor (vgl. den knappen Überblick bei KAASE 1981). Hinweise auf die Verbreitung obrigkeitlich-antiliberaler Orientierungen in westlichen Demokratien könnte man allenfalls den Daten über das Repressionspotential in westlichen Demokratien entnehmen, die im Rahmen der Political-Action-Studie erhoben wurden. MARSH und KAASE (1979a:87) beschreiben diese Einstellung folgendermaßen: "... we have conceptualized repression potential as the tendency to grant authorities increasingly

severe instruments of control to contain correspondingly severe challenges by protestors, strikers, or other unorthodox activists. Since allegiance to an authority figure is so obviously implied by such a tendency, we can say that, ..., repression potential is *superorthodox* political behavior" (Hervorh. im Original).

Nach den von MARSH und KAASE (1979a:88) vorgelegten Ergebnissen und ähnlichen Untersuchungen von MULLER, PESONEN und JUKAM (1980) über die Einstellungen der Bürger westlicher Demokratien zum Schutz der Versammlungsfreiheit gibt es in der Bundesrepublik eine größere Zahl von Befürwortern repressiver staatliche Aktivitäten als in den USA, Großbritannien oder den Niederlanden. Die festgestellten Unterschiede traten aber vor allem in den älteren Befragtengruppen auf, während sich in der Nachkriegsgeneration die zwischen den Nationen bestehenden Unterschiede nivellierten (vgl. MARSH, KAASE 1979b:109, Tab. 4.3). Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen der Untersuchungen zum Demokratieverständnis in der Bundesrepublik, in denen eine klar erkennbare Beziehung zwischen dem Alter und der Akzeptanz demokratischer Wertvorstellungen ermittelt worden war (vgl. KAASE 1971:215ff; ADRIAN 1977:268ff; vgl. auch: BÜRKLIN 1980:223ff).

Auf der Grundlage der verfügbaren Daten ist es nur schwer zu beurteilen, in welchem Maße die Demokratiezufriedenheit speziell den *demokratischen Elementen* des bestehenden Systems gilt und in welchem Maße sich in ihr *etatistische Traditionen* widerspiegeln. Zieht man einige ältere US-amerikanische Untersuchungen heran, dann kann man konstatieren, daß Abweichungen der tatsächlich vorhandenen politischen Einstellungen der Bevölkerung von den demokratiethoretischen Normvorstellungen keine eigentümlichen Merkmale der politischen Kultur Deutschlands sind, sondern auch in den USA auftreten. PROTHRO und GRIGG (1969:248) ermittelten beispielsweise in einer vergleichenden Gemeindestudie in den Vereinigten Staaten ähnliche Strukturen des Demokratieverständnisses der Bevölkerung, wie sie KAASE für die Bundesrepublik Deutschland beschrieben

hatte: "As expected, general *consensus* was found on the idea of democracy itself and on the *broad principles of majority rule and minority rights*, but it *disappeared* when these principles were put in more *specific form*. Indeed the voters in both communities were closer to complete discord than to complete consensus; they did not reach consensus on any of ten specific statements incorporating the principles of majority rule and minority rights; and majorities expressed the 'un-democratic' attitudes on about half of the statements" (Hervorh. OWG; vgl. auch: MC CLOSKY 1969:273ff; SNIDERMAN 1975: 164ff).

Schließlich läßt sich zeigen, daß die Zufriedenheit mit dem politischen System in der Bundesrepublik nicht einfach einer unreflektierten Identifikation mit dem Status Quo entspringt. Die vergleichenden Erhebungen der EG-Kommission enthalten für die Jahre 1976 bis 1984 eine Frage nach der Einstellung der Bevölkerung zur bestehenden Gesellschaftsform (vgl. Tab. 4-20). Nur eine verschwindend kleine Minderheit plädierte der Bundesrepublik im angegebenen Zeitraum für revolutionäre Veränderungen der bestehenden Gesellschaft, wobei man freilich einräumen muß, daß soziale Erwünschtheitseffekte das Antwortverhalten beeinflusst haben dürften. Die verbleibende Befragtengruppe entfiel ungefähr zu gleichen Teilen auf die Alternativen "Reform der bestehenden Gesellschaft" und "Wahrung des Status Quo". Bei situationsspezifischen Schwankungen waren im Durchschnitt der acht Erhebungsjahre die Reformisten leicht in der Überzahl. Zumindest bei einem großen Teil der Bundesbürger schließen Systemakzeptanz und der Wunsch nach schrittweisen Reformen einander nicht aus.

2.3.3. Wertorientierungen und Systemakzeptanz

In Anbetracht der zwischen der spezifischen und der diffusen politischen Unterstützung postulierten empirischen Beziehung ist ein negativer Zusammenhang zwischen postmaterialistischen Präferenzen und der diffusen Systemakzeptanz zu erwarten. Wie

Tab. 4 - 20: Systemveränderungsbereitschaft in der Bundesrepublik, 1976 - 1984
(Angaben in Prozentpunkten)

Frage: Hier auf dieser Liste stehen drei grundsätzliche Standpunkte über die Gesellschaft, in der wir leben. Welcher davon drückt am ehesten das aus, was auch Sie denken?

- (A) Man muß unsere ganze Gesellschaft durch eine *Revolution* radikal verändern
(B) Man muß unsere Gesellschaft Schritt für Schritt durch *Reformen* verbessern
(C) Man muß unsere bestehende *Gesellschaft* mutig gegen alle umstürzlerischen Kräfte *verteidigen*

	Revolution	Reform	Gesellschaft verteidigen	k.A.	N
11/76	2	52	39	6	977
5/77	2	43	48	7	952
11/77	2	42	51	6	945
6/78	1	41	50	8	949
11/78	2	43	45	11	948
4/79	2	52	39	6	945
10/79	3	50	39	9	950
4/80	3	47	37	13	948
10/80	4	47	42	7	952
4/81	3	40	43	14	977
10/81	5	44	41	11	929
5/82	4	47	38	12	1081
10/82	4	46	37	13	981
4/83	1	50	41	8	1004
11/83	3	49	38	10	999
4/84	3	47	37	14	932
\bar{x}	3	46	42	10	

INGLEHART (1979b:283f) betont, lasten die Postmaterialisten ihre Benachteiligung durch politische Entscheidungen nicht der Regierung an, sondern sie betrachten die Dominanz materialistischer Ziele als einen systembedingten Defekt. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen dürfte der Regierungswechsel im Jahre 1982 das Unbehagen dieser Personengruppe am politischen System noch verstärkt haben.

Im Prinzip deckt sich diese Vermutung mit den in Tab. 4-21 enthaltenen Daten. In sämtlichen sechzehn Erhebungen lag der Anteil der mit dem Funktionieren der Demokratie zufriedenen Postmaterialisten unter dem der übrigen Gruppen bzw. der Gesamtbevölkerung. Die Abweichungen vom Erhebungsdurchschnitt variierten zwischen einem Minimum von sechs und einem Maximum von 27 Prozentpunkten. Es stimmt gleichfalls mit INGLEHARTs Annahmen überein, daß das Unzufriedenheitspotential unter den Personen mit postmaterialistischen Präferenzen nach dem Regierungswechsel 1982 durchweg höher ausfiel als in den sechs Jahren zuvor.

Dennoch sollte man sich vor einer Überinterpretation der beschriebenen Beziehungsmuster hüten. Lediglich in drei Erhebungen, im Herbst 1973 sowie im Frühjahr 1982 und 1983 erklärte eine Mehrheit der Postmaterialisten, sie seien mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik unzufrieden. Zumindest 1973 unterschieden sie sich in dieser Hinsicht allenfalls graduell von der Gesamtbevölkerung. Für die Ergebnisse in den Jahren 1982 und 1983 dürfte nicht zuletzt die Debatte über die Raketenstationierung bzw. der Regierungswechsel maßgeblich sein. Mit Ausnahme der beiden Erhebungen aus dem Jahre 1983 nehmen die zwischen den Wertorientierungen und der Demokratiezufriedenheit ermittelten Beziehungsmaße einen solch niedrigen Wert an, daß eine sinnvolle Interpretation der festgestellten Unterschiede kaum möglich erscheint. Schließlich weisen die Fragen nach der Bereitschaft zur gesellschaftlichen Veränderung die Postmaterialisten als eine mehrheitlich *reformistisch* eingestellte Gruppe aus (auf die Vorlage von Tabellen hierzu wird verzichtet).

Tab. 4 - 21: Wertorientierungen und diffuse Systemunterstützung, 1973 - 1984
(Angaben: Anteil positiver Antworten)

	Materiali- sten	Mischgruppe	Postmate- rialisten	Alle	Cramer's v	Tau C	Eta	r
10/73	44	45	34	43	.05	.01	.04	.02
11/76	81	83	60	80	.14***	.08**	.12**	.12***
5/77	84	82	67	81	.11**	.06*	.11**	.09**
11/77	86	82	60	82	.13***	.10***	.16***	.15***
6/78	81	79	73	79	.05	.04*	.07	.06*
11/78	89	79	76	82	.12***	.10***	.16	.16***
10/79	87	84	76	84	.07	.05*	.08	.07*
9/80	88	89	69	87	.14***	.04*	.18***	.09***
11/80	76	80	70	77	.06	-.01	.02	.00
10/81	75	75	69	75	.07	.00	.05	.02
5/82	68	74	46	67	.15***	.08***	.12***	.11***
10/82	78	71	62	72	.10*	.10***	.14*	.12***
11/82	84	78	60	79	.12***	.09***	.15***	.14***
4/83	84	80	49	76	.22***	.19***	.26***	.25***
10/83	87	77	51	75	.22***	.22***	.29***	.29***
4/84	83	79	59	76	.15***	.13***	.19***	.18***

* Beziehung auf dem 95%-Niveau signifikant

** Beziehung auf dem 99.5%-Niveau signifikant

*** Beziehung auf dem 99.9%-Niveau signifikant.

Alle nicht gekennzeichneten Beziehungen sind statistisch insignifikant.
Die Merkmalsausprägungen der Variablen "Demokratiezufriedenheit" sind fol-
gendermaßen verschlüsselt: (1) sehr zufrieden ... (4) sehr unzufrieden
(vgl. Tab. 4-18)

Ein direkter Vergleich des Zusammenhanges zwischen den politischen Prioritäten einerseits und der Regierungs- und Systemzufriedenheit auf der anderen Seite ist nur für die Jahre 1980 und 1982 möglich. 1980 waren die Beziehungsmuster zwischen den Wertorientierungen und den verschiedenen Indikatoren spezifischer und diffuser Unterstützung einander sehr ähnlich. 1982 dagegen variierte die Regierungszufriedenheit zwischen den drei untersuchten Gruppen deutlich stärker als die Systemzufriedenheit (Postmaterialismus/Demokratiezufriedenheit: Cramer's V .10; Postmaterialismus/Bewertung der Regierungsleistungen: Cramer's V .21; Postmaterialismus/Bewertung der gesellschaftlichen Eliten: Cramer's V .26; weitere Angaben sind Tab. 4-10, 4-14 und 4-16 zu entnehmen).

Eine detaillierte Präsentation der Ergebnisse der multiplen Klassifikationsanalyse ist überflüssig. Die EUROBAROMETER-Studien eignen sich hierzu wegen der problematischen Bildungsindikatoren nicht. In den WAHLSTUDIEN 1980 und 1982 blieb der negative Einfluß der postmaterialistischen Präferenzen auf Demokratiezufriedenheit zwar bei einer Kontrolle der relevanten Hintergrundvariablen erhalten, doch sollte man bei Beta-Koeffizienten von weniger als .10 und bei einem multiplen Korrelationskoeffizienten von ca. .15 keine allzugroßen interpretatorischen Anstrengungen entfalten. INGELHARTs Postmaterialismus-Konzept leistet keinen wesentlichen Beitrag zur Analyse der Demokratiezufriedenheit in der Bundesrepublik, und es soll später der Frage nachgegangen werden, welche theoretischen Alternativen zur Konzeption der Stillen Revolution sich anbieten, um die Schwankungen in der Systemakzeptanz zu erklären.

2.4. Politische Legitimitätsüberzeugungen

2.4.1. Das theoretische Konzept

In der Diskussion über das Problem demokratischer Stabilität spielt das Legitimitätskonzept eine Schlüsselrolle. Die aktu-

elle Auseinandersetzung mit dem Problem der Legitimität politischer Herrschaft erfolgte dabei, wie HENNIS (1976:15) nicht ohne Verdruß feststellt, "im Banne Max WEBERs". Dessen Ansatz erlangte für die politische Kulturforschung nicht zuletzt deshalb eine große Bedeutung, weil im Mittelpunkt seiner Erörterung die Frage nach den Motiven der Anerkennung politischer Herrschaft steht. Damit griff er genau jene Probleme auf, für die sich die später entstandene political-culture-Forschung interessierte, nämlich die Orientierungen von Individuen auf politische Objekte.

WEBER behandelt politische Legitimitätsüberzeugungen als eine Teilklasse von Akzeptanz- oder Unterstützungsmotiven. Sie können aber nicht als diffuse Folgemotive interpretiert werden, da die Anerkennung der Herrschaft auf mehr oder minder klaren Gründen basiert: "Keine Herrschaft begnügt sich, nach aller Erfahrung, freiwillig mit den nur materiellen oder nur affektuellen oder nur wertrationalen *Motiven* als Chancen ihres Fortbestandes. Jede sucht vielmehr den Glauben an ihre 'Legitimität' zu wecken und zu pflegen. ... Die 'Legitimität' einer Herrschaft darf natürlich nur als Chance, dafür in einem relevanten Maße *gehalten* und praktisch behandelt zu werden, angesehen werden. Es ist bei weitem nicht an dem: daß jede Fügsamkeit gegenüber einer Herrschaft primär (oder auch nur: überhaupt immer) sich an diesem Glauben orientierte. Fügsamkeit kann vom Einzelnen oder von ganzen Gruppen rein aus Opportunitätsmotiven geheuchelt, aus materiellem Eigeninteresse praktisch geübt, aus individueller Schwäche und Hilflosigkeit als unvermeidlich hingenommen werden. Das alles ist aber nicht maßgeblich für die Klassifizierung einer Herrschaft. Sondern: daß ihr eigener Legitimitätsanspruch der Art nach in einem relevanten Maße 'gilt', ihren Bestand festigt und die Art der gewählten Herrschaftsmittel mit bestimmt" (WEBER 1972:122, 123; Hervorh. OWG, die letzten im Original).

Ob eine Klassifikation von Herrschaftsformen primär auf der Grundlage des vorherrschenden Legitimitätstypus erfolgen sollte, ist in unserem Zusammenhang von untergeordneter Bedeutung.

Für die Analyse von Einstellungen der Bevölkerung zur politischen Ordnung kommt es hier vielmehr auf die Behandlung der Legitimitätsüberzeugungen als eine spezifische, von anderen Formen unterscheidbare Klasse von Folgemotiven an. Dabei ist der Begriff des "Geltens" noch nicht so präzise gefaßt, daß Mißverständnisse über den Inhalt möglicher Geltungsmotive ausgeschlossen wären. Erst in seiner Typologie legitimer Herrschaft verdeutlicht WEBER die Gründe, die die Herrschaftsunterworfenen dazu veranlassen, einer politischen Herrschaftsordnung und den Befehlen der Inhaber politischer Herrschaftspositionen Geltung zuzuerkennen (vgl. WEBER 1972:124ff; etwas anders in der Beurteilung: GRAF KIELMANSEGG 1971:374ff, bes. 377).

Die Unterscheidung zwischen einer legitimen und einer aus anderen Gründen anerkannten Herrschaftsordnung greift bereits früher erörterte Probleme wieder auf. Bezieht ein Herrschaftssystem seinen Rückhalt aus Fähigkeit, die materiellen Interessen der Bevölkerung zu befriedigen, dann haben wir es im Sinne LIPSETs (1981:64ff) mit effektivitätsgebundenen Unterstützungsmotiven zu tun (Leistungsbestimmung). Die Effektivität eines politischen Systems reicht jedoch nach LIPSET auf lange Sicht nicht aus, seinen Bestand zu sichern. Zur Anerkennung einer politischen Ordnung können des weiteren die Tradition oder die Veralltägliclichung des Charismas eines bestimmten Inhabers einer Herrschaftsposition beitragen. Im modernen Staat spielen, wie GRAF KIELMANSEGG (1971:378ff) betont, alle drei genannten Geltungsmotive eine bedeutende Rolle. EASTONs (1965:289ff) Unterscheidung zwischen strukturellen und personellen Formen politischer Legitimität ähnelt dem WEBERschen Ansatz, der neben den traditionellen den "legal-rationalen" (strukturell im Sinne EASTONs) und den "charismatischen" (personell) Typus enthält. EASTONs Konzept der ideologischen Legitimität schließlich verweist auf die legitimierende Funktion von Werten in westlichen Demokratien, während diese für WEBER offenkundig keine von Tradition, Legalität/Rationalität und Charisma unabhängige Rolle spielen (vgl. allerdings EASTONs 1965:301ff Abgrenzung der eigenen Legitimitätskon-

zeption von der Max WEBERS).

In dieser Arbeit steht nur ein begrenzter Ausschnitt aus dem breiten Themenfeld zur Debatte, das die moderne Legitimitätsdiskussion abdeckt. Es geht hier lediglich um die für die Legitimitätsüberzeugung der Bevölkerung in den westlichen Demokratien des 20. Jahrhunderts maßgeblichen Gesichtspunkte und um deren Rolle in einer Theorie politischer Unterstützung. Die ausgiebige Legitimitätsdebatte in der deutschen Politikwissenschaft der siebziger Jahre trägt zur Lösung dieses Problems nur relativ wenig bei. KAASEs (1979:329) Feststellung, es fehlten empirisch gehaltvolle Theorien politischer Legitimität, fällt noch zu optimistisch aus. Dies wird klar, wenn man sich vor Augen führt, daß selbst in den wichtigsten theoretischen Beiträgen zur Legitimitätsdebatte nicht einmal die einschlägigen Begriffe (Legitimität, Legitimation, Legitimierung etc.) einigermaßen präzise definiert und konsistent benutzt werden (vgl. dazu auch die kritischen Hinweise bei: TROITZSCH 1984:18ff). Auch die erwähnte Arbeit von KAASE bringt die Diskussion nur bedingt weiter, da die von ihm zur empirischen Prüfung des Legitimitätskrisentheorems benutzten Indikatoren keine eindeutige Beziehung zum betreffenden theoretischen Konzept aufweisen. Er untersucht die Stichhaltigkeit der Behauptung, die westlichen Demokratien seien einer Legitimitätskrise ausgesetzt, an Hand dreier Kriterien, der Partei-Identifikation, der Systemzufriedenheit und des Partizipationsverhaltens. Als *Indikator* diffuser politischer Unterstützung kommt hiervon allenfalls der zweite Komplex von Variablen in Frage. Allerdings halte ich es für problematisch, diffuse Unterstützung und Legitimitätsüberzeugungen als austauschbare Konzepte zu behandeln. Die Partei-Identifikation eignet sich nicht als Indikator diffuser politischer Unterstützung, da sie sich auf eine bestimmte Elitengruppe ("authorities") bezieht und da ihr Rückgang nicht notwendig die Stabilität des Gesamtsystems gefährdet. Im Partizipationsverhalten kann man möglicherweise ein empirisches Korrelat, aber sicherlich keinen Indikator von Legitimitätsüberzeugungen sehen (vgl. zum Vorgehen KAASEs 1979:329ff). Immerhin gehört KAASE zu den wenigen deutschen

Politikwissenschaftlern, die das Legitimitätskrisentheorem als eine empirisch kritisierbare Hypothese betrachten und ihm eine Chance einräumen, an der politischen Wirklichkeit zu scheitern. Typischer für die Diskussion in der deutschen Politikwissenschaft war die Neigung, alle möglichen Manifestationen politischen Wandels zu Legitimitätskrisen hochzustilisieren und damit den theoretischen wie den empirischen Zugang zum Problem der Legitimität politischer Herrschaft beträchtlich zu erschweren.

Der Legitimitätsglaube ist, wie man den einschlägigen theoretischen Beiträgen entnehmen kann, mit *spezifischen* Überzeugungen von der Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung verbunden: "Legitimität ist soziale *Geltung als rechtens* - von dieser sehr allgemeinen Begriffsbestimmung wollen wir ausgehen. Sie macht deutlich, daß das Phänomen, mit dem wir es hier zu tun haben, mit einer menschlichen *Grunderfahrung* zusammenhängt - der Erfahrung *normativer Gebundenheit*. ... Der Begriff Legitimität nun bezeichnet eine *spezifische* Geltungserfahrung, nämlich die *Überzeugung von der Rechtmäßigkeit* sozialer Systeme, genauer gesagt: Er bezeichnet die Qualität, die sozialen Systemen und unter ihnen insbesondere politischen Systemen aus solcher Überzeugung *zuwächst*" (GRAF KIELMANSEGG 1971:367, 368; Hervorh. OWG). GRAF KIELMANSEGG (1971:371) macht ausdrücklich darauf aufmerksam, "daß die Frage nach der Legitimität politischer Systeme sich wiederum verdichtet zu der Frage nach der Rechtmäßigkeit der Herrschaftsstrukturen, die sie konstituieren".

Trotz aller in der Literatur auftretenden Meinungsverschiedenheiten über die Bedingungen, Formen und politischen Implikationen des Legitimitätsglaubens erscheint mir dessen Verständnis als Überzeugung von der *Rechtmäßigkeit einer Herrschaftsordnung* verhältnismäßig unkontrovers. Die Tatsache, daß man diese Vorstellung bei Autoren mit ganz unterschiedlichen wissenschaftlichen Orientierungen findet (vgl. z.B. EASTON 1965: 278ff; HABERMAS 1976:39; HENNIS 1976:13; weitere Hinweise bei RAMMSTEDT, RÖNSCH 1977), spricht dafür, auch hier von dem vor-

gestellten Grundverständnis auszugehen.

Umstritten bleiben dabei die Kriterien, an Hand derer über die Rechtmäßigkeit einer politischen Ordnung entschieden werden kann. Für HABERMAS wie für HENNIS scheinen die Legitimitätsüberzeugungen der Systemmitglieder allenfalls ein notwendiges, keinesfalls aber ein hinreichendes Moment legitimer Herrschaftsausübung zu sein. HABERMAS (1973:68ff, 96ff) unterscheidet in diesem Sinne zwischen diffuser Massenloyalität bzw. kontingentem oder erzwungenem Konsens auf der einen Seite und politischer Legitimität. Letztere beruhe auf "eine(r) unter Freien und Gleichen erzielte(n) Übereinstimmung oder Vereinbarung" (vgl. HABERMAS 1976:46). Auch HENNIS (1976:12) sieht einen prinzipiellen Unterschied zwischen Legitimitätsüberzeugungen und wirklicher Legitimität: "... ohne ein irgendwie zum Gehorsam motiviertes Mitmachen der Beherrschten geht Herrschaft nicht, aber diese banale Aussage gilt für jede Herrschaft, ungeachtet ihrer Qualität. Konsens, Zustimmung der Beherrschten als solche schafft Zustimmung, damit aber noch nicht notwendig Legitimität ... Selbst wenn sich Neunundneunzig von Hundert die Rechtmäßigkeit des Regimes psychisch zu eigen gemacht haben, der eine Gerechte weiß es besser".

Die empirische Politikwissenschaft stellt die Überzeugung der Bevölkerung von der Rechtmäßigkeit der politischen Herrschaft in den Vordergrund. Damit trifft sie den Kern *demokratischer* Legitimitätsdoktrinen, nämlich die Ausübung der Herrschaftsgewalt auf der Basis der Legitimitätsüberzeugungen der Herrschaftsunterworfenen. Allerdings bleibt im Rahmen einer Theorie politischer Unterstützung die Frage zu klären, ob sich die Legitimitätsüberzeugungen, wie bislang implizit unterstellt, lediglich auf das politische Regime oder auch auf andere Objektkomplexe, hier vor allem auf die Inhaber politischer Führungspositionen richten.

Nach FRASER (1974:117f) tritt das Legitimitätsproblem in der Geschichte des politischen Denkens zunächst im Zusammenhang mit der Besetzung einer Herrschaftsposition durch eine be-

stimmte Person auf. Ein Herrscher konnte auf Grund einer spezifischen Beziehung zu seinem Vorgänger legitimerweise eine Herrschaftsposition für sich beanspruchen. Auch in WEBERS (1972:124ff) Typologie legitimer Herrschaft richten sich die Legitimitätsüberzeugungen der Bevölkerung und der Mitglieder des Herrschaftsstabes nicht allein auf die Herrschaftsordnung und die in ihr institutionalisierten Werte, Normen und Verfahrensmuster. Darüber hinaus können auch die Inhaber der Herrschaftspositionen und die von ihnen erteilten Anweisungen als legitim akzeptiert oder als illegitim verworfen werden. Beim Typus der charismatischen Herrschaft und bei EASTONS Konzept der personellen Legitimität wird die Anerkennung der politischen Ordnung gerade durch die Identifikation mit den *Inhabern* von Herrschaftspositionen begründet (vgl. EASTON 1965:302ff; 1975:452).

EASTON (1975:451) betont ausdrücklich, daß neben dem politischen Regime auch das Führungspersonal und die politische Gemeinschaft als Adressaten von Legitimitätsüberzeugungen in Frage kommen: "Legitimacy is a kind of supportive sentiment that may be directed to any one of the three objects. There is little question that it is appropriate to speak of a belief in the legitimacy of a *regime* and its *authorities*".

Weder im Hinblick auf die *Adressaten* noch im Hinblick auf die für die politische Unterstützung maßgeblichen *Motive* ist es somit sinnvoll, Legitimitätsüberzeugungen ausschließlich als Form oder Komponente *diffuser* politischer Unterstützung zu bezeichnen (so neben EASTON 1975 z.B. auch: KAASE 1979:332ff; BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:22ff; CONRADT 1980:221f). Die Gründe für die Anerkennung der politischen Ordnung sind in die diesem Falle keineswegs diffus, und neben dem System als allgemeinem Objekt steht auch die Führung unter normativem Rechtfertigungsdruck. Es ist demnach sinnvoll, zwischen *Systemlegitimität* und *Regierungslegitimität* zu unterscheiden. Bei der Analyse des politischen Vertrauens wurde bereits auf das Vorhandensein einer deutlich ausgeprägten legitimatorischen Komponente in dieser Einstellung hingewiesen (vgl. S. 271f).

Auf der Grundlage der bisherigen Überlegungen lassen sich die Beziehungen zwischen den einzelnen Komponenten politischer Unterstützung meiner Meinung nach etwas genauer fassen, als dies in der ursprünglichen, von EASTON entwickelten Konzeption der Fall war. Politische Unterstützung stellt demnach das *Ergebnis* von Bewertungen der *Leistungsfähigkeit*, der *Vertrauenswürdigkeit* oder der *Rechtmäßigkeit* der Regierung oder des politischen Systems dar. Einzelne Handlungen der Inhaber politischer Entscheidungsrollen können gleichfalls unter Legitimitäts- und Effektivitätskriterien bewertet werden. Das politische *Vertrauen* ist in seinem Ursprung auf *persönliche* Eigenschaften der Inhaber von Führungspersonen gerichtet, es kann aber von diesen auf Organisationen wie die Regierung oder auf die Strukturen des Gesamtsystems generalisiert werden. Inhaltlich ist das politische Vertrauen durch Begriffe wie Fairness, Uneigennützigkeit, Gemeinwohlorientierung usw. definierbar.

Die *Bewertung einzelner Handlungen* der politischen Eliten und der Verwaltung bildet den Ausgangspunkt für die Entstehung von *Policy-Zufriedenheit* oder von Effektivitätsüberzeugungen im Sinne LIPSETs. Diese Einstellungen betreffen die Fähigkeit der Regierung, durch bestimmte Aktionen die von der Bevölkerung oder von einzelnen Gruppen gewünschten politischen Güter bereitzustellen. Auch die *Policy-Zufriedenheit* bzw. Leistungsbeurteilung ist generalisierungsfähig, d.h. in ihrem Objektbezug mehr oder minder spezifisch.

Legitimitätsüberzeugungen schließlich beziehen sich ursprünglich auf *Strukturen* oder *Regeln*, die von den Mitgliedern einer politischen Gemeinschaft als rechtmäßig und deshalb als bindend anerkannt werden. Legitime Ordnungen geben einen Rahmen ab, innerhalb dessen die Handlungen von Personen ebenfalls als legitim anerkannt werden können.

Liegt keines dieser spezifischen Akzeptanzmotive vor, dann können wir von *diffuser System- oder Regierungszufriedenheit* sprechen. Die in der Literatur am häufigsten erwähnten diffusen Akzeptanzformen sind traditioneller oder affektiver Natur.

2.4.2. Politische Legitimitätsüberzeugungen und politische Prioritäten

Langzeitdaten zur Analyse der Legitimitätsüberzeugungen, die den hier vorgestellten theoretischen Kriterien genügen, liegen bislang nicht vor. MULLER (1979:79ff) erhebt zwar den Anspruch, mit seinen 1974 eingesetzten Fragen zur diffusen politischen Unterstützung auch die Legitimitätsdimension der politischen Kultur erfaßt zu haben, doch ist diese Behauptung auf der Grundlage theoretischer Überlegungen für die Mehrzahl der Unterstützungsindikatoren kaum nachvollziehbar, da hier ganz andere Momente als die Rechtmäßigkeit der politischen Ordnung gemessen werden. Denselben Vorbehalt muß man auch gegen SCHMIDTCHENS (1977) Messung des Legitimitätsbewußtseins geltend machen.

Dagegen enthalten die Mannheimer Wahlstudien 1980 und 1983 Fragen, die sich direkt auf die in der theoretischen Diskussion über die Legitimität politischer Herrschaft angesprochenen Probleme beziehen. In der Wahlstudie 1980 wurde die Einstellung zur Legitimität des politischen Systems durch die folgende Frage erfaßt: "Wie sehr entspricht unsere politische Ordnung und Demokratie dem, was Sie in der Politik für gut und richtig halten?" Diese Frage kommt dem Legitimitätskonzept EASTONS recht nahe, das bekanntlich mit den Worten "It reflects the fact that in some vague or explicit way he (the member of the political community, OWG) sees these objects as *conforming* to his own moral principles, his sense of what is *right and proper* in the political sphere" (EASTON 1965:278) charakterisiert wurde.

Auf diese Frage antworteten im September 1980 70 Prozent der befragten Bundesbürger, die politische Ordnung entspreche sehr stark (10%) oder stark (60%) ihren eigenen Vorstellungen von dem, was in der Politik gut und richtig sei, 28 Prozent sahen eine Diskrepanz zwischen den eigenen Wertvorstellungen und den politischen Gegebenheiten.

In Übereinstimmung mit INGLEHARTS Annahmen stehen die Postma-

terialisten der Legitimität der politischen Ordnung kritischer gegenüber als die Materialisten und die Befragten mit gemischten Präferenzen. 62 Prozent von ihnen gaben an, die politische Ordnung entspreche stark oder sehr stark den eigenen Wertstandards, in den beiden anderen Gruppen lag der Prozentanteil um zehn (Materialisten) bzw. um fünfzehn Punkte höher (Mischgruppe). Immerhin bekundeten aber fast zwei Drittel der Postmaterialisten ihr Einverständnis mit dem bestehenden politischen System. Dies Ergebnis deckt sich wohl kaum mit INGLEHARTs Erwartungen. Darüber hinaus sind die statistischen Beziehungen zwischen den Wertorientierungen und den Legitimitätsüberzeugungen teils auf dem 95-Prozent-Niveau insignifikant (Tau C, Pearsons r), teils liegt ihr Wert so niedrig, daß sich eine eindeutige Interpretation verbietet (Cramer's V .09; Eta .10; $p < .01$).

Die Multiple Klassifikationsanalyse brachte dementsprechend keine Bestätigung der INGLEHARTschen Postmaterialismus-Theorie: Im multivariaten Modell trat kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen den Wertorientierungen und dem Legitimitätseinverständnis auf ($p > .10$). Der mit Hilfe des Postmaterialismus-Modells zu erklärende Varianzanteil belief sich lediglich auf etwa zwei Prozent (auf die Vorlage von Tabellen wird verzichtet).

Die in der Wahlstudie 1983 enthaltenen Legitimitätsindikatoren sind in mehrererlei Hinsicht interessant. In der zweiten Welle der Political-Action-Erhebung (1980) waren dieselben Items enthalten, so daß zumindest für den Zeitraum 1980 bis 1983 die Möglichkeit besteht, die Entwicklung des Legitimitätsbewußtseins zu untersuchen. Wegen des Regierungswechsels im Herbst 1982 und dessen Auswirkungen auf das Niveau des spezifischen Regierungsvertrauens ist dies ein recht interessanter Zeitabschnitt. Zudem läßt sich das Urteil über die Systemlegitimität mit dem über die Regierungslegitimität vergleichen; denn beide Objekte, die Regierung und das politische System, waren auf der Basis derselben Standards (Gerechtigkeit, Fairneß; Schutz der Freiheit der Bürger) zu bewerten. Eine vergleichende Analyse

der Beziehung zwischen den Wertorientierungen und den Legitimitätsüberzeugungen in den Jahren 1980 und 1982/83 ist allerdings nicht möglich, da die Political-Action-Daten von 1980 noch nicht für Sekundäranalysen zugänglich sind.

Die Einschätzung des politischen Systems als gerecht und fair blieb zwischen 1980 und 1983 ziemlich konstant. Der betreffende Wert liegt um etwa zwanzig Punkte höher als die Einschätzung der Regierung unter den Gesichtspunkten der Gerechtigkeit und Fairness (vgl. Tab. 4-22). Der leichte Rückgang der Systemlegitimität zwischen 1980 und dem Februar 1983 liegt innerhalb des durch den Stichprobenfehler erklärbaren Bereichs, kann also nicht eindeutig interpretiert werden. Beim Urteil über den Schutz der bürgerlichen Freiheitsrechte durch das politische System zeigt sich eine ähnliche Konstellation, allerdings auf einem etwas höheren Niveau der Systemakzeptanz.

Zu Vergleichszwecken sind weitere Indikatoren politischer Unterstützung in die Tabelle 4-22 aufgenommen. Sie dokumentieren das hohe Ausmaß an Systemzufriedenheit in der Bundesrepublik, wobei das Zufriedenheitsniveau mit dem Erhebungsinstrument variiert.

Ähnlich wie bei der Analyse des Regierungsvertrauens werden bei der folgenden Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang zwischen Wertorientierungen und Legitimitätsüberzeugungen die beiden bekannten Einzelindikatoren zu einem Index zusammengefaßt. Das Ergebnis der bivariaten und der multivariaten Analyse entspricht den bereits bekannten Befunden: Wiederum stehen die Postmaterialisten dem Legitimitätsanspruch des politischen Systems etwas kritischer gegenüber als die beiden Vergleichsgruppen. Fast drei Viertel von ihnen (73 Prozent, Mischgruppe: 85 Prozent; Materialisten: 89 Prozent; Cramer's V .12; Tau C -.09; Eta .16; r -.14; auf die Vorlage von Tabellen wird verzichtet) äußern die Meinung, das politische System der Bundesrepublik sei gerecht und fair und es schütze die grundlegenden Freiheiten der Bürger. Nach INGLEHARTs Annahmen hatten wir mit weit verbreiteten Zweifeln an der Legitimität des bestehen-

Tab. 4 - 22: Legitimitätsüberzeugungen in der Bundesrepublik Deutschland, 1980 - 1983
(Angaben: Anteil positiver/zustimmender Antworten)

	1980	11/1982	2/1983	3/1983	PPD 1980-1983
Das politische System ist gerecht und fair	88*	83	83	87	-1
Das politische System schützt die grundlegenden Freiheiten der Bürger	92*	85	87	89	-3
N	2095	1622	1194	1014	
=====					
Zum Vergleich					
Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie	82	78	81	88	+6
Übereinstimmung der politischen Ordnung mit den eigenen Wertvorstellungen	70	-	-	-	
Regierung ist gerecht und fair	-	64	63	-	
Regierung schützt Freiheit	-	76	77	-	

Anmerkung: Die Formulierung von Fragen und Antwortvorgaben stimmt mit den Angaben in Tab. 4-16 überein.

* Quelle: FUCHS (1984:680, Tab. 6)

den politischen Systems zu rechnen. Hiervon kann nicht die Rede sein. Im Rahmen der Multiplen Klassifikationsanalyse erweisen sich die Politikpräferenzen zwar als die wichtigsten Bestimmungsfaktoren der Legitimitätsüberzeugungen (Beta-Gewicht bei Kontrolle der übrigen relevanten Variablen: .12). Der Beitrag der Postmaterialismus-Theorie zur Erklärung der in der Bevölkerung vorhandenen Vorstellungen von der Legitimität der politischen Ordnung fällt allerdings bei einem erklärten Varianzanteil von zwei Prozent mehr als bescheiden aus (auf die Vorlage von Tabellen wird verzichtet).

Auf der Grundlage der bisherigen Analysen können wir INGLEHARTs Annahme, das Auftreten postmaterialistischer Wertorientierungen führe zu einer Vertrauens- oder gar einer Legitimitätskrise des politischen Systems, für die Bundesrepublik der siebziger und frühen achtziger Jahre zurückweisen, oder doch zumindest relativieren. Der negative Zusammenhang zwischen den postmaterialistischen Wertorientierungen und den verschiedenen Indikatoren politischer Unterstützung bedeutet nämlich nicht, daß die Postmaterialisten mehrheitlich das politische System der Bundesrepublik ablehnen, sondern lediglich, daß ihre Zufriedenheit mit der politischen Ordnung weniger stark ausgeprägt ist als in den übrigen Untersuchungsgruppen.

Wenn durch den Übergang zur postindustriellen Gesellschaft tatsächlich eine Neuformierung politischer Konfliktstrukturen hervorgerufen würde, dann müßte sich dies deutlicher in den Einstellungen der Konfliktparteien zum politischen System zeigen.

Für das Verständnis des Materialismus und des Postmaterialismus als Wertorientierungen werfen unsere Ergebnisse ebenfalls gewisse Probleme auf. Träfe INGLEHARTs Kategorisierung der materialistischen und der postmaterialistischen Prioritäten tatsächlich zu und beurteilten die Postmaterialisten ihre Durchsetzungschancen so negativ, wie er es vermutet, dann müßten ihre Einstellungen zum politischen System deutlich negativer ausfallen, als es vor allem vor 1982 der Fall war. Es

ist sehr unwahrscheinlich, daß die Postmaterialisten mehrheitlich Zufriedenheit mit dem politischen System bekunden, wenn die in diesem institutionalisierten Werte den eigenen politischen Präferenzen zuwiderlaufen. Entweder kommt den materialistischen und den postmaterialistischen Orientierungen im individuellen Einstellungssystem eine geringere Bedeutung zu als INGLEHART behauptet, oder es ist um die Durchsetzungschancen postmaterialistischer Ziele in der deutschen Politik nicht so schlecht bestellt, wie die Theorie der Stillen Revolution annimmt. Im ersten Falle ergeben sich Probleme für die Interpretation des Postmaterialismus und des Materialismus als Wertorientierungen. Im zweiten Fall trifft INGLEHARTs Beschreibung der politischen Gegebenheiten in westlichen Demokratien nicht zu. Bei einer hochpolitisierten Gruppe wie den Postmaterialisten ist die Systembewertung mit Sicherheit durch die eigenen politischen Wertorientierungen geprägt. Gerade der Vergleich der Systemorientierungen mit den Involvierungsindikatoren und dem Regierungsvertrauen zeigt, daß im untersuchten Zeitraum die die Systemfrage für die überwiegende Mehrheit der Postmaterialisten nicht auf der Tagesordnung stand.

2.5. Wertorientierungen, politische Unterstützung und Staatsbürgerkultur

Vergleicht man ältere Analysen der System- und Output-Orientierungen der Bundesbürger mit neueren Beiträgen zu diesem Problem, dann zeigt sich ein bemerkenswerter Wandel in den Einschätzungen. In den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten waren nach ALMOND und VERBA (1965:66) die Einstellungen der Bevölkerung zur politischen Gemeinschaft instrumentell geprägt: "Germans see the significance of governmental output and they expose themselves to information about the political input, but they express little pride in their political system as a whole and focus their national pride on the German economy, on the personal virtues and on their scientific and artistic accomplishments" (kritisch allerdings zur Brauchbarkeit des Konstruktes "Systemaffekt": CONRADT 1980:221ff). Für die Zu-

friedenheit der Bevölkerung mit dem politischen System war nach vorherrschender Meinung die Qualität der materiellen Leistungen, insbesondere auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik, maßgeblich. Die Chancen zur Einflußnahme auf politische Vorgänge spielten für die Systembewertung nur eine untergeordnete Rolle, den demokratischen Institutionen wurde kein Selbstwert zuerkannt.

GREIFFENHAGEN und GREIFFENHAGEN (1981:107) teilen die Einschätzung von ALMOND und VERBA. Als die typischen Merkmale der politischen Kultur der Bundesrepublik betrachten sie "eine Politik des Befehlens und Gehorchens. Eine Elite, jetzt nicht mehr des Adels, sondern der Sachverständigen herrscht über die Massen ... Eine zweite aus deutscher Politiktradition stammende Vorstellung läßt sich ebenfalls mit dem elitetheoretischen Demokratiemodell der Technokratie verbinden, der Meinung nämlich, die herrschende Elite sei politisch neutral".

Ich halte die Darstellung dieser beiden Merkmale als typische Eigenschaften der politischen Kultur Deutschlands für unzutreffend. Die Technokratie-Debatte bezog sich auf die politischen Verhältnisse in allen westlichen Demokratien, nicht nur in der Bundesrepublik (vgl. z.B. KOCH, SENGHAAS 1970; sowie die Ausführungen bei LIPSET 1981:524ff). Die Theorie demokratischer Eliteherrschaft entstand in den Vereinigten Staaten (vgl. kurze Zusammenfassung der Diskussion bei SCHARPF 1970: 29ff; WIESENDAHL 1981:40ff). Wichtig ist aber in unserem Zusammenhang die Feststellung, daß *auch* die Einstellungen der Bundesbürger zum politischen System vornehmlich über dessen materielle Leistungsfähigkeit vermittelt waren. Politische Unzufriedenheit äußerte sich in erster Linie als Apathie, politischer Protest war eher als Ausnahmefall zu betrachten.

Nach Meinung zahlreicher Beobachter machte diese instrumentelle und von Passivität geprägte Beziehung der Bevölkerung zur Politik zwischenzeitlich gänzlich anderen Dispositionen Platz. Autoren, die die zunehmende politische Unzufriedenheit als das prägende Merkmal der politischen Kultur der Bundesrepublik in

den siebziger und achtziger Jahren ansehen, führen diese Veränderungen nicht zuletzt auf den Wandel sozio-politischer Grundwerte zurück. In Folge der Aufwertung partizipativ-egalitärer Ziele habe die Befriedigung materieller Sicherheits- und Erhaltungsbedürfnisse ihre ehemals systemstabilisierende Funktion eingebüßt. Politische Unzufriedenheit basiere heute weitgehend auf nicht-materiellen Faktoren. So wird das Auftreten der Bürgerinitiativ- und Protestbewegung weithin als Ausdruck eines prinzipiellen Unbehagens an der modernen Zivilisation interpretiert (vgl. für viele andere: GUGGENBERGER 1980; KLAGES, HERBERT 1983:96ff).

EASTONS Konzept politischer Unterstützung hilft uns dabei, die unbestreitbaren Veränderungen in den System- und Output-Orientierungen der Bundesbürger besser zu verstehen. Sowohl das politische System als auch die amtierende politische Führung sind, um ihre Aufgaben in der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung effektiv erfüllen zu können, auf das Einverständnis der (Mehrheit der) Bevölkerung angewiesen. Bleiben die betreffenden Einstellungen (*covert support*) oder Handlungen (*overt support*) aus, dann entsteht "support stress", dessen Bedingungen, Formen und Auswirkungen EASTON (1965:220ff) ausführlich beschrieb. Eine unzulängliche *Systemunterstützung* gefährdet auf Dauer den Fortbestand der politischen Ordnung. Dies gilt besonders für die Demokratie, in der sich die Ausübung der Herrschaftsgewalt durch die politischen Eliten auf die Zustimmung der Herrschaftsunterworfenen stützt. Schwankungen im Niveau der Zufriedenheit mit der *amtierenden Regierung* gehören dagegen zu den Funktionserfordernissen einer Wettbewerbsdemokratie.

Die Unterstützung der politischen Führung tritt in verschiedenartigen Formen auf, von welchen in dieser Arbeit die Policy-Zufriedenheit und das Regierungsvertrauen behandelt wurden. Beide Einstellungen sind im Klassifikationsschema von ALMOND und VERBA der Output-Kultur zuzuordnen. Sie richten sich entweder auf die *Produkte* des politischen Entscheidungsprozesses oder auf die für deren Umsetzung zuständigen *Organi-*

sationen und Personen und gehören nach ALMOND und VERBA (1965: 168ff) ebenso zur Staatsbürgerkultur wie die positiven Einstellungen zu den Input-Strukturen und -prozessen, zur politischen Ordnung und zur politischen Gemeinschaft. Die Output-Zufriedenheit kann mehr oder minder allgemeiner Natur sein: Sie kann sich auf einzelne politische Leistungen oder Aktivitäten beziehen (Policy-Zufriedenheit), aber auch von der Vorstellung getragen sein, die politische Führung halte sich bei ihrer Amtsführung an die geltenden Spielregeln, sie mißbrauche ihre Position nicht dazu, die Rechte der Opposition einzuschränken, und sie benachteilige durch ihre Aktivitäten nicht bewußt bestimmte Gruppen und bevorzuge andere (politisches Vertrauen).

Die wichtige Funktion der spezifischen politischen Unterstützung für die politische Kultur der repräsentativen Demokratie westlicher Prägung ergibt sich aus den Funktionsprinzipien dieses politischen Systems: Die Bürger übertragen die Staatsgeschäfte auf Zeit einer bestimmten Personengruppe. Sie weisen dieser kein inhaltlich genau definiertes Mandat, sondern eine allgemeine Führungsaufgabe zu; denn die Gesamtheit der Bürger ist schon auf Grund der Vielzahl divergierender Interessen zu einer inhaltlichen Steuerung der Gesamtpolitik der Regierung nicht in der Lage. Die Wahl des Führungspersonals jedenfalls eignet sich hierzu nicht. Von welchen Motiven die Stimmabgabe im einzelnen auch immer getragen sein mag, eine wichtige Rolle spielt sicherlich die Auffassung, daß die Gewählten ihre Aufgaben kompetent und fair erfüllen.

In der Demokratie bildet das Vertrauen zur amtierenden politischen Führung ein Kapital, auf das diese in Krisenzeiten zurückgreifen kann und das sie in solchen Situationen auch in besonderem Maße benötigt. Diese Einstellung bildet sich, wie ABRAMSON (1983:209ff) beschreibt, im Laufe des Sozialisationsprozesses als allgemeine Disposition gegenüber der politischen Umwelt und gegenüber den Inhabern politischer Führungspositionen heraus. Das Regierungsvertrauen kann aber auch im Erwachsenenalter als Ergebnis positiver Erfahrungen im Umgang mit

politischen Institutionen und Rolleninhabern entstehen. Im modernen Sozialstaat dürften die wirtschafts- und sozialpolitischen Leistungen der politischen Führung und des politischen Systems zu den wichtigsten Bestimmungsgrößen dieser Einstellung gehören. Daneben entwickeln sich relativ stabile Bindungen bestimmter Bevölkerungsgruppen an die politischen Eliten über die Parteipräferenz. Sie fungiert in den europäischen Demokratien als Integrationsmedium und als Basis politischer Konfliktstrukturen.

Unter besonderen Bedingungen verhält sich das Regierungsvertrauen instrumentell zum Systemvertrauen und zur Legitimität der bestehenden Ordnung. Dies ist insbesondere bei neu etablierten politischen Systemen zu erwarten. In ihrer Entstehungsphase stoßen diese nämlich häufig bei bestimmten Bevölkerungsgruppen auf Ablehnung, und es kommt zu einer Polarisierung des Parteiensystems. Unter solchen Bedingungen kann eine rasche Regierungsübernahme durch eine große Oppositionspartei einen bedeutenden Beitrag zur Integration der systemkritischen Bevölkerungsgruppen leisten. Wenn dieser Machtwechsel nicht zu radikalen politischen Veränderungen oder zu einem deutlich verschlechterten Leistungsoutput führt, treten auch bei den Anhängern der aus dem Amte gewählten Führungsgruppe nicht notwendig Loyalitätsdefizite auf. In einer funktionsfähigen, von der Gesamtbevölkerung akzeptierten Wettbewerbsdemokratie herrscht in allen gesellschaftlichen Gruppierungen das Gefühl vor, von den um die politische Macht konkurrierenden Gruppierungen im Prinzip fair und gerecht behandelt zu werden. Betrachten es die Bürger schließlich als eine besondere Leistung des politischen Systems, daß die Politik der Führung den Wünschen der Wählermehrheit entspricht, dann ist der Transfer politischer Unterstützung von einzelnen Entscheidungen auf das Gesamtsystem erfolgreich abgeschlossen (vgl. auch die Hinweise bei KLAGES 1981a:137ff).

An der Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik läßt sich der Transfer politischer Zufriedenheit von den Outputs und von den Output-Institutionen auf das System als allgemeines Objekt

geradezu exemplarisch studieren.

Das in dieser Arbeit präsentierte Datenmaterial liefert weitere Belege für die Systemfunktionen variierender Regierungszufriedenheit. Die Möglichkeit, durch politische Leistungen oder durch den Regierungsstil Vertrauen zu erwerben oder zu verspielen, hält den Mechanismus des Machtwechsels in Gang. Dies zeigt sich im Zeitraum zwischen 1980 und 1982, in dem die Zufriedenheit mit der sozialliberalen Regierung rapide zurückging. Dieser Prozeß endete schließlich mit einem Regierungswechsel. Erst nach der Amtsübernahme durch die Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP kam der Ansehensverlust der politischen Führung zum Stillstand. Die Wiederherstellung des Vertrauens blieb nicht auf die Ebene der Output-Organisation beschränkt. Nach dem Regierungswechsel nahm die Systemzufriedenheit, die durch die negative Bewertung der Regierungspolitik ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen worden war, wieder zu.

Üblicherweise führt ein Machtwechsel bei den Anhängern der abgelösten Regierung zu Loyalitätsdefiziten. Es ist aber wichtig, daß dieser Vertrauensschwund nicht ungebrochen auf die Systemebene übergreift, da sonst jeder Regierungswechsel potentiell den Bestand der politischen Ordnung gefährden könnte. Dem wirkt eine breite Anerkennung der für die Demokratie konstitutiven politischen Spielregeln entgegen. Insbesondere die Akzeptanz der Prinzipien der zeitlichen Befristung politischer Herrschaft und der Legitimität des Machtwechsels ermöglicht es den Anhängern der jeweiligen Oppositionspartei, politische Entscheidungen zu akzeptieren, die ihren Vorstellungen zuwiderlaufen und die Regierung durch eine Führungsgruppe zu akzeptieren, mit deren Programm sie nicht übereinstimmen und deren Kompetenz sie bezweifeln.

Auch die Demokratie hebt den Unterschied zwischen Herrschenden und Beherrschten nicht auf. Aus einer Reihe von Gründen etablierte sich in den modernen westlichen Staaten der Typus repräsentativer Demokratie. Obgleich in dieser politischen Ordnung jedem Mitglied des politischen Systems prinzipiell die

Möglichkeit offensteht, in eine Führungsfunktion gewählt zu werden und auf diese Weise an der politischen Herrschaft teilzuhaben, ist für den Normalfall eine unmittelbare Mitwirkung der Aktivbürger an politischen Entscheidungen nicht vorgesehen. Damit entfällt ein wichtiges Motiv der Folgebereitschaft, die persönliche Mitwirkung an der betreffenden Entscheidung. Das Akzeptanzproblem wird dadurch verschärft, daß die Differenz zwischen Herrschenden und Beherrschten auf Dauer gestellt ist: Die Herrschaftsbefugnisse sind in der repräsentativen Demokratie ziemlich ungleich auf die Inhaber unterschiedlicher politischer Rollen verteilt, und die Zuteilung erfolgt nach positionsspezifischen Kriterien. Für die Mehrzahl der Bürger beschränkt sich die Teilnahme am Setzen gesamtgesellschaftlich bindender Entscheidungen auf das Stimmrecht bei Wahlen, vereinzelt besteht die Möglichkeit zur Mitentscheidung über Sachfragen. Typischerweise konzentrieren sich die politischen Herrschaftsbefugnisse bei einer gewählten Regierung und der sie stützenden Parlamentsmehrheit. Die politische Führung ihrerseits delegiert bestimmte Kompetenzen an eine nach fachspezifischen Gesichtspunkten rekrutierte Exekutive. Die Besetzung der meisten bürokratischen Positionen ist, zumindest in der Bundesrepublik, dem Einfluß der Wahlbürgerschaft entzogen. Diese Form institutionell abgesicherter politischer Ungleichheit bedarf im demokratischen Staat der Rechtfertigung.

Unter den zahlreichen Rechtfertigungsgründen für die ungleiche Verteilung der Herrschaft kommt in der Demokratie dem *prinzipiellen* Einverständnis der Bevölkerung mit den Prinzipien der Auswahl des Führungspersonals, der Verteilung von Herrschaftsbefugnissen und der Ausübung autoritativer Entscheidungskompetenzen durch einzelne Personen eine hervorragende Bedeutung zu. Die Bereitschaft hierzu hängt in einem funktionsfähigen demokratischen System vom Vertrauen in die demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen ab. Die Bevölkerung muß sich darauf verlassen können, daß ihr durch das Handeln der Regierung keine unzumutbaren externen Effekte entstehen, und zwar unabhängig davon, welche der rivalisierenden politischen Gruppierungen regiert. Diese Funktion erfüllt die (diffuse)

Systemunterstützung. Ihre Verbreitung in allen gesellschaftlichen Teilgruppen ist das Kernelement der Staatsbürgerkultur.

In der Bundesrepublik haben sich die kulturellen Voraussetzungen für den Bestand und die Funktionsfähigkeit der demokratischen politischen Ordnung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beständig verbessert: "The longitudinal trends and contemporary opinion measures suggest that support for the democratic political system has now permeated the contemporary political culture of the Federal Republic" (BAKER, DALTON, HILDEBRANDT 1981:27; vgl. auch: ALLERBECK, KAASE, KLINGEMANN 1979/80:370; CONRADT 1980:223ff; RAUSCH 1980:64ff; WIESENDAHL 1981:22ff; GREIFFENHAGEN 1984:59, 61ff). Die in der Studie von BAKER, DALTON und HILDEBRANDT noch nicht berücksichtigte Entwicklung seit 1976 ist gleichfalls durch ein im internationalen Vergleich außerordentlich hohes Niveau der Systemzufriedenheit charakterisiert. Wie KAASE (1979:337) betont, bewährte sich das Einverständnis mit der Demokratie vor allem in Krisenzeiten: "... die Solidarität der deutschen Bevölkerung mit ihrer Regierung im Lichte einer extremen terroristischen Bedrohung 1977 (...) läßt auch erkennen, daß viel von der Unzufriedenheit, von der die Rede war und ist, in Situationen aufkommt, in denen die demokratische Ordnung in ihren grundsätzlichen Elementen nicht bedroht ist und die Erwartungen in ungeahnte Höhen steigen". Selbst in wirtschaftlichen Krisenzeiten bekundete eine breite Mehrheit der Bundesbürger ihre Zufriedenheit mit dem politischen System. Die Perzeption der wirtschaftlichen Lage steht nur in einer schwachen Beziehung zur Systemzufriedenheit.

Bei der gegebenen Datenlage sollte man annehmen, über die Demokratiezufriedenheit der Bundesbürger und über das Ausmaß des Legitimitätseinverständnisses gebe es keine Debatten. Schon ein flüchtiger Blick auf die Forschungsaktivitäten der vergangenen fünfzehn Jahre belehrt uns eines Besseren: Man findet kaum einen Aspekt des politischen Lebens in der Bundesrepublik, der nicht in irgendeiner Weise als Indiz für einen Legitimitätskrisenverdacht hätte herhalten müssen. So äußerte sich

denn auch HENNIS (1976:9) in seinem Eröffnungsreferat 1975 kritisch zum Duisburger Politologentag zur Systemperspektive unserer Disziplin: "Wenn eine nationale politikwissenschaftliche Vereinigung das Problem der Legitimität staatlicher Herrschaft so entschieden in den Mittelpunkt ihrer Verhandlungen rückt wie wir das dieses Jahr tun, so muß man annehmen, daß massive Realprobleme der politischen Ordnung unseres Landes dazu Veranlassung geben. Ich sehe nicht, daß das der Fall wäre. Nie in unserer jüngeren deutschen Geschichte waren die prinzipiellen und rechtlichen Grundlagen der staatlichen Ordnung so wenig streitbefangen wie in der Ära der Bundesrepublik. Beim besten Willen vermag ich nicht zu sehen, wie man die unbestreitbar großen Schwierigkeiten und Probleme des Regierens, vor denen wir wie alle Industriestaaten stehen, ohne gröbliche Verzerrungen als Legitimationsprobleme oder gar als Beleg für Legitimationskrisen rubrizieren kann. Da scheint mir viel Wunschdenken mit im Spiel zu sein".

Die in der Literatur geäußerten Zweifel an der Stabilität und an der Legitimität des politischen Systems in der Bundesrepublik sowie an der demokratischen Zuverlässigkeit seiner Mitglieder stützen sich weniger auf Besorgnisse über die zwanzig bis dreißig Prozent in der Bevölkerung, die in sämtlichen hier ausgewerteten Umfragen Unzufriedenheit mit dem politischen System erkennen ließen. Vielmehr stößt vielfach die hier vorgenommene *Auswahl der Indikatoren* der Systembewertung auf Kritik. Die Skepsis gegenüber der Aussagekraft empirischer Forschungsergebnisse hält allerdings oft nur so lange vor, wie die Ergebnisse den eigenen politischen Vorurteilen zuwiderlaufen. Sie werden bereitwillig genutzt, wenn sie die eigene Argumentation stützen (ein Paradebeispiel dafür liefert REICHEL 1981a:187ff).

Sämtliche vorliegenden empirischen Daten deuten auf ein während der Nachkriegszeit stetig zunehmendes, mittlerweile außerordentlich stabiles Einverständnis der Bevölkerung mit dem politischen System hin (vgl. auch: GREIFFENHAGEN 1984:61). Im Hinblick auf die Output-Orientierungen hingegen läßt sich Kon-

tinuität feststellen. Von situationsbedingten, kurzfristigen Schwankungen abgesehen, überwogen in der Bevölkerung positive Einstellungen zur politischen Führung. Dies ist umso deutlicher erkennbar, je mehr man sich von einer issue-orientierten Sichtweise auf eine an allgemeinen Wertstandards ausgerichteten Einschätzung der Regierungsarbeit hinbewegt.

Möglicherweise wirkt in der verbreiteten Zufriedenheit mit dem politischen System und mit der politischen Führung die obrigkeitstaatliche Tradition Deutschlands fort. Die noch von ALMOND und VERBA (1965:171ff) festgestellte Diskrepanz zwischen der Untertanen- und der Staatsbürgerkompetenz scheint die gängigen Klischeevorstellungen vom Politikverständnis der Deutschen zu stützen, "für das die beste Verfassung eine gute Verwaltung ist" (GREIFFENHAGEN, GREIFFENHAGEN 1981:85).

Was zu Zeiten von "The Civic Culture" gültig war, kann durch die politische Entwicklung der letzten 25 Jahre durchaus überholt sein. Die neueren Daten zur Staatsbürger- und zur Untertanenkompetenz deuten darauf hin (vgl. S. 204ff, S. 263ff). Unabhängig von der Datenlage machte aber SCHISLER (1978: 155ff, bes. 159) zu Recht auf die Einseitigkeit einer Betrachtungsweise aufmerksam, die den demokratischen Reifegrad einer politischen Kultur fast ausschließlich an der Institutionalisierung partizipativer Normen mißt: "Ein wichtiges Moment in der deutschen Entwicklung, das durchaus eine eigenständige Würdigung verdient, ist die Ausprägung des deutschen Rechtsstaates und - damit verbunden - legalistischer Haltungen in der Bevölkerung".

Nach ALMOND und VERBA (1965:182f) gibt es in der politischen Tradition Deutschlands eine starke rechts- (und wohlfahrts-)staatliche Komponente. Anders als in Großbritannien verband sich dies Moment allerdings zunächst nicht mit einer Institutionalisierung politischer Beteiligungsrechte: "While in the nineteenth century the British middle class, followed by the working class, was demanding and receiving political influence over the government, the German middle class accepted the law

and the order of the German *Rechtsstaat*, under which it might prosper but have no political influence. Power over governmental decisions was left in the hands of competent governmental officials; it was not distributed among the populace. But though the German was not a competent citizen, he remained a competent subject. His rights under the law were clearly defined and carefully protected by a system of courts and administration free from political influence". In Großbritannien wurden nach ALMOND und VERBA die partizipative und die Untertanenkomponente bereits im Verlaufe des 19. Jahrhunderts verschmolzen. In Deutschland scheint sich diese Entwicklung erst im Laufe der letzten dreißig Jahre vollzogen zu haben. Die Etablierung eines leistungsfähigen Wirtschaftssystems, der weitere Ausbau des Sozialstaates und die Synthese dieser beiden Errungenschaften mit einer demokratischen politischen Ordnung erfolgten in der Bundesrepublik erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. In welchem Maße die Bevölkerung den sozio-ökonomischen Modernisierungsprozeß der Nachkriegsperiode als spezifische Leistung des demokratischen Regimes betrachtet, muß bei der gegenwärtigen Forschungslage offenbleiben. Es gibt aber deutliche Anzeichen dafür, daß sich mittlerweile das Einverständnis mit der Demokratie gegenüber den staatlichen Leistungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik verselbständigt hat.

Wegen der ambivalenten Rolle der System- und der Output-Orientierungen in der politischen Tradition Deutschlands sind die zwischen den Materialisten, der Mischgruppe und den Postmaterialisten festgestellten Unterschiede im Niveau politischer Unterstützung nicht so leicht zu interpretieren, wie die Zusammenhänge zwischen den politischen Prioritäten und der politischen Mobilisierung. Hinzu kommt, daß das politische Interesse und das Kompetenzbewußtsein unserer Untersuchungsgruppen während des gesamten Untersuchungszeitraumes in einer relativ stabilen Beziehung zu den Politikpräferenzen standen, während sich - zumindest bei der Einstellung zur amtierenden Führung - im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel des Jahres 1982 wichtige Veränderungen einstellten.

In den siebziger Jahren trafen INGLEHARTs Annahmen über den Postmaterialismus als neue Basis politischer Unzufriedenheit nicht zu. Erst mit dem Regierungswechsel im Herbst 1982 bildeten sich in dieser Gruppe überdurchschnittlich negative Einstellungen zur Regierungspolitik heraus, und es begann sich eine Verlagerung der Parteipräferenz von der SPD zu den GRÜNEN abzuzeichnen. Dem politischen System steht die Mehrheit der Postmaterialisten auch nach 1982 nicht durchweg ablehnend gegenüber. Das Ausmaß politischer Unzufriedenheit fällt in dieser Personengruppe keineswegs einheitlich aus. Es variiert in Abhängigkeit vom Bewertungsobjekt, von den Bewertungsstandards und von den politischen Rahmenbedingungen.

Ob man nun in der überdurchschnittlichen Skepsis der Postmaterialisten gegenüber der Regierung und - mit beträchtlichen Abstrichen - gegenüber dem politischen System ein Anzeichen ihrer Nähe oder Distanz zum Leitbild der Staatsbürgerkultur sieht, hängt von der Wahl der Betrachtungsperspektive ab. Unter dem Gesichtspunkt der Funktionsfähigkeit demokratischer Kontrollmechanismen ist es zu begrüßen, wenn eine besonders interessierte, informierte und handlungsbereite Personengruppe die Regierungsarbeit kritisch verfolgt und gegebenenfalls bereit ist, Druck auf die amtierende Führung auszuüben. Nach ALMOND und VERBA benötigt die Regierung allerdings auch über einen mehr oder minder breiten Handlungsspielraum, um ihre Aufgaben im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung effektiv erledigen zu können. Ob die für die Postmaterialisten typische Kombination von politischem Selbstbewußtsein und kritischer Distanz zur Regierungspolitik die vielbeschworenen Probleme für die Regierbarkeit der Bundesrepublik aufwirft, kann auf der Basis der mir verfügbaren Daten nicht entschieden werden. Es deutet aber alles darauf hin, daß die politischen Einstellungsmuster dieser Gruppe eher als "reformistisch" (im Sinne von FINIFTER 1970:407) denn als "abweichend" (GAMSON 1968:53ff) zu klassifizieren. Ihr Unbehagen richtet sich in erster Linie auf die Inhalte der Regierungspolitik und auf die Handlungen der politischen Eliten, weniger dagegen auf das System als allgemeines Objekt. Ein genereller Loyalitäts-

schwund jedenfalls hat sich im Gefolge des "Postmaterialismus-Phänomens" nicht eingestellt.

und 1970 ständig zugenommen hatte, blieb in der Folgezeit die Zahl der sich als interessiert einstuftenden Befragten konstant in der Nähe der 50%-Marke. Verglichen mit anderen Staaten ist das politische Interesse in der Bundesrepublik hoch entwickelt. Das Effektivitätsbewußtsein hat sich, nach einem starken Anstieg zwischen 1960 und 1970, ebenfalls stabilisiert. Legt man die Antworten auf die in den Effektivitätsindex eingehenden Einzelfragen zugrunde, dann stuften sich zwischen 25% und 40% der Befragten als potentiell einflußreich ein. Bei den Indexwerten liegt der Anteil erwartungsgemäß etwas niedriger. Die Angaben zur subjektiven politischen Kompetenz weisen auf eine deutlich positiver gewordene Einschätzung der Einflußchancen in der nationalen und der lokalen Politik hin, wenn man die Ergebnisse aus der ALMOND/VERBA-Studie mit jenen von 1974 vergleicht.

Die Ergebnisse einiger Partizipationsstudien passen in das beschriebene Bild: Schon in den fünfziger und sechziger Jahren fiel die *Wahlbeteiligung* in der Bundesrepublik, verglichen mit anderen Ländern, hoch aus. Hieran hat sich in unserem Untersuchungszeitraum nichts geändert. Die Mitgliederzahl der Freiwilligenorganisationen deutet in den siebziger Jahren wie in der Zeit zuvor auf ein hohes Niveau *sozialer Partizipation* hin. Seit dem Ende der sechziger Jahre ist die Zahl der *Parteimitglieder* stark angestiegen, ein erheblicher Teil der Bürger gibt an, sich an *Bürgerinitiativen* beteiligt zu haben oder hierzu bereit zu sein. Insgesamt scheint sich die Partizipationsbereitschaft der Deutschen erhöht zu haben, wobei *konventionelle wie unkonventionelle* Mittel der politischen Einflußnahme eingesetzt werden (vgl. hierzu die zusammenfassenden Hinweise bei GABRIEL 1983:64ff; 1984:80ff mit ausführlichen Literaturangaben; vgl. weiter: KAASE 1982). Erste Auswertungen der Political-Action-Daten aus dem Jahre 1980 deuten darauf hin, daß sich diese Entwicklung zwischen 1974 und 1980 nicht fortsetzte (vgl. FUCHS 1984; KAASE 1984).

Im Hinblick auf die politische Mobilisierung der Bevölkerung veränderte sich die politische Kultur der Bundesrepublik zwi-

schen 1949 und dem Beginn der siebziger Jahre nachhaltig. Die Einstellungen der Bundesbürger wurden jenen der Bevölkerung traditionsreicher Demokratien ähnlicher und näherten sich dem Leitbild der Staatsbürgerkultur an. Anders als in den USA entwickelte sich das politische Effektivitätsbewußtsein in den letzten fünfzehn Jahren aber nicht rückläufig, sondern blieb im großen und ganzen auf dem Niveau der frühen siebziger Jahre. Als die typische Trägergruppe der "rational-aktivistischen" Komponente der Staatsbürgerkultur kann man, in Anlehnung an David P. CONRADT (1980:222f) die jungen, gut gebildeten Bevölkerungsgruppen bezeichnen: "The post Civic-Culture cohort in Germany was less likely to state that nothing could be done about an unjust local or national law than the corresponding groups in the United States and Great-Britain. The rate of change between 1959 and 1974 was greatest among the youngest age cohort in all three countries, with the level of powerlessness among the 18-30 year old group in Germany dropping by over 10 percent while it increased by 13 percent for Britain and for the United States. If this trend continues, the level of civic competence in the Federal Republic will soon equate or even exceed that found in the 'classic' Anglo-American democracies".

Die Zustimmung zur Demokratie, die in der Nachkriegszeit eher zurückhaltend ausfiel, war in den siebziger und achtziger Jahren sehr hoch entwickelt. Im Durchschnitt aller ausgewerteten Erhebungen erklärten sich weniger als 20% der Bundesbürger mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden. Lediglich eine verschwindend kleine Minderheit befürwortete radikale oder revolutionäre Änderungen des politischen Systems. Selbst wenn man bei diesen Fragen einen Konformitätsdruck auf die Befragten unterstellen kann, ergeben sich aus unseren Daten kaum Hinweise auf eine Ablehnung der Demokratie als politisches Ordnungsprinzip. Die Regimeakzeptanz ist vielmehr in der Bundesrepublik, verglichen mit anderen Ländern, besonders hoch und stabil. Bei den Systemorientierungen vollzog sich demnach ein ähnlicher Angleichungsprozeß an das Leitbild der Staatsbürgerkultur, wie er bei den Indikatoren politischer Mobili-

sierung festzustellen war.

Die Einstellungen zur amtierenden Regierung unterliegen deutlicher als alle anderen untersuchten Elemente der politischen Kultur dem Einfluß situativer Faktoren. Sofern die Datenlage überhaupt Aussagen über die strukturelle Entwicklung der Output-Orientierungen im Nachkriegsdeutschland zuläßt, scheint in diesem Bereich eher Kontinuität vorzuherrschen. So traten zwischen 1959 und 1980 nur unwesentliche Änderungen im Niveau der Untertanenkompetenz auf. Abgesehen von kurzfristigen Einbrüchen beurteilte die Bevölkerung die Arbeit der Regierung überwiegend positiv. Auch Anhänger der Oppositionsparteien schlossen sich dieser Einschätzung an. Der für Wettbewerbsdemokratien typische Parteienkonflikt geht in der Bundesrepublik nicht so weit, daß Parteigänger der Opposition von vornherein der Regierung ablehnend gegenüberstehen. Im Vergleich mit den USA und Großbritannien war in der Mitte der siebziger Jahre das Vertrauen in die Kompetenz und Fairneß der Regierung hoch entwickelt.

Gemessen an den früher aufgestellten Kriterien (vgl. Abb. 2-1 auf S. 120 dieser Arbeit) näherte sich das in der Bundesrepublik vorhandene "Muster von Orientierungen auf politische Objekte" im Verlaufe der Nachkriegsentwicklung zunehmend dem Leitbild der Staatsbürgerkultur an. Die noch bei ALMOND und VERBA (1965) sowie bei DAHRENDORF (1971) recht skeptischen Prognosen bezüglich der Entfaltung der kulturellen Voraussetzungen einer funktionsfähigen Demokratie erweisen sich in historischer wie in international vergleichender Perspektive als unzutreffend.

Bei der gegebenen Datenlage drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß die verbreiteten Klischeevorstellungen von einem "Mangel an politischer Kultur", von der grassierenden Staats- und Politikverdrossenheit oder gar von einer Legitimitätskrise der politischen Ordnung theoretisch zu wenig differenziert und empirisch unhaltbar sind. *Einzelne Elemente* der Staatsbürgerkultur sind in der Bundesrepublik stark institutionalisi-

siert, für andere trifft dies weniger zu.

In den Einstellungen der Gesamtbevölkerung zeigen sich keine Anzeichen für besondere Defekte der System- oder der Output-Kultur; es sei denn man sähe einen solchen Mangel in der Verbreitung positiver Einstellungen zum politischen System und zur politischen Führung. Eine gewisse empirische Plausibilität kann dagegen die Kritik an der unzulänglichen Institutionalisierung partizipativer Normen beanspruchen. Obgleich sich in der Nachkriegszeit auch in diesem Bereich die Einstellungen der Bundesbürger dem Leitbild der Staatsbürgerkultur annähernten, weichen am ehesten die Input-Orientierungen von der demokratiethoretischen Norm ab. Vermutlich basiert manches negative Urteil über den Zustand der politischen Kultur der Bundesrepublik auf einer Verabsolutierung partizipativer Normen und Werte.

Eine Typologisierung der politischen Kultur der Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren ist allenfalls in historischer und international vergleichender Perspektive möglich. Das Ungleichgewicht zwischen den Input- und den Outputorientierungen, welches ALMOND und VERBA noch als Charakteristikum der deutschen Untertanenkultur beschrieben hatten, schwächte sich bis zum Beginn der siebziger Jahre immer mehr ab. Die politische Kultur der Bundesrepublik wurde in dieser Hinsicht jener in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien ähnlicher als es noch vor zwanzig Jahren der Fall war. Im Vergleich mit früheren Entwicklungsperioden sind die Einstellungen der Bundesbürger zur Politik weniger untertanenorientiert und stärker partizipativ. Zwischen den einzelnen Teilkomponenten der politischen Kultur besteht ein größeres Gleichgewicht. Ob man den erreichten Zustand als zufriedenstellend ansehen kann, läßt sich auf der Basis des Civic-Culture-Konzeptes nicht entscheiden. Dies ist ein normatives Problem, dessen Lösung der empirisch orientierten Politikwissenschaft nicht ohne weiteres möglich ist.

2. Wertorientierungen und Einstellungen zur Politik

Die bisher vorgestellten Ergebnisse relativieren die Annahmen über das Ausmaß der Staatsverdrossenheit, sagen aber nichts über die Bedingungen politischer Unzufriedenheit. INGLEHARTS Darstellung zufolge müßten wir unter den mit der politischen Führung und dem politischen System unzufriedenen Bürgern überdurchschnittlich viele Postmaterialisten finden. Aus seinen Hypothesen über den Zusammenhang zwischen dem Wertwandel und der kognitiven Mobilisierung ergeben sich dagegen andere Prognosen bezüglich der partizipativen Komponente politischer Kultur. Er behauptet, daß die Postmaterialisten überdurchschnittliche politische Kenntnisse, ein hoch entwickeltes politisches Interesse und ein stark ausgeprägtes Effektivitätsbewußtsein aufweisen. Positive Input-Orientierungen gehen bei ihnen mit negativen System- und Output-Orientierungen einher.

Die politischen Einstellungen der Materialisten stellen in jeder Hinsicht das Gegenstück zu dem zuvor beschriebenen Muster dar. Bei ihnen verbindet sich eine schwache politische Involvement mit einer stark ausgeprägten Systemakzeptanz. Die materialistischen und postmaterialistischen Bevölkerungsgruppen weichen in jeweils charakteristischer Weise vom Leitbild einer demokratisch-partizipativen politischen Kultur ab. Die postmaterialistische Minderheit ist in der Terminologie von ALMOND und VERBA als "entfremdet" zu bezeichnen. Auf Grund der für sie typischen Kombination von politischer Mobilisierung und politischer Unzufriedenheit stellt sie ein ständiges Unruhepotential dar, dessen Ausbreitung auf lange Sicht zu einer Destabilisierung des politischen Systems führen kann. Die Materialisten dagegen repräsentieren einen durch parochiale und untertanenspezifische Elemente geprägten Typ. Dominiert dies Orientierungsmuster in einer Gesellschaft, dann ist die Funktionsfähigkeit der demokratischen Partizipations- und Kontrollmechanismen gefährdet (vgl. GAMSON 1968:53ff; KLAGES, HERBERT 1983:38ff).

Es ist nicht einfach, die Gültigkeit der INGLEHARTSchen Annah-

men über die politischen Folgen der Stillen Revolution verlässlich zu beurteilen. Zunächst war im untersuchten Zeitraum keine generelle Ausbreitung postmaterialistischer Präferenzen festzustellen. Damit entfällt die Grundlage für Prognosen über die Entwicklung der partizipativen und legitimatorischen Komponenten der politischen Kultur. Es gibt dementsprechend keinen generellen Entwicklungstrend der politischen Einstellungen der Bundesbürger, der INGLEHARTs Hypothesen stützte. Zwischen 1970 und 1984 war keine Erosion der System- oder Regierungsakzeptanz zu beobachten. Die verstärkte politische Mobilisierung der Bundesbürger scheint sich überwiegend vor dem hier untersuchten Zeitabschnitt vollzogen zu haben.

Aus der Analyse der Beziehungen zwischen dem Materialismus/Postmaterialismus-Phänomen und den Einstellungen zur Politik in der Bundesrepublik ergeben sich gleichfalls Einwände gegen die These von der Neuformierung politischer Konfliktstrukturen auf der Basis der politischen Wertorientierungen. Zwar standen die politischen Präferenzen der Bundesbürger in einem erkennbaren Zusammenhang mit dem politischen Interesse, dem Informationsniveau, dem Gefühl politischer Effektivität, der System- und der Regierungszufriedenheit, doch wiesen die Beziehungsmaße durchweg nur niedrige Werte auf. Bei dieser Datenlage ist es kaum vertretbar, materialistische und postmaterialistische Präferenzen als Kernelemente zweier divergierender politischer Subkulturen zu interpretieren, von denen die eine parochial-untertanenorientierte, die andere abweichende oder entfremdete Züge aufweist. Die multivariaten Analysen lieferten in dieser Hinsicht weitere Aufschlüsse. INGLEHARTs Postmaterialismus-Konzept besitzt die größte Relevanz für die Analyse der politischen Mobilisierung. Als Erklärungsgröße der betreffenden Einstellungen kommt jedoch dem Bildungsniveau ein wesentlich größeres Gewicht zu. Die Systemorientierungen werden nur unmaßgeblich, die Output-Orientierungen nur unter besonderen Bedingungen von den in der Theorie der Stillen Revolution enthaltenen Variablen beeinflusst.

In Übereinstimmung mit INGLEHARTs Annahmen fördert das Auftre-

ten postmaterialistischer Präferenzen, insbesondere im Zusammenspiel mit einem hohen Bildungsniveau, das politische Interesse, das Informationsniveau und das Kompetenzbewußtsein der Bevölkerung. Mindestens ebenso große Bedeutung kommt der Tatsache zu, daß zwei seiner Hypothesen über die politischen Folgen der Stillen Revolution scheitern. Neben den eigenen Einflußchancen in der Politik bewerteten die Postmaterialisten auch die Offenheit und Verantwortlichkeit des politischen Systems gegenüber der Bevölkerung nicht negativer als die übrige Bevölkerung, zum Teil war sogar eine positivere Einschätzung der Input-Strukturen des politischen Systems feststellbar. Die Demokratiezufriedenheit ist zwar in dieser Gruppe nur unterdurchschnittlich entwickelt, dennoch war in den meisten Erhebungen die Mehrzahl der postmaterialistisch orientierten Bundesbürger mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden. Revolutionäre Veränderungen des politischen Systems finden bei ihnen keine kennenswerte Resonanz.

Aus den Analysen der Bedingungen und Folgen des Auftretens postmaterialistischer Präferenzen ergeben sich zwei grundlegende Einwände gegen INGLEHARTs Konzept der Stillen Revolution:

- (1) INGLEHART beschreibt den Materialismus als das für die bürgerlich-industrielle Gesellschaft typische Wertsystem, den Postmaterialismus ordnet er entsprechend der postindustriellen Gesellschaft zu. Die in dieser Arbeit als Indikatoren des postindustriellen bzw. des industriellen Schichtsystems benutzten Größen üben aber weder den erwarteten Einfluß auf die Wertorientierungen aus, noch leisten sie einen nennenswerten Beitrag zur Erklärung der untersuchten politischen Einstellungen. Als brauchbare theoriekonforme Erklärungsvariable erwiesen sich die Schulbildung und das Lebensalter. Diese Größen sind keine spezifischen Bestandteile der Theorie der Stillen Revolution. Wir finden sie in nahezu sämtlichen empirischen Beiträgen zur politischen Kulturforschung. Insofern sind die hier präsentierten Befunde zwar zum Teil mit INGLEHARTs Konzept vereinbar, sie lassen sich aber ohne weiteres auch mit ande-

ren sozialisationstheoretischen oder mit modernisierungstheoretischen Ansätzen verknüpfen.

- (2) Aus den Annahmen über die politischen Folgen des Auftretens postmaterialistischer Orientierungen ergibt sich ein weiterer Anhaltspunkt für eine Entscheidung über die Wertewandelshypothese. INGLEHART interpretiert den Materialismus und den Postmaterialismus als Wertsysteme, d.h. als Konzeptionen eines wünschenswerten Typus von Gesellschaft. Wenn sich die politischen Ordnungsvorstellungen bestimmter Gruppen grundlegend voneinander unterscheiden, und wenn zumindest eine dieser Gruppen die Politik als einen wichtigen sozialen Handlungsbereich bewertet, dann sind beträchtliche Divergenzen in der Einstellung zur bestehenden politischen Ordnung zu erwarten. Gerade die Systembewertung der Materialisten und der Postmaterialisten fällt aber vergleichsweise einheitlich aus, obgleich sich bestehende Wertedisparitäten gerade in diesem Bereich besonders deutlich zeigen müßten. Die Datenlage spricht gegen die Annahme, daß die Präferenz für materialistische oder postmaterialistische Ziele in miteinander unvereinbare politische Ordnungsvorstellungen eingebunden ist.

Die Ergebnisse dieser Arbeit fallen in mancherlei Hinsicht kontraintuitiv aus. Zwar besteht eine wesentliche Aufgabe empirischer Forschung darin, evident erscheinende Alltagswahrnehmungen zu relativieren und Plausibilitätsannahmen kritisch zu durchleuchten. Dennoch würde man es sich zu einfach machen, wenn man INGLEHARTs Konzept der Stillen Revolution auf Grund der Datenlage als empirisch falsifiziert betrachtete und ad acta legte. Es gibt zu viele Hinweise darauf, daß sich in der Bundesrepublik - wie in anderen westlichen Demokratien - grundlegende Einstellungs- und Verhaltensänderungen vollzogen haben, die auf einen Wandel gesellschaftlich-politischer Wertvorstellungen schließen lassen. Als Beispiele seien die "partizipatorische Revolution", das Aufkommen der Alternativbewegung, der Wandel der Familienstruktur und der Rückgang der Kirchenbindung angeführt. Teils betreffen die genannten Veränderungen das in dieser Arbeit untersuchte Feld der politi-

schen Einstellungen, teils spielen sie sich in anderen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens ab.

Das Postmaterialismus-Phänomen steht mit den meisten für die westlichen Industriegesellschaften typischen Wandlungsprozessen in einem mehr oder minder engen Zusammenhang. Traditionale Werthaltungen wie Kirchenbindung und Nationalstolz variieren systematisch mit den materialistischen bzw. postmaterialistischen Präferenzen. Unter den Anhängern der Alternativbewegung und der GRÜNEN finden wir überdurchschnittlich viele Postmaterialisten und besonders wenige Materialisten. Die bislang vorliegenden Studien zum Thema "Alte versus Neue Politik" sprechen gleichfalls dagegen, die Wertwandelshypothese als akademisches Hirngespinnst abzutun.

Wenn INGLEHARTs Postmaterialismus-Konzeption an der Datenlage scheitert, dann geht dies vermutlich in erster Linie auf das unzulängliche Meßverfahren zurück. Die Mehrzahl der in den Postmaterialismus-Index eingehenden Testitems erfaßt *Issue-Präferenzen*, durch deren Rangordnung man noch kein gültiges Instrument zur Analyse politischer *Wertvorstellungen* erhält. Dies gilt insbesondere dann, wenn die der Rangordnung zu Grunde liegende Entscheidungssituation fiktiv ist. Es gibt in den westlichen Demokratien keine ernsthaften Bedrohungen der Meinungsfreiheit - die öffentliche Diskussion über den Radikalen-erlaß stellt in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar -. Institutionelle Hemmnisse für eine breite Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen sind ebenfalls nicht auszumachen. Dagegen waren Gefährdungen der Ziele "Stabile Preise" und "Innere Sicherheit" in den vergangenen fünfzehn Jahren durchaus real. Unter derartigen Bedingungen darf man nicht erwarten, mit Hilfe des von INGLEHART konzipierten Meßinstruments situationsunabhängige, fundamentale "bürgerliche und nachbürgerliche" Wertvorstellungen zu erfassen. Die empirische Messung "bürgerlicher" und "nachbürgerlicher" Wertemuster muß an grundlegenden Problemen des politischen Zusammenlebens der Menschen ansetzen. Die Überlegungen von MILLER/LEVITIN (1976) und KLAGES/HERBERT (1983) stellen einen Schritt in die

richtige Richtung dar.

Es ist demnach fraglich, ob die bisherigen Arbeiten zur Stillen Revolution - die Analysen INGLEHARTs wie die seiner Kritiker - tatsächlich eine theoretisch und methodisch adäquate Auseinandersetzung mit dem Verlauf, den Bedingungen und den Folgen des Überganges von "bürgerlichen" zu "nachbürgerlichen" Wertvorstellungen enthalten. Angesichts der hervorragenden Bedeutung, die den Zielen "Schutz der Meinungsfreiheit" und "Mitbestimmung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen" im Kampf um die Verwirklichung der bürgerlich-liberalen Demokratie zukam, scheint mir INGLEHARTs Konzeptualisierung "nachbürgerlicher" Wertvorstellungen außerordentlich fragwürdig. Solange das Problem einer verlässlichen und gültigen Messung bürgerlicher und nachbürgerlicher Wertvorstellungen nicht zufriedenstellend gelöst ist, darf man keine Bestätigung der inhaltlichen Annahmen über die Stille Revolution in den westlichen Demokratien erwarten.

3. Demokratisch-partizipative politische Präferenzen und die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik

Am Beginn dieser Arbeit stand die Frage nach der Bedeutung des Auftretens postmaterialistischer Orientierungen für die Stabilität des politischen Systems in der Bundesrepublik. Die Verwendung des Konzepts der politischen Kultur als Interpretationshintergrund ermöglichte es, diese Frage in empirisch prüfbarer Form statt auf der Ebene mehr oder weniger plausibler Spekulation anzugehen. Bei der Prüfung von Hypothesen über die Bestandsfähigkeit einer Demokratie steht man allerdings vor einer grundlegenden Schwierigkeit (vgl. dazu auch: VERBA 1980:401, 407ff): Abgesehen von den relativ seltenen Fällen manifester politischer Gewaltanwendung bzw. gewaltsamer Veränderung eines politischen Systems, kann man über dessen Stabilität kaum Verlässliches aussagen. LIPSETs (1981:31ff) eindrucksvolle, vom Ende der fünfziger Jahre datierende Klassifikation politischer Systeme nach ihrem Stabilitätsgrad ist

kaum dreißig Jahre nach ihrer Veröffentlichung überholt. Aus heutiger wie damaliger Sicht läßt sich zwar feststellen, daß die anglo-amerikanischen und die skandinavischen Demokratien in der Zwischenkriegszeit stabiler waren als die meisten demokratisch verfaßten politischen Systeme in Kontinentaleuropa. Für die Folgezeit verfügen wir aber nicht mehr über eindeutig verwertbare Stabilitätsindikatoren - jedenfalls für die meisten westlichen Länder.

Wie INGLEHARTS Rede von der *Stillen* Revolution verdeutlicht, hat er weniger dramatische Vorgänge als den Zusammenbruch der repräsentativen Demokratien westlicher Prägung im Blick. Der Autor wirft vielmehr die Frage auf, ob das mit der Ausbreitung postmaterialistischer Prioritäten einhergehende Unbehagen an repräsentativen Formen der Demokratie den Boden für eine stärker an direkt-demokratischen Prinzipien ausgerichtete politische Ordnung bereitet.

Was die Verhältnisse in der Bundesrepublik anbetrifft, so haben sich die Annahmen über die postmaterialistische Basis politischer Unzufriedenheit und politischen Protests allenfalls sehr bedingt bestätigt. Dennoch spricht einiges dafür, daß in der Bundesrepublik der siebziger Jahre partizipativ-egalitäre Wertvorstellungen eine zunehmende Bedeutung gewonnen haben und daß sich in Folge dessen die "Infrastruktur des politischen Lebens" veränderte. Gefährdungen für die demokratische Ordnung ergäben aus diesem Umstand allerdings nur dann, wenn sich die Partizipanten aus antidemokratisch eingestellten oder politisch inkompetenten und uninformierten Bevölkerungsgruppen rekrutierten. Nach allen verfügbaren Informationen ist dies nicht der Fall. Insofern gilt der Grundsatz: Partizipation und repräsentative Demokratie sind keine miteinander unvereinbaren Prinzipien. Dies zeigen die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz und auch in der Bundesrepublik während der vergangenen Dekade. Selbst wenn die Verfassungsordnung der Bundesrepublik auf gesamtstaatlicher Ebene kaum direkte bürgerschaftliche Mitwirkungsmöglichkeiten an der Entscheidung über Sachfragen vorsieht, unterbindet sie damit nicht die Ein-

flußnahme der Bürger auf die Entscheidungen der repräsentativen Organe.

Der in dieser Arbeit festgestellte Zusammenhang zwischen demokratisch-partizipativen Prioritäten und der politischen Mobilisierung schwächt die Funktionsfähigkeit der Demokratie in der Bundesrepublik nicht, sondern fördert sie eher. Wir haben in den "Postmaterialisten" jene Gruppe politischer Akteure vor uns, aus denen sich die politischen "Gladiatoren" (vgl. MILBRATH, GOEL 1977:11) rekrutieren. Sie nehmen die verfügbaren bürgerschaftlichen Einflußmöglichkeiten wahr und üben, soweit dies möglich ist, die öffentliche Kontrolle über die politische Führung aus. Es gereicht der Demokratie zum Vorteil, wenn diese Gruppe politisch interessiert und zu einem kompetenten Umgang mit politischen Informationen befähigt ist: "It is in this sense, that the balance of expressive versus instrumental political action becomes highly relevant *at the level of the political system*. While we are cautious not to commit to the individualistic fallacy ..., we nevertheless maintain that the collective character of political action and its increasing facilitation through processes we have discussed before have a direct bearing on the quality of life in advanced industrial societies" (KAASE, BARNES 1979:528; Hervorh. im Original).

ANHANG 1**Übersicht über die benutzten Primärdaten**

(1)

Titel der Studie: The Civic Culture Study (Germany)
 Erhebungszeitraum: Juni/Juli 1959
 Stichprobenumfang: 955
 Befragte Population: 18 - 79 Jahre
 Auswahl: mehrstufige Zufallsauswahl
 ZA-Archiv Nr.: 0028
 Tabellen: 4-4, 4-5, 4-11, 4-12

(2)

Titel der Studie: Politik in der Bundesrepublik
 Erhebungszeitraum: August/September 1969
 Stichprobenumfang: 1945
 Befragte Population: 21 Jahre und älter
 Auswahl: mehrstufig geschichtete Zufallsauswahl
 ZA-Archiv Nr.: 0525
 Tabellen: 4-5, 4-8, 4-13

(3)

Titel der Studie: European Community Study 1970
 Erhebungszeitraum: Februar/März 1970
 Stichprobenumfang: 2014
 Befragte Population: 16 Jahre und älter
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: ICPSR 7260
 Tabelle: 3-1

(4)

Titel der Studie: Wahlstudie 1972
 Erhebungszeitraum: September/Dezember 1972
 Stichprobenumfang: 2052*
 Befragte Population: Wahlberechtigte
 älter
 Auswahl: mehrstufig geschichtete Zufallsauswahl

ZA-Archiv Nr.: 0635
 Tabellen: 4-1, 4-5, 4-8, 4-13, 4-17

(5)

Titel der Studie: European Community Study 1973
 Erhebungszeitraum: September/Oktober 1973
 Stichprobenumfang: 1957 (1907)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 0628
 Tabellen: 3-1, 4-18

(6)

Titel der Studie: Politische Ideologie
 Erhebungszeitraum: Januar/Mai 1974
 Stichprobenumfang: 2307 (2243)***
 Befragte Population: 16 Jahre und älter**
 Auswahl: mehrstufig geschichtete Zufallsauswahl
 ZA-Archiv Nr.: 0757
 Tabellen: 3-1, 3-4, 3-5, 3-6, 3-7, 3-8, 4-2, 4-4, 4-5, 4-6, 4-7, 4-15

(7)

Titel der Studie: Wahlstudie 1976
 Erhebungszeitraum: Mai/Oktober 1976
 Stichprobenumfang: 2076*
 Befragte Population: Wahlberechtigte 18 Jahre und älter
 Auswahl: mehrstufig geschichtete Zufallsauswahl
 ZA-Archiv Nr.: 0823
 Tabellen: 4-1, 4-5, 4-8, 4-13, 4-17

(8)

Titel der Studie: Eurobarometer 6
 Erhebungszeitraum: November/Dezember 1976

Stichprobenumfang: 1007 (977)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 0990
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

(9)

Titel der Studie: Eurobarometer 7
 Erhebungszeitraum: April/Mai 1977
 Stichprobenumfang: 1005 (952)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 0991
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

(10)

Titel der Studie: Eurobarometer 8
 Erhebungszeitraum: Oktober/November 1977
 Stichprobenumfang: 999 (945)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 0992
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

(11)

Titel der Studie: Eurobarometer 9
 Erhebungszeitraum: Mai/Juni 1978
 Stichprobenumfang: 996 (949)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 0993
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

(12)

Titel der Studie: Eurobarometer 10
 Erhebungszeitraum: Oktober/November 1978
 Stichprobenumfang: 1000 (948)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 0994
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

(13)

Titel der Studie: Eurobarometer 11
 Erhebungszeitraum: April 1979
 Stichprobenumfang: 1003 (945)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 1036
 Tabelle: 4-18

(14)

Titel der Studie: Eurobarometer 12
 Erhebungszeitraum: Oktober 1979
 Stichprobenumfang: 1005 (950)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 1037
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

(15)

Titel der Studie: Eurobarometer 13
 Erhebungszeitraum: April/Mai 1980
 Stichprobenumfang: 1008 (948)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 1038
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

(16)

Titel der Studie: Eurobarometer 14
 Erhebungszeitraum: Oktober/November 1980
 Stichprobenumfang: 1008 (952)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 1039
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

(17)

Titel der Studie: Wahlstudie 1980
 Erhebungszeitraum: Januar-November 1980
 Stichprobenumfang: 11986 in 10 Einzelerhebungen
 Befragte Population: Wahlberechtigte, 18 Jahre und älter
 Auswahl: mehrstufig geschichtete Zufallsauswahl
 ZA-Archiv Nr.: 1053
 Tabellen: 3-1, 3-4, 3-5, 3-6, 3-7, 3-8, 4-1, 4-3, 4-5, 4-6, 4-8, 4-10, 4-13, 4-14, 4-18, 4-22

(18)

Titel der Studie: Allbus 1980
 Erhebungszeitraum: Januar/Februar 1980
 Stichprobenumfang: 2955
 Befragte Population: 18 Jahre und älter
 Auswahl: mehrstufig geschichtete Zufallsauswahl
 ZA-Archiv Nr.: 1000
 Tabellen: 4-11, 4-12

(19)

Titel der Studie: Eurobarometer 15
 Erhebungszeitraum: März/April 1981
 Stichprobenumfang: 1004 (977)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**

Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 1206
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

(20)

Titel der Studie: Eurobarometer 16
 Erhebungszeitraum: Oktober/November 1981
 Stichprobenumfang: 962 (929)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr. 1207
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

(21)

Titel der Studie: Eurobarometer 17
 Erhebungszeitraum: März/Mai 1982
 Stichprobenumfang: 1161 (1081)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 1208
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

(22)

Titel der Studie: Eurobarometer 18
 Erhebungszeitraum: Oktober 1982
 Stichprobenumfang: 1012 (981)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 1209
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

(23)

Titel der Studie: Allbus 1982
 Erhebungszeitraum: Februar/Mai 1982

Stichprobenumfang: 2991
 Befragte Population: 18 Jahre und älter
 Auswahl: mehrstufig geschichtete Zufallsauswahl
 ZA-Archiv Nr.: 1160
 Tabelle: 4-19

(24)

Titel der Studie: Wahlstudie 1983
 Erhebungszeitraum: Trend: August 1982/März 1983
 Panel: November 1982-März 1983
 Stichprobenumfang: 5196 in 5 Einzelerhebungen,
 1622 in 3 Panel-Wellen
 Befragte Population: Wahlberechtigte 18 Jahre und
 älter
 Auswahl: mehrstufig geschichtete Zufallsauswahl
 ZA-Archiv Nr.: 1275; 1276
 Tabellen: 3-1, 3-2, 3-4, 3-5, 3-6, 3-7,
 3-8, 4-1, 4-3, 4-8, 4-9, 4-10,
 4-13, 4-14, 4-16, 4-18, 4-22

(25)

Titel der Studie: Eurobarometer 19
 Erhebungszeitraum: März/April 1983
 Stichprobenumfang: 1049 (1004)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 1318
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

(26)

Titel der Studie: Eurobarometer 20
 Erhebungszeitraum: September/November 1983
 Stichprobenumfang: 1057 (999)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**

Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 1319
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

(27)

Titel der Studie: Eurobarometer 21
 Erhebungszeitraum: März/April 1984
 Stichprobenumfang: 992 (932)***
 Befragte Population: 15 Jahre und älter**
 Auswahl: Quota
 ZA-Archiv Nr.: 1320
 Tabellen: 3-1, 4-18, 4-20, 4-21

- * Angaben beziehen sich auf die erste Panel-Welle
 ** In die Datenauswertung sind aus Vergleichsgründen nur die Befragten mit einem Mindestalter von 18 Jahren einbezogen
 *** Fallzahl für Befragte mit einem Lebensalter von mindestens 18 Jahren

Die Primardaten wurden von folgenden Personen/Institutionen erhoben:

<u>Studie</u>	<u>Primarforscher</u>
1. The Civic Culture (ZA Nr. 0028)	Gabriel A. Almond, Sidney Verba, Center of International Studies, Princeton University
2. Politik in der Bundes- republik (ZA Nr. 0525)	Max Kaase, Uwe Schleth, Rudolf Wildenmann Lehrstuhl für Politische Wissen- schaft, Universität Mannheim
3. Wahlstudie 1972 (ZA Nr. 0635) Wahlstudie 1976 (ZA Nr. 0823) Wahlstudie 1980 (ZA Nr. 1053) Wahlstudie 1983 (Za Nr. 1275/76)	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim; Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann, Uwe Schleth, Dieter Fuchs, Manfred Küchler

<u>4. Studie</u>	<u>Primarforscher</u>
4. Politische Ideologie (ZA Nr. 0757)	Klaus R. Allerbeck, Max Kaase, Hans Dieter Klingemann
5. European Community Studies, 1970 und 1973	Jacques René Rabier, Ronald Inglehart
6. Eurobarometer 6 bis 21	Jacques René Rabier

ANHANG 2

**Hinweise auf die Formulierung der in
dieser Arbeit ausgewerteten Indikatoren**

1. Soziodemographische Variable
 - 1.1. Bildungsniveau
 - 1.1.1. In den Eurobarometern ist das Lebensalter beim Abschluß der Schulbildung erfaßt. Dabei sind die folgenden Merkmalsausprägungen vorgegeben
 - 14 Jahre
 - 15 Jahre
 - 16 Jahre
 - 17 Jahre
 - 18 Jahre
 - 19 Jahre
 - 20 Jahre
 - 21 Jahre
 - 22 Jahre und älternoch in Ausbildung
 - 1.1.2. Politische Ideologie
Genauere Angaben finden sich im Codebuch (s. Anhang 1) zu den Variablen 227
 - 1.1.3. Wahlstudien 1980 und 1983
Genauere Angaben finden sich in den Codebüchern zu den Variablen 285 (Wahlstudie 80) und 112 (Wahlstudie 83)

Die für die Datenanalyse vorgenommene Neugruppierung der Variablenwerte ist aus den jeweiligen Tabellen bzw. dem Begleittext ersichtlich
 - 1.2. Berufstätigkeit
 - 1.2.1. In den Eurobarometern waren die folgenden Berufsgruppen vorgegeben
 - Landwirt, Fischer
 - höherer Beruf/Freiberufler, Anwalt
 - Geschäftsmann
 - Arbeiter
 - Angestellter, Beamter
 - Direktor
 - Rentner/Pensionär
 - Hausfrau
 - in Ausbildung/Wehrpflichtig
 - Arbeitslos

- 1.2.2. Politische Ideologie
Genaue Angaben im Bodebuch zur Variablen 232
- 1.2.3. Wahlstudien 1980 und 1983
Genaue Angaben im Codebuch zu den Variablen 287
(1980) und 114 (1983)
Neugruppierungen sind aus Tabellen ersichtlich

Die in den Eurobarometern praktizierte Erhebungsversion für den Materialismus/Postmaterialismus-Index ist im ALLBUS 1982-Codebuch: 419ff dokumentiert. Die Erfassung von Demokratiezufriedenheit und Systemveränderungsbereitschaft ist aus den Tabellen 4-18 und 4-20 ersichtlich.

2. Dokumentation der ausgewerteten Einstellungsvariablen

The Civic Culture	Politik in der Bundesrepublik	Wahlstudie 1972	Politische Ideologie	Wahlstudie 1976	Wahlstudie 1980	Wahlstudie 1983	Studie	Variable
./.	./.	./.	V27, V28	./.	V233, V234	V87, V88	Materialismus/Postmaterialismus	
./.	V11*	V15	V17	V12, V13	V8, V9	V8	Politisches Interesse	
V47-V49, V53-V55	./.	./.	V22, V23	./.	./.	./.	Subjektive politische Kompetenz	
V32*, V140	V169, V171, V173, V174	V235-V238	V146-V149	V64-V66	V179, V180, V182	./.	Politische Effektivität	
./.	V30	V24	./.	V52	V28	V29	Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen	
./.	V256	V284	./.	V62	V78	V78	Zufriedenheit mit den Eliten	
V36*	V172*	./.	V154-V157	./.	./.	V82, V83	Regierungsvertrauen	
./.	./.	V35	./.	V63	V107	V77	Demokratiezufriedenheit	
./.	./.	./.	./.	./.	V177	V84, V85	Legitimitätsüberzeugungen	

* Variable wurde bei der Auswertung nicht herangezogen

LITERATURVERZEICHNIS

- ABCARIAN, Gilbert, John W. SOULE
 1971 Social psychology and political behavior:
 Problems and prospects.
 Columbus, Ohio: Merrill.
- ABERBACH, Joel D.
 1969 Alienation and political behavior.
 APSR 63:86-99.
- ABRAMOWITZ, Alan I.
 1980 The United States: Political culture under stress,
 in: G.A. ALMOND, S. VERBA (Hg.), 1980: 177-211.
- ABRAMSON, Paul R.
 1983 Political attitudes in America. Formation and
 change.
 San Francisco: Freeman.
- ABRAMSON, Paul R., Ronald INGLEHART
 1970 The development of systemic support in four
 Western democracies, in: Comparative Political
 Studies 2: 419-442.
- ABRAMSON, Paul R., Ada W. FINIFTER
 1981 On the meaning of political trust: New evidence
 from items introduced in 1978, in: AJPS 25:
 297-307.
- ADRIAN, Wolfgang
 1977 Demokratie als Partizipation. Versuch einer Wert-
 und Einstellungsanalyse.
 Meisenheim: Hain.
- AGGER, Robert E., Marshall N. GOLDSTEIN, Stanley A. PEARL
 1961 Political cynicism: Measurement and meaning, in:
 Journal of Politics 23: 477-506.
- ALBERT, Hans
 1980 Wertfreiheit als methodisches Prinzip. Zur Frage
 der Notwendigkeit einer normativen Sozialwissen-
 schaft, in: Ernst TOPITSCH (Hg.): Logik der So-
 zialwissenschaften, 10. veränderte Aufl.: 196-
 225, Königstein: Hain.
- ALBINSKI, Henry
 1968 Political culture and ideology, in: Henry S.
 ALBINSKI, Lawrence K. PETTIT (Hg.): European
 political processes. Essays and readings: 1-12.
 Boston: Little, Brown and Company.

- ALLERBECK, Klaus R.
1976 Demokratisierung und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. Sekundäranalyse von Umfragedaten.
Opladen: Westdeutscher Verlag.
- ALLERBECK, Klaus R.
1977 Political generations: Some reflections on the concept and its application to the German case, in: European Journal of Political Research 5: 119-134.
- ALLERBECK, Klaus R.
1980 Politische Ungleichheit. Ein Acht-Nationen Vergleich.
Opladen: Westdeutscher Verlag.
- ALLERBECK, Klaus R., M. Kent JENNINGS, Leopold ROSENMAYR
1979 Generations and families: Political action, in: S.H. BARNES, M. KAASE et al., 1979: 487-522.
- ALLERBECK, Klaus R., Max KAASE, Hans-Dieter KLINGEMANN
1979/
1980 Politische Ideologie, politische Beteiligung und politische Sozialisation. Bericht über Ergebnisse eines international vergleichenden Forschungsvorhabens. Teil 1: PVS 20:357-378; Teil 2: PVS 21: 88-96.
- ALMOND, Gabriel A.
1956 Comparative political systems, in: Journal of Politics 18:391-409.
- ALMOND, Gabriel A.
1971 Politische Systeme und politischer Wandel, in: W. ZAPF (Hg.), 1971: 211-227.
- ALMOND, Gabriel A.
1974 Political processes, in: Gabriel A. ALMOND (Hg.): Comparative politics today: A world view: 41-127. Boston, Toronto: Little, Brown and Company.
- ALMOND, Gabriel A.
1980 The intellectual history of the civic culture concept, in: G.A. ALMOND, S. VERBA (Hg.), 1980: 1-36.
- ALMOND, Gabriel A., G. Bingham POWELL
1966 Comparative politics: A developmental approach. Boston: Little, Brown and Company.
- ALMOND, Gabriel A., G. Bingham POWELL
1982 Evaluating political goods and productivity. IPSR 3:173-181.
- ALMOND, Gabriel A., Sidney VERBA
1965 The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations.

Boston: Little, Brown and Company.

- ALMOND, Gabriel A., Sidney VERBA (Hg.)
1980 The civic culture revisited. An analytic study.
Boston: Little, Brown and Company.
- ARMBRUSTER, Frank E.
1967 Schwächung der Demokratie: Entwürfe für die Jahre
1975 und 1985, in: H. KAHN, A.J. WIENER, 1967:
301-307.
- ASHER, Herbert B.
1974 The reliability of the political efficacy items,
in: Political Methodology 1:45-72.
- ASHER, Herbert B., Bradley M. RICHARDSON, Herbert F. WEISBERG
1984 Political participation. An ISSC workbook in
Comparative Analysis.
Frankfurt, New York: Campus.
- ASHFORD, Douglas Elliot
1972 Ideology and Participation.
Beverly Hills, London: Sage.
- BAIER, Horst, Hans Mathias KEPPLINGER, Kurt REUMANN (Hg.)
1981 Öffentliche Meinung und sozialer Wandel. Für
Elisabeth Noelle-Neumann.
Opladen: Westdeutscher Verlag.
- BAKER, Kendall L.
1973 Political participation, political efficacy and
socialization in Germany, in: Comparative Polit-
ics 6:73-98.
- BAKER, Kendall, Russell J. DALTON, Kai HILDEBRANDT
1981 Germany transformed: Political culture and the
new politics.
Cambridge, Mass., London: Harvard University
Press.
- BALCH, George I.
1974 Multiple indicators in survey research: The
concept "sense of political efficacy", in:
Political Methodology 1:1-43.
- BARBER, Bernard
1983 The logic and limits of political trust.
New Brunswick, N.J.: Rutgers University Press.
- BARGEL, Tino
1979 Überlegungen und Materialien zu Wertdisparitäten
und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland,
in: H. KLAGES, P. KMIECIAK (Hg.), 1979: 147-184.
- BARNES, Samuel H., Ronald INGLEHART
1974 Affluence, individual values, and social change,
in: B. STRUEMPEL (Hg.), 1974: 153-184.

- BARNES, Samuel H., Barbara G. FARAH, Felix HEUNKS
1979 Personal dissatisfaction, in: S.H. BARNES, M. KAASE et al., 1979: 381-407.
- BARNES, Samuel H., Max KAASE et al.
1979 Political action. Mass participation in five Western democracies.
Beverly Hills, London: Sage.
- BEER, Samuel H.
1973 Modern political development, in: Samuel H. BEER, Adam B. ULAM (Hg.): Patterns of government. The major political systems of Europe, 3. Aufl.: 3-118.
New York: Random House.
- BELL, Daniel
1976 The coming of post-industrial society. A venture in social forecasting.
New York: Basic Books.
- BELL, Roderick
1969 The determinants of psychological involvement in politics: A causal analysis, in: MJPS 13:237-253.
- BERELSON, Bernard, Paul F. LAZARFELD, William McPHEE
1954 Voting. A study of opinion formation in a presidential campaign.
Chicago: University of Chicago Press.
- BERGER, Manfred
1977 Stabilität und Intensität von Parteineigung, in: M. KAASE (Hg.), 1977: 501-509.
- BERGER, Regina
1984 Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen Lebensbereichen, in: W. GLATZER, W. ZAPF (Hg.), 1984b: 249-263.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk
1972 Politische Kultur. Eine neue Dimension politikwissenschaftlicher Analyse.
München: Vögel.
- BERG-SCHLOSSER, Dirk
1981 Forum politische Kultur, in: PVS 22:110-117.
- BETZ, Dieter
1976 Skalierungsverfahren, in: J. van KOOLWIJK, M. WIEKEN-MAYSER (Hg.), 1975-1977, Bd. 5: 131-183.
- BÖLTKEN, Ferdinand, Annekatriin GEHRING
1984 Zur Empirie des Postmaterialismus. Quota und Random, Äpfel und Birnen, Kraut und Rüben, in: ZA-Information 15:38-52.

- BÖLTKEN, Ferdinand, Wolfgang JAGODZINSKI
 1983 Sekundäranalyse von Umfragedaten aus dem Zentralarchiv. Postmaterialismus in der Krise, in: ZA-Information 12:11-20.
- BÖLTKEN, Ferdinand, Wolfgang JAGODZINSKI
 1985 In an environment of insecurity: Postmaterialism in the European Community, 1970 to 1980, in: Comparative Political Studies 17:453-484.
- BOWMAN, Lewis, Gerald R. BOYNTON
 1974a Political culture, in: L. BOWMAN, G.R. BOYNTON (Hg.), 1974b: 1-12.
- BOWMAN, Lewis, Gerald R. Boynton (Hg.)
 1974b Political behavior and public opinion. Comparative analyses. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice Hall.
- BOYNTON, Gerald R., Gerhard LOEWENBERG
 1973 The development of public support for Parliament in Germany 1951-59, in: BJPS 3:169-189.
- BRÜGGEMANN, Heinz et al.
 1978 Über den Mangel an politischer Kultur in Deutschland. Berlin: Wagenbach.
- BRZEZINSKI, Zbigniew K.
 1971 Between the two ages. America's role in the Technetronic Era. New York: Viking Press.
- BÜRKLIN, Wilhelm P.
 1980 Links und/oder Demokratisch? Dimensionen studentischen Demokratieverständnisses, in: PVS 21: 220-247.
- BÜRKLIN, Wilhelm P.
 1981 Die Grünen und die "Neue Politik". Abschied vom Dreiparteiensystem, in: PVS 22:359-382.
- BUSSHOFF, Heinrich
 1971 Zum Konzept der politischen Kultur, in: Gesellschaft-Staat-Erziehung 16:71-82.
- CALISTA, Donald J.
 1984 Postmaterialism and value convergence: Value priorities of Japanese compared with their perceptions of American values, in: Comparative Political Studies 16:529-555.
- CAMPBELL, Angus et al.
 1960 The American voter. New York: Wiley.

- CAMPBELL, Angus et al.
1969 The sense of political efficacy: Some roots and consequences, in: L. RIESELBACH, G.I. BALCH (Hg.), 1969a: 205-210.
- CAMPBELL, Angus, Gerald GURIN, Warren E. MILLER
1971 The voter decides. Neuauf. Westport: Greenwood Press.
- CAMPBELL, Angus E. et al.
1976 The quality of American life. Perceptions, evaluations and satisfaction. New York: Russell Sage.
- CITRIN, Jack
1974 Comment: The political relevance of trust in government, in: APSR 68:973-988.
- CITRIN, Jack
1977 Political alienation as a social indicator: Attitudes and action, in: Social Indicators Research 4:381-419.
- CITRIN, Jack et al.
1975 Personal and political sources of political alienation, in: BJPS 5:1-31.
- CNUDDE, Charles F., Deane E. NEUBAUER (Hg.)
1969 Empirical democratic theory. Chicago: Markham.
- COLE, Richard L.
1973 Toward a model of political trust: A causal analysis, in: AJPS 17:809-817.
- CONRADT, David P.
1974 West Germany: A remade political culture? Some evidence from survey archives, in: Comparative Political Studies 7:222-238.
- CONRADT, David P.
1980 Changing German political culture, in: G.A. ALMOND, S. VERBA (Hg.), 1980: 212-272.
- CONRADT, David P.
1981a Demoskopie und die deutsche politische Kultur, in: H. BAIER, H.M. KEPPLINGER, K. REUMANN (Hg.), 1981:105-120.
- CONRADT, David P.
1981b Political Culture, Legitimacy and Participation, in: West European Politics 4:18-34.
- CONVERSE, Philip E.
1964 The nature of belief systems in mass publics, in: David E. APTER (Hg.): Ideology and discontent: 206-261.

London, Glencoe: Collier Mac Millan, The Free Press.

- CONVERSE, Philip E.
1974 Alienation from public institutions and processes, in: B. STRUEMPEL (Hg.), 1974: 141-152.
- CROZIER, Michel J., Samuel P. HUNTINGTON, Joji WATANUKI
1975 The crisis of democracy. Report on the governability of democracies to the Trilateral Commission.
New York: New York University Press.
- CUTRIGHT, Phillips
1969 National political development: Measurement and analysis, in: C.F. CNUUDE, D.E. NEUBAUER (Hg.), 1969: 193-209.
- CZUDNOWSKI, Moshe M.
1968 A salience dimension of politics for the study of political culture, in: APSR 62:878-888.
- DAHL, Robert A.
1956 A preface to democratic theory.
Chicago, London: The University of Chicago Press.
- DAHL, Robert A.
1971 Polyarchy. Participation and opposition.
New Haven, London: Yale University Press.
- DAHL, Robert A.
1973 Die politische Analyse.
München: List.
- DAHL, Robert A.
1982 Dilemmas of pluralist democracy. Autonomy vs. control.
New Haven, London: Yale University Press.
- DAHRENDORF, Ralf
1971 Gesellschaft und Demokratie in Deutschland.
München: dtv.
- DALTON, Russell J.
1977 Was there a revolution? A note on generational versus life cycle explanation of value differences, in: Comparative Political Studies 9:459-473.
- DALTON, Russell J.
1981 The persistence of values and life cycle changes, in: H.D. KLINGEMANN, M. KAASE (Hg.), 1981: 189-207.
- DALTON, Russell J., Kai HILDEBRANDT
1983 Konflikte und Koalitionen im Parteiensystem, in: M. KAASE, H.D. KLINGEMANN (Hg.), 1983: 58-80.

- DENNIS, Jack et al.
1968 Political socialization to democratic orientations in four Western systems, in: Comparative Political Studies 1:71-101.
- DENZ, Hermann
1976 Trennschärfebestimmung von Items und Likert-Skalierung, in: K. HOLM (Hg.), Bd. 4, 1975ff: 96-108.
- DEVINE, Donald J.
1972 Political culture in the United States. The influence of member values on regime maintenance. Boston: Little, Brown and Company.
- VAN DETH, Jan W.
1983 The persistence of materialist and post-materialist value orientations, in: European Journal of Political Research 11:63-79.
- DIAS, Patrick V.
1971 Der Begriff "Politische Kultur" in der Politikwissenschaft, in: D. OBERNDÖRFER (Hg.), 1971: 409-448.
Berlin: Duncker & Humblot.
- DILLMAN, Don B., James A. CHRISTENSON
1974 Toward the assessment of public values, in: POQ 38:206-221.
- DITTMER, Lowell
1977 Political culture and political symbolism. Toward a theoretical synthesis, in: World Politics 28: 552-583.
- DITTRICH, Karl Heinz
1984 Wertorientierungen, Zeitwahrnehmung und politischer Protest. Eine empirische Untersuchung zur Struktur und Veränderung von Orientierungsmerkmalen.
Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.
- DOWNS, Anthony
1957 An economic theory of democracy.
New York: Harper and Row.
- DOWNS, Anthony
1974 Eine ökonomische Theorie des politischen Handelns in der Demokratie, in: Hans Peter WIDMAIER (Hg.): Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. Eine kritische Darstellung der Neuen Politischen Ökonomie: 121-139.
Frankfurt: Athenäum, Fischer.
- EASTON, David
1965 A systems analysis of political life.

New York et al.: Wiley and Sons.

- EASTON, David
1967 The current meaning of "Behavioralism", in:
James C. CHARLESWORTH (Hg.): Contemporary political
analysis: 11-31.
New York, London: The Free Press; Collier Mac-
Millan
- EASTON, David
1975 A re-assessment of the concept of political
support, in: BJPS 5:435-457.
- EBERLEIN, Klaus D.
1968 Was die Deutschen möchten. Politische Meinungs-
umfragen in der Bundesrepublik.
Hamburg: Wegener.
- ECKERT, Roland
1975 Emanzipation durch Bürgerinitiativen, in: Günter
HARTFIEL (Hg.): Emanzipation. Ideologischer Fe-
tisch oder reale Chance?: 325-340.
Opladen: Westdeutscher Verlag.
- ECKSTEIN, Harry
1966 Division and cohesion in democracy. A study of
Norway.
Princeton: Princeton University Press.
- EDINGER, Lewis J.
1977 Politics in West Germany. A country study. 2.
Aufl.
Boston, Toronto: Little, Brown and Company.
- EISENSTADT, Shmuel N.
1974 Cultural models and political systems, in:
European Journal of Political Research 2:1-22.
- ELCOCK, Howard
1976 Political behaviour.
London: Methuen.
- ELKINS, David J., Richard E.B. SIMEON
1979 A cause in search of its effect, or what does
political culture explain, in: Comparative Polit-
ics 11:127-145.
- EVANS, Samuel, Kai HILDEBRANDT
1979 Technical appendix, in: S.H. BARNES, M. KAASE et
al., 1979: 537-592.
- FALTER, Jürgen W.
1972 Ein Modell zur Analyse individuellen politischen
Verhaltens, in: PVS 13:547-566.
- FALTER, Jürgen W.
1977 Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Partei-

identifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen? Theoretische, methodologische und empirische Probleme einer Validierung des Konstrukts "Parteiidentifikation" für die Bundesrepublik Deutschland, in: M. KAASE (Hg.), 1977: 476-500.

FALTER, Jürgen W.

1982 Der "Positivismusstreit" in der amerikanischen Politikwissenschaft - Entstehung, Ablauf und Resultat der sogenannten Behaviorismus-Kontroverse in den Vereinigten Staaten 1945-1975. Opladen: Westdeutscher Verlag.

FALTER, Jürgen W., Christian FENNER, Michael Th. GREVEN (Hg.)

1984 Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13. Oktober 1983 in Mannheim. Opladen: Westdeutscher Verlag.

FARAH, Barbara G., Samuel H. BARNES, Felix HEUNKS

1979 Political dissatisfaction, in: S.H. BARNES, M. KAASE et al., 1979: 409-447.

FAUPEL, Klaus

1971 Zu Almonds und Eastons Versionen des input-output-Schemas und zum dominanten Systemkonzept bei Almond: Eine logische Analyse, in: D. OBERNDÖRFER (Hg.), 1971: 361-405.

FELLING, Albert, Jan PETERS, Osmund SCHREUDER

1983 Bürgerliche und alternative Wertorientierungen in den Niederlanden, in: KZfSS 35:83-107.

FINIFTER, Ada W.

1970 Dimensions of political alienation, in: APSR 64: 389-410.

FINIFTER, Ada W. (Hg.)

1972 Alienation and the social system. New York et al.: Wiley and Sons.

FLANAGAN, Scott C.

1978 The genesis of variant political cultures: Contemporary citizen orientations in Japan, America, Britain and Italy, in: L.W. PYE, S. VERBA (Hg.), 1978: 129-165.

FLANAGAN, Scott C.

1979 Value change and partisan change in Japan. The silent revolution revisited, in: Comparative Politics 11:253-278.

FLANAGAN, Scott C.

1982 Changing values in advanced industrial societies. Inglehart's silent revolution from the perspective of Japanese findings, in: Comparative Political Studies 14:403-444.

- FRANZ, Gerhard
1983 Wirtschaftslage, Aspirationsdynamik und politischer Anspruchsdruck in der Bundesrepublik Deutschland. Zeitreihenanalysen zur Veränderungsdynamik persönlicher und politischer Einstellungen im ökonomischen Wandel. Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.
- FRASER, John
1974 Validating a measure of national political legitimacy, in: AJPS 19:117-134.
- FREY, Bruno S.
1977 Moderne Politische Ökonomie. Die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik. München, Zürich: Piper.
- FREYER, Hans
1960 Über das Dominantwerden technischer Kategorien in der Lebenswelt der industriellen Gesellschaft, in: Veröffentlichungen der Mainzer Akademie der Wissenschaften, 1960: 539-551. Mainz: Mainzer Akademie der Wissenschaften.
- FRIEDRICHS, Jürgen
1968 Werte und soziales Handeln. Ein Beitrag zur soziologischen Theorie. Tübingen: Mohr und Siebeck.
- FUCHS, Dieter
1981 Dimensionen politischer Unterstützung, in: H.D. KLINGEMANN, M. KAASE (Hg.), 1981: 208-225.
- FUCHS, Dieter
1983 Politischer Protest und Stabilität des politischen Systems, in: M. KAASE, H.D. KLINGEMANN (Hg.), 1983: 121-143.
- FUCHS, Dieter
1984 Die Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen, in: J.W. FALTER, Ch. FENNER, M. Th. GREVEN (Hg.), 1984: 621-634.
- GABRIEL, Oscar W.
1981 Politische Kultur - Zum Schlagwort deformiert, in: PVS 22:204-209.
- GABRIEL, Oscar W.
1983 Gesellschaftliche Modernisierung, politische Beteiligung und kommunale Demokratie. Strukturen, Bedingungen und Folgen bürgerschaftlicher Beteiligung an der kommunalen und nationalen Politik, in: ders. (Hg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie: 57-103. München: Minerva Publikation München.

- GABRIEL, Oscar W.
1984 Sind wir auf dem Weg in die postindustrielle Gesellschaft? Spekulationen und Fakten, in: Politische Bildung 17:69-86.
- GAMSON, William A.
1968 Power and discontent. Homewood, Ill.: Dorsey.
- GAMSON, William A.
1971 Political trust and its ramifications, in: G. ABCARIAN, J.W. SOULE (Hg.), 1971: 41-55.
- GLATZER, Wolfgang
1984 Zufriedenheitsunterschiede zwischen Lebensbereichen, in W. GLATZER, W. ZAPF (Hg.), 1984b: 192-205.
- GLATZER, Wolfgang, Wolfgang ZAPF
1984a Lebensqualität in der Bundesrepublik, in: W. GLATZER, W. ZAPF (Hg.), 1984b: 391-401.
- GLATZER, Wolfgang, Wolfgang ZAPF (Hg.)
1984b Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt, New York: Campus.
- GOETZE, Dieter
1975 Kultur, in: Horst REIMANN et al.: Basale Soziologie: Hauptprobleme: 32-52. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- GREENSTEIN, Fred I.
1975 Personality and politics, in: Fred I. GREENSTEIN, Nelson W. POLSBY (Hg.): Handbook of Political Science, Bd. 2:1-92. Reading, Mass.: Addison-Wesley.
- GREIFFENHAGEN, Martin
1984 Vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie. Die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: P. REICHEL (Hg.), 1984: 52-76.
- GREIFFENHAGEN, Martin, Sylvia GREIFFENHAGEN
1981 Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands. Aktualisierte Ausgabe. Frankfurt: Fischer.
- GREIFFENHAGEN, Martin, Sylvia GREIFFENHAGEN, Rainer PRÄTORIUS (Hg.)
1981 Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lehr- und Nachschlagewerk. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- GUGGENBERGER, Bernd
1980 Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie. Von

der Ökologiebewegung zur Umweltpartei.
Stuttgart et al.: Kohlhammer.

GUGGENBERGER, Bernd, Udo KEMPF (Hg.)

1984 Bürgerinitiativen und repräsentatives System. 2. neubearbeitete und erweiterte Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag.

HABERMAS, Jürgen

1961 Reflexionen über den Begriff der politischen Beteiligung, in: Jürgen HABERMAS et al.: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten: 11-55. Neuwied, Berlin: Luchterhand.

HABERMAS, Jürgen

1973 Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt: Suhrkamp.

HABERMAS, Jürgen

1976 Legitimationsprobleme im modernen Staat, in: Peter Graf KIELMANSEGG (Hg.), 1976: 39-61.

HAGSTOTZ, Werner

1985 Welcher Inglehart-Index ist der richtige? Methodische Anmerkungen zur Messung von Wertorientierungen, in: ZUMA-Nachrichten 16:16-38.

HART, Vivien

1978 Distrust and democracy. Political distrust in Britain and America. Cambridge, London, New York, Melbourne: Cambridge University Press.

HARTWIG, Frederick, Brian E. DEARING

1979 Exploratory data analysis. Sage University Paper Series on Quantitative Applications in the Social Sciences, 07-016. Beverly Hills, London: Sage.

HAUNGS, Peter

1980 Parteiendemokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Colloquium.

HENNESSY, Bernard

1972 A headnote on the existence and study of political attitudes, in: D.D. NIMMO, C.M. BONJEAN (Hg.), 1972a: 27-40.

HENNIS, Wilhelm

1976 Legitimität - Zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, in: P. Graf KIELMANSEGG (Hg.), 1976: 9-38.

- HENNIS, Wilhelm
1983 Politischer Wandel - Stichworte der Demoskopie,
in: E. NOELLE-NEUMANN, E. PIEL (Hg.), 1983: 45-
50.
- HERDEGEN, Gerd (Hg.)
1979 Demokratieverankerung in der Bundesrepublik
Deutschland. Eine empirische Untersuchung zum
30jährigen Bestehen der Bundesrepublik.
Allensbach: Institut für Demoskopie.
- HERDER-DORNEICH, Philipp, Manfred GROSER
1977 Ökonomische Theorie des politischen Wettbewerbs.
Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- HERKNER, Werner
1975 Einführung in die Sozialpsychologie.
Bern et al.: Huber.
- HERZ, Thomas A.
1979 Der Wandel von Wertvorstellungen in westlichen
Industriegesellschaften, in: KZfSS 31:282-302.
- HILDEBRANDT, Kai, Russel J. DALTON
1977 Die neue Politik. Politischer Wandel oder Schön-
wetterpolitik?, in: M. KAASE (Hg.), 1977: 230-
256.
- HIMMELSTRAND, Ulf
1970 Depoliticization and political involvement: A
theoretical and empirical approach, in: Erik
ALLARDT, Stein ROKKAN (Hg.): Mass Politics: 64-
92.
New York, London: The Free Press.
- HOFFMANN-LANGE, Ursula
1977 Politische Einstellungsmuster in der westdeut-
schen Führungsschicht.
Mannheim: Phil.Diss.
- HOLM, Kurt
1975- Die Befragung. 6. Bände.
1979 München: Francke.
- HONDRICH, Karl Otto
1975 Menschliche Bedürfnisse und soziale Steuerung.
Eine Einführung in die Sozialwissenschaft.
Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- HONDRICH, Karl Otto
1979 Bedürfnisse, Werte und soziale Steuerung, in: H.
KLAGES, P. KMIECIAK (Hg.), 1979: 67-83.
- HOUSE, James S., William M. MASON
1975 Political alienation in America, 1952-1968, in:
ASR 40:123-147.

- HULL, Hadlai C., Norman H. NIE
 1981 SPSS update 7-9. New procedures and facilities
 for releases 7-9.
 New York et al.: McGraw-Hill.
- HUNTINGTON, Samuel P.
 1968 Political order in changing societies.
 New Haven, London: Yale University Press.
- HUNTINGTON, Samuel P.
 1974 Post-Industrial politics: How benign will it be?,
 in: Comparative Politics 6:163-191.
- IKE, Nobutaka
 1973 Economic growth and intergenerational change in
 Japan, in: APSR 67:1194-1203.
- INGLEHART, Ronald
 1971a The silent revolution in Europe: Intergeneration-
 al change in post-industrial societies, in: APSR
 65:991-1017.
- INGLEHART, Ronald
 1971b Revolutionarisme post-bourgeois en France, en
 Allemagne et aux Etats-Unis, in: Il Politico 36:
 209-238.
- INGLEHART, Ronald
 1977a The silent revolution. Changing values and polit-
 ical styles among western publics.
 Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- INGLEHART, Ronald
 1977b Political dissatisfaction and mass support for
 social change in advanced industrial societies,
 in: Comparative Political Studies 10:455-472.
- INGLEHART, Ronald
 1979a Wertwandel und politisches Verhalten, in: J.
 MATTHES (Hg.), 1979: 505-533.
- INGLEHART, Ronald
 1979b Wertwandel in den westlichen Gesellschaften: Po-
 litische Konsequenzen von materialistischen und
 postmaterialistischen Prioritäten, in: H. KLAGES,
 P. KMIECIAK (Hg.), 1979: 279-316.
- INGLEHART, Ronald
 1979c Value priorities and socioeconomic change, in:
 S.H. BARNES, M. KAASE et al., 1979: 305-342.
- INGLEHART, Ronald
 1979d Political action: The impact of values, cognitive
 level, and social background, in: S.H. BARNES, M.
 KAASE et al., 1979: 343-380.

- INGLEHART, Ronald
1980 Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischen Bedingungen und individuellen Wertprioritäten, in: KZfSS 32:144-153.
- INGLEHART, Ronald
1981 Post-materialism in an environment of insecurity, in: APSR 75:880-900.
- INGLEHART, Ronald
1982 Changing values in Japan and the West, in: Comparative Political Studies 14:445-479.
- INGLEHART, Ronald
1983a Changing paradigms in Comparative Political Behavior, in: Ada W. FINIFTER (Hg.): Political Science: The State of the discipline, 429-469. Washington: American Political Science Association.
- INGLEHART, Ronald
1983b The persistence of materialist and post-materialist value orientations: Comments on Van Deths Analysis, in: European Journal of Political Research 11:81-91.
- INGLEHART, Ronald
1983c Traditionelle politische Trennungslinien und die Entwicklung der neuen Politik in westlichen Gesellschaften, in: PVS 24:139-165.
- INGLEHART, Ronald
1984 Generational change and the future of the Atlantic Alliance, in: PS 17:525-535.
- INGLEHART, Ronald
1985a Aggregate stability and individual-level flux in mass belief systems: The level of analysis paradox, in: APSR 79:97-116.
- INGLEHART, Ronald
1985b New perspectives on value change: Response to Lafferty and Knutsen, Savage, Böltken and Jagodzinski, in: Comparative Political Studies 17:485-532.
- INGLEHART, Ronald, Hans-Dieter KLINGEMANN
1979 Ideological conceptualization and value priorities, in: S.H. BARNES, M. KAASE et al., 1979: 203-213.
- INKELES, Alex
1974 Participant citizenship in six developing countries, in: L. BOWMAN, G.R. BOYNTON (Hg.), 1974: 213-247.

- INKELES, Alex, Daniel Y. LEVINSON
 1969 National Character: the Study of modal character and sociocultural systems, in: Gardner LINDZEY, Elliot ARONSON (Hg.): The Handbook of Social Psychology, Bd. 4, 2. Aufl., 418-506.
- IRWIN, Galen A.
 1975 Political efficacy, satisfaction and participation, in: Mens en Maatschappij 50:24-37.
- IWAND, Wolf-Michael
 1985 Paradigma politische Kultur. Konzepte, Methoden, Ergebnisse der Political Culture-Forschung in der Bundesrepublik. Ein Forschungsbericht. Opladen: Leske und Budrich.
- JAENICKE, Martin (Hg.)
 1973 Politische Systemkrisen. Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- JAIDE, Walter
 1983 Wertwandel. Grundfragen zur Diskussion. Opladen: Leske und Budrich.
- JENNINGS, M. Kent
 1984 The intergenerational transfer of political ideologies in eight Western democracies, in: European Journal of Political Research 12: 261-276.
- JENNINGS, M. Kent, Klaus R. ALLERBECK, Leopold ROSENMAYR
 1979 Generations and families: General orientations, in: S.H. BARNES, M. KAASE et al., 1979: 449-486.
- JENNINGS, M. Kent, Richard G. NIEMI
 1975 Continuity and change in political orientations: A longitudinal study of two generations, in: APSR 69:1316-1335.
- JENNINGS, M. Kent, Richard G. NIEMI
 1981 Generations and Politics. Princeton: Princeton University Press.
- KAASE, Max
 1971 Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: SJP 2:119-326.
- KAASE, Max
 1976a Bedingungen unkonventionellen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland, in: Peter Graf KIELMANSEGG (Hg.), 1976: 179-216.

- KAASE, Max
1976b Strukturen politischer Beteiligung, in: Rudolf WILDENMANN (Hg.): Form und Erfahrung. Ein Leben für die Demokratie. Zum 70. Geburtstag von Ferdinand A. Hermens: 129-151. Berlin: Duncker und Humblot.
- KAASE, Max (Hg.)
1977 Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976. Bd. 8, 2/3 der Politischen Vierteljahresschrift. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- KAASE, Max
1979 Legitimitätskrise in westlichen demokratischen Industriegesellschaften: Mythos oder Realität?, in: H. KLAGES, P. KMIECIAK (Hg.), 1979: 328-350.
- KAASE, Max
1981 Demokratieskala, in: M. GREIFFENHAGEN, S. GREIFFENHAGEN, R. PRÄTORIUS (Hg.), 1981: 118-123.
- KAASE, Max
1982 Partizipatorische Revolution - Ende der Parteien? in: J. RASCHKE (Hg.), 1982: 173-189.
- KAASE, Max
1983 Sinn und Unsinn des Konzepts "Politische Kultur" für die vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: M. KAASE, H.D. KLINGEMANN (Hg.), 1983: 144-171.
- KAASE, Max
1984 Politische Beteiligung in den 80er Jahren: Strukturen und Idiosynkrasien, in: J.W. FALTER, Ch. FENNER, M. Th. GREVEN (Hg.), 1984: 338-350.
- KAASE, Max, Samuel H. BARNES
1979 In conclusion: The future of political protest in Western democracies, in: S.H. BARNES, M. KAASE et al., 1979: 523-536.
- KAASE, Max, Hans-Dieter KLINGEMANN
1979 Sozialstruktur, Wertorientierung und Parteiensysteme: Zum Problem der Interessenvermittlung in westlichen Demokratien, in: J. MATTHES (Hg.), 1979: 534-573.
- KAASE, Max, Alan MARSH
1979a Political action. A theoretical perspective, in: S.H. BARNES, M. KAASE et al., 1979: 27-56.
- KAASE, Max, Alan MARSH
1979b Political action repertory: Changes over time and a new typology, in: S.H. BARNES, M. KAASE et al., 1979: 137-166.

- KAASE, Max, Hans-Dieter KLINGEMANN (Hg.)
 1983 Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß
 der Bundestagswahl 1980.
 Opladen: Westdeutscher Verlag.
- KAHN, Herman, Anthony J. WIENER
 1971 Ihr werdet es erleben. Voraussagen der Wissen-
 schaft bis zum Jahre 2000.
 Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- KAVANAGH, Dennis
 1972 Political culture.
 London: MacMillan.
- KAVANAGH, Dennis
 1980 Political culture in Great Britain: The decline
 of the Civic Culture, in: G.A. ALMOND, S. VERBA
 (Hg.), 1980: 124-176.
- KAVANAGH, Dennis
 1983 Political science and political behaviour.
 London, Boston, Sidney: George Allen and Unwin.
- KERN, Lucian
 1976 Einleitung, in: ders. (Hg.): Probleme der postin-
 dustriellen Gesellschaft, 9-76.
 Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- KEVENHÖRSTER, Paul
 1978 Legitimitätsdoktrinen und Legitimierungsverfahren
 in westlichen Demokratien, in: U. MATZ, P. Graf
 KIELMANSEGG (Hg.), 1978: 59-103.
- Graf KIELMANSEGG, Peter
 1971 Legitimität als analytische Kategorie, in: PVS
 12:367-401.
- Graf KIELMANSEGG, Peter (Hg.)
 1976 Legitimationsprobleme politischer Systeme. Tagung
 der Deutschen Vereinigung für Politische Wissen-
 schaft in Duisburg, Herbst 1975.
 Opladen: Westdeutscher Verlag. Sonderheft 7/1976
 der PVS.
- KIM, Jae On, Frank J. KOHOUT
 1975 Analysis of variance and covariance: Subprograms
 Anova and Oneway, in: N.H. NIE et al., 1975: 398-
 433.
- KIM, Young C.
 1964 The concept of political culture in Comparative
 Politics, in: Journal of Politics 26:313-336.
- KLAGES, Helmut
 1975 Die unruhige Gesellschaft. Untersuchungen über
 Grenzen und Probleme sozialer Stabilität.
 München: C.H. Beck.

KLAGES, Helmut

- 1977 Unbeabsichtigte Folgen staatlicher Selbstdarstellung als gesellschaftliches Stabilitätsrisiko, in: Helmut QUARITSCH (Hg.): Die Selbstdarstellung des Staates. Vorträge und Diskussionsbeiträge der 44. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung der Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer: 73-91.
Berlin: Duncker und Humblot.

KLAGES, Helmut

- 1981a Wirkungsbedingungen staatlicher Leistungen im Bereich der politischen Kultur. Vorbericht über das Projekt "Objektive und subjektive Staatseffektivität", in: H.D. KLINGEMANN, M. KAASE (Hg.), 1981: 135-142.

KLAGES, Helmut

- 1981b Wertwandel und Wertverlust in der Gegenwartsgesellschaft, in: H. BAIER, H.M. KEPPLINGER, K. REUMANN (Hg.), 1981: 358-379.

KLAGES, Helmut

- 1984 Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalysen, Prognosen.
Frankfurt, New York: Campus.

KLAGES, Helmut, Peter KMIECIAK (Hg.)

- 1979 Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel.
Frankfurt, New York: Campus.

KLAGES, Helmut, Willi HERBERT

- 1981 Staatssympathie. Eine Pilotstudie zur Dynamik politischer Grundeinstellungen in der Bundesrepublik Deutschland.
Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

KLAGES, Helmut, Willi HERBERT

- 1983 Wertorientierung und Staatsbezug. Untersuchungen zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland.
Frankfurt, New York: Campus.

KLINGEMANN, Hans-Dieter

- 1979a Measuring ideological conceptualizations, in: S.H. BARNES, M. KAASE et al., 1979:255-277.

KLINGEMANN, Hans-Dieter

- 1979b The background of ideological conceptualization, in: S.H. BARNES, M. KAASE et al., 1979: 255-277.

KLINGEMANN, Hans-Dieter, Ekkehard MOCHMANN

- 1975 Sekundäranalyse, in: J. van KOOLWIJK, M. WIEKENMAYSER (Hg.), 1975-1977, Bd. 2: 178-194.

- KLINGEMANN, Hans-Dieter, Charles Lewis TAYLOR
1977 Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues. Einstellungskomponenten der Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen in Deutschland, in: M. KAASE (Hg.), 1977: 301-347.
- KLINGEMANN, Hans-Dieter, Max KAASE unter Mitarbeit von Klaus HORN (Hg.)
1981 Politische Psychologie.
Opladen: Westdeutscher Verlag, Sonderheft 12/1981 der PVS.
- KLUCKHOHN, Clyde et al.
1962 Values and value-orientations in the theory of action: An exploration in definition and classification, in: T. PARSONS et al., 1962b: 388-433.
- KMIECIAK, Peter
1976 Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik. Grundlagen einer interdisziplinären empirischen Wertforschung mit einer Sekundäranalyse von Umfragedaten.
Göttingen: Schwartz.
- KNOKE, David, Peter J. BURKE
1980 Log-linear models. Sage University Paper Series on Quantitative Applications in the Social Sciences 07-020.
Beverly Hills, London: Sage.
- KNUTSON, Jeanne N.
1972 The human basis of the polity. A psychological study of political man.
Chicago, New York: Aldine.
- KNUTSON, Jeanne N. (Hg.)
1973a Handbook of political psychology.
San Francisco, Washington, London: Jossey-Bass.
- KNUTSON, Jeanne N.
1973b Personality in the study of politics, in: J.N. KNUTSON (Hg.), 1973a: 28-56.
- KOCH, Klaus, Dieter SENGHAAS (Hg.)
1970 Texte zur Technokratiediskussion.
Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt.
- KOCH, Manfred, unter Mitarbeit von Peter GAEDECKE und Paul VERBEECK
1972 Die Deutschen und ihr Staat.
Hamburg: Hoffmann und Campe.
- VAN KOOLWIJK, Jürgen, Maria WIEKEN-MAYSER (Hg.)
1975- Techniken der empirischen Sozialforschung. 8 Bände (bisher 6).
1977 München, Wien: Oldenbourg.

- KÜCHLER, Manfred
1979 Multivariate Analyseverfahren.
Stuttgart: Teubner.
- KÜCHLER, Manfred
1982 Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit?,
in: J. RASCHKE (Hg.), 1982: 39-54.
- KÜCHLER, Manfred
1984 Die Friedensbewegung in der BRD - Alter Pazifis-
mus oder neue soziale Bewegung?, in: J.W. FALTER,
Ch. FENNER, M. Th. GREVEN (Hg.), 1984: 328-337.
- LAFFERTY, William M.
1976 Basic needs and political Some perspect-
ives from Norway on Europe's "Silent Revolution",
in: Acta Sociologica 19:117-136.
- LAFFERTY, William M., Oddbjörn KNUTSEN
1985 Postmaterialism in a Social Democratic state: An
analysis of the distinctness and congruity of the
Inglehart value syndrom in Norway, in: Comparat-
ive Political Studies 17:411-430.
- LANE, Robert E.
1959 Political life: Why and how people get involved
in politics.
New York: The Free Press.
- LANE, Robert E.
1973 Patterns of political belief, in: J.N. KNUTSON
(Hg.), 1973a: 83-116.
- LANGBEIN, Laura Irwin, Allan J. LICHTMAN
1978 Ecological inference. Sage University Paper
Series on Quantitative Applications in the
Social Sciences 07-010.
Beverly Hills, London: Sage.
- LAZARSFELD, Paul F., Bernard BERELSON, Hazel GAUDET
1944 The people's choice: How the voter makes up his
mind in a presidential campaign.
New York: Duell, Sloan, and Pearce.
- LEHMAN, Edward W.
1971 On the concept of political culture: A theoretic-
al reassessment, in: Social Forces 50:361-370.
- LEHNER, Franz
1979 Die "Stille Revolution": Zur Theorie und Realität
des Wertwandels in hochindustrialisierten Gesell-
schaften, in: H. KLAGES, P. KMIECIAK (Hg.), 1979:
317-327.
- LENK, Kurt
1972 Wie demokratisch ist der Parlamentarismus? 2.
verbesserte Auflage.

Stuttgart et al.: Kohlhammer

- LENK, Kurt
1982 Politische Soziologie. Strukturen und Integrationsformen der Gesellschaft. Stuttgart et al.: Kohlhammer.
- LEPSIUS, Mario Rainer
1973 Wahlverhalten, Parteien und politische Spannungen, in: PVS 14:295-313.
- LEWIS-BECK, Michael S.
1980 Applied regression. An introduction. Sage University Paper Series on Quantitative Applications in the Social Sciences 07-022. Beverly Hills, London: Sage.
- LIJHART, Arend
1980 The structure of inference, in: G.A. ALMOND, S. VERBA (Hg.), 1980: 37-56.
- LINDBERG, Leon N. (Hg.)
1976 Introduction: Politics and the future of industrial society, in: ders.: Politics and the future of industrial society: 1-18. New York: David Mc Kay.
- LIPSET, Seymour Martin
1981 Political man. The social bases of politics. Expanded edition. Baltimore, Md.: The John Hopkins University Press.
- LIPSET, Seymour Martin, William SCHNEIDER
1983 The confidence gap. Business, labor and government in the public mind. New York, London: The Free Press, Collier MacMillan.
- LUDZ, Peter Christian
1975 "Alienation" als Konzept der Sozialwissenschaften, in: KZfSS 27:1-32.
- LUHMANN, Niklas
1969 Legitimation durch Verfahren. Neuwied, Berlin: Luchterhand.
- LUHMANN, Niklas
1974 Soziologie des politischen Systems, in: ders.: Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Bd. 1, 4. Aufl.: 154-177. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- MALUSCHKE, Günther
1976 Zur Legitimität politischer Institutionen und politischen Handelns, in: ZfP 23:366-376.

- MARCUSE, Herbert
1970 Der Eindimensionale Mensch, 3. Aufl.
Neuwied, Berlin: Luchterhand.
- MARSH, Alan
1975 The "Silent Revolution". Value priorities and the
quality of life in Britain, in: APSR 69:21-30.
- MARSH, Alan
1977 Protest and political consciousness.
Beverly Hills, London: Sage.
- MARSH, Alan, Max KAASE
1979 Measuring political action, in: S.H. BARNES, M.
KAASE et al., 1979: 57-96.
- MASLOW, Abraham H.
1954 Motivation and personality.
New York: Harper & Row.
- MATTHES, Joachim (Hg.)
1979 Sozialer Wandel in Westeuropa. Verhandlungen des
19. Deutschen Soziologentages, 17.-20. April 1979
im Internationalen Congress-Centrum (ICC) in Ber-
lin.
Frankfurt, New York: Campus.
- MATZ, Ulrich
1978 Zur Legitimität der westlichen Demokratie, in:
U. MATZ, P. Graf KIELMANSEGG (Hg.), 1978: 27-58.
- MATZ, Ulrich, Peter Graf KIELMANSEGG (Hg.)
1978 Die Rechtfertigung politischer Herrschaft.
Freiburg, München: Alber.
- MAYER-TASCH, Peter Cornelius
1981 Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger
als rechts- und politikwissenschaftliches Pro-
blem. Vierte, völlig neu bearbeitete Auflage.
Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- MCCLOSKY, Herbert J.
1968 Political participation, in: D.L. SILLS (Hg.):
The International Encyclopedia of the Social
Sciences, Bd. 12: 252-265.
New York, London, Glencoe: Macmillan, The Free
Press.
- MCCLOSKY, Herbert J.
1969 Consensus and ideology in American politics, in:
C.F. CNUUDE, D.E. NEUBAUER (Hg.), 1969: 268-302.
- MCCRONE, Donald J., Charles F. CNUUDE
1969 Toward a communications theory of democratic
political development: A causal model, in: C.F.
CNUUDE, D.E. NEUBAUER (Hg.), 1969: 210-223.

- McIVER, John P., Edward G. CARMINES
1982 Unidimensional scaling. Sage University Paper Series on Quantitative Applications in the Social Sciences 07-024, 2. Aufl. Beverly Hills, London: Sage.
- McPHAIL, Clark
1971 Civil disorder participation: A critical examination of recent research, in: ASR 36:1058-1073.
- McPHERSON, J. Miller, Susan WELCH, Cal CLARK
1977 The stability and reliability of political efficacy: Using path analysis to test alternative models, in: APSR 73:509-521.
- MEINEFELD, Werner
1977 Einstellung und soziales Handeln. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- MERRITT, Anna, Richard L. MERRITT (Hg.)
1970 Public opinion in occupied Germany. Urbana, Ill.: University of Illinois Press.
- MEYER, Ruth, Walter RUEGG
1979 Wertforschung im systematischen internationalen Vergleich, in: H. KLAGES, P. KMIECIAK (Hg.), 1979: 41-60.
- MILBRATH, Lester W., M. Lal GOEL
1977 Political participation. How and why do people get involved in politics, 2. Aufl. Chicago: Rand McNally and Company.
- MILLER, Arthur H.
1974a Political issues and trust in government: 1964-1970, in: APSR 68:951-972.
- MILLER, Arthur H.
1974b Rejoinder to 'Comment' by Jack Citrin: Political discontent or ritualism, in: APSR 68:989-1001.
- MILLER, Arthur H., Edie N. GOLDENBERG, Lutz ERBRING
1979 Type-set politics: Impact of newspapers on public confidence, in: APSR 73:67-84.
- MILLER, Warren E., Teresa LEVITIN
1976 Leadership and change: The new politics and the American electorate. Cambridge, Mass.: Winthrop.
- MIROW, Jürgen
1976 Entpolitisierung oder Integration? Zur Entwicklung des politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten, in: ZfP 23:41-63.

- MOHR, Hans Michael, Wolfgang GLATZER
1984 Werte, persönliche Konflikte und Unzufriedenheit,
in: W. GLATZER, W. ZAPF (Hg.), 1984b: 221-233.
- MOYSER, George
1978 Political culture and political change in Western
Europe and the USA: an American perspective, in:
Government and Opposition 13:497-509.
- MÜLLER-ROMMEL, Ferdinand
1983 Die Postmaterialismuskussion in der empiri-
schen Sozialforschung: Politisch und wissen-
schaftlich überlebt oder immer noch zukunftswei-
send?, in: PVS 24:218-228.
- MÜLLER-ROMMEL, Ferdinand, Nicholas WATTS
1984 Zur elektoralen Verankerung der Anhänger neuer
sozialer Bewegungen. Eine vorläufige Forschungs-
notiz, in: J.W. FALTER, Ch. FENNER, M. Th. GREVEN
(Hg.), 1984: 602-608.
- MÜNCH, Richard
1976 Legitimität und politische Macht.
Opladen: Westdeutscher Verlag.
- MÜNCH, Richard
1982 Basale Soziologie: Soziologie der Politik.
Opladen: Westdeutscher Verlag.
- MÜNCH, Werner
1971 Der Begriffsapparat bei David Easton, in: D.
OBERNDÖRFER (Hg.), 1971: 201-245.
- MULLER, Edward N.
1970a Cross-national dimensions of political
competence, in: APSR 64:792-809.
- MULLER, Edward N.
1970b The representation of citizens by political
authorities: Consequences for regime support, in:
APSR 64:1149-1166.
- MULLER, Edward N.
1970c Correlates and consequences of beliefs in the
legitimacy of regime structures, in: MJPS 14:392-
412.
- MULLER, Edward N.
1979 Aggressive political participation.
Princeton: Princeton University Press.
- MULLER, Edward N., Thomas O. Jukam
1977 On the meaning of political support, in: APSR 71:
1561-1595.
- MULLER, Edward N., Pertti PESONEN, Thomas O. JUKAM
1980 Support for the freedom of assembly in western

- democracies, in: *European Journal of Political Research* 8:265-288.
- MULLER, Edward N., Carol J. WILLIAMS
1980 Dynamics of political support-alienation, in: *Comparative Political Studies* 13:33-59.
- MULLER, Edward N., Thomas O. JUKAM, Mitchell A. SELIGSON
1982 Diffuse support and antisystem political behavior: A comparative analysis, in: *AJPS* 26:240-264.
- NEAL, Arthur G., Salomon RETTIG
1967 On the multidimensionality of alienation, in: *ASR* 32:54-64.
- NEUBAUER, Deane E.
1969 Some conditions of democracy, in: C.F. CNUUDE, D.E. NEUBAUER (Hg.), 1969: 224-235.
- NEUBAUER, Deane E., Charles F. CNUUDE
1969 Empirical democratic theory: Some preliminary questions, in: C.F. CNUUDE, D.E. NEUBAUER (Hg.), 1969: 1-15.
- NIE, Norman H., G. Bingham POWELL, Kenneth PREWITT
1969 Social structure and political participation: Developmental relationships, Teil 1, in: *APSR* 63: 361-378; Teil 2, in: *APSR* 63:808-832.
- NIE, Norman H. et al.
1975 Statistical package for the Social Sciences, 2. Aufl.
New York et al.: McGraw-Hill.
- NIEMI, Richard G.
1973 Political socialization, in: J.N. KNUTSON (Hg.), 1973a: 117-138.
- NIMMO, Dan D., Charles M. BONJEAN (Hg.)
1972a Political attitudes and public opinion.
New York: David McKay.
- NIMMO, Dan D., Charles M. BONJEAN
1972b Basic concepts and methods, in: D.D. NIMMO, C.M. BONJEAN (Hg.), 1972: 1-12.
- NIMMO, Dan D., Charles M. BONJEAN
1972c Political attitudes. The problem of consistency, in: D.D. NIMMO, C.M. BONJEAN (Hg.), 1972: 285-291.
- NOELLE-NEUMANN, Elisabeth
1978 Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft.
Zürich: Edition Interform.

- NOELLE-NEUMANN, Elisabeth, Edgar PIEL (Hg.)
 1983 Eine Generation später. Bundesrepublik Deutschland 1953-1979.
 München et al.: K.G. Saur.
- OBERNDÖRFER, Dieter (Hg.)
 1971 Systemtheorie, Systemanalyse und Entwicklungslander-Forschung. Einführung und Kritik.
 Berlin: Duncker & Humblot.
- OERTER, Rolf
 1978 Struktur und Wandlung von Werthaltungen. Studienausgabe.
 München, Wien: Oldenbourg.
- OFFE, Claus
 1972 Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie.
 Frankfurt: Suhrkamp.
- OLSEN, Marvin E.
 1969 Two categories of political alienation, in: Social Forces 47:288-299.
- OPP, Karl-Dieter, Peter SCHMIDT
 1976 Einführung in die Mehrvariablenanalyse. Grundlagen der Formulierung und Prüfung komplexer sozialwissenschaftlicher Aussagen.
 Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- ORUM, Anthony M.
 1974 On participation in political protest movements, in: Journal of Applied Behavioral Science 10:181-207.
- PAIGE, Jeffry M.
 1971 Political orientation and riot participation, in: ASR 36:810-820.
- PAPPI, Franz Urban
 1970 Wahlverhalten und politische Kultur. Eine soziologische Analyse der politischen Kultur in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Stadt-Land-Unterschiedes.
 Meisenheim: Hain.
- PAPPI, Franz Urban
 1977a Aggregatdatenanalyse, in: J. van KOOLWIJK, M. WIEKEN-MAYSER (Hg.), 1975-1977, Bd. 7: 78-110.
- PAPPI, Franz Urban
 1977b Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. Ergebnis eines Zeitvergleichs des deutschen Elektorsats 1953 und 1976, in: M. KAASE (Hg.), 1977: 195-229.

- PAPPI, Franz Urban, Edward O. LAUMANN
1974 Gesellschaftliche Wertorientierungen und politisches Verhalten, in: ZfS 3:157-188.
- PARSONS, Talcott
1951 The social system.
New York, London: The Free Press; Collier Mac-Millan.
- PARSONS, Talcott
1959 'Voting' and the equilibrium of the American political system, in: Eugene BURDICK, Arthur BRODBECK (Hg.): American voting behavior: 80-120.
New York: The Free Press of Glencoe.
- PARSONS, Talcott
1966 The political aspect of social structure and process, in: David EASTON (Hg.): Varieties of political theory: 71-112.
Englewood Cliffs, N.J.: Prentice Hall.
- PARSONS, Talcott
1972 Das System moderner Gesellschaften.
München: Juventa.
- PARSONS, Talcott
1973 Culture and social system revisited, in: Louis SCHNEIDER, Charles M. BONJEAN (Hg.): The idea of culture in the Social Sciences, 33-46.
Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- PARSONS, Talcott
1976a Zur Theorie sozialer Systeme, hrsgg. und eingeleitet von Stefan JENSEN.
Opladen: Westdeutscher Verlag.
- PARSONS, Talcott
1976b Der Begriff der Gesellschaft: Seine Elemente und ihre Verknüpfungen, in: T. PARSONS, 1976a: 121-160.
- PARSONS, Talcott
1976c Grundzüge des Sozialsystems, in: T. PARSONS, 1976a: 161-274.
- PARSONS, Talcott
1980 Über den Begriff "Commitments", in: ders.: Zur Theorie der sozialen Interaktionsmedien, herausgegeben von Stefan JENSEN, 183-228.
Opladen: Westdeutscher Verlag.
- PARSONS, Talcott, Edward SHILS
1962 Values, motives, and systems of action, in: T. PARSONS et al., 1962b: 47-275.
- PARSONS, Talcott et al.
1962a Some fundamental categories of the theory of

action: A general statement, in: T. PARSONS et al., 1962b: 3-29.

- PARSONS, Talcott et al.
1962b Toward a general theory of action. 5. Aufl.
New York, Evanston: Harper & Row.
- PATEMAN, Carole
1970 Participation and democratic theory.
London: Cambridge University Press.
- PATEMAN, Carole
1971 Political culture, political structure, and
political change, in: BJPS 1:291-305.
- PATEMAN, Carole
1980 The civic culture: A philosophic critique, in:
G.A. ALMOND, S. VERBA (Hg.), 1980: 57-102.
- POLLER, Horst
1981 Politik im Querschnitt. Zahlenspiegel '81/82'.
Stuttgart: Verlag Bonn Aktuell.
- POWELL, G. Bingham
1982 Contemporary democracies. Participation, stability,
and violence.
Cambridge, Mass., London: Harvard University
Press.
- PREWITT, Kenneth
1968 Political efficacy, in: D.L. SILLS (Hg.): The
International Encyclopedia of the Social
Sciences, Bd. 12: 225-228.
New York, London, Glencoe: Macmillan, The Free
Press.
- PROSS, Helge
1982 Was ist heute deutsch? Wertorientierungen in der
Bundesrepublik.
Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- PROTHRO, James, Charles M. GRIGG
1969 Fundamental principles of democracy: Bases of
agreement and disagreement, in: C.F. CNUUDE, D.E.
NEUBAUER (Hg.), 1969: 236-252.
- PYE, Lucian W.
1965 Introduction: Political culture and political
development, in: L.W. PYE, S. VERBA (Hg.), 1965:
3-26.
- PYE, Lucian W.
1968 Political culture, in: D.L. SILLS (Hg.): The
International Encyclopedia of the Social
Sciences, Bd. 12: 218-225.
New York, London, Glencoe: Macmillan, The Free
Press.

- PYE, Lucian W.
1971a Political culture and national character, in: G. ABCARIAN, J.W. SOULE (Hg.), 1971: 81-97.
- PYE, Lucian W.
1971b Identity and the political culture, in: Leonard BINDER et al.: Crises and sequences in political development: 101-134.
Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- PYE, Lucian W., Sidney VERBA (Hg.)
1965 Political culture and political development.
Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- PYE, Lucian W., Sidney VERBA (Hg.)
1978 The citizen and politics. A comparative perspective.
Stamford, Conn.: Greylock Publishers.
- RAMMSTEDT, Otthein, Horst-Dieter RÖNSCH
1977 Darstellung und Kritik der gegenwärtigen Legitimationsforschung, in: Hans MATTHÖFER (Hg.): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen: 91-157.
Villingen: Neckar Verlag.
- RASCHKE, Joachim
1980 Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien, in: aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 36/80, 6.9. 1980: 23-45.
- RASCHKE, Joachim (Hg.)
1982 Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung.
Opladen: Westdeutscher Verlag.
- RAUSCH, Heinz
1979 Ein Aspekt Politischer Kultur: Die Einstellung zu den Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Civitas 16:134-153.
- RAUSCH, Heinz
1980 Politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland.
Berlin: Colloquium.
- REICHARDT, Robert
1979 Wertstrukturen in Gesellschaftssystem - Möglichkeiten makrosoziologischer Analysen und Vergleiche, in: H. KLIES, P. KMIECIAK (Hg.), 1979: 23-40.
- REICHEL, Peter
1980 Politische Kultur - mehr als ein Schlagwort? An-

merkungen zu einem komplexen Gegenstand und fragwürdigen Begriff, in: PVS 21:382-399.

- REICHEL, Peter
1981a Politische Kultur der Bundesrepublik.
Opladen: Leske und Budrich.
- REICHEL, Peter
1981b Politische Kultur zwischen Polemik und Ideologiekritik. Ein Schlußwort zum PVS-Forum, in: PVS 22: 415-422.
- REICHEL, Peter (Hg.)
1984 Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft.
Frankfurt, New York: Campus.
- REUBAND, Karl-Heinz
1985 Politisches Selbstverständnis und Wertorientierungen von Anhängern und Gegnern der Friedensbewegung, in: ZParl 16:25-45.
- RIESELBACH, Leroy, George I. BALCH (Hg.)
1969a Psychology and politics. An introductory reader.
New York: Holt, Rinehart & Winston.
- RIESELBACH, Leroy, George I. BALCH
1969b Introduction, in: L. RIESELBACH, G.I. BALCH (Hg.), 1969a: 1-15.
- ROBERTS, Geoffrey K.
1984 Normal or critical? Progress report on the conditions of West German political culture, in: European Journal of Political Research 12: 423-432.
- ROHE, Karl
1982 Zur Typologie politischer Kulturen in westlichen Demokratien, in: Heinz DOLLINGER et al.: Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus: 581-596.
Münster: Aschendorff.
- ROHE, Karl
1984 Großbritannien: Krise einer Zivilkultur?, in: P. REICHEL (Hg.), 1984: 167-193.
- ROKEACH, Milton
1968 The role of values in public opinion research, in: POQ 32:547-559.
- ROKEACH, Milton
1971 The measurement of values and value systems, in: G. ABCARIAN, J.W. SOULE (Hg.), 1971: 21-39.
- ROKKAN, Stein
1971 Die vergleichende Analyse der Staaten- und Nationenbildung: Modelle und Methoden, in:

- W. ZAPF (Hg.), 1971: 228-252.
- ROKKAN, Stein
1976 Zur entwicklungssoziologischen Analyse von Parteiensystemen. Anmerkungen zu einem hypothetischen Modell, in: Theo STAMMEN (Hg.): Vergleichende Regierungslehre. Beiträge zur theoretischen Grundlegung und exemplarische Einzelstudien: 360-395. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- ROSENAU, James N.
1974 Citizenship between elections: An inquiry into the mobilizable American. New York: The Free Press.
- ROSENBAUM, Walter A.
1975 Political culture. New York: Praeger.
- ROTH, Dieter
1976 Zum Demokratieverständnis von Eliten in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt et al.: Lang.
- ROTH, Rainer A.
1979 Was ist typisch deutsch? Image und Selbstverständnis der Deutschen. Freiburg, Würzburg: Ploetz.
- SARTORI, Giovanni
1972 Politics, ideology and belief systems, in: D.D. NIMMO, C.M. BONJEAN (Hg.), 1972: 58-80.
- SAVAGE, James
1985 Postmaterialism of the left and the right: Political conflict in postindustrial society, in: Comparative Political Studies 17:431-452.
- SCHARPF, Fritz W.
1970 Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanz: Universitätsverlag.
- SCHELKY, Helmut
1961 Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation. Köln, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- SCHELKY, Helmut
1965 Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Düsseldorf, Köln: Diederichs.
- SCHEUCH, Erwin K.
1973 Entwicklungsrichtungen bei der Analyse sozialwissenschaftlicher Daten, in: René KÖNIG (Hg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 1: 161-237. Stuttgart: Enke.

- SCHIMEK, Michael G.
1985 Legitimierende und delegitimierende Einflüsse auf die Regierungspopularität. Eine Interventionsanalyse der Regierungspopularität der sozial-liberalen Koalition in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1970-1981. Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.
- SCHISLER, Jakob
1978 Zu einigen Problemen der Politischen Kultur der Bundesrepublik, in: ZfP 25:154-167.
- SCHISLER, Jakob
1981 Anmerkungen zur deutschen politischen Kultur, in: PVS 22:199-204.
- SCHISLER, Jakob
1982 Strukturprobleme der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, in: Beiträge zur Konfliktforschung 12:83-116.
- SCHMIDT, Manfred G.
1978 Die "Politik der Inneren Reformen" in der Bundesrepublik Deutschland 1969-1976, in: PVS 19:201-253.
- SCHMIDT, Manfred G.
1982 Die Politik der CDU/CSU- und der SPD-Regierungen, in: J. RASCHKE (Hg.), 1982: 121-138.
- SCHMIDTCHEN, Gerhard
1977 Ist Legitimität meßbar?, in: ZParl 8:232-241.
- SCHMIDTCHEN, Gerhard
1979 Was den Deutschen heilig ist. Religiöse und politische Strömungen in der Bundesrepublik. München: Kösel.
- SCHNEIDER, Manfred
1979 Der Beitrag der Persönlichkeitspsychologie und der Persönlichkeitsforschung zur politischen Psychologie, in: Helmut MOSER (Hg.): Politische Psychologie. Politik im Spiegel der Sozialwissenschaften. Ergebnisse einer Hamburger Ringvorlesung, 75-103. Weinheim, Basel: Beltz.
- SCHNEIDER, Manfred
1981 Postmaterialistische Wertorientierungen und Persönlichkeit, in: H.D. KLINGEMANN, M. KAASE (Hg.), 1981: 153-167.
- SCHOLL-SCHAAF, Margret
1975 Werthaltung und Wertesystem. Ein Plädoyer für die Verwendung des Wertkonzepts in der Sozialpsycho-

logie.

Bonn: Bouvier Verlag Herbert Grundmann.

SCHUCHARD-FICHER, Christiane et al.

1982 Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. Zweite, verbesserte Auflage. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.

SEEMAN, Melvin

1959 On the meaning of alienation, in: ASR 24:783-791.

SEEMAN, Melvin

1972 Alienation and engagement, in: Angus CAMPBELL, Philip E. CONVERSE (Hg.): The Human Meaning of Social Change, 467-527.
New York: Russell Sage Foundation.

SHELL, Kurt L.

1981 Politische Kultur - Ist der Begriff noch zu retten?, in: PVS 22:195-199.

SIMMERT, Diethard B., Kurt-Dieter WAGNER (Hg.)

1981 Staatsverschuldung kontrovers.
Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

SINGER, Milton

1968 The concept of culture, in: David L. SILLS (Hg.): The International Encyclopedia of the Social Sciences, Bd. 3: 527-543.
New York, London, Glencoe: Macmillan, The Free Press.

SNIDERMAN, Paul M.

1975 Personality and democratic politics.
Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press.

SNIDERMAN, Paul M., Jack CITRIN

1971 Psychological sources of political belief: Self-esteem and isolationist attitudes, in: APSR 65: 401-417.

SONQUIST, John A.

1970 Multivariate model building. The validation of a search strategy.
Ann Arbor, Michigan: Survey Research Center, Institute for Social Research.

STAMMEN, Theo

1980 Politische Kultur - Tradition und Wandel, in: Josef BECKER (Hg.): Dreißig Jahre Bundesrepublik. Tradition und Wandel: 9-52.
München: Vögel.

STAMMER, Otto, Peter WEINGART

1972 Politische Soziologie.
München: Juventa.

- STATHAM-MACKE, Anne
1979 Trends in aggregate-level political alienation,
in: Social Science Quarterly 20:77-87.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hg.)
1983 Datenreport. Zahlen und Fakten über die Bundesre-
publik Deutschland.
Stuttgart: Bonn Aktuell.
- STEFFANI, Winfried
1984 Plebiszitäre Basisdemokratie vs. korporatisti-
sches Parteienoligopol - die Alternative für die
Entwicklung der repräsentativen Demokratie?, in:
J.W. FALTER, Ch. FENNER, M. Th. GREVEN (Hg.),
1984: 38-44.
- STEININGER, Rudolf
1980 Thesen zur formalen Legitimität, in: PVS 21:267-
283.
- STEINMANN, Günter, Reinhard BÜSCHER, Jürgen PFISTER
1979 Gesellschaftlicher Wertwandel und makroökonomi-
sches Zielsystem, in: H. KLAGES, P. KMIECIAK
(Hg.), 1979: 97-121.
- STIKSRUD, Hans-Arne
1979 Zur Operationalisierung von Wertpräferenzen, in:
H. KLAGES, P. KMIECIAK (Hg.), 1979: 463-479.
- STONE, William F.
1974 The psychology of politics.
New York: The Free Press.
- STROBEL, Martin
1979 Evaluation einiger moderner statistischer Analy-
severfahren zur Messung von Werthaltungen, in:
H. KLAGES, P. KMIECIAK (Hg.), 1979: 485-504.
- STRUEMPEL, Burkhard (Hg.)
1974 Subjective elements of well-being. Papers pre-
sented at a seminar of the Organization for
Economic Cooperation and Development, Paris, May
15-17th, 1972.
Paris: OECD.
- TROITZSCH, Klaus G.
1984 Bürgerperzeptionen und Legitimierung. Anwendung
eines formalen Modells des Legitimations-/Legi-
timierungsprozesses auf Wählereinstellungen und
Wählerverhalten im Kontext der Bundestagswahl
1980.
Habilitationsschrift: Erziehungswissenschaftliche
Hochschule Rheinland-Pfalz, Abt. Koblenz.
- TROMMSDORF, Gisela
1979 Aspekte einer kulturvergleichenden Wertforschung,
in: H. KLAGES, P. KMIECIAK (Hg.), 1979: 259-275.

- VERBA, Sidney
1965a Germany: The remaking of political culture, in:
L.W. PYE, S. VERBA (Hg.), 1965: 130-170.
- VERBA, Sidney
1965b: Conclusion: Comparative political culture, in:
L.W. PYE, S. VERBA (Hg.), 1965: 512-560.
- VERBA, Sidney
1973 Entwicklungskrisen und ihre Abfolge, in: M.
JAENICKE (Hg.), 1973: 295-313.
- VERBA, Sidney
1978 The parochial and the polity, in: L.W. PYE, S.
VERBA (Hg.), 1978: 3-28.
- VERBA, Sidney
1980 On revisiting the Civic Culture. A personal post-
script, in: G.A. ALMOND, S. VERBA (Hg.), 1980:
394-410.
- VERBA, Sidney, Norman H. NIE
1972 Participation in America. Political democracy and
social equality.
New York et al.: Harper and Row.
- VERBA, Sidney, Norman H. NIE, Jae-on KIM
1978 Participation and political equality: A seven-
nation comparison.
Cambridge et al.: Cambridge University Press.
- WAHLKE, John
1971 Policy demands and system support: the role of
the represented, in: BJPS 1:271-290.
- WARREN, Roland L.
1957 Bürgerschaftliche Tätigkeiten in einer deutschen
Großstadt, in: KzfSS 9:424-446.
- WASCHKUHN, Arno
1984 Partizipation und Vertrauen. Grundlagen von Demo-
kratie und politischer Partizipation.
Opladen: Westdeutscher Verlag.
- WATTS, Meredith W.
1973 Efficacy, trust, and commitment to the political
process, in: Social Science Quarterly 54:623-631.
- WEBER, Max
1963 Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, 3
Bde.
Tübingen: Mohr & Siebeck.
- WEBER, Max
1972 Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verste-
henden Soziologie. 5., revidierte Auflage.
Tübingen: Mohr & Siebeck.

- WELCH, Susan, Cal CLARK
1975 Determinants of change in political efficacy: A test of two hypotheses, in: Journal of Political and Military Sociology 3:207-217.
- WIATR, Jerzy J.
1980 The Civic Culture from a Marxist-sociological perspective, in: G.A. ALMOND, S. VERBA (Hg.), 1980: 103-123.
- WIEHN, Erhard R.
1972 Individuelle Bedürfnisse und soziale Werte. Zur Konstitution sozioindividueller Verhaltens. Tübingen: Elly Huth.
- WIEHN, Erhard R., Johann M. BIRNER, Klaus SCHUHMACHER
1979 Grundwerte in Europa. Zum soziohistorischen und soziologischen Kontext eines euro-soziologischen Forschungsprogrammes, in: H. KLAGES, P. KMIECIAK (Hg.), 1979: 367-380.
- WIESENDAHL, Elmar
1981 Moderne Demokratietheorie. Eine Einführung in ihre Grundlagen, Spielarten und Kontroversen. Frankfurt, Berlin, München: Diesterweg.
- YINGER, J. Milton
1973 Anomie, alienation, and political behavior, in: J.N. KNUTSON (Hg.), 1973a: 171-202.
- ZAPF, Wolfgang (Hg.)
1971 Theorien des sozialen Wandels. 3. Aufl. Köln, Berlin: Kiepenheuer und Witsch.